

Protokoll

12. Parteitag
der CDU Deutschlands
26./27. April 1999
Maritim · Erfurt



CDU

**12. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Erfurt, 26./27. April 1999

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

INHALT

Seite

Eröffnung und Begrüßung: Dr. Wolfgang Schäuble Vorsitzender der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlußfassung über die Tagesordnung	10
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Mandatsprüfungskommission	12
Wahl der Stimmzählkommission	12
Grußworte	
– Manfred O. Ruge Oberbürgermeister der Stadt Erfurt	12
– Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Thüringen	15
– Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union	16
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble zugleich des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag	20
Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden	42
Bericht der Mandatsprüfungskommission	80
Vorlage des Rechenschaftsberichts 1997 gemäß § 23 Abs. 2 Parteigesetz	81
Bericht der Generalsekretärin der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Erfurter Leitsätze – Aufbruch ‘99“	81
Vorstellung der Preisträger der Aktion „Mitten im Leben“ durch Generalsekretärin Dr. Angela Merkel	92
Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin	99
Podiumsgespräch zur Familienpolitik	118

Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Erfurter Leitsätze - Aufbruch '99“	131
Beratung sonstiger Anträge	154
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche	162
Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes „Europa muß man richtig machen“ Volker Rühle	187
Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Europa muß man richtig machen“	196
Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Wolfgang Schäuble	216
 ANHANG	
Beschlußprotokoll	223
Beschlüsse	
– Erfurter Leitsätze – Aufbruch '99	253
– Europa muß man richtig machen	273
– Sonstige Beschlüsse	285
Namensverzeichnis	290

Montag, 26. April 1999

Plenarsitzung

Beginn: 11.10 Uhr

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Exzellenzen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Hiermit eröffne ich den 12. Parteitag der CDU Deutschlands. Ich möchte Sie alle recht herzlich hier in Erfurt, in Thüringen, in der Mitte Deutschlands begrüßen.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt Ihnen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden unserer Partei in Deutschland. Herzlich willkommen! Wir haben zwei arbeitsreiche Tage vor uns.

Wir freuen uns, liebe Freunde, daß wir unseren Parteitag in dieser schönen Stadt, in Erfurt durchführen. Ich habe gestern, bei dem, wie ich finde, wohlgelungenen Stadtfest auf dem Fischmarkt – es war wunderschönes Wetter; wir sind von den Erfurtern freundlich willkommen geheißen –, daran gedacht, wie ich 1984 das erste Mal in Erfurt war. Wenn man Kinder aus dem Verwandtenkreis nur alle paar Jahre einmal sieht, stellt man fest: Man merkt die Veränderungen stärker, als wenn man jeden Tag da ist. Es hat sich ungeheuer viel verändert, es ist eine wunderschöne Stadt geworden.

(Beifall)

Herr Oberbürgermeister Ruge, ich begrüße Sie herzlich. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer schönen Stadt und danke Ihnen, Ihren Mitarbeitern und den Bürgerinnen und Bürgern von Erfurt für den warmherzigen Empfang, den Sie uns bereitet haben. Wir fühlen uns schon jetzt sehr wohl.

(Beifall)

Unter den vielen Gästen aus dem In- und Ausland begrüße ich heute besonders herzlich eine Frau aus Thüringen: Frau Professor Dagmar Schipanski.

(Beifall)

Liebe Frau Schipanski, verehrte Frau Professor, wir haben Ihnen und Ihrer Familie – ich begrüße auch Ihren Mann sehr herzlich – mit unserem Vorschlag, Sie für das Amt des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu nominieren, eine Menge zugemutet. Wir haben darüber gesprochen, was durch eine solche öffentliche Debatte so alles notwendigerweise auf einen zukommt. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir sind voller Respekt und Dankbarkeit dafür, wie großartig Sie das machen. Sie haben nicht nur die Herzen dieses Parteitages, sondern die Herzen vieler, vieler Menschen in Thüringen, in Deutschland für sich und für unsere gemeinsame Heimat erworben. Herzlichen Dank und alles Gute!

(Beifall)

Die Union – das wissen wir nicht erst seit dem Wahlergebnis vom 27. September – ist um so stärker, je geschlossener CDU und CSU an einem Strang ziehen. Das haben wir gut geschafft und werden wir auch weiter gut schaffen. Deswegen freuen wir uns besonders, daß schon zu Beginn unseres Parteitages der Generalsekretär der CSU unter uns ist. Herzlich willkommen, Thomas Goppel!

(Beifall)

Unter den vielen internationalen Gästen, die unseren Parteitag mit großem Interesse verfolgen, will ich an dieser Stelle drei besonders herzlich begrüßen: aus Kroatien den stellvertretenden Außenminister, Dr. Ivo Sanader,

(Beifall)

aus Polen den stellvertretenden Außenminister, Radoslaw Sikorski,

(Beifall)

und aus der Slowakei den Staatssekretär für Europafragen, Jan Figel.

(Beifall)

Die Gäste willkommen heißen, liebe Freunde, sagt auch etwas über das, was uns in diesen Tagen besonders beschäftigt – und es zeigt, daß Europa größer wird. Das ist nicht das Schlechteste, wofür wir am Ende dieses Jahrhunderts zu arbeiten haben.

Ich begrüße besonders herzlich die zahlreichen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die unseren Parteitag begleiten werden. Vielleicht ist die öffentliche Erregung in bezug auf unseren Parteitag nicht ganz so groß wie bei einem an Himmelfahrt stattfindenden Ereignis. Aber das ist die Gegenseite dessen, daß die Union in den Grundfragen ein gewisses Maß an Geschlossenheit aufweist. Sie sind uns alle herzlich willkommen. Schreiben Sie viel und gut über uns, dann sind Sie der Wahrheit sehr nahe.

(Beifall)

Mein besonders herzlicher Gruß gilt den Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ich begrüße herzlich den Bischof des Bistums Erfurt, Dr. Joachim Wanke.

(Beifall)

Genauso herzlich begrüße ich den Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Axel Noack,

(Beifall)

und den Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Udo Siebert.

(Beifall)

Indem ich Sie begrüße, danke ich Ihnen zugleich für einen ökumenischen Gottesdienst in dem wunderbaren St.-Marien-Dom zu Erfurt heute morgen, der uns in schweren Zeiten viel Mut gemacht hat. Das Wissen, daß wir die Welt nicht zu retten brauchen, aber doch ein Stück daran

arbeiten dürfen, wird uns Mut, Kraft, Freude und die notwendige Mischung aus Ernst, Verantwortungsbewußtsein und Gelassenheit für diesen Parteitag geben.

(Beifall)

Ich begrüße genauso herzlich und mit mindestens genauso großer Verbundenheit die Repräsentanten unserer beiden großen Kirchen am Sitz von Bundesregierung und Bundestag, noch in Bonn, demnächst in Berlin, Bischof Löwe und Prälat Bocklet. Ich danke Ihnen zugleich auch dafür, daß Sie bei der Einweihung unseres neuen Parlamentsgebäudes für den Bundestag, des Reichstages, in Berlin heute vor einer Woche mit einer so eindrucksvollen Segnung gezeigt haben, daß das eben nicht nur ein beliebiges Ereignis ist, sondern etwas, was für Gegenwart und Zukunft unseres Volkes große Bedeutung hat. Auch das schaffen wir nicht allein. Herzlichen Dank und herzlich willkommen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es gehört zur guten Tradition, daß wir zu Beginn unserer Parteitage jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Ich möchte stellvertretend Hans-Georg Dorendorf nennen, geboren am 3. Juli 1942, gestorben am 23. November vergangenen Jahres, seit 1964 Mitglied der CDU. 1990 wurde er Mitglied der frei gewählten Volkskammer der DDR und begleitete seit 1995 das Amt des Vorsitzenden des Ortsverbandes Halle-Ost.

Ich erinnere an Liselotte Pieser, geboren am 30. Dezember 1917, gestorben am 24. November 1998. Sie war Gründungsmitglied der CDU in Sachsen und von 1946 bis 1949 Mitglied des Kreistages Pirna. Seit 1951 gehörte sie als Mitglied zur CDU Berlin (West). Von 1964 bis 1967 war sie Mitglied des Bundesvorstandes der CDU und von 1968 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages für das Land Berlin. Bis 1976 arbeitete sie auch im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich erinnere an Heinrich Holkenbrink, geboren am 23. Januar 1920, gestorben am 29. November 1998, seit 1951 Mitglied der CDU, von 1966 bis 1984 Vorsitzender des Bezirksverbandes Trier, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961 bis 1967, von 1971 bis 1987 Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz und von 1971 bis 1985 Wirtschafts- und Verkehrsminister in Rheinland-Pfalz.

Ich nenne Günter Klein, geboren am 27. Mai 1930, gestorben am 15. Dezember 1998, seit 1961 Mitglied unserer Partei, von 1969 bis 1974 stellvertretender Landesvorsitzender in Bremen, von 1971 bis 1973 Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion in Bremen und von 1990 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Johannes Kaptain, geboren am 26. Juni 1926, gestorben am 23. Dezember 1998, 1946 Mitbegründer der CDU in Düren, von 1953 bis 1962 Kreisvorsitzender der Jungen Union Düren und von 1963 bis 1989 Vorsitzender des Kreisverbandes der CDU Düren, von 1964 an Landrat des Kreises Düren und von 1966 bis 1985 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages.

August Neuburger, geboren am 22. Dezember 1902, gestorben am 2. Februar dieses Jahres, von 1932 bis 1933 Abgeordneter der Zentrumspartei im Badischen Landtag und seit 1946 Mitglied der CDU, von 1949 bis 1961 Mitglied im Deutschen Bundestag und von 1957 bis 1961 Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Manfred Schäfer, geboren am 17. August 1921, gestorben am 13. Februar dieses Jahres, 1955 Gründungsmitglied und erster Generalsekretär der CDU Saar, von 1965 bis 1975 stellvertretender Landesvorsitzender und von 1969 bis 1973 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, von 1955 bis 1960 Mitglied des saarländischen Landtags, von 1957 bis 1960 Landesminister für Finanzen und Forsten und von 1970 bis 1974 Landesminister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, von 1968 bis 1970 Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU Deutschland.

Ich erinnere an Peter Blum, geboren am 12. September 1922, gestorben am 19. Februar 1999, Mitglied der CDU seit 1966, von 1985 bis 1993 ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat der Stadt Offenbach, von 1988 bis 1994 Landesvorsitzender der Senioren-Union Hessen und stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union.

Ich nenne Eike Wahl, geboren am 15. Dezember 1944, gestorben am 25. Februar 1999, 1989 Mitglied des Demokratischen Aufbruchs und ab 1991 Mitglied der CDU und Vorstandsmitglied der CDU Weimar, seit 1993 Vorsitzende der Frauen-Union Weimar.

Ich denke an Hans Evers, geboren am 24. September 1925, gestorben am 3. März 1999, seit 1961 Mitglied der CDU, von 1972 bis 1973 Vorsitzender des Kreisverbandes Freiburg, von 1968 bis 1973 stellvertretender Vorsitzender im damaligen Landesverband Südbaden und von 1969 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1983 bis 1989 Bürgermeister der Stadt Freiburg.

Ich nenne Josef Schaefer, geboren am 9. Juni 1921, gestorben am 28. März 1999, Mitbegründer und Mitglied der CDU seit 1945, von 1951 bis 1963 Kreisgeschäftsführer in Borken-Bocholt, von 1958 bis 1963 Bezirksgeschäftsführer der CDU für das Westmünsterland und von 1963 bis 1987 Landesgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung von Nordrhein-Westfalen.

Ich nenne Hermann Biechele, geboren am 1. März 1918, verstorben am 15. April, vor wenigen Tagen. Er war 1946 Mitbegründer der CDU in Konstanz, von 1955 bis 1977 Vorsitzender des Kreisverbandes Konstanz, Abgeordneter des Wahlkreises Konstanz im Deutschen Bundestag von 1961 bis 1980.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, es ist nicht lange her seit unserem letzten Parteitag. Es sind viele – sie habe ich stellvertretend für viele andere genannt –, um die wir in dieser Stunde trauern. Sie alle mahnen uns an unsere Verantwortung, sie mahnen uns daran, daß unser Tun begrenzt ist. Wir bleiben ihnen in Dankbarkeit verbunden und widmen unseren verstorbenen Freunden ein stilles Gebet. – Ich danke Ihnen.

(Die Delegierten setzen sich)

Mit unserem Parteitag heute und morgen in Erfurt wollen wir – so haben wir uns das in Bonn

Anfang November vorgenommen – die Agenda der programmatischen Arbeit und der Diskussion – die zugleich eine der Erneuerung und Kontinuität ist – für diese Legislaturperiode, die am 27. September begonnen hat, festlegen. Wir wollen den politischen Kurs unserer Arbeit in den vor uns liegenden Jahren diskutieren, wir wollen Entscheidungen und Diskussionen anstoßen, wir wollen die Partei in ihrer Breite, in den Orts- und Kreisverbänden, an den Entscheidungen, an der Behandlung und an der Auseinandersetzung mit den Fragen unserer Zeit beteiligen.

Dem dient vor allen Dingen der Leitantrag des Bundesvorstandes „Erfurter Leitsätze – Aufbruch ‘99“. Zugleich werden wir unsere europapolitischen Positionen auf der Linie unseres Antrags „Europa muß man richtig machen“ diskutieren. Natürlich wollen wir mit diesem Parteitag auch einen Startschuß für den Europawahlkampf geben. In beiden Anträgen wollen wir deutlich machen, in welche Richtung und mit welchen Überzeugungen wir unsere Ziele umsetzen wollen.

Aber natürlich steht auch dieser Parteitag im Zeichen der schrecklichen Ereignisse im Kosovo. 1 Million Flüchtlinge und Vertriebene, Morden und Greueltaten ohne Ende, die militärische Aktion der Atlantischen Allianz unter Beteiligung der Bundeswehr seit fast fünf Wochen – das alles zeigt, welche neuen Herausforderungen gerade auch nach den historischen Veränderungen in einem größeren Europa am Ende dieses Jahrhunderts auf alle Demokraten und auf alle in Deutschland zukommen. Auch dieser Verantwortung wollen wir uns auf diesem Parteitag stellen.

In diesem Sinne lade ich Sie zu intensiven Debatten und Diskussionen ein und eröffne unseren Parteitag.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Ihnen allen liegt in den Unterlagen der Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums vor. Ich darf Sie fragen: Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer mit dem Vorschlag hinsichtlich des Tagungspräsidiums einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Soweit ich das sehen kann, ist die Vorlage einstimmig angenommen worden.

Ich darf alle gewählten Mitglieder des Tagungspräsidiums beglückwünschen und sie bitten, ihre Arbeit zu übernehmen. Ich verspreche, daß wir alle dazu beitragen werden, Ihnen die Arbeit zu erleichtern.

Ich beglückwünsche besonders und begrüße herzlich den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes, Herrn Vogel. Lieber Herr Vogel, herzlichen Dank für alle Vorbereitungen und für die Gastfreundschaft.

(Beifall)

Wir wissen uns bei Ihnen zu Hause, fühlen uns wohl aufgenommen und sind mit Ihnen ver-

bunden. Ich darf Sie bitten, das Amt des Tagungspräsidenten zu übernehmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble! Liebe Delegierten des Parteitags! Liebe Gäste! Ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen und Ihnen für das Vertrauen des Parteitages danken. Wir als Präsidium wollen versuchen, den Parteitag fair und zügig zu leiten, und bitten Sie alle um Ihre aktive Unterstützung.

Wolfgang Schäuble hat bereits eine ganze Reihe von Gästen begrüßt. Ich füge noch eine herzliche Begrüßung hinzu an die Repräsentanten der Arbeitgeberverbände, an Herrn Reinhard Göhner, Herrn Georg von Wartenberg, Herrn Franz-Josef Möllenberg, Herrn Gerd Sonnleitner. Auch nenne ich die Repräsentanten der Arbeitnehmerverbände, Herrn Geyer, den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Ossenkamp, Frau Dr. Regina Görner, Herrn Spinrath, Herrn Roland Issen, den Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, und Herrn Peter Konstroffer, den Bundesvorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands. Ihnen ein herzliches Willkommen! Ebenfalls ein herzliches Willkommen an die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Frau Steinbach.

(Beifall)

Ich habe einen Delegierten zu entschuldigen, der aus einem zwingenden und überzeugenden Grund heute nicht hier sein kann. Kurt Biedenkopf empfängt heute in Dresden Kofi Annan, den Generalsekretär der Vereinten Nationen, und kann aus diesem Grund nicht anwesend sein. Ich glaube, in dieser Situation ist es gut, wenn jeder, der das kann, die Gelegenheit nützt, mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zu sprechen. Wir wünschen Kurt Biedenkopf bei dieser Mission viel Erfolg.

(Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUßFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen mit der Einladung zum 12. Parteitag zugesandt. Die aktualisierte Fassung finden Sie in Ihren Tagungsunterlagen. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, dann zeigen Sie das bitte durch das Erheben Ihrer Stimmkarte. -

Wer möchte dagegen stimmen? – Wer möchte sich enthalten? – Dann ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form einstimmig beschlossen.

Ich bitte nun um Aufmerksamkeit für einige kurze Bemerkungen zum organisatorischen und zeitlichen Ablauf:

Erstens. Wir schlagen Ihnen vor, den Antragsschluß für Initiativanträge auf heute, 14 Uhr, festzulegen. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, dann bitte ich Sie um Ihr Zeichen mit der Stimmkarte. – Wer möchte dagegen stimmen? – Wer möchte sich enthalten? – Ich habe ein Handzeichen ohne Stimmkarte gesehen. Handelt es sich um eine Gegenstimme? – Dann ist es bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Zweitens. Für Initiativanträge, die auf dem Parteitag eingebracht werden, ist folgendes bitte zu

beachten: Sie können schriftliche Anträge im Verlauf des Parteitags innerhalb der Frist, also bis 14 Uhr, einbringen, wenn diese Anträge von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten unterstützt werden. Wenn Sie einen Antrag stellen möchten, dann begeben Sie sich bitte in das Büro der Antragskommission, das sich im Foyer vor dem Plenarsaal befindet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten Sie gerne in den verfahrenstechnischen Fragen. Sie können dort auch Ihren Antrag schreiben lassen. Außerdem erhalten Sie dort ein Formular für die zur Gültigkeit des Antrags notwendigen 30 Unterschriften.

Drittens. Für Wortmeldungen während der jeweiligen Aussprachen und der Antragsberatungen benutzen Sie bitte die Wortmeldezettel aus Ihren Delegiertenunterlagen. Vor der Bühne, auf der von Ihnen aus gesehen linken Seite – ausnahmsweise ist es diesmal die linke Seite –, befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldungen entgegennimmt und die dafür sorgt, daß die Wortmeldungen an das Tagungspräsidium weitergeleitet werden. Bitte füllen Sie die Wortmeldezettel vollständig aus und geben Sie an, zu welchen Themen und von welchem Mikrophon aus Sie sprechen möchten.

Ich möchte, wie es der Herr Vorsitzende schon getan hat, ebenfalls darauf hinweisen, daß wir nach dem Bericht des Vorsitzenden zunächst eine Diskussion zum Kosovo-Konflikt führen. Dazu wird Ihnen vom Bundesvorstand der Entwurf einer Resolution vorgelegt. Wir werden dann zunächst alle Wortmeldungen zu diesem Thema aufrufen. Danach kommen wir zu den sonstigen Wortmeldungen im Rahmen der allgemeinen Aussprache nach der Rede des Bundesvorsitzenden.

Viertens. Ich möchte Sie alle sehr herzlich zum Thüringer Abend einladen. Man hat mir versichert, heute abend gebe es nicht wie gestern abend Nürnberger Bratwürste, sondern tatsächlich Thüringer Bratwürste.

(Beifall)

Wir treffen uns um 20 Uhr zum Thüringer Abend in der Halle 3 hier auf dem Messegelände. Einladungen finden Sie in Ihren Unterlagen.

Jetzt übergebe ich das Tagungspräsidium an Frau Geschka.

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission bestellt. Die Namensliste liegt Ihnen auf Ihren Plätzen vor. Ich bitte um Bestätigung dieser Antragskommission mit Ihrer Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Antragskommission einstimmig bestätigt. Die Mitglieder der Antragskommission darf ich bitten, sich heute nachmittag um 15.30 Uhr im Sitzungssaal der Antragskommission im Kongreßzentrum zu treffen. Der Weg dorthin ist ausgeschildert.

Nun rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand schlägt Ihnen für diesen Parteitag eine Mandatsprüfungskommission vor. Die Namensliste finden Sie in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich sehe keine Gegenstimmen und Enthaltungen. Dann ist es einstimmig so beschlossen. Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, sich um 12 Uhr im Büro des Organisationsleiters, das sich hinter der Bühne befindet, einzufinden.

Nun rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat zahlreiche Parteifreunde für die Stimmzählkommission vorgeschlagen. Die entsprechende Liste finden Sie in Ihren Unterlagen auf Ihren Plätzen. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Stimmzählkommission einstimmig bestätigt. Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich bitte jetzt zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission. Dieser befindet sich unmittelbar hinter der Parteitagsbühne.

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Ich bitte zunächst, den Oberbürgermeister der Stadt Erfurt, Herrn Manfred Ruge, ein paar Worte zu uns zu sprechen. Bitte sehr, Herr Ruge.

Manfred Ruge: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Verehrte Frau Generalsekretärin Dr. Merkel! Sehr geehrte Herren Ministerpräsidenten! Lieber Bernhard Vogel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie recht herzlich zu unserem Parteitag hier in Erfurt. Es ist mir eine große Freude, daß ich hier ein Grußwort halten kann.

Sie verübeln es mir nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich dabei an den Januar 1990 denke. Auf dem Erfurter Domplatz kamen seinerzeit 130 000 Menschen zusammen. Helmut Kohl sprach über die Zukunft Deutschlands. Damit war klar, daß der Weg nur noch über die deutsche Einheit geht. Im Mai des gleichen Jahres wurde ich Oberbürgermeister. Damals habe ich nicht geglaubt, daß so etwas möglich ist. Am 3. Oktober folgte dann der Tag der deutschen Einheit. Wer hätte damals diese Entwicklung voraussehen können? Heute wissen wir es natürlich besser.

Ich habe alle Bundesparteitage nach der deutschen Einheit als Delegierter besucht. Es war mein großer Wunsch, daß einmal ein Bundesparteitag in Erfurt durchgeführt wird. Dieser Wunsch hat sich erfüllt. Sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich das Motto dieses Parteitages „Mitten im Leben“ für Erfurt umformuliere: „Mitten im blühenden Leben“.

(Beifall)

Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie durch Erfurt gehen, stellen Sie fest, daß es sich hier um ein Stück blühende Landschaft handelt. Wer das nicht sieht, ist entweder

blind oder bösartig.

(Beifall)

Doch wie sah es 1990 aus? Die 62 ha große Altstadt in Erfurt sollte ab 1990 abgerissen werden, jedes Jahr 3 000 bis 7 000 mittelalterliche Häuser. Außerdem hat es in Erfurt gerochen, es stank zum Himmel auf Grund der Braunkohlekraftwerke und unserer Heizungen.

Am 30. Mai 1990 wurden in Erfurt ein neuer Stadtrat und ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Ich wurde Oberbürgermeister – verheiratet und mit vier Kindern. Ich war nicht Lehrer oder Rechtsanwalt, also eigentlich nicht für dieses Amt prädestiniert. Vielmehr bin ich Diplomingenieur für Elektrotechnik. Trotzdem habe ich diese Aufgabe bewältigt.

(Beifall)

Wir fanden damals – das ist kein Witz – leere Amtszimmer vor. Wir hatten alle Funktionsträger entlassen. Das einzige, was sie in meinem Dienstzimmer vergessen hatten, war die Abhöranlage. Wir haben sie später gefunden. Wir sollten auch nicht vergessen, daß ein Ministerpräsident Duchac nach dem 3. Oktober 1990 Dienstbesprechungen mit den Oberbürgermeistern und Landräten durchführte, da es noch keine funktionierende Landesverwaltung und Landesregierung gab. Wir waren die einzigen, mit denen er sich unterhalten konnte und mit denen er Politik machen konnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in der damaligen Zeit wie auch heute viel gearbeitet. Wir haben bestimmt auch Fehler gemacht. Ich glaube aber, wir haben nicht mehr Fehler gemacht, als sie auch in traditionellen Verwaltungen gemacht werden.

(Beifall)

Seit 1990 begann eine Erfolgsstory für unsere Stadt Erfurt. Wir begannen mit der Sanierung und der Erweiterung der Infrastruktur. Wir gründeten Stadtwerke, reformierten die öffentliche Verwaltung. Eine Stadt wie Erfurt mit 203 000 Einwohnern hatte damals 11 000 Bedienstete. Heute haben wir 3 700 Mitarbeiter. Sie können sich vorstellen, wie schwierig dieser Personalabbau war und welche Probleme er mit sich brachte. Riesige Baumaßnahmen wurden in der Stadt Erfurt angeschoben. Seit 1992 wurden in dieser Stadt jährlich mehr als 1 Milliarde DM verbaut. Dank der Bemühungen der Landesregierung konnte eine Fachhochschule in Erfurt gegründet werden. Ein langgehegter Wunsch von uns wurde 1994/95 wahr: In Erfurt wurde eine Universität gegründet. Ich sage an dieser Stelle noch einmal ein recht herzliches Dankeschön an unseren Ministerpräsidenten.

(Beifall)

Die Stadt Erfurt ist unter anderem auch eine Stadt des Sports: Wir haben große Vereine und Spitzensportler. Zugleich sind wir Leistungszentrum für vier große Sportarten. Der Sport und Erfurt sind eins. Wir haben aber in den vergangenen Jahren auch viel investiert. Für die ersten Deutschen Leichtathletikmeisterschaften 1994 hier 15 Millionen DM für die Tribüne, 24 Millionen DM für die Leichtathletikhalle, 21 Millionen DM für die Eisschnellaufbahn, die jetzt noch mit einem Dach für 27 Millionen DM versehen wird. Sie werden sich fragen, warum wir das tun. Dazu kann ich Ihnen sagen, daß mein Motto hierbei lautet: Wer Sport treibt, wirft keine Steine.

(Beifall)

So haben wir die Jugend für den Vereinssport faszinieren und sie dadurch binden können. Das ist gut so.

In unserer Stadt trat aber auch eine völlige Veränderung des Arbeitsmarktes auf. In der Stadt Erfurt sind 20 000 Industriearbeitsplätze verlorengegangen. Heute, nach neun Jahren, gibt es in unserer Stadt mit 203 000 Einwohnern ungefähr 110 000 Menschen, die arbeiten gehen könnten. Diesen 110 000 Menschen stehen 140 000 registrierte Arbeitsplätze gegenüber. Das sind mehr als 1990. Diese Zahl kommt trotz einer Arbeitslosenquote von 17 Prozent durch Einpendler in die Stadt zustande. Damit nimmt die Stadt Erfurt unter den großen Städten im Vergleich Arbeitsplätze pro Einwohner den 15. Platz ein. Ich glaube, daß sich das sehen lassen kann. Das zeigt, daß die Wirtschaftspolitik der großen Koalition mit unserem Minister Schuster an der Spitze nicht falsch gewesen sein kann.

(Vereinzelt Beifall)

Die Stadt Erfurt hat in den vergangenen Jahren mehrere Auszeichnungen bekommen: Herr Töpfer zeichnete uns für unser Notsanierungsprogramm bzw. für die Sanierung der denkmalgeschützten Altstadt aus, von Frau Nolte wurden wir als kinderfreundliche Stadt ausgezeichnet, und vom Einzelhandel bekamen wir einen Preis für unser innerstädtisches Handelskonzept. Zur Zeit bauen wir ein neues Klinikum für 500 Millionen DM. Das Bundesarbeitsgericht wird 1999 hier in Erfurt einziehen. Wir bauen eine neue Oper und haben ein Kongreßzentrum im Kaisersaal gebaut und haben diese Messe gebaut. 1994 lautete ein Motto im Erfurter Wahlkampf: Rettet die Erfurter „ega“! Es handelte sich um ein Riesengelände. Wir haben es in drei Teile aufgeteilt: Einen Teil bildet ein großer Park, die „ega“, falls Sie Zeit haben, schauen Sie sich ihn an, den zweiten Teil bekam der Mitteldeutsche Rundfunk und der Kinderkanal, auf dem dritten Teil bauten wir diese Messe. Der damalige Staatssekretär Nehring – er ist heute unter uns –, Herr Professor Morneweg vom „mdr“ und ich haben dieses Kind geboren. Damals dachte man in Erfurt, wir verkaufen den schönsten Flecken der Stadt Erfurt. Daß wir es nicht getan haben, daß wir 135 Millionen DM sinnvoll angelegt haben, können wir Ihnen heute mit diesem Messegelände, dem Gelände des „mdr“ und der „ega“ beweisen. Ich glaube, diese Investitionen haben sich gelohnt.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, denken Sie bitte nicht, während ich das jetzt erzähle, daß wir Größenwahnsinnig geworden wären oder den Realitätsbezug verloren hätten. Diese Investitionen der Stadt Erfurt sind Investitionen, die zu normalen Lebensverhältnissen wie in ganz Deutschland beitragen. Ich möchte Ihnen allen auch von hier oben Dank sagen, denn Sie haben mit Ihrem Solidaritätsbeitrag und anderem Geldtransfer dazu beigetragen, daß Erfurt zu einer sehr sehr schönen Stadt werden konnte. Denken Sie daran, jedem von Ihnen gehört ein kleines Stück Erfurt.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich wünsche uns einen richtungsweisenden Parteitag. Ich möchte an dieser Stelle aber auch Forderungen an die jetzige Bundesregierung erheben. Zu den „Ver-

kehrprojekten Deutsche Einheit“ gehören auch die Autobahn A 71 und die ICE-Strecke durch den Thüringer Wald. Diese müssen vollendet werden, damit wir in Erfurt nicht von der Entwicklung abgehängt werden. Wir liegen nämlich in der Mitte Deutschlands. Schauen Sie auf die Karte: München liegt östlicher als Erfurt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne Zeit hier in unserer Blumenstadt.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister Ruge. Der Parteitag dankt Ihnen in der Tat. Wir konnten es gestern schon und können es auch diese Tage sehen, was Sie in Erfurt geleistet haben. Wenn man als Besucher in eine Stadt kommt, meine Damen und Herren, verehrter Herr Kollege, und wissen will, was die Bevölkerung von denen hält, die in der Verantwortung stehen, dann fragt man in erster Linie einen Taxifahrer. Das habe ich getan. Ich habe den ersten Taxifahrer, der mit mir durch die Stadt fuhr – das dauert bei den vielen Baustellen, die es noch gibt, lange; aber sie sind ja zugleich Zeichen dafür, das sich hier etwas bewegt – gefragt: Was halten Sie denn von Ihrem Oberbürgermeister? Ich bekam zur Antwort: Der Mann ist gut, der tut was für Erfurt.

(Beifall)

Lieber Herr Kollege Ruge, es gibt noch viel zu tun, auch hier in Erfurt. Das sehen wir. Für das, was noch vor Ihnen liegt, wünscht Ihnen der Parteitag viel Kraft und viel Glück.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich freue mich nun, den Landesvorsitzenden der CDU Thüringen und Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, unseren Freund Dr. Bernhard Vogel, um ein Grußwort bitten zu dürfen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel: Verehrte Frau Tagungspräsidentin! Lieber Wolfgang Schäuble! Verehrte Gäste! Liebe Delegierte! Herzlich willkommen in Erfurt! Herzlich willkommen in Thüringen! Herzlich willkommen in der Mitte Deutschlands, mitten im Leben!

Herzlichen Dank Ihnen, lieber Wolfgang Schäuble, daß Sie zu diesem Parteitag nach Erfurt eingeladen haben. Der Einigungsvertrag trägt Ihre Handschrift. Wir wissen, daß wir auch heute auf Sie zählen können.

(Beifall)

Die Thüringer CDU ist stolz darauf, Sie alle bei uns zu Gast zu haben. Wir möchten, daß Sie sich bei uns wohlfühlen. Sehen Sie sich bitte um! Machen Sie sich bitte selbst ein Bild, und sagen Sie weiter, was Sie gesehen haben und was nach zehn Jahren aus Thüringen geworden ist!

Vor zehn Jahren schrieben einige besonders Mutige den sogenannten Brief aus Weimar. Sie wollten eine Reform der Ost-CDU anstoßen. Was dann kam, ging über alle Erwartungen hinaus. Heute sitzt eine der Verfasserinnen, Christine Lieberknecht, im Präsidium dieses Parteitags.

(Beifall)

Vor neun Jahren, am 21. Februar 1990, sprach Helmut Kohl auf dem Domplatz vor weit über 100 000 Menschen. Heute kommen weniger. Aber heute sind die Häuser am Domplatz renoviert und restauriert. Neue Straßenbahnlinien werden verlegt. Ein Parkhaus ist entstanden. Der Platz ist nicht mehr wiederzuerkennen. Von 1991 bis heute hat das Bruttoinlandsprodukt im Freistaat Thüringen um 60 Prozent zugenommen. So weit wie Baden-Württemberg sind wir noch nicht. Aber wir sind stolz darauf, daß aus 28 Milliarden DM 66 Milliarden DM geworden sind.

(Beifall)

Meine Freunde, es hat viel Mühe und Kraft gekostet, bis die Autobahn, auf der Sie diese Halle erreicht haben, gebaut war, bis die Interzonenzüge von Frankfurt nach Leipzig nicht mehr in Herleshausen umgespannt werden mußten, bis die Strecke elektrifiziert war, bis die Hotels, in denen Sie wohnen, in ihrem heutigen Zustand waren, bis die Altstadt von Erfurt nicht nur vor dem Verfall gerettet war, sondern neu aufblüht, und bis die Universität Erfurt gegründet war.

Die Bevölkerung Thüringens hat dafür und für vieles andere sehr hart gearbeitet. Es gab Erfolge; aber es gab auch Rückschläge. Großartiges ist geleistet worden – auch weil wir viel Hilfe sowie materielle und finanzielle Unterstützung erhalten haben von Menschen, die kamen und helfen wollten. Ich möchte diesen Parteitag dazu nutzen, allen, die geholfen haben, herzlich zu danken. Meine Damen und Herren, die Deutschen haben eine großartige Hilfeleistung zuwege gebracht. Die Westdeutschen haben den Dank für diese Leistung verdient. Diesen möchte ich hier heute aussprechen.

(Beifall)

Der Dank gilt vor allem auch unseren Partnerländern. Er gilt Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern. Ich möchte für die Freundschaft vieler Kreis- und Ortsverbände unserer Partei danken, vor allem für die, die auch heute noch besteht.

Wir sind stolz auf das Erreichte. Wir sind beispielsweise stolz darauf, daß Weimar in diesem Jahr, dem Jahr des 250. Geburtstages Goethes, Kulturstadt Europas ist. Manche industriellen Leuchttürme strahlen inzwischen über das Land hinaus: Eisenach zum Beispiel oder Jena, Sömmerda oder Unterwellenborn, die sich zu bedeutenden High-Tech- und Industriestandorten entwickelt haben.

Ja, wir sind stolz auf das Erreichte. Aber, meine Freunde, wir wollen weiter. Wir haben weniger Arbeitslose als die anderen neuen Länder. Im März dieses Jahres hatten wir in Thüringen 53 000 Arbeitslose weniger als im März vor einem Jahr. Aber eine Arbeitslosenrate von 16 Prozent ist immer noch unerträglich hoch. Sie ist zu hoch für uns, auch wenn Sachsen-Anhalt mit 21,1 Prozent unter der Führung von Rot-Rot die rote Laterne trägt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freunde, unser Ziel ist es, vom Tropf wegzukommen und keine Subventionsmentalität aufkommen zu lassen. Unser Ziel ist es, den Platz unter den Ländern der Bundesrepublik zu erreichen, den wir selbstverständlich seit vielen Jahren ohne Teilung, ohne Mauer, ohne Sta-

cheldraht und ohne Sozialismus hätten. Geben ist seliger denn Nehmen. Aber damit wir von Nehmenden zu Gebenden werden, werden wir noch viel arbeiten müssen, und werden wir noch einige Zeit auf weitere Hilfe angewiesen sein.

Der Aufbau Ost hatte zu Zeiten Helmut Kohls Vorrang. Schröder hat versprochen, daß das so bleiben solle. Wir haben darüber zu wachen, daß das nicht nur schöne Worte sind und die Schere in Wahrheit nicht wieder auseinandergeht.

Bei den jüngst verabschiedeten Steuergesetzen ist genau dies der Fall: beim Steuerentlastungsgesetz, das in Wahrheit ein Mittelstandsbelastungsgesetz ist,

(Beifall)

bei der Ökosteuer, die nicht ökologisch ist, weil sie weder ökofreundlich noch logisch ist,

(Beifall)

bei der Ökosteuer, die in Wahrheit eine Energiepreiserhöhungssteuer ist – man könnte sie auch Aufbau-Ost-Bekämpfungsteuer nennen –,

(Beifall)

und beim 630-, hier bei uns bisher 520-Mark-Gesetz, das sich als ein Schwarzarbeitfördergesetz erweist.

(Beifall)

Ich habe noch zu kaum einem anderen Gesetz so viele Briefe erhalten wie zu diesem 630-Mark-Gesetz. Die Kammern, die Betriebsräte, die Tourismusvereine, die Zeitungsverleger, die Raumpflegerinnen und die Taxifahrer, sie alle haben mir geschrieben: Verhindere das Gesetz. Ich rufe ihnen zu: Wenn uns alle, die geschrieben haben, im September dieses Jahres wählen, dann werden wir die Wahlen gewinnen, und dann können wir das verhindern.

(Beifall)

Von größter Bedeutung für uns sind die Verkehrswege Deutsche Einheit. Wir sind in großer Sorge, daß die von den Bündnisgrünen durchgesetzte Überprüfung zu schädlichen Verzögerungen, wenn nicht gar zum Baustopp führt und daß jetzt die eine Maßnahme wie zum Beispiel der Bau der ICE-Strecke München-Erfurt-Berlin gegen eine andere Maßnahme wie zum Beispiel die Mitte-Deutschland-Verbindung von Dortmund über Kassel und Erfurt nach Görlitz ausgespielt wird. Helfen Sie uns bitte, daß wir vorankommen, damit der Aufbau Ost tatsächlich gelingt. Bitte unterstützen Sie uns!

(Beifall)

1999 ist Wahljahr, für die Union ein Jahr des Aufbruchs. Mit Hessen hat es gut angefangen.

(Beifall)

Jetzt stehen am 13. Juni sechs der zehn Kommunalwahlen und die Europawahl auf der Tagesordnung. Zuvor wählt Bremen. Wir wünschen Hartmut Perschau und Bernd Neumann allen Erfolg dabei!

(Beifall)

Im September wählt das Saarland – die ersten Wahlen ohne Lafontaine, den Fahnenflüchtigen. Viel Erfolg, Peter Müller!

(Beifall)

Dann aber, meine Freunde: Brandenburg 5. September, Thüringen 12. September, Sachsen 19. September, Berlin 10. Oktober. Bedenken Sie bitte: Die politische Landschaft bei uns in den jungen Ländern ist anders. In den Landtagen gibt es nur drei Fraktionen: uns, die SPD und die PDS. Es geht um viel bei diesen ostdeutschen Landtagswahlen, es geht um viel, nicht nur für uns, sondern es geht um viel für ganz Deutschland. Es geht darum, ob die Partei der deutschen Einheit im Osten Deutschlands in Führung bleibt, ob wir in Sachsen und Thüringen auch künftig die Ministerpräsidenten stellen und ob unsere Freunde in Brandenburg die absolute Mehrheit der SPD brechen. Es geht darum, daß wir verhindern, daß Mecklenburg-Vorpommern sich wiederholt.

(Beifall)

Es geht, meine Freunde, darum, zu verhindern, daß die SPD in Thüringen ein weiteres Bündnis mit der PDS schließt und den alten Kadern der SED wieder in Staatsämter verhilft.

(Beifall)

Vor allem aber – und das ist wichtiger –: Wir wollen in Thüringen nach vorn und nicht zurück.

(Beifall)

Bayern ist ein Vorbild, aber nicht Sachsen-Anhalt, bei dem, was die Regierung in den letzten Jahren dort gemacht hat.

(Beifall)

Die PDS ist die organisierte Verweigerung der deutschen Einheit. Es geht darum, ob Sozialdemokraten jetzt freiwillig tun, was Sozialdemokraten vor 50 Jahren unter Zwang und gegen ihren Willen tun mußten. Täuschen Sie sich bitte nicht: Die Auseinandersetzung um das Kosovo, die hier in den jungen Ländern heftiger geführt wird als im Westen, macht es den Sozialdemokraten zur Zeit schwer, sich hinter die Entscheidungen der Bundesregierung zu stellen und zur gleichen Zeit mit der PDS gegen diese Entscheidungen auf die Straße zu gehen; aber, meine Damen und Herren, jetzt ist April, und die Wahlen sind im September. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß der Thüringer SPD-Vorsitzende keine Minute zögern wird, ein rot-rotes Bündnis in Thüringen einzugehen, wenn die Mehrheit dafür ausreicht.

(Zustimmung und Pfui-Rufe)

Meine Damen und Herren, die PDS ist Realität. Im Thüringer Landtag sitzen 17 Abgeordnete, darunter ein Vizeminister der DDR-Regierung, eine ehemalige Kaderleiterin mit der dicksten Stasi-Akte, die man sich vorstellen kann, ein straffällig gewordener Totalverweigerer. Das ist alles schwer zu verstehen - nicht nur für Sie, auch für mich -, aber es hat keinen Sinn, diesen Tatbestand zu leugnen, die PDS auszugrenzen. Aber wir grenzen uns eindeutig und

klar von der PDS ab. Wir wollen weder in den Kommunen noch im Land mit ihr irgend etwas zu tun haben.

(Beifall)

Mit Sozialisten, mit Kommunisten, mit Systemverweigerern und Systemveränderern gibt es für uns keine Gemeinsamkeit. Ich bin der festen Überzeugung, die Mehrheit der Bürger in Thüringen denkt ebenso. Wir müssen diese Mehrheit am Wahltag für uns gewinnen, und dazu, meine Freunde, brauchen wir Ihre Hilfe, brauchen wir die Hilfe der ganzen Union. Die ganze Union, so meine ich, muß sich in den kommenden Monaten hinter uns stellen, hinter uns in den Landesverbänden der neuen Länder. Bitte helfen Sie uns, nicht durch gutgemeinte Ratschläge, wie wir mit der PDS umzugehen hätten, sondern durch Verständnis für unsere Situation.

Wenn wir beispielsweise jetzt allenthalben zu Recht 50 Jahre Grundgesetz feiern, dann sind das für die einen tatsächlich 50 Jahre; für die anderen sind es 40 Jahre plus 10. Meine Freunde, die Würde eines gut gelebten Lebens vieler in der ehemaligen DDR darf niemand in Frage stellen. Viele haben im falschen System richtig gelebt.

(Beifall)

Zwei Frauen setzen ein Beispiel, wie das geht. Wir sind stolz auf Angela Merkel, unsere Generalsekretärin. Sie weiß, was Sache ist, und sie steht ihre Frau.

(Beifall)

Wir sind stolz auf Dagmar Schipanski, die Physikprofessorin, die Wissenschaftlerin aus Ilmenau.

(Beifall)

Sie schlägt sich in diesen Wochen bravourös, und sie hat in kurzer Zeit bei Freunden und Gegnern Respekt erworben, weil sie ein Stück Zukunft des geeinten Deutschlands verkörpert,

(Zustimmung)

bis zum 23. Mai und darüber hinaus, meine Freunde.

(Beifall)

Wir in den jungen Ländern, insbesondere wir hier in Thüringen, wollen kämpfen, und wir kämpfen. Wenn Sie alle uns helfen, dann werden wir unser Ziel erreichen. Das Ziel zu erreichen, das wird gut sein für diese Länder, das wird gut sein für die deutsche Einheit, das wird gut sein für Deutschland. Herzlich willkommen in Thüringen!

(Lebhafter Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Verehrter Herr Dr. Vogel! Der Parteitag dankt Ihnen für die deutlichen Worte, die Sie in der Art, wie wir sie kennen, vorgetragen haben: optimistisch, temperamentvoll, kraftvoll. Wir alle wissen, Sie, Herr Ministerpräsident, haben viel für Thüringen getan, und die Thüringerinnen und Thüringer – dessen bin ich sicher – werden es Ihnen honorieren und danken. Deshalb sind wir alle sicher, daß wir auf unserem nächsten Parteitag –

nach dem September dieses Jahres – den Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel hier bei uns haben werden.

(Beifall)

Ich darf als Hessin auch noch hinzufügen, daß wir uns natürlich wünschen und uns dann darüber freuen, daß unser neuer Ministerpräsident, Roland Koch, in Ihnen weiterhin einen erfahrenen Ministerpräsidentenkollegen haben wird.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Der Koch mußte deshalb so früh anfangen, damit er so lange bleiben kann wie ich.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 8 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS
zugleich
BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM
DEUTSCHEN BUNDESTAG

Wir sind gespannt auf das Wort von Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Herr Tagungspräsident – lieber Bernhard Vogel! Werte Delegierte! Meine Damen und Herren! Fünfeinhalb Monate erst sind seit unserem Parteitag am 27. November in Bonn vergangen und knapp sieben Monate seit der Bundestagswahl am 27. September. – Was ist in dieser kurzen Zeitspanne nicht alles passiert? In wenigen Wochen haben CDU und CSU viereinhalb Millionen Unterschriften gesammelt gegen das rot-grüne Vorhaben der regelmäßigen doppelten Staatsbürgerschaft, und wir haben die Regierung zur Aufgabe dieses die Bevölkerung spaltenden Vorhabens gezwungen.

(Beifall)

Die Regierung Schröder hat schon in ihren ersten 100 Tagen soviel Murks gebaut, daß es – wie man bei uns zu Hause sagt – auf keine Kuhhaut geht. Lafontaine ist aus der Politik geflohen, und die Hinterlassenschaft seiner nicht einmal fünfmonatigen Amtszeit kommt uns teuer zu stehen. Die Aussichten für Konjunktur und Arbeitsmarkt werden von Monat zu Monat schlechter, die Investitionen gehen zurück.

Roland Koch ist nach einem grandiosen Wahlsieg der Union hessischer Ministerpräsident.

(Anhaltender starker Beifall sowie Hochrufe)

Eine solche Szene haben wir auf dem Bonner Parteitag auch schon einmal gehabt. Da haben sicher nicht alle, die dort geklatscht haben, fest daran geglaubt, daß es Wirklichkeit wird, und jetzt freuen wir uns um so mehr. Bundesweit liegt die Union in den Umfragen übrigens wieder

auf Platz eins. Der Bundestag – auch das gehört in diese fünfeneinhalb Monate – hat seine Arbeit in Berlin aufgenommen, und Herr Thierse erlaubt inzwischen sogar, wenn auch zähneknirschend, daß das Gebäude noch immer „Reichstag“ genannt werden darf – jedenfalls ohne polizeiliche Folgen.

(Beifall)

Ich bin immer noch bei den fünfeneinhalb Monaten. Nicht einmal bei Rot-Grün gibt es noch jemanden, der erklären kann, warum Dagmar Schipanski nicht die zukunftsfähigere Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten sein soll.

(Beifall)

Ich habe am Samstag bei einem Familientreffen darauf aufmerksam gemacht. Einem Vetter von mir – er ist Mitglied einer anderen großen Partei in Deutschland – habe ich gesagt: Man kann nirgends ein rationales Argument für den Gegenkandidaten finden. Darauf hat der Vetter gesagt: Doch, im „Vorwärts“ – aber sonst nirgends.

(Heiterkeit)

Die Kommission der Europäischen Union ist zurückgetreten, obwohl Herr Schröder noch im Januar das Europäische Parlament daran hindern wollte, Mißstände in der Brüsseler Verwaltung aufzudecken und abzustellen. Romano Prodi, Mitglied der Familie der Europäischen Volkspartei, ist als neuer Kommissionspräsident benannt – und der Berliner EU-Gipfel hat nach großen Ankündigungen zur Agenda 2000 kaum ein Mäuschen geboren. – Alles in diesen wenigen Monaten.

Liebe Freunde! Nimmt man SPD, CDU und CSU, dann bin ich unter den Vorsitzenden dieser drei großen Parteien schon der mit der längsten Amtszeit.

(Heiterkeit und Beifall)

Da wird jetzt Hildegard Müller von der Jungen Union sagen: Auf, ihr jungen Wilden! -

Liebe Freunde, wir leben in einer schnellebigen Zeit. Aber die eigentliche Zäsur trägt den Namen Kosovo. Seit fast fünf Wochen ist die NATO unter Beteiligung der Bundeswehr im militärischen Einsatz, um dem verbrecherischen Treiben von Milosevic Einhalt zu gebieten. Es ist der erste Kampfeinsatz für deutsche Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg.

Veränderungen ohnegleichen – in einer Geschwindigkeit, daß manchem fast schwindlig wird. Nichts scheint für die Zukunft selbstverständlich und gesichert. Und wenn Helmut Kohl, der erst heute abend zu unserem Parteitag kommen kann und dem wir herzlich gratulieren zu den hohen und verdienten Ehrungen – Freiheitsmedaille und Staatsmann des Jahrzehnts –,

(Starker Beifall)

wenn dieser unser Helmut Kohl, liebe Freunde, früher von manchen belächelt wurde für seinen mahnenden Satz, das Gelingen der Einigung Europas sei die Frage von Krieg und Frieden im nächsten Jahrhundert, dann ist dem letzten das Lachen inzwischen vergangen.

Das ist kein Grund, mutlos zu werden. Aber es zeigt, daß mehr Ernsthaftigkeit gefragt ist und mehr Substanz auch, als Schröder und die seinen bei ihrem Fehlstart begriffen hatten. Gerade in Zeiten großer und schneller Veränderungen brauchen wir Fundament und Kompaß, müssen wir sicher sein, woher wir kommen, wer wir sind und wie wir leben wollen, brauchen wir Werte und Überzeugungen, denen wir treu verpflichtet bleiben – weil ohne klaren Kopf und Richtung ziellose Geschäftigkeit doch nur zur Bewegung auf der Stelle, also zum Stillstand wird, und Stillstand ist Rückschritt.

Vor einer Woche ist der Bundestag zum ersten Mal im neuen Reichstag zusammengetreten. Fast zehn Jahre nach dem Fall der Mauer und allen Schwierigkeiten zum Trotz bleibt die Wiedererlangung von Einheit in Frieden und Freiheit großer Erfolg und Verpflichtung zugleich, Erbe und Auftrag. Wir haben viel erreicht, auch wenn alles immer unvollendet bleibt. Wir wachsen zusammen, indem wir unsere Geschichte als gemeinsame akzeptieren, indem wir voneinander lernen und die Zukunft als Chance und gemeinsame Aufgabe begreifen. Die Einheit der Nation und nationale Identität, das ist auch in Zeiten europäischer Einigung nicht altmodisch, sondern Grundlage für Zukunft und Toleranz.

(Beifall)

Hier in Erfurt, in Thüringen, mitten in Deutschland, wo Martin Luther auf der Wartburg und Goethe in Weimar, der europäischen Kulturhauptstadt dieses Jahres, wirkten, da empfinden wir das ganz besonders.

Die Union ist die Partei der deutschen Einheit, und unser Land braucht die Union. Auch nach der Wahlniederlage im September und dem Regierungswechsel hatten wir weder Recht noch Grund zur Resignation. Wir haben das Koordinatensystem unserer politischen Grundüberzeugungen nicht verschoben und dennoch die Botschaft der Wähler mit ihrem Wunsch nach Erneuerung verstanden.

Wir führen den Dialog mit allen Gruppen der Bevölkerung. Wir suchen nach Antworten auf neue Fragen und Probleme. Wir stellen uns den realen Veränderungen in der Welt um uns herum wie in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit, und wir tun das auf festem Fundament. Wir stehen mitten im Leben, und bei uns haben Werte Zukunft. Wir sind die einzige große politische Kraft, die NATO und Bundeswehr geschlossen unterstützt, nicht leichtfertig und bedenkenlos, sondern verantwortungsbewußt, jede Eskalationsautomatik ausschließend, eben ernsthaft.

Liebe Freunde, man mag sich kaum vorstellen, welchen Schlingerkurs diese Bundesrepublik Deutschland fahren würde, wenn nicht die Union das große stabilisierende Element wäre,

(Beifall)

und man mag sich schon gar nicht vorstellen, wie sich Rotgrün verhalten würde, wenn wir in den Tagen des Kosovo an der Regierung und sie in der Opposition wären.

(Lebhafter Beifall)

Wir sind und wir bleiben die Partei der europäischen Einheit und der Westintegration. Wir haben Kurs gehalten – von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, von der Einbindung zunächst des damals freien Teils Deutschlands in das westliche Bündnis über den NATO-Doppelbeschluß

bis zur Einheit Deutschlands und zu dem Verbleib des ganzen Deutschlands in der Atlantischen Allianz und der Öffnung der NATO für unsere Nachbarn im Osten und zur Zusammenarbeit mit Rußland. Vor ein paar Tagen haben wir in Berlin an den 50. Gründungstag der NATO erinnert – mit Reden des Generalinspektors der Bundeswehr und der Botschafter von Amerika und von Polen. Dort war auch der Botschafter von Mazedonien anwesend. So wie die Polen 1990 wollten, daß Deutschland nicht aus der NATO aussicherte – was viele Linke bei uns im besten Fall nicht verstanden haben –, so haben die Mazedonier heute keinen dringenderen Wunsch, als möglichst schnell in die NATO zu kommen. Nur das Bündnis der freiheitlichen Demokratien Europas und Nordamerikas kann Frieden, Freiheit und Menschenrechte sichern; dies ist, wie wir in diesen Tagen sehen, schwer genug.

Die Entscheidung für die NATO-Aktionen und die deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen fällt uns nicht leicht. Sie ist der erste Ernstfall für das erwachsen gewordene Deutschland. Die Zeiten, als wir uns aus guten Gründen zurückgehalten haben, ohne dadurch die Solidarität mit unseren Partnern zu verlassen, waren vielleicht bequemer. Erwachsensein ist aber nicht immer bequem, und es bedeutet Verantwortung. Es war die Union, es war die Regierung Helmut Kohl, die behutsam, aber entschieden diese Verantwortung angenommen und Deutschland zu einem gleichberechtigten und gleichverpflichteten Partner im westlichen Bündnis gemacht hat. Die Loyalität zu diesem Bündnis – das hat Helmut Kohl immer wieder klar gesagt – ist Bestandteil unserer Staatsräson. Das muß so sein und bleiben, denn ohne dieses Bündnis sähe die Welt, sähe Europa und sähe auch diese Bundesrepublik Deutschland anders aus.

(Beifall)

Aber auch das gilt: Loyalität, Verlässlichkeit heißt nicht blinde Gefolgschaft, sondern heißt Partnerschaft. Dies erlaubt nicht nur, sondern erfordert sogar den eigenen Standpunkt. Gelegentlich habe ich in diesen Tagen angesichts mancher öffentlicher Äußerungen das Gefühl, auch daran erinnern zu müssen. Vielleicht liegt es auch daran, weil andere, die so lange auf der falschen Seite gestanden haben, jetzt die Sorge haben, nur nicht als unsichere Kantoniisten erkannt zu werden. Vielleicht haben wir es leichter. Wir waren immer verlässlich. Gerade deswegen sagen wir auch jetzt ein offenes Wort in unserer Verantwortung.

(Beifall)

Vertreibung, ethnische Säuberung und Völkermord dürfen nicht geduldet werden, schon gar nicht mitten in Europa. Deshalb gibt es keine Alternative zum Eingreifen der NATO. Die Völkergemeinschaft hat eher zu lange als zu kurz versucht, mit immer neuen Verhandlungen, Fristsetzungen, Angeboten die serbische Führung von Mord und Vertreibung abzuhalten. Aus Langmut kann auch, darf aber nicht Wankelmut werden. Es darf aber ebensowenig eine unkontrollierbare Eskalationsautomatik geben. Wir werden sorgsam darauf achten, daß für den Einsatz unserer deutschen Soldaten keine Grauzonen entstehen. Es muß in jedem Stadium der Entwicklung glasklar sein, wofür sie eingesetzt werden. Eine schleichende Ausweitung ihres Auftrags darf es nicht geben. Sie würde auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

(Beifall)

Es ist übrigens oft auch gefährlich, sich in Rage zu reden und dabei falsche Vergleiche anzustellen. Hier jedoch gilt das ganz besonders. Wer sich in der berechtigten Empörung über die

entsetzlichen Verbrechen, die Milosevic zu verantworten hat, in Rhetorik und Emotionen nicht dennoch zu mäßigen versucht, wird schwerlich den kühlen Kopf behalten können, der aber notwendig ist, um eine unbeherrschbare Eskalation zu vermeiden und unter allen Umständen auszuschließen. Militärische Entschlossenheit und Geschlossenheit sind nur das eine. Das unablässige politische Bemühen um ein Ende des Konflikts ist das andere. Beides gehört untrennbar zusammen, liebe Freunde.

(Beifall)

Das versucht der Bundesvorstand in dem Initiativantrag 1, den wir Ihnen heute unter der Überschrift „Frieden für den Kosovo“ vorlegen, auszudrücken. Es geht um die richtige Balance für beide Seiten. Ich bitte Sie, diesen Antrag intensiv zu diskutieren und eine klare, abgewogene und unserer Verantwortung entsprechende Entscheidung dieses Parteitag herbeizuführen.

Liebe Freunde, vielleicht wurde die Hartnäckigkeit von Milosevic, sein eigenes Volk brutal zur Geisel zu nehmen, unterschätzt. Aber wenn die Völkergemeinschaft geschlossen und entschlossen bleibt, dann arbeitet die Zeit nicht mehr für ihn. Mehr und mehr wird er militärisch geschwächt und international isoliert. Deshalb muß die Politik Rußland und die Vereinten Nationen einbinden. Je mehr die serbische Führung begreift, daß sie militärisch und wirtschaftlich immer mehr verliert, daß sie in Wahrheit Krieg gegen das eigene Volk führt – nicht nur gegen die Kosovo-Albaner, sondern im Ergebnis auch gegen die Serben selbst –, und je mehr die serbische Führung begreift, daß sie politisch immer mehr allein steht, um so näher wird das Ende des Mordens rücken, liebe Freunde.

Natürlich müssen wir in dieser Zeit von Flucht und Vertreibung alle Anstrengungen unternehmen, um den Menschen das Überleben zu sichern. Deswegen ist es, wie ich finde, wirklich ein großartiges Zeichen – Bernhard Vogel hat das schon gesagt –, in welchem Maße unser Volk in diesen Tagen und Wochen zur Hilfe für die Flüchtlinge und Vertriebenen bereit ist. Es ist ein großartiger Beweis, daß vieles, was manchmal so kritisch über die Kälte in unserer Gesellschaft gesagt wird, dann, wenn die Menschen spüren, daß ihre Hilfe wirklich gebraucht wird, durch das Engagement der Menschen, auf das wir stolz sind und für das wir danken, widerlegt wird.

(Beifall)

Deswegen freuen wir uns auch, daß Rupert Neudeck heute mittag auf diesen Parteitag kommen und zu uns sprechen wird. Es wird nicht nur fröhlich sein, was er aus dem Kosovo und der Umgebung zu berichten hat, aber ich glaube, es ist gut und notwendig.

Die Rückkehr der Vertriebenen in ein gesichertes Kosovo ist das Ziel aller Bemühungen und Operationen. Ich füge aber gleich hinzu: Wenn dieses Ziel erreicht ist, dann wird Europa noch mehr gefordert sein, beim wirtschaftlichen Aufbau des Kosovo ebenso wie bei der Schaffung einer dauerhaft stabilen Ordnung für den Balkan. So zeigen die schrecklichen Ereignisse im Kosovo auch, wie ungeheuer wichtig, wie alternativlos richtig die Schaffung eines einigen, starken und handlungsfähigen Europa ist.

Für uns kann es daran keinen Zweifel geben: Ein einiges Europa ist die beste Vorkehrung für die Zukunft, um Frieden und Freiheit im kommenden Jahrhundert zu sichern und um Wohl-

stand und soziale Sicherheit in der Welt der Globalisierung zu bewahren.

(Beifall)

Aber ein einiges, ein starkes Europa und eine Europäische Union, die für ganz Europa offensteht, erfordert Reformen, die politische Sklerose ebenso verhindern helfen wie einen Infarkt infolge Überforderung. Darüber werden wir morgen beraten, und daran werden wir noch lange zu arbeiten haben. Aber soviel ist klar: Nur ein föderales Europa kann diese gewaltigen Aufgaben und Herausforderungen meistern. Das heißt auch: Nicht jede Aufgabe in Europa ist auch eine Aufgabe für Europa. Subsidiarität heißt das Ordnungsprinzip – Vorrang der kleineren Einheit, Bürgernähe. Erst die Kommunen und Regionen, dann die Mitgliedstaaten. Und nur, was deren Kräfte und Möglichkeiten wirklich übersteigt, das muß Europa gemeinsam leisten.

Der Berliner Gipfel hat doch deshalb die Agenda 2000 nicht zum Erfolg bringen können, weil Schröder und die Seinen erst verantwortungslos geredet und dann nicht gehandelt haben –

(Beifall)

Oberflächlichkeit auch da, wo wirklich tief gepflügt hätte werden müssen. Wer ausgerechnet als Ratspräsident den Gesamtzusammenhang aus dem Auge verliert – oder ihn vielleicht sogar überhaupt nicht versteht – und sich statt dessen vorrangig als nationaler Kassenwart aufspielt, der mal eben zu Lasten anderer ein paar Milliarden Euro zurückhaben will, der muß wegen des Einstimmigkeitsprinzips in dieser Frage zwangsläufig scheitern. Das haben Blair, Chirac und Aznar Schröder gezeigt, kühl, aber erfolgreich.

Es hätte anders ausgehen können: wenn die deutsche Ratspräsidentschaft ein klügeres Vorgehen an den Tag gelegt und die grundlegende Reform der Agrarpolitik, zum Beispiel im Wege der Kofinanzierung, als Schritt in Richtung auf mehr Subsidiarität hartnäckiger verfolgt hätte;

(Beifall)

wenn sie sich für eine Struktur- und Regionalpolitik eingesetzt hätte, die den Schwachen solidarisch Hilfe gewährt, statt mit der Gießkanne den Subventionsdschungel zum Nährboden für Bürokratie und Mißwirtschaft zu machen; wenn die deutsche Präsidentschaft eine wirkliche, substantielle Vorstellung gehabt hätte von einer strukturellen Reform der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit Europas. Das hieße zum Beispiel: Stärkung des Europäischen Parlaments, mehr Kontrolle, Öffentlichkeit und Transparenz, flexible Strukturen in der Europäischen Union in Zeiten der Erweiterung, um unterschiedliche Geschwindigkeiten und einen starken Kern für Einigungsdynamik zu nutzen, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, mit Handlungsfähigkeit und Gesicht, um den europäischen Pfeiler in der Atlantischen Allianz zu stärken.

Nichts davon, liebe Freunde, ist in der deutschen Präsidentschaft vorgebracht worden. Statt dessen faselt man auch nach Lafontaines Rücktritt immer noch von europäischen Beschäftigungsprogrammen - als ob europäische Bürokratie auch nur im Ansatz leisten könnte, was nur die Initiative und Leistungsbereitschaft von Unternehmern und Arbeitnehmern, von

großen und kleinen Betrieben, dem Mittelstand vor allem, die Phantasie der Märkte und Orientierung am Kunden und Verbraucher leisten können.

(Beifall)

Aber Subsidiarität, Dezentralisierung – das entspricht dem Denken der Linken nicht. Je größer sie ein Problem empfinden, um so mehr setzen sie auf zentralistische, bürokratische Lösungsansätze. Das hat Tradition bei den Linken, aber es macht keinen Sinn.

(Beifall)

Wir vertrauen auf die Kraft der Menschen, die Kraft der Freiheit, der freiwilligen Solidarität. Das ist der entscheidende Unterschied im politischen Denken von Linken und Union: Wir setzen auf Phantasie, auf Leistungsbereitschaft, auf Zukunftsmut; die Linken landen immer bei Steuern, Abgaben und Bürokratie. Weil Freiheit und Individualität stets zu Unterschieden führen, tendieren die, denen die Gleichheit so wichtig ist, immer zur Nivellierung. Man sehe sich unser föderales Finanzausgleichssystem in der Praxis an. Es ist doch absurd, daß diejenigen, die besser, erfolgreicher, sparsamer wirtschaften, am Ende schlechter dastehen als die anderen.

(Beifall)

Wer um die fundamentale Bedeutung kommunaler Selbstverwaltung weiß, der sehe sich einmal die Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in noch sozialdemokratisch regierten Ländern wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen an und vergleiche das mit der Wirklichkeit in unionsregierten Ländern, wo vielleicht auch nicht alles Gold, aber das meiste eben besser ist. Wer den Vorrang der kleineren Einheit, der bürgernäheren Ebene verstanden hat, das Ordnungsprinzip der Subsidiarität, der gibt den Menschen den Raum zu Freiheit, zu Verantwortung, zu Leistung und Kreativität.

Weil die Fähigkeiten der Menschen in Deutschland, ihre Leistungsbereitschaft, ihr Wissen und Können in der Welt der Globalisierung, des Informationszeitalters und der Dienstleistungsgesellschaft unser wichtigster Rohstoff ist, deshalb ist Bildungspolitik von so zentraler Bedeutung. Das, liebe Freunde, wird ein Kernbereich unserer Arbeit sein müssen. Wir wollen den Parteitag im nächsten Jahr der Bildungspolitik widmen, den Reformen von Schule und Hochschule. Bis zum kommenden Parteitag im nächsten Jahr wollen wir die Debatten in der Breite unserer Partei führen, in unseren Orts-, Kreis- und Landesverbänden und den Vereinigungen. Nicht Gleichmacherei wie bei den sozialistischen Bildungsplanern, sondern Ausschöpfen aller Begabungen, Differenzierung, Leistungsförderung und Leistungsforderung sind unsere Richtschnur. Denn nur so gewinnen wir Zukunft und erschließen allen Menschen Chancen auf Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe an wirtschaftlicher, sozialer und politischer Kommunikation.

Die Menschen beteiligen, sie mitnehmen auf den Weg in das Neue, auch Ungewisse, sie nicht der Anonymität und Teilnahmslosigkeit ausliefern, das gibt auch Halt und Richtung, das gibt Geborgenheit und Orientierung zugleich. Gerade in Zeiten der Globalisierung und so rasanter Veränderungen muß der sich ausbreitenden Verunsicherung entgegengewirkt werden. In der Anonymität ist die Gefahr der Entwurzelung immer größer. Deshalb sind Nähe und Vertraut-

heit so wichtig. Auch das hat übrigens mit kommunaler Selbstverwaltung und Föderalismus zu tun. Heimat stärkt Identität, schafft Zugehörigkeit.

(Beifall)

Zugehörigkeit und Identität wiederum sind die Voraussetzungen für Toleranz. Wer sich seiner selbst gewiß ist, bleibt offen für den anderen.

An diesem Punkt entscheidet sich die Bereitschaft für die Integration ausländischer Mitbürger. Diese Integration zu schaffen ist eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben zugleich, von deren Gelingen die Stabilität unserer Freiheitsordnung abhängt, in einer Welt, in der Entfernungen schrumpfen, Grenzen weniger trennen und die Unterschiede in den Lebensverhältnissen nicht nur größer, sondern vor allem durch moderne Medien eben auch bewußter werden.

Aber Integration schafft man eben nicht mit der als Provokation empfundenen regelmäßigen doppelten Staatsangehörigkeit. Integration ist eine Zweibahnstraße, heißt Sprachförderung und Bereitschaft, Sprache zu lernen, Offenheit für Fremdes, aber auch Bereitschaft, sich in die soziale Realität und Tradition einer Gemeinschaft einzuleben. Wer die Menschen für Integration gewinnen will, muß sie überzeugen und darf sie nicht spalten.

(Beifall)

Wer aber Integrationsfähigkeit, die nie unendlich ist, überfordert, wird scheitern. Deshalb bleiben Begrenzung und Kontrolle von Zuzug in einem so dicht besiedelten Deutschland und Europa notwendig, auch angesichts der Tatsache, daß wir bereits 10 Prozent ausländischen Bevölkerungsanteil haben und daß wir eine besondere Verpflichtung aus unserer Vergangenheit für Vertriebene und Aussiedler am Ende auch dieses Jahrzehnts immer noch haben und daß wir uns dieser Verantwortung auch in der Zukunft stellen werden.

Liebe Freunde, diese Bemerkung will ich auch hinzufügen: Wenn uns jetzt in den Tagen der Greuel im Kosovo bewußter wird, als es vielleicht den Jüngeren bewußt gewesen ist, was Vertreibung für die Menschen wirklich bedeutet, dann sollte man sich vielleicht der Verpflichtung für die Vertriebenen ebenso bewußt bleiben wie man nicht so leichtfertig über die Sudeten-deutschen daherreden sollte, wie es Schröder in dem Gespräch mit dem tschechischen Ministerpräsidenten getan hat.

(Beifall)

Bereitschaft zur Integration, Werben, Fördern, Zweibahnstraße, Identität als Grundlage für Toleranz, Offenheit, das alles zusammen ist unser Weg und unser Angebot. Liebe Freunde, wem wirklich daran liegt, daß Deutschland ein ausländerfreundliches Land bleibt, der muß den Konsens zwischen den großen politischen Gruppen und mit der Bevölkerungsmehrheit suchen. Nur so werden sich Offenheit und Vertrautheit verbinden, nur so werden wir am Ende Toleranz erhalten.

(Beifall)

Verunsicherungen abbauen, Ängste nehmen, Zuversicht in die Zukunft schaffen, das ist nir-

gends besser zu leisten als in der Familie. Deshalb bleibt die Familie für uns das Erste und Wichtigste zugleich. Menschliches Miteinander, Vertrauen, Fürsorge, Wärme, ein Zuhause, das bleibt unverzichtbar. Das hat nichts mit naiven Vorstellungen von heiler Welt zu tun. Wir wissen sehr wohl: Die Lebensentwürfe, die Beziehungsfelder der Menschen verändern sich, und jede Politik, die Zukunft gestalten will, muß die Realitäten zur Kenntnis nehmen. Rund die Hälfte aller Haushalte in Großstädten sind Einpersonenhaushalte, liebe Freunde, darin drückt sich die Mobilität unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit aus. Aber das macht doch Familie nicht überflüssig. Keiner kommt allein auf die Welt, Bindungen sind auch für den modernen Menschen nicht nur unvermeidlich, sondern unverzichtbar.

(Beifall)

In einer Gesellschaft, in der der Anteil älterer Menschen steigt und der Anteil der Jüngeren sinkt, wird lebenslange Solidarität zwischen den Generationen eher noch wichtiger. Wo, wenn nicht in der Familie, soll sie denn lebenslang gelebt und gelernt werden?

(Beifall)

Das Subsidiaritätsprinzip, also der Vorrang der kleineren Einheit, zukunftswirksam zu halten wird eine unserer Hauptaufgaben unserer Arbeit in diesen Jahren sein. Wir wollen als Union daran arbeiten, dieses Organisationsprinzip für Europa wie für unsere Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen, von den institutionellen Reformen der Europäischen Union bis zum Länderfinanzausgleich, der Stärkung von kommunaler Selbstverwaltung und der Verbesserung von Bürgernähe und Bürgerbeteiligung. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Familie, Familienpolitik weiterentwickeln. Darauf wollen wir uns auf unserem kleinen Parteitag im Herbst dieses Jahres konzentrieren. Das erschöpft sich lange nicht in Steuern und Kindergeld, sondern reicht in viele Bereiche der Sozial- wie der Bildungspolitik hinein. Es geht um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, um bessere Wahlfreiheit für Frauen und Männer, um Abstimmung von betrieblichen und schulischen Organisationsformen und Öffnungszeiten auf diese Erfordernisse bis zur Frage der Ganztagschule. Wenn unsere Grundwerte, liebe Freunde, richtig bleiben, dann müssen diesen Grundwerten die Antworten für die realen Fragen und Probleme am Ende dieses und am Beginn des nächsten Jahrhunderts abgeleitet werden. So und nur so haben Werte Zukunft.

(Beifall)

Aus den schöpferischen Kräften des Menschen, aus Freiheit und Vertrautheit zugleich, die durch das Subsidiaritätsprinzip gefördert werden, wächst die Kraft zur Veränderung. Wer immer nur wie die Linken bürokratisch-zentralistisch reglementiert, fördert damit nur Verteilungskämpfe. Wer den Menschen in den Veränderungen Vertrautheit verweigert, der erntet Verunsicherung. Aber Verteilungskämpfe und Verunsicherung führen zwangsläufig zur Verteidigung der Besitzstände, während aus Freiheit und Vertrautheit Zukunftsmut wächst. Deshalb ist die Union die Kraft der Veränderung. Bewahren und Erneuern, beides ist notwendig und bedingt sich gegenseitig.

(Beifall)

Veränderungen, Anpassungen, Innovationen sind notwendig in Zeiten der Globalisierung

und des rasanten Wandels aller ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Wir sind eines der wirtschaftlich stärksten Länder dieser Erde, aber wenn wir mit modernen Entwicklungen nicht Schritt halten, fallen wir zurück. Wir stehen im härter werdenden internationalen weltweiten Wettbewerb um Wohlstand und Arbeitsplätze, und deshalb brauchen wir Innovationen, Investitionen, schnellere Anpassung an sich verändernde Marktverhältnisse. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit sind doch keine Gegensätze, sondern sie bedingen sich gegenseitig, wie der Erfolg unserer Sozialen Marktwirtschaft bewiesen hat.

Heute ist soziale Gerechtigkeit bei uns nicht in erster Linie ein Problem materieller Versorgung, sondern das größte soziale Problem ist heute die wachsende Arbeitslosigkeit. „Wohlstand für alle“ im Sinne von Ludwig Erhard ist nicht allein eine Frage von D-Mark oder Euro, sondern das heißt heute Zugehörigkeit, Gebrauchtwerden, Teilhabe an Prozessen gesellschaftlicher Kommunikation. Deshalb bleibt für uns „Arbeit für alle“ das Ziel. Daran werden wir weiterarbeiten, und das ist unsere Verpflichtung.

(Beifall)

„Arbeit für alle“, der Staat, die Politik kann das nicht alles und schon gar nicht allein leisten. Aber die Rahmenbedingungen können und müssen wachstums-, investitions- und beschäftigungsfördernd sein. Eben deshalb ist die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik von Rot-Grün so katastrophal.

Manchmal fragt man sich, warum einfache und unwiderlegbare Wahrheiten in manche Köpfe nicht hineingehen. Das weiß doch inzwischen jeder in Deutschland: Nur eine Senkung aller Steuersätze, für Arbeitnehmer wie für Unternehmer, schafft Raum für Wachstum und Beschäftigung. Die linken Umverteiler, bei denen nur ja keine Mark im Ergebnis gespart werden darf, können das nicht, weil sie es nicht einmal verstehen. Unsere Steuerpolitik, wie wir sie als CDU auf dem Parteitag in Hannover konzipiert und dann in die Petersberger Beschlüsse umgesetzt haben, beschreibt den richtigen Weg.

Niedrigere Sätze für alle, eine deutliche Nettoentlastung und weniger Ausnahmen von der Besteuerung – einfacher, klarer, gerechter –, das bleibt unsere Richtung.

(Beifall)

Aber dafür muß man in der Haushaltspolitik Spielraum schaffen. Diesen Spielraum hatten wir in Deutschland noch im Oktober 1998 mit beachtlichen Überschüssen gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung und 20 Milliarden DM Steuersenkungsspielraum für 1999. Das haben die Bundesbank wie die finanzwissenschaftlichen Institute aktenkundig gemacht. Jetzt hat die Regierung Schröder alles verwirrwortet, ohne irgend etwas zu erreichen, außer Durcheinander. Statt dessen werden die Perspektiven für Wachstum und Arbeitsmarkt von Monat zu Monat schlechter. Der Deutsche Aktienindex entwickelt sich seit dem Amtsantritt Schröders signifikant schlechter als vergleichbare europäische Werte, und der deutsche Wirtschaftsminister Müller – Herr Müller, wohlgemerkt; nicht Frau Müller – gesteht offen ein, daß die Wachstumserwartungen der Bundesregierung mittlerweile schon deutlich unter 2 Prozent gesunken sind, während es in anderen Ländern – auch in Europa – aufwärts geht.

Die Ursachen dafür können nicht in Rußland oder Südamerika liegen; sie liegen in der falschen Politik der Regierung Schröder.

(Beifall)

Jetzt wird großspurig eine Unternehmenssteuerreform versprochen – offenbar als Trost für den Mist, den sie bis jetzt in Kraft gesetzt haben. Aber das ist doch ein Stück aus dem Tollhaus: Wenn eine Entlastung der Unternehmer auch nach Schröders Meinung angezeigt ist, dann macht es doch wirklich keinen Sinn, zunächst das genaue Gegenteil zu tun und die Belastungen zu erhöhen, um vielleicht später die Fehler teilweise wieder zu korrigieren. Das mit dem einheitlichen Unternehmensteuersatz von 35 Prozent klingt vielleicht ganz gut. Aber wer es glaubt, hat selber schuld. Was heißt das denn? Mit oder ohne Gewerbeertragsteuer? Und wenn die Gewerbeertragsteuer einbezogen würde: Wo bleibt dann die notwendige Gemeindefinanzreform?

Ich sage klar: Für uns, die Union, ist eine eigene kommunale Steuerbasis, für die die Kommunen eigene Zuständigkeit und Entscheidungsspielräume haben, unverzichtbar, wenn die kommunale Selbstverwaltung nicht zerstört werden soll.

(Beifall)

Im übrigen muß jede Unternehmensteuerreform in Deutschland berücksichtigen, daß fast 90 Prozent unserer Unternehmen nicht körperschaftsteuerpflichtige Kapitalgesellschaften, sondern einkommensteuerpflichtige Einzelunternehmen und Personengesellschaften sind. Sollen die etwa in die Röhre gucken? Sie dürfen nicht schlechtergestellt werden, wenn Deutschland nicht Schaden nehmen soll; denn die mittelständische Struktur unserer Wirtschaft gehört zum Besten, was wir haben. Dort werden die Arbeitsplätze geschaffen, viel mehr als in den Großunternehmen.

(Beifall)

Ich füge hinzu: In den Eigentümerunternehmen geht es eben nicht nur um Shareholder value. Auch das ist für die Union wichtig.

(Beifall)

Wenn „Arbeit für Alle“ keine wohlklingende Leerformel bleiben soll, dann müssen wir soziale Sicherungssysteme, Arbeitsrecht, Arbeitszeiten und Entgeltsysteme beschäftigungsfreundlich ausrichten. Nichts gegen ein Bündnis für Arbeit – aber wenn es zum Kartell der organisierten Arbeitsplatzbesitzer mit den großen wirtschaftlichen Interessen bei gleichzeitiger Verantwortungsscheu der Regierung verkommen sollte, dann wird es nicht nützen, sondern schaden, dann wird es nicht Innovationen stärken, sondern Besitzstände betonieren.

Die Verwischung von Verantwortung ist nicht zukunftsfördernd. Gegen alle diese Schröderschen Initiativen, von den Energiekonsensgesprächen bis zu Scharpings Ankündigung, über Fragen der Neuordnung der Bundeswehr jetzt eine Kommission einzusetzen, habe ich eigentlich nichts. Aber es führt immer ein wenig zur Ablenkung von der Verantwortung der Regierung, daß sie es ist, die entscheiden muß. Ich kann ja verstehen, daß Schröder die Unfähigkeit seiner Regierung zu zukunftsgerichteter Entscheidung, den Mangel an Substanz in

seiner Politik kaschieren – oder besser: „kaschmiren“ – will, indem er ein Dauerpalaver im sogenannten Bündnis für Arbeit veranstaltet.

(Beifall)

Aber wenn das dann dazu führt, daß überhaupt nichts wirklich geschieht, dann sollte man eine solche Showveranstaltung schnellstens beenden. Um es klar zu sagen: Für die politischen Entscheidungen bleiben am Ende die Gewählten, Regierung und Parlament, verantwortlich, für die Tarifpolitik Arbeitgeber und Gewerkschaften. Sich darüber abzustimmen, daß man im jeweiligen Verantwortungsbereich Wachstum und Beschäftigung Vorrang gibt, das wäre gut, aber gerade davon ist bisher nichts zu spüren, in der Finanz- und Sozialpolitik der Regierung nicht und bei den 1999 geschlossenen Tarifverträgen im wesentlichen auch nicht.

Die Lohnkosten und vor allem die Lohnzusatzkosten sind zu hoch, wenn wir in Zeiten der Globalisierung und der revolutionierenden Veränderungen unserer Arbeitswelt durch technischen Fortschritt Vollbeschäftigung nicht aus dem Auge verlieren wollen. Ohne Sparsamkeit auf der Ausgabenseite sind die Beitragsbelastungen der Sozialversicherung nicht mehr zu verkraften, und deshalb sind Elemente der Eigenverantwortung in der Kranken- wie in der Alterssicherung unverzichtbar. Wir, liebe Freunde, sind Schritte in dieser Richtung gegangen. Ich sage offen: Leicht ist uns das nicht gefallen. Ob es uns bei den Wahlen im September genützt hat, das wird bestritten. Ich bleibe dabei: Die Richtung stimmte, und sie war alternativlos und richtig.

(Beifall)

Schröder hat alles rückgängig gemacht. Was passiert jetzt? Mehr oder weniger heimlich denken die Rotgrünen darüber nach, wie sie am besten die Rückgängigmachung des rückgängig Gemachten hinkriegen. Jetzt muß man ja schon aufpassen, daß Herr Riester nicht die Rente nach Kassenlage einführt. Liebe Freunde, so haben wir nicht gewettet!

(Beifall)

Der Mangel an Substanz Schröderscher Politik läßt sich im Konkreten deutlich belegen. Ökosteuer? Natürlich ist es richtig, daß wir grundsätzlich und langfristig unsere öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme so finanzieren sollten, daß der Preis für reguläre Arbeit nicht unangemessen teuer wird. Also sollte man eher den Verbrauch, auch den Verbrauch von Ressourcen und Energie als Anknüpfungspunkt nehmen. Aber wenn das zu einer weiteren Kostenbelastung am Standort Deutschland im Vergleich zu anderen, vor allem der europäischen Nachbarn führt, dann bringt das nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze. Der Umwelt wird durch die Verlagerung von Emissionen nur über die Grenze auch nicht geholfen. Das haben weder die Roten noch die Grünen je kapiert: Wer Arbeitsplätze gegen Umweltschutz ausspielt, hat schon verloren.

(Beifall)

Von der Ost-West-Problematik und dem Ost-West-Transfer hat Bernhard Vogel schon zu Recht gesprochen.

Jetzt haben wir ein Gesetz – sie nennen das Ökosteuer; das ist eigentlich eine Frechheit –,

das Energiesparen dadurch fördern will, daß der Steuersatz um so niedriger ist, je höher der Energieverbrauch steigt. Also sparen wir nach diesen Vorstellungen Energie dadurch, daß wir kräftig heizen bei voller Beleuchtung und offenen Fenstern – am besten auch noch im Sommer. So wird der Unfug Methode.

(Teilweise Beifall)

Dann die Farce um die 630-Mark-Verträge. Ich habe ja auf unserem Parteitag in Leipzig schon gesagt, daß die fortlaufende Umwandlung regulärer Beschäftigungsverhältnisse in versicherungsfreie Verträge nicht einfach ungebremst weitergehen kann. Das bleibt richtig. Aber mit dem bürokratischen Monster von Schröder wird jetzt Beschäftigung nicht mehr in versicherungsfreie umgewandelt, sondern in Schwarzarbeit. Dümmer kann man es nicht machen.

(Beifall)

Wenn Sie sehen, wie in den Kirchen und den gemeinnützigen Organisationen, beim Sport und überall sonst, die ehrenamtlichen Tätigkeiten durch die Neuregelung auf Grund dieses 630-Mark-Monsters unterdrückt werden, wie groß die Empörung bei denen ist, die jahraus, jahrein den Buckel dafür hinhalten, daß in diesem Land nicht nur der Staat etwas macht, sondern daß auch die ehrenamtliche Tätigkeit die Lebensqualität in diesem Lande erhöht – was jetzt durch die Neuregelung zu den 630-Mark-Verträgen so erschwert, belastet und bestraft wird –, dann sieht man: Von ehrenamtlicher Tätigkeit haben sie auch nichts verstanden, die Linken. Das ist ihnen Wurscht.

(Beifall)

Was wir brauchen, ist ein besserer Übergang zwischen Transfereinkommen und Arbeitseinkommen aus geringfügiger Beschäftigung, aus Teilzeitarbeit, auch aus geringer qualifizierter Arbeit. Das fängt bei der Sozialhilfereform an und setzt sich über kleine Beschäftigungsverhältnisse, Kombilohn, mehr Flexibilität von Arbeitszeit und Entgeltstrukturen fort. Liebe Freunde, daran arbeiten wir weiter. So werden wir das Ziel Arbeit für alle nicht aus den Augen verlieren, sondern erreichen. Das ist unser Weg.

(Beifall)

Energiepolitik darf sich auch nicht in rot-grüner Ersatzbefriedigung erschöpfen. Der nationale Alleingang bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie mag spätpubertäre Symbolwirkung für manchen Altlinken haben; Sinn macht er aber nicht. Die Sicherheit in der friedlichen Nutzung der Kernenergie wird doch durch nationale Verweigerung nicht verbessert. Was wir brauchen, ist ein umfassendes Energiekonzept, das die Sicherheit der langfristigen Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen, die Reduzierung von Emissionen und die Risikovorsorge gleichermaßen im Auge hat. Dazu werden wir weiterhin einen vernünftigen Mix der verschiedenen Energieträger brauchen.

Bewahrung der Umwelt, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, Verantwortung für unsere eine Welt und für die uns nachfolgenden Generationen: von all dem ist im rot-grünen Alltagschaos nichts, aber auch gar nichts zu spüren. Diese Ziele bleiben aber wichtig, und wir bleiben ihnen verpflichtet. Gerade weil es schwierig ist, die Probleme, mit denen wir uns herum-

schlagen, vernünftigen Lösungen zuzuführen, darf man den Verstand nicht ausblenden. Das Wahrnehmen von Verantwortung ist eben mehr als bloßes Ereignismanagement, Medieninszenierung und Talkshow.

Auf technischen und wissenschaftlichen Fortschritt, auf Leistung und Erfolg von Forschergeist bleibt die Menschheit angewiesen. Im Juni dieses Jahres soll voraussichtlich der sechsmilliardste Mensch geboren werden. Ohne Fortschritt in Naturwissenschaft und Technik, von der Biotechnologie bis zur Meeresbodenforschung, wird diese Menschheit friedlich und nachhaltig nicht zu ernähren und das ökologische Gleichgewicht nicht zu erhalten sein. Aber Fortschritt und Mut zur Zukunft haben nichts mit Bedenkenlosigkeit zu tun. Nicht alles, was der Mensch zu können glaubt, darf er auch. Auch deshalb, ja gerade deshalb sind Werte als Richtschnur und zur Begrenzung so wichtig. Denn: Ohne Grenzen keine Freiheit.

Zu diesen Grundwerten gehört vor allem die Überzeugung vom Wert jedes einzelnen Menschen und von der Unverfügbarkeit menschlichen Lebens, des ungeborenen wie des zu Ende gehenden. Deshalb gilt: Ohne Werte keine Zukunft. Das wissen wir, die Union; denn bei uns haben Werte Zukunft.

Wer einen klaren Standort hat, der hat auch die Fähigkeit, offen zu sein, offen für Neues, offen für die Menschen. Wir wissen nicht alles, und wir wissen schon gar nicht alles besser. Aber wir haben Überzeugungen, wir sind grundsatztreu, und wir sind bereit zu lernen, zu hören, zur Diskussion. Wir haben etwas zu sagen, und wir sind bereit zum Gespräch. Weil wir im Grundsätzlichen einig sind und weil wir eine Vorstellung von der Substanz von Politik haben – und nicht nur an Kanzleramtszäunen rütteln –, sind Offenheit und Vielfalt in der Diskussion für die große Volkspartei Union kein Widerspruch zur Geschlossenheit im Handeln. Auch das unterscheidet uns von Rot-Grün.

Wer keine verbindliche Substanz hat, wird zerstritten und zerrissen, wenn ihn die Anforderung von Verantwortung trifft. Lafontaine ist weg, aber deshalb wird Schröder ja noch nicht besser.

(Beifall)

Die Grünen sind wirklich ein Bild des Jammers. Außer Posten und der Angst, sie zu verlieren, hält sie doch nichts mehr zusammen.

(Beifall)

Jetzt streiten Fischer und Gysi im Bundestag, wer von beiden mehr in der Toskana oder auf Gran Canaria Urlaub macht. Brioni oder Armani – das ist für Schröder und die Seinen die Frage. Die PDS bezeichnet der SPD-Vorsitzende und Kanzler als fünfte Kolonne Belgrads, früher Moskaus. Aber wer koalitiert denn in Deutschland mit der PDS?

(Beifall)

Das ist kein lokales Problem von Magdeburg bis Schwerin. Nein, ohne die PDS hat Rot-Grün im Bundesrat keine Mehrheit. Aber genau mit dieser Mehrheit will man jetzt die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts durch Bundestag und Bundesrat peitschen. Ich kann nur sagen: Wer diese Sache mit der Arroganz dessen zu erledigen sucht, der nur eine parlamentarische Mehrheit will, aber nicht den größtmöglichen Konsens in Parlament und Gesellschaft, der

macht einen schweren Fehler, weil er in einer solch sensiblen Fragen keine befriedigende Lösung erreicht. Dieser Konsens zwischen den großen politischen Gruppierungen wäre möglich, weil nach dem Erfolg unserer Unterschriftenaktion die Unterschiede in den vorliegenden Gesetzentwürfen nicht mehr unüberwindbar sind.

(Beifall)

Jetzt gibt es – noch nicht einmal sieben Monate nach der Bundestagswahl – Spekulationen und Geraune über Koalitionswechsel in Bonn. Daran beteiligen wir uns nicht.

(Beifall)

Wir haben das Wahlergebnis vom 27. September akzeptiert. Der Auftrag der Wähler für diese Legislaturperiode weist uns in Bonn die Oppositionsrolle zu. Das gilt, und das bleibt bis zu den nächsten Wahlen.

Wahlen sind immer. Am 7. November habe ich in Bonn gesagt: Wir können und wir wollen jede Wahl gewinnen; wir fangen am 7. Februar damit an. Jetzt haben wir in Hessen mit Roland Koch gewonnen.

(Beifall)

Wir haben Bürgermeisterwahlen von Niedersachsen bis Baden-Württemberg, in Kaiserslautern und Pirmasens wie auch in Kassel gewonnen, alles Städte, die die Sozialdemokraten lange als ihre Hochburgen angesehen haben. Jetzt kommt Bremen, das durch die Regierungsbeteiligung der Union in den letzten Jahren endlich eine neue Dynamik gewonnen hat. Wer Bremen nicht wieder rotem oder rot-grünem Abstieg ausliefern will, der muß die Union in Bremen stärken.

(Beifall)

Bei der Europawahl wollen wir bundesweit stärkste politische Kraft werden. Europa muß man richtig machen. Das können nur wir, die Union!

(Beifall)

Thüringen braucht auch in den kommenden Jahren Bernhard Vogel und die Union.

(Beifall)

Hier, wie übrigens in Berlin, darf die SPD – das gebietet uns geradezu die christliche Solidarität mit unserem Konkurrenten – nicht der Versuchung ausgesetzt werden, mit Schröders fünfter Kolonne von der PDS weitere Koalitionen zu schließen. Deswegen muß die Union in Thüringen wie in Berlin gewinnen.

(Beifall)

Herr Momper – zur Erinnerung: der mit dem roten Schal; Wiedersehen statt Wiedervereinigung – verstand nicht einmal nach dem Fall der Mauer etwas von Deutschlands Einheit. Deshalb haben die Berliner recht, wenn sie Eberhard Diepgen vertrauen, gerade jetzt, wo Berlin wieder wirklich Hauptstadt in Deutschland werden muß.

(Beifall)

Kurt Biedenkopf in Sachsen wie Bernhard Vogel in Thüringen stehen angesichts ihrer Leistungs- und Erfolgsbilanz eben auch dafür, daß die Ost/West-Debatten über wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, öffentliche Haushalte, Bildungspolitik und dergleichen inzwischen immer mehr unredlich, oberflächlich, verzerrend und irreführend sind.

Wer Thüringen oder Sachsen mit Sachsen-Anhalt oder Brandenburg vergleicht, der erkennt genauso wie beim Vergleich von Baden-Württemberg oder Bayern mit Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, daß Unionsregierungen Besseres leisten, in den Länder und für die Menschen.

(Beifall)

Deshalb braucht das Saarland Peter Müller und deshalb wird Jörg Schönbohm in Brandenburg Stolpes absolute Mehrheit brechen.

(Beifall)

Schleswig-Holstein haben die Genossen offenbar schon selbst abgeschrieben – Glück auf, Volker Rühle!

(Beifall)

In Nordrhein-Westfalen wird die Union mit Jürgen Rüttgers Jahrzehnte der Stagnation beenden, die Clement vor lauter Affären und Stolpern auch nach Raus Abschied nicht gestoppt hat.

(Beifall)

Natürlich hat jede Sache mehrere Seiten: Nach Lafontaines Ausscheiden als Finanzminister hat Schröder in Eichel schnell Ersatz gefunden. Liebe Freunde, die SPD – wir müssen das klar sehen – hat demnächst noch erhebliche Personalreserven auf Grund vieler beschäftigungsloser Ex-Ministerpräsidenten.

(Beifall)

Noch einmal: Wir haben die Botschaft vom 27. September verstanden. Wir sind gut gestartet, wir sind nicht über den Berg, aber wir sind gut vorangekommen. So macht die Arbeit auch Freude. Viel Arbeit haben wir überall, von den Ortsverbänden bis zum Konrad-Adenauer-Haus, in den Kommunalparlamenten, in den Landtagen, im Bundestag und im Europäischen Parlament. Es findet ein neuer Aufbruch in der Union statt. Ich habe nicht nur viel Vertrauen erfahren, sondern auch viel Unterstützung von den Freunden in der Fraktion und in den Ländern, in Regierungen und Fraktionen. Unzählige Freunde in unseren Orts- und Kreisverbänden haben bei unserer Unterschriftenaktion bewiesen, daß die Union kampagnefähig ist. Für all das danke ich.

(Beifall)

Ich nenne Angela Merkel, die eine prima Arbeit leistet, vor Ideen und Tatkraft sprüht.

(Beifall)

Ich nenne Willi Hausmann, unseren neuen Bundesgeschäftsführer. In den Dank an Angela Merkel und ihn schließe ich alle Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus, alle hauptamtlichen Mitarbeiter in den Landesverbänden und in den Kreis- und Bezirksverbänden ein. Wir muten ihnen manchmal fast zuviel zu; ich kann aber nur versprechen, daß die Arbeit in der nächsten Zeit kaum weniger wird.

(Heiterkeit, Beifall)

Die Union ist in sich geschlossen – CDU und CSU stehen Seite an Seite und kämpfen gemeinsam. Manche meinten, daß wir unsere Kraft nach der Wahlniederlage und dem Regierungswechsel dadurch schwächen, daß wir uns in Profilierungsversuchen gegenüber der jeweils anderen Seite verzetteln, so wie bei Schneewittchen: „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste im ganzen Land ...?“ Liebe Freunde, nichts wäre falscher gewesen, nichts verhängnisvoller. Nur gemeinsam, CSU und CDU, können wir die stärkste politische Kraft in Deutschland sein, und nur gemeinsam werden wir unserer Verantwortung für Deutschland und Europa gerecht. Der Erfolg jedes einzelnen dient immer uns allen.

Liebe Freunde, es ist eine Zeit großer Herausforderungen, für uns als Partei und für unser Land. Herausforderungen bieten aber immer auch Chancen und stellen neue Aufgaben. Dem, liebe Freunde, stellen wir uns; gemeinsam werden wir es schaffen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, der Parteitag hat Ihnen für Ihre Rede deutlicher gedankt, als es jeder Parteitagspräsident tun könnte. Er hat damit aber auch Ihre Arbeit in den Monaten seit Ihrer Wahl zum Bundesvorsitzenden gemeint.

(Beifall)

Vielen Dank für Ihr offenes Wort zum Kosovo, für Ihren Mut in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft, für Ihr Bekenntnis zur Unverfügbarkeit menschlichen Lebens und dafür, daß Sie gesagt haben, die Union hat die Kraft zur Veränderung, weil sie in ihren Grundlagen nicht wankt. Herr Schäuble, Sie haben gesagt, Sie seien der amtsälteste Parteivorsitzende. Das stimmt ja sogar selbst unter Einbeziehung der CSU. Das ist beachtlich. Wichtiger ist, Sie haben von allen Parteivorsitzenden die beste Rede gehalten. Dafür dankt Ihnen der Parteitag.

(Beifall)

Das war eine große, inhaltsreiche Rede, die es anzuhören lohnte und die es auch zu lesen lohnt. Das ist einen zusätzlichen Dank wert.

Meine Damen und Herren, wir haben gerade eine Premiere hinter uns: Zum erstenmal hat ein Parteitag einer großen deutschen Partei nicht nur im Saale stattgefunden, sondern in aller Öffentlichkeit auf dem belebtesten Platz der Stadt Erfurt; auf dem Anger, konnte man die Rede des Parteivorsitzenden mitverfolgen. Wir öffnen uns mitten im Leben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben uns vorgenommen, als erstes in der Diskussion das Thema Kosovo aufzurufen und über die uns vorgelegte Resolution zu sprechen. Ehe wir in die Aussprache eintreten, darf ich einen besonderen Gast begrüßen: Ich begrüße Dr. Rupert Neudeck vom Komitee Cap Anamur.

(Beifall)

Lieber Herr Neudeck, Sie haben sich jahrzehntelang darum bemüht, das Leid von Flüchtlingen zu lindern. Ich erinnere mich noch an Ihren ersten Besuch in der Staatskanzlei – nicht hier in Thüringen, sondern anderswo. Damals ging es Ihnen schon um Minderung von Not und Leid.

Sie waren in der Kosovo-Krise sofort zur Stelle. Der Name Neudeck ist ein Synonym für Humanität und Hilfe.

(Beifall)

Weil das so ist, bedanken wir uns dafür, daß Sie gekommen sind, und bitten Sie jetzt um Ihr Wort.

Dr. Rupert Neudeck: Meine Damen und Herren! Lieber Herr Schäuble! Bernhard Vogel hat es mir ein bißchen leichter gemacht, mich in der Hochtechnologiehalle von Erfurt zu bewegen angesichts einer gewissen Entfremdung, die man als humanitärer Vertreter hat, der gerade in den Schlamm-, Morast- und Urinfeldern von Morina und Blace an der Grenze zum Kosovo war. Dadurch, daß Bernhard Vogel mich auf frühere Zeiten verwiesen hat, kann kein Mißverständnis entstehen. Wir waren nie bequem. Wir haben damals mit den Landesregierungen sehr heftig darum gefightet, daß Menschen, die damals als „boat people“ bezeichnet wurden, in Deutschland Aufnahme fanden. Wir haben dies damals geschafft. Ich glaube, heute ist ein guter Zeitpunkt, zu sagen, daß das damals sehr gut geklappt hat.

Mir ist heute eine Redezeit von einer Viertelstunde zugemessen worden. Aus der katholischen Predigtlehre weiß ich, daß das die Viertelstunde ist, die zählt: Die ist nämlich für den lieben Gott. Die zweite Viertelstunde ist für niemanden, die dritte für den Teufel. Ich verwende nur die erste.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will Ihnen mit einem albanischen Spruch „Mirupafshim ne Kosova“ – das heißt auf deutsch: „Auf Wiedersehen in Kosova“ – sagen: Das ist jetzt der Wahlspruch der Kosovo-Albaner, die zu Hunderttausenden auf eine unbeschreibliche Weise, die nur Deutsche verstehen können, aus ihrem geliebten Heimatland Kosovo herausgeworfen werden. Deutsche können das deshalb verstehen, weil 12 Millionen Deutsche – auch ich war damals, im Alter von sechs Jahren, einer von Ihnen – unter unerträglichen Schmerzen und Leiden aus Ihrer Heimat vertrieben worden sind, wobei damals die Frauen und die Mütter immer die Hauptlast getragen haben. Das ist auch heute im Kosovo so.

Nach 1945 wird jetzt eine Vertreibungsorgie losgestoßen, mit der Europa bisher nicht ganz fertig wird. Das erste, was ich Ihnen sagen möchte, ist: Wir müssen den Kosovo-Albanern, die vor noch nicht allzu langer Zeit, nämlich im Februar dieses Jahres, Verhandlungspartner der

internationalen Gemeinschaft gewesen sind, Hoffnung geben und ihnen die depressive Aussicht nehmen, daß sie in ihr geliebtes Heimatland nicht mehr zurückkehren können. Deshalb ist es so wichtig, daß wir es jetzt nicht bei der normativen Kraft des vermeintlich Faktischen bzw. nicht beim technologischen Aufbau von Flüchtlingscamps belassen, sondern daß wir ihnen die Hoffnung geben, daß sie nicht eines Tages, sondern bald wieder zurückkehren können.

(Beifall)

– „Noch ist Polen nicht verloren“ – haben die Polen gesungen, und das singen sie heute noch. Es ist wichtig, daß von heute an auch in Deutschland, dessen Bevölkerung den Kosovo-Albanern mit einer unnachahmlichen und einzigartigen Anteilnahme und Sympathie beisteht, gesagt wird: Noch ist der Kosovo nicht verloren. – Er wird nicht verloren sein, wenn wir daran glauben.

(Beifall)

Wir haben deshalb mit dieser sehr merkwürdigen, dieser einzigartigen humanitären Aktion, die gerade für die Europäer so wichtig ist, begonnen. Die Menschen im Schlamm und Morast von Blace, von Prescovo, von Jafirnce und von Morina benötigen nicht nur Brot, Milchpulver und Aspirin. Sie haben auch Hunger auf weitere Nahrung. Sie haben keine Perspektive. Wir müssen ihnen in Gestalt von Informationen eine Perspektive geben. Deshalb bin ich sehr dankbar, daß Sie heute auf diesem Parteitag die Initiative der Presse unter dem Titel „Mirupafshim ne Pristina“ – „Auf Wiedersehen in Pristina“ mit unterstützen. Ich werde das meinen Freunden, mit denen ich zusammenarbeite, sofort erzählen, wenn ich morgen wieder bei ihnen bin. Ich glaube, sie werden dankbar sein.

Für uns ist es zugleich wichtig, Ihnen zu sagen, daß wir die Arbeit vor Ort nicht mit Objekten und Opfern tun, sondern mit Subjekten. Flüchtlinge, Vertriebene sind nach der Genfer Flüchtlingskonvention Menschen mit Rechten, mit Menschenrechten. Es ist wichtig, daß wir diese Menschen einbeziehen. Wir arbeiten dort mit einer Organisation zusammen, die den schönen Namen „Mutter Teresa“ trägt. Das ist nicht, wie viele in Deutschland mißverständlich meinen, ein katholischer Orden, sondern eine der besten humanitären Hilfsorganisationen Europas, die ich kennengelernt habe, mit 6 000 freiwilligen, ehrenamtlichen Aktivisten, die vor Ort im Kosovo gearbeitet haben. Mit ihnen zusammen, mit denjenigen, die wir aus den Lagern einzeln aufgesammelt und wiedergefunden haben, verfolgen wir unsere dortigen Projekte. Denn es ist wichtig, daß die Kosovo-Albaner selber mitbestimmen, wie ihre Zukunft aussehen kann.

Ich möchte Sie heute mittag an die drei Tage vor dem 23./24. März 1999 erinnern, also an die drei Tage vor dem Beginn der Angriffe der NATO-Flieger. Da waren wir in Decani. Das ist eines der schönsten und wunderbarsten serbisch-orthodoxen Klöster im Kosovo. In Decani trafen wir Pater Sava, den Prior dieses Klosters, einen der vorzüglichsten Menschen, die es im Kosovo gibt. Dieser Prior, Pater Sava, hatte beim Angriff der serbischen Armee auf Decani sein Kloster geöffnet für alle Menschen aus seiner Stadt – ganz gleich welcher Herkunft, welchen Gebetbuchs und welcher Hautfarbe sie waren. Deshalb konnte er sich in der darauffolgenden Zeit im gesamten Kosovo bewegen. Er war damals voller Zorn und voller Wut über die Gotteslästerung, die darin besteht – alle, die einmal im Kosovo waren, wissen das –, daß auf

den zerstörten Hauswänden das orthodoxe Kreuz mit dem viermaligen S – „Samo Sloga Serbina Spasava“, „Nur die Einheit rettet Serbien“ – steht. Pater Sava hat damals gesagt: Das sind Menschen, die ihre frömmsten Stunden wahrlich nicht in der Kirche verbracht haben, die erst die Dörfer zerstören und dann darauf christliche Symbole pinseln. Das ist eine Blasphemie. Das heißt eine Gotteslästerung.

Ich hoffe, daß wir mit Pater Sava, von dem ich seit längerem keine Nachricht mehr gehabt habe, und mit Serben guten Willens zusammenarbeiten können. Denn wir müssen davon ausgehen, daß wir die Serben irgendwann einmal wieder in die europäische Völkergemeinschaft integrieren. Auch darin sind wir Deutsche Spezialisten: Wir wissen, wie verfermt, wie ausgegrenzt aus der Völkergemeinschaft und der Wertegemeinschaft ein Volk sein kann und daß es dennoch von außen oder von innen bzw. von beiden Seiten die Kraft bekommt, wieder dort hineinzukommen. Wir Deutsche sind in all diesen Fragen Experten, weil wir dies selbst am eigenen Leibe erlebt haben, weil wir eigene Erfahrungen mit kollektiver Schuld und Scham gemacht haben.

(Beifall)

Ganz konkret möchte ich Ihnen noch eine Bitte vortragen – denn Sie sind Politiker, und Sie haben mit politischen Entscheidungsmechanismen zu tun –: Es besorgt uns vor Ort, daß uns die größere und unvorstellbare Katastrophe wahrscheinlich nicht mittels Fernsehbildern dargestellt wird. Die größere Katastrophe ist seit drei bis vier Wochen mit denjenigen im Gange, die wir nicht sehen können: Das sind die Waldmensen, etwa 70 000 in der Gegend von Kishnareka, südlich von Pristina, die geflohen sind und die nachweislich – wir haben Informationen von Flüchtlingen, die jetzt über die Grenze kommen – seit dem 23./24. März dieses Jahres keine Nahrung mehr gehabt haben.

Meine Bitte ist: Wenn es denn in diesen Tagen und Stunden wirklich zu einer Initiative kommt, die sich andeutet, wenn Rußland mit ins Boot hineinkommen kann und wenn es möglich sein könnte – Sie wissen, was ich meine –, dort bald einen humanitären Korridor einzurichten, und wenn es möglich sein könnte – ich spreche immer mit dem Unverstand des Humanitären, nicht als Politiker –, air-dropping in ganz klar abgegrenzten Gebieten zu machen, dann würden wir unsere Regierung und auch Sie als deutsche Politiker wirklich darum bitten, daß Sie alles in Ihrer Kraft Stehende tun, um zu verhindern, daß Menschen in Mitteleuropa acht Monate vor dem Ende des Jahrtausends durch Verhungern einen entsetzlichen Tod erleiden. Darum, das zu verhindern, bitte ich Sie ganz angelegentlich!

(Beifall)

Es gibt aber auch etwas Positives, und das ist auch eine Eigenschaft, die, so glaube ich, Humanitäre ganz gut beweisen können. Damit meine ich, daß es hier heute in Erfurt wichtig ist, einen Dank an die deutsche Bevölkerung zu sagen. Wenn solche Katastrophen für viele in unserem Lande sichtbar werden, können wir uns immer auf die deutsche Bevölkerung und ihre Anteilnahme verlassen. Das ist phantastisch! Es war 1979 bei den boat people so, es war in Bosnien so, es war in Ruanda so, und es ist jetzt bei den Kosovo-Albanern genauso. Die Hilfsbereitschaft, die sich in den Zahlen ausdrückt, die Sie heute morgen wieder lesen konnten, bringt für uns einen ganz starken Rückenwind. Sie bedeutet für uns praktisch ein Plebiszit: Die Menschen in Deutschland wollen, daß wir kräftig helfen.

Ich weiß, daß die Situation dort so kompliziert ist, daß ich eine weitere Bitte habe und dafür um Unterstützung von Ihrer Seite bitte: Die Situation dort erfordert unbedingte Schnelligkeit und Effektivität. Ich war vor vier Tagen in Kukes. Sie müssen wissen, da kamen pro Stunde – ich habe es gezählt – 137 Traktoren mit je 15 bis 35 Frauen, Kindern und alten Menschen durch Schlamm und Regen und Nässe in diese Stadt herein. Diese Stadt Kukes platzt aus allen Nähten. Man kann es nicht mehr fassen: Eine Stadt von 25 000 Menschen hat jetzt 180 000 Menschen mit zu versorgen. Es braucht jetzt eine ganz, ganz schnelle Hilfe. Neben den Agenturen, die – wie wir – dort jetzt sind und etwas tun, müssen noch andere mitwirken. Wir haben jetzt ein Lager für 8000 Menschen eingerichtet, und wir versuchen, ein zweites Feld dafür zu erobern, daß wir wieder für Unterbringungsmöglichkeiten für 8000 Menschen sorgen, aber das reicht nicht. Die Bundeswehr ist in der Lage, in Neprostene bei Tetovo innerhalb von 24 Stunden ein Camp für 6000 Menschen aus dem Boden zu stampfen. Um der Menschen willen, die wirklich dabei sind, verlorenzugehen, bitte ich darum, daß die Bundeswehr dort in noch stärkerer Weise humanitär tätig wird, wie sie auch in Bosnien schon tätig war. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung dafür, daß das möglich wird.

(Beifall)

Ein vorletztes Wort: Wenn die Rückkehrmöglichkeit für die Menschen, diese Perspektive für Menschen, die uns als Europäer anvertraut sind, wenn also die Rückkehrperspektive für die Kosovo-Albaner in den nächsten drei bis vier Monaten buchstäblich verschwindet – das wäre für mich so etwas wie die zeitliche Schallgrenze –, dann ist es gut möglich, daß wir vor der Alternative stehen, auch noch viele Menschen von dort hier in Mitteleuropa aufzunehmen. Es ist wichtig, sich darauf vorzubereiten. Wir sind nicht Fans einer solchen humanitären Evakuierung; wir würden mit diesen Menschen gerne im Sinne der Rückkehr in ihr geliebtes Heimatland zusammenarbeiten und sie nicht erst hierher bringen; aber falls es in den nächsten Monaten keine Lösung gibt, muß man sich auf so etwas doch vorbereiten.

Humanitäre Arbeit hat mit Hoffnung zu tun. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß es nur im Klima der Hoffnung möglich ist, für Menschen in Not etwas Großes zu tun. Ich darf hier einen der Mentoren unserer Arbeit zitieren, der auf Grund eines phantastischen zeitgeschichtlichen Schicksals oder Zufalls Staatspräsident der Tschechischen Republik geworden ist. Vaclav Havel hat uns ins Stammbuch geschrieben: Hoffnung ist nicht Optimismus. Es ist nicht die Überzeugung, daß etwas gut ausgeht, sondern die Gewißheit, daß etwas Sinn hat ohne Rücksicht darauf, wie es ausgeht.

(Zustimmung)

Ich denke, es ist ganz wichtig, daß wir in diesem Sinne eine spezifische Differenzierung gegenüber der politischen Arbeit vornehmen. Humanitäre Arbeit besteht nicht darauf, daß etwas unmittelbar Erfolg haben muß. Die humanitäre Arbeit rechnet und kalkuliert mit Mißerfolgen, mit Zusammenbrüchen. Aber wir können die Menschen dort doch nicht verrecken lassen, und deshalb müssen wir dort weiter arbeiten, auch wenn es so ist wie bei dem Dachprogramm, das ich hier heute eigentlich vorstellen wollte; mit Wolfgang Schäuble haben wir darüber oft gesprochen.

Das darf ich am Schluß vielleicht verraten: Es war eigentlich eine listige Idee, jeden Bundes-

tagsabgeordneten beim Portepée zu packen und mit Hilfe seines Wahlkreises oder aus seiner eigenen Tasche ein Dach im Kosovo bauen zu lassen.

(Beifall)

Wir haben 2000 Dächer in Bosnien gemacht. Wir haben jetzt mit Hilfe der Bevölkerung 539 Dächer im Kosovo hergestellt. Wir hatten für ein Dachpaket einen phantastischen Preis, den nicht nur ein Häuslebauer aus Baden-Württemberg begeistert oder staunend entgegennehmen würde. Bei den Großeinkäufen aus der Wojwodina hatten wir einen Paketpreis für Dachmaterial von 2800 Mark. Wir hatten eigentlich die Vorstellung, daß ich Ihnen dieses Programm hier vorstelle, aber ich darf Sie mit dem angeborenen Optimismus des Humanitären bitten, mir zu erlauben, daß es heute um die Zeitung geht, und daß ich in drei Monaten noch einmal auf Ihrer Schwelle stehe. Dann geht es um Dächer. Dächer retten Häuser, retten Menschen. Dann werden wir sehen, daß die deutsche Bevölkerung auch bereit ist, den Wiederaufbau der Dörfer und der Häuser der Menschen zu bewerkstelligen und dabei den Menschen zu helfen, die völlig unschuldig in ein unbeschreibliches Los gejagt werden. In den Lägern, in denen ich jetzt gewesen bin, schreien die Kinder nachts, weil sie ihre Traumata nicht mehr anders abarbeiten können, Traumata durch die Bilder der brennenden Häuser und der „Polizisten“. Diese Kinder hatten niemals in ihrem Leben einen Polizisten erlebt. Das, was man im Kosovo einen Polizisten nennt, ist keiner. Das Wort ist schon falsch.

Diese Kinder stellen 60 % der vertriebenen Bevölkerung, ausgespuckt nach Mazedonien und Albanien. Um dieser Kinder willen bitte ich Sie, daß Sie mit dabei sind, wenn wir diese Aktion mit der Zeitung machen und wenn wir demnächst wieder über die Grenze in den Kosovo gehen, um die Dächer für die Bevölkerung zu errichten. Die Menschen haben es verdient. Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsident: Vielen Dank, verehrter Herr Neudeck, für Ihr Kommen, für Ihre Rede und das, was Sie uns mitgegeben haben. Wir werden sowohl weiter bedenken, was Sie an die Politiker gerichtet haben, als auch das, was Sie zur Bundeswehr gesagt haben. Wir werden auch die Aktion bezüglich der Dächer für den Kosovo bedenken. Aber wir möchten gern unter dem Eindruck Ihres Besuches hier, so wie wir hier sind, ganz konkret etwas tun; denn es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

(Beifall)

Wir haben uns zwei Ziele gesetzt: einen VW-Bus für die Organisation „Mutter Teresa“ im Kosovo und eine Druckmaschine zu finanzieren, damit Flüchtlingen und Vertriebenen über eine Zeitung Informationen zukommen und ihre Hoffnung auf eine Rückkehr in ein freies und sicheres Leben in ihrer Heimat wachgehalten wird. Wir wollen also den VW-Bus und die Druckmaschine finanzieren, und deswegen bitte ich Sie – Delegierte wie Gäste –: Wir haben im Hauptfoyer einen Stand „Hilfe für Kosovo“ eingerichtet; dort kann man spenden, dort kann man einen Scheck abgeben, dort kann man eine Visitenkarte abgeben mit der Angabe, daß man einen bestimmten Betrag überweisen wolle; dort gibt es auch Spendenquittungen.

Meine Damen und Herren, wer sagt, ich habe nicht genügend Bargeld hier – in der Nähe vom

Tschibo-Kaffee-Stand gibt es einen Geldautomaten.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Und wer sagt: Ich habe keine Scheckformulare hier – die Visitenkarte mit der Ankündigung, daß man helfen will, genügt.

Lassen Sie uns auf diesem Parteitag über Vieles und Wichtiges, auch Grundsätzliches reden, aber lassen Sie uns auch – jeder für sich – ein ganz persönliches Zeichen setzen, daß wir wissen, daß es anderswo Menschen in Europa sauschlecht geht und wir ihnen helfen und ein Zeichen setzen wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 8.1 auf:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN

Wir werden zunächst nur die Wortmeldungen zum Kosovo-Konflikt aufrufen. Zu diesem Thema liegt Ihnen eine vom Bundesvorstand erarbeitete Resolution vor, die wir zum Ende der Aussprache zur Abstimmung stellen.

Bevor wir mit der Aussprache beginnen, darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Wortmeldungen bitte mittels der Wortmeldezettel erfolgen, die Sie in Ihren Unterlagen finden.

Als erste spricht nun zu uns Doris Pack, die Vorsitzende der Südosteuropa-Delegation des Europäischen Parlamentes. Bitte, Doris Pack.

Doris Pack: Lieber Herr Vorsitzender! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich arbeite in der Region, über die wir heute sprechen und über die wir in den letzten Jahren sprechen mußten, seit 1989. Ich weiß also, wovon ich rede. Ich halte mich monatlich in dieser Region auf und komme gerade aus der Republika Serbska, aus Banja Luka.

1990 hat eine serbische Professorin der serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad versucht, mir die Schwierigkeiten, die die Serben mit den Kosovo-Albanern haben, zu erklären. Sie hat mir gesagt, als Deutsche müßte ich das doch verstehen: Diese Kosovo-Albaner seien Untermenschen. – Dieses Wort hat mich verpflichtet, das Los der Kosovo-Albaner von da an zu dem meinen zu machen. Meist vergeblich habe ich seitdem versucht, Verständnis für die geschundenen Albaner im Kosovo bei uns und im übrigen Europa zu schaffen.

Im Gegensatz zu anderen Parlamenten hat das Europäische Parlament seit 1990 mehrfach im Jahr die Kosovo-Problematik diskutiert, aber alle Verantwortlichen und handelnden Politiker haben weggeschaut. Keiner wollte Ibrahim Rugova empfangen, aus Angst, sich damit bei Milosevic unbeliebt zu machen. Der Westen hat weggeschaut und gehofft, das Problem löst sich von alleine. Milosevic hat es auf seine Art lösen wollen. Er installierte ein Apartheidregime, ließ jahrelang foltern – das wissen wir heute alles nicht mehr; aber es begann ja nicht vor drei Wochen –, ließ morden und ängstigte ein ganzes Volk. Ich habe in meinem Leben nur im Kosovo gefolterte Menschen und Leichname gesehen.

Das geduldige waffenlose Ertragen des schrecklichen Regimes hat aber nicht dazu geführt, daß der Westen den Bedrängten zur Hilfe kam, wie Rugova immer wieder hoffte. Erst nach dem sichtbaren Imstichlassen von Rugova durch den Westen bildete sich Ende 1997/98 die sogenannte UCK, zum Teil aus hilfloser Wut junger Männer, deren Zukunft schon Vergangenheit war. Daß sich dieser UCK heute auch andere Elemente zugesellt haben, ist bedauerlich und schadet dem Anliegen der Albaner, ist aber letztlich dem tatenlosen Zusehen – ach nein, dem Wegsehen – des Westens zuzuschreiben.

(Beifall)

Der Westen beginnt erst jetzt zu handeln. Er beginnt immer dann zu handeln, wenn die Fernsehkameras blutige Bilder zeigen.

(Beifall)

So war es in Bosnien, so ist es im Kosovo.

(Beifall)

Liebe Freunde! 1989 startete Milosevic im Kosovo mit einer bundesverfassungswidrigen Zerschlagung des Autonomiestatuts, das den Albanern 1976 im Kosovo gegeben wurde, das Ende Jugoslawiens. Des Jugoslawiens, das wir im Westen verklärten als ein gelungenes Beispiel vom Zusammenleben vieler Völker Jugoslawiens. Wir hatten nie richtig vor Augen, daß diese Völker in Jugoslawien gezwungen waren, miteinander zu leben und mit dem Ballast einer niemals aufgearbeiteten Geschichte miteinander leben mußten.

(Beifall)

Sie haben nie die Möglichkeit gehabt, einander zu vergeben, so wie wir es in unseren Ländern konnten. Sie konnten nie einen Schlußstrich ziehen.

Zu bereits einsetzender Geschichtsfälschung, die leider auch in unseren Reihen umgeht, möchte ich doch etwas sagen. Die Slowenen und Kroaten haben sich angesichts dieses Bruches der Bundesverfassung durch Milosevic im Kosovo aus der Föderation Jugoslawiens lösen wollen, damit ihnen nicht gleiches widerfähre. Aber sie wollten zu Anfang – bis August 1991 – in einer Konföderation zusammen bleiben. Dort liegt eines der ganz großen politischen Versäumnisse des Westens: die Serben nicht zu dieser Konföderation gedrängt, sondern mit ihnen an Jugoslawien festgehalten zu haben.

Ich will die schrecklichen Kriegsjahre in Kroatien und Bosnien-Herzegowina nicht noch einmal beschreiben. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß von diesen Ländern kein Schuß auf Serbien, Montenegro abgegeben wurde, daß sie sich aber einer brutalen Aggression eben dieser Länder und ihrer Helfer in ihrem Lande gegenübersehen. Auch dies wird heute häufig verschwiegen.

Die heutige Situation in dieser Region ist eine Folge von 1989, als Milosevic Kosovo unterwarf. Darum gibt es erst Frieden, wenn das Problem Kosovo gelöst ist.

Der Westen wurde seit Jahren von Milosevic am Nasenring durch die Arena gezogen. Woche für Woche – bis in die jüngsten Wochen – antichambrierten die westlichen Politiker in Belgrad.

Sie werteten durch ihre ständigen Besuche und deren Fernsehübertragungen diesen Schlächter auf. Ihn interessieren die Bürger seines Landes nicht. Ist uns das inzwischen klar geworden? Er ist ein Menschenverächter par excellence. Die Albaner lebten und leben, sofern sie nicht vertrieben wurden, im Apartheidsregime, und die Serben, liebe Freundinnen und Freunde, verkümmern seit Jahren nicht nur ökonomisch, sie verkümmern seelisch. Ich habe so sehr gehofft, daß die Demonstrationen vor zwei Jahren in Belgrad diesen einen Aufschwung geben und vielleicht doch zu einem Sturz des Regimes führen könnten.

Aber auch da haben wir im Westen versagt. Keiner im Westen hat dieser demokratischen Opposition wirklich geholfen, und zwar aus Angst vor Milosevic.

(Beifall)

Ich meine damit jetzt nicht Draskovic; ich meine Djindjic. Wir haben damals etwas versäumt. Ich war bei diesen Demonstrationen und habe den Wunsch der Serben gespürt, diesem Regime ein Ende zu setzen. Wenn man aber keine Helfer hat, die einem auch innerhalb der Periode, wenn nicht gewählt wird, helfen, eine Demokratie vorzubereiten – auch durch anständige Parteiformierungen –, ist es sehr schwer, zumal Milosevic alle Medien in seiner Hand hat. Am Tage nach dem Besuch von Holbrooke im Oktober 1998, der als der große Durchbruch gefeiert wurde, hat er alle unabhängigen Medien verboten. Eine Woche später hat er ein Gesetz durch das Parlament in Serbien peitschen lassen, das alle Übernahmen von CNN, Deutscher Welle und was auch immer verboten hat.

Es gibt keine Alternative zu den NATO-Bombardements und der gleichzeitigen politischen Diskussion. Liebe Freunde, hier wird kein Krieg um Öl und kein Krieg um Landgewinn geführt. Hier kämpft der Westen um die Einhaltung der Menschenrechte, denen wir verpflichtet sind.

(Beifall)

Dies ist schon seit Bosnien die Herausforderung, die durch die UN-Charta von 1949 leider nicht gedeckt ist. Wir müssen schnellstens einen Ausweg aus der Situation finden, daß diese UN-Charta Regimes, die schwerste völkerrechtliche Verbrechen in ihren Ländern begehen, sogar noch vor einem Eingreifen von außen schützt. Das wäre eine notwendige außenpolitische Aufgabe.

(Beifall)

Nun noch eine Bemerkung an die Adresse all derjenigen – vor allen Dingen auch in unseren Reihen, wo es solche leider auch gibt –, die einer Teilung des Kosovo das Wort reden. Genau das ist es, was Milosevic uns wahrscheinlich irgendwann einmal anbieten wird. Keiner von denen, die einer Teilung das Wort reden, und ebensowenig viele andere haben das Handbuch Milosevics gelesen, das Sanu-Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahre 1985, in dem geschrieben steht, was Serbien tun muß, um, wenn Jugoslawien zerfällt, ein Groß-Serbien zu erreichen. Fast alles hat Milosevic bisher erfüllt: von Kroatien über Bosnien-Herzegowina bis hin zum Kosovo. Am Ende wird er in dem Sanu-Memorandum aufgefordert, dann, wenn es nicht anders gehen sollte, die Teilung des Kosovo in den an Bodenschätzen reichen Norden und den armen Süden zu verlangen. Ich warne nachdrücklich und bitte inständig: Machen wir uns nicht zum Handlanger Milosevics, indem wir dieser Teilung das Wort reden!

(Beifall)

Liebe Freunde, im Kosovo lebten 90 Prozent Albaner und 10 Prozent Serben, Kroaten, Vlach und Bosniaken. Es ist nicht teilbar. Wenn wir es teilen, schaffen wir uns für die nächsten 50 Jahre einen Brandherd, dessen wir nie mehr Herr werden.

(Beifall)

Mazedonien gehört auch zu meinem Bereich. Vor fünf Wochen war der jetzige Premierminister Giorgevski bei uns im Parlament. Wir hatten den begründeten Eindruck, die neue Regierung, die uns politische nahe steht, versteht es, die interethnischen Schwierigkeiten in Mazedonien zu überbrücken. Sie hatte wirklich gute Schritte eingeleitet. Jetzt aber kommt die Flüchtlingswelle und destabilisiert ein Mazedonien, das gewissermaßen ein sehr fragiles Miteinander darstellt. Deshalb müssen Sie auch verstehen – ich kann es nicht billigen, aber ich kann es zumindest verstehen –, daß die Mazedonier die Albaner ganz schnell weiterschieben und vielleicht sogar nicht hereinlassen wollen. Wir müssen den Mazedoniern helfen, daß ihr Land nicht destabilisiert wird.

Führen wir uns einmal die Lage vor Augen, die sich ergäbe, wenn eine Teilung des Kosovo erfolgte und der südliche Teil, von dem wir jetzt sprechen, selbständig wäre. An ihn grenzt Mazedonien, wo bisher auch schon 28 Prozent Albaner leben. Ich verweise Sie auf die Bilder, die diesbezüglich im Fernsehen zu sehen sind. Überlegen Sie einmal, was es nicht nur für die Region, sondern auch für Griechenland, für Bulgarien, für uns alle, also für ganz Europa bedeuten würde, wenn Mazedonien zerfallen würde. Davon macht sich hier gar keiner eine Vorstellung. Darum bitte ich alle Kolleginnen und Kollegen, die sich verständlicherweise erst in den letzten Wochen und Monaten mit dieser Problematik befassen, den Zusammenhang nicht aus dem Auge zu verlieren, den ich gerade genannt habe. Wir dürfen der Teilung nicht das Wort reden!

(Beifall)

In diesem Zusammenhang möchte ich all denen, die auch in unseren Reihen sagen, die Menschen dort wollten gar nicht zusammenleben, etwas sagen. Ich bin sehr froh, daß Herr Neudeck Pater Sava genannt hat. Ich kann auch den katholischen Bischof Dr. Komariza aus der Republika Srpska nennen. Mit diesen wollen unendlich viele andere mit anderen Nationalitäten wieder zusammenleben. Die Politiker lassen sie nur nicht zusammenleben. Zu denen zählen auch die, die hier ständig verkünden: Diese Menschen wollen nicht zusammenleben; also müssen wir sie ethnisch teilen. – Ich bitte Sie herzlich: Sprechen wir nicht diese Sprache! Geben wir den Menschen die Chance, miteinander die Vergangenheit aufzuarbeiten und sich gegenseitig zu vergeben. Dann werden sie in ihren Ländern, die ja zugleich ihre Heimat darstellen, auch zusammenleben können.

(Beifall)

Ich komme gerade aus Banja Luka in der Republika Srpska. Ein Erfolg der NATO im Kosovo ist von lebenswichtiger Bedeutung auch für die Umsetzung des Dayton-Vertrages, der an sich schon sehr schwierig ist, und der eng an den Respekt vor den SFOR-Truppen gebunden ist. Dieser Respekt würde sehr schnell verlorengehen, wenn die NATO-Bombardements keinen Erfolg hätten. Die friedliche Zukunft der Region, aber auch unseres Europas, der Europäi-

schen Union, hängt mehr und mehr von einem erfolgreichen Einsatz ab, mehr als manche es sich vorstellen können.

Ich möchte das, was Herr Neudeck gesagt hat, voll unterstreichen. Die Kosovo-Albaner wollen zurück in ihre Heimat. Sie müssen nach dem Ende des Krieges zurückgeführt werden. Alles, was wir jetzt tun können, damit diese Menschen zurückkehren können, müssen wir tun. Wir müssen es gerade auch deswegen tun, weil – das sagten bereits Herr Neudeck und der Herr Bundesvorsitzende – insbesondere wir Deutsche doch wirklich Verständnis dafür haben müssen, was es heißt, Heimatvertriebener zu sein. Bitte helfen Sie mit, daß in Ihrer Umgebung Verständnis für das aufgebracht wird, was hier gesagt wurde. Bitte reden Sie nicht den den das Wort, die meinen, man könne nur ethnisch rein leben, man könne nur in Ländern leben, die von einer anderen Minderheit gesäubert worden seien. Bitte glauben Sie mir: Die Teilung des Kosovo wäre das Ende des europäischen Wohlergehens.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Doris Pack, nicht nur für diese Rede. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich auf folgendes hinweise: Doris Pack ist seit vielen Jahren im Rahmen von unzähligen Besuchen in Kroatien, in Bosnien-Herzegowina, in Serbien und jetzt im Kosovo gewesen, zum Teil unter großen und auch persönlichen Gefährdungen. Liebe Doris Pack, für diesen Mut und für dieses Engagement ein ganz herzliches Wort des Dankes von diesem Parteitag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zu den tragischen Ereignissen im Kosovo liegen jetzt noch acht Wortmeldungen vor. Als nächster erhält Dr. Friedbert Pflüger, der Vorsitzende des Europaausschusses des Deutschen Bundestages, das Wort. Bitte schön, Friedbert Pflüger!

Dr. Friedbert Pflüger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte vor dem Hintergrund einer Reihe von Gesprächen mit russischen Diplomaten und Politikern das Thema, das Doris Pack eben so eindrucksvoll beleuchtet hat, von einer anderen Seite ansprechen, nämlich aus der Sicht Rußlands, und in diesem Zusammenhang auch auf das Thema des Einsatzes von Bodentruppen eingehen. Wir alle wissen, wie prekär die ökonomische und soziale Lage in Rußland ist. Wenn man mit russischen Politikern spricht, stellt man fest, daß sie sich vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Rußland noch vor zehn Jahren als absolute Supermacht in der Welt galt, immer wieder gedemütigt fühlen.

Vor zehn Jahren noch in jedem Teil der Erde präsent, werden sie nun kaum noch gefragt: im Irak, im Mittleren Osten, auch auf dem Balkan. Im Kaspischen Meer haben sich die Amerikaner – legitimerweise, aber begleitet von Sorgen aus Rußland – ausgebreitet und spielen ihre Macht aus. Die Amerikaner bauen ein Raketenabwehrsystem, das sie beschützen soll und den Russen das Gefühl gibt: Nun werden die Amerikaner auch auf diesem Gebiet unverwundbar und zur einzigen wirklichen Supermacht.

Dann der Schlag auf dem Balkan, gegen russisches Veto. Ich finde, daß das, was die NATO getan hat, richtig und notwendig war. Aber wir müssen uns auch einmal in die Lage der Russen hineinversetzen, was es für sie bedeutet hat. Wer in den letzten Tagen in Rußland gewe-

sen ist, der kommt nach Hause mit dem Eindruck: Dort gibt es das erste Mal seit langem wieder so etwas wie eine Anti-NATO-Hysterie. Das ist ein gefährlicher Faktor für die Zukunft. 40 bis 45 Prozent in Rußland wollen im Moment die Kommunisten wählen. Herr Schirinowski, der vor kurzer Zeit völlig untergetaucht war, spielt wieder eine Rolle. Die Duma hat sich mit überwältigender Mehrheit für eine Union mit Weißrußland und Serbien ausgesprochen. Das kann man auch als Kriegserklärung an die NATO betrachten. Sie versucht, Präsident Jelzin aus dem Amt zu treiben. Gleichzeitig hat der Parlamentspräsident damit gedroht, die Zielcodes für die Nuklearwaffen wieder zu verändern.

Wir wissen, daß die Mehrheit der Russen dagegen ist, daß sich Rußland auf dem Balkan militärisch einmischt. Aber wir wissen auch, daß große Teile der russischen Eliten das mittlerweile anders sehen. Was wir immer wieder hören, ist: Wenn sich die NATO entschließt, Bodenkampftruppen nach Serbien zu schicken, dann wird das in der Tat für viele in Rußland der Moment sein, wo sie selbst über Krieg und Frieden nachzudenken anfangen – mit all den Folgen, die das für ganz Europa dann bringen würde. Wir wissen ganz genau, daß dann Jelzin keine Chance mehr hätte gegenüber den Radikalen von links und rechts. Jeder, der glaubt, Rußland sei jetzt schwach geworden, und darauf verweist, sie hätten es nicht einmal in Tschetschenien geschafft, den möchte ich daran erinnern, daß es in Rußland nach wie vor 20 000 nukleare Sprengköpfe gibt – ein gewaltiges Drohpotential – und daß Rußland über B- und C-Waffen verfügt. Allein die Drohung mit diesen Waffen würde den Kontinent völlig verändern. Bisher haben sie sich verantwortungsbewußt verhalten. Aber gilt das auch für die Zukunft?

Angesichts dieser Situation müssen wir sehr aufpassen, daß die Situation nicht – das können wir nicht wollen und wünschen – eskaliert. Deshalb bin ich Volker Rühle und Wolfgang Schäuble sehr dankbar, daß sie, bei aller Solidarität gegenüber der Regierung, die in Zeiten wie diesen notwendig und richtig ist, von Anfang an eine klare Linie gezogen und deutlich gemacht haben, daß wir über diese nicht hinüber dürfen, auch wenn es dem einen oder anderen, der für die Menschenrechte kämpft, schwerfällt.

(Vereinzelt Beifall)

Vor dem Hintergrund dieser Lage in Rußland muß man, bei aller Solidarität gegenüber der Regierung, die Frage stellen, ob Gerhard Schröder klug beraten war, Herrn Primakov so zu behandeln, wie das der Fall war, als der in Bonn aufgetreten ist.

(Beifall)

Es war sicher richtig, nicht auf seine Angebote einzugehen und sich solidarisch mit der NATO zu verhalten. Aber in der Form hätte man das auch anders, man hätte es sehr viel klüger und geschickter machen können. So haben es die Russen wieder nur als Demütigung empfunden.

Ich glaube, daß vielen in Deutschland wohler wäre, wenn CDU und CSU, wenn Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble und Volker Rühle in diesem Land Verantwortung hätten – und nicht Rot-Grün mit ihren unzuverlässigen Elementen.

(Beifall)

Ein letzter Gedanke: Auf die Russen Rücksicht zu nehmen, sie jetzt, wie das Herr Neudeck genannt hat, „wieder ins Boot zu nehmen“, die Tschernomyrdin-Mission ernst zu nehmen – übrigens vielleicht die letzte Chance für Jelzin –, darf nicht bedeuten, den Russen in allen Punkten recht zu geben. Wir müssen zum Beispiel dort standhaft bleiben – was sie nicht mögen –, wo es um die weitere Öffnung der NATO geht. In Amerika wird immer wieder darauf verwiesen, NATO- und EU-Erweiterung kosteten zu viel. Aber, meine Damen und Herren: Der Krieg kostet viel mehr. Doris Pack hat es eben gesagt: Wenn man nicht rechtzeitig vorbeugt, dann sind die Kosten – für die Menschen und finanziell – nachher viel höher.

Deswegen ist die Lehre aus dem Kosovo, mit der Erweiterung der Europäischen Union und der NATO nicht zu warten, sondern im Gegenteil schneller voranzugehen. Das gilt für eine EU-Assoziierung von Mazedonien; das gilt für eine Stabilisierung von Bulgarien und Rumänien, indem man sie möglichst als nächste in die NATO aufnimmt; und das gilt – wenn dieser Krieg vorbei ist – auch dafür, daß Serbien eine europäische Zukunft haben muß. Hier führt niemand Krieg gegen das serbische Volk, sondern gegen Milosevic, der seinerseits Krieg gegen sein Volk führt und es um Jahrzehnte zurückwirft.

(Beifall)

Bei allen Zweifeln hinsichtlich dessen, was die NATO tut, ist es wichtig und notwendig, zu wissen: Der Kurs, den CDU und CSU im Bundestag fahren, ist richtig und verantwortungsvoll – eine staatstragende Opposition! Aber wir dürfen deshalb nicht aufhören, auch unsererseits Anregungen zu geben, wie man es in dem einen oder anderen Punkt noch besser macht, und noch einmal eine klare Linie gegen weitere Eskalationen im Zusammenhang mit Bodenkampftruppen zu ziehen. Dafür herzlichen Dank an Volker Rühle und an Wolfgang Schäuble!

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Friedbert Pflüger, für diesen Beitrag. – Meine Damen und Herren, es kommen immer noch neue Wortmeldungen zu diesem Thema zum Tagungspräsidium. Ich möchte Ihnen vorschlagen, wenn Sie einverstanden sind, daß wir – weil wir noch die Debatte über den Bericht von Wolfgang Schäuble führen wollen – keine zusätzlichen Wortmeldungen zum Thema Kosovo entgegennehmen, sondern es bei den acht Wortmeldungen, die jetzt noch vorliegen, belassen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so. – Als nächste Hildegard Müller, Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands.

Hildegard Müller: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Europa geht durch eine bittere Zeit. Ich bin eine Vertreterin der jungen Generation in Deutschland. Ich selbst habe keinen Krieg durchmachen müssen und bin dankbar dafür.

Ich hätte nicht geglaubt, daß ich einmal dafür sein würde, einen Konflikt mit Waffengewalt lösen zu müssen. So etwas unterstützt niemand mit leichter Hand. Aber am Tag des Massakers von Racak im Januar war ich in einem Kosovo-Flüchtlingslager in Sarajevo. Ich habe die Ratlosigkeit und Angst in den Augen der Eltern gesehen. Ich sah die Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung bei den Alten. Das Schlimmste aber waren für mich die leeren Augen der Kinder, der Kleinsten, die mit ihren Familien vor Milosevics Mördern flüchten mußten, schon damals. Seit-

her stand für mich fest: Wenn der Westen nicht eingreift, vernichtet Milosevic nicht nur die Menschen im Kosovo; dann zerstört er den Traum der jungen Generation von einem friedlichen, menschenwürdigen und gerechten Europa. Das können und das werden wir nicht zulassen.

(Beifall)

Mehr als zehn Jahre hat das kosovarische Volk unter einem menschenverachtenden Apartheidssystem gelitten. Für die große innere Kraft und die Kultur des friedlichen Widerstandes hat dieses Volk unseren höchsten Respekt verdient. Sie haben ein Anrecht auf unsere Solidarität und unseren Einsatz. Nackte Angst, Hunger und Verzweiflung zeichnen die Gesichter, die allabendlich via Fernsehen in unsere Wohnzimmer flimmern. Hunderttausende sind auf der Flucht; das Grauen ist viel schlimmer, als wir uns das hier vorstellen können.

Was die Nachrichten allerdings selten melden: Mehr als 32 000 Kosovo-Flüchtlinge befinden sich in Bosnien-Herzegowina. Sie gehören zu Europas vergessenen Kindern. Während glücklicherweise die Hilfswellen in Mazedonien und Albanien anrollen – ich begrüße ausdrücklich auch die Initiative von Cap Anamur – und Millionen internationaler Gelder in Hilfslieferungen umgesetzt werden, sind die Kosovaren in Bosnien weiterhin fast unbeachtet in einem selbst extrem verarmten Bosnien.

Diese 32 000 Menschen brauchen auch unsere Hilfe. Die Junge Union Deutschland handelt. Nachdem wir im Januar auf die Verhältnisse aufmerksam geworden sind, startete die Junge Union im März eine Hilfsaktion, eine Spendenaktion. Unter dem Motto „SOS Kosovo, helfen Sie Leben retten“ bittet auch die Junge Union bundesweit um Hilfsgelder für Kosovo-Flüchtlinge in Bosnien. Jede Spende ermöglicht uns, dort zu helfen, wo schnelle und flexible Hilfe nötig ist. Wir bitten Sie dabei um Ihre Unterstützung. Am Stand der Jungen Union finden Sie weitere Informationen. Helfen Sie Leben retten! Es ist uns eine Herzensangelegenheit.

Es ist eine schreckliche Zeit, durch die diese Menschen gehen. Aber sie sollen wissen: Die Junge Union und die CDU stehen an ihrer Seite. Wir werden nicht zulassen, daß der Schlächter von Belgrad sein Ziel erreicht. Wir kennen es auch aus der eigenen Geschichte. Es gibt Parteifreunde in diesem Saal, die wissen, was Vertreibung und Elend heißt. Parteifreunde, die es vor 50 Jahren am eigenen Leib erfahren haben. Ich frage Sie: Wer glaubt ernsthaft, daß 2 Millionen Kosovaren, nach all dem Leid, das ihnen angetan wurde, nach Vertreibung, Vergewaltigung und Mord wieder in einer serbisch diktierten Provinz leben können? Ich sage Ihnen: Angesichts dieser Bilder, die heute täglich in unsere Wohnzimmer flimmern, dürfen wir nicht eher Ruhe geben, bis Milosevic Frieden gegeben hat. Die Zeit, von einer Provinz Kosovo zu sprechen, ist vorbei. Jetzt schlägt die Stunde einer unabhängigen und demokratischen Republik Kosovo. Die Kosovaren sind Europäer, sie gehören zu uns. Deshalb darf die NATO ihren Einsatz nicht beenden, ehe nicht die geforderten Ziele erreicht sind. Wir können nicht nur von den schönen Seiten Europas sprechen. Solange Milosevic sein verbrecherisches Spiel vor unserer Haustür betreibt, so lange ist unser Traum von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in Europa bedroht. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hildegard Müller, auch für das Engagement der Jungen Union. Als nächste Angelika Barbe und danach Volker Rühle.

Angelika Barbe: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! In der vorletzten Wochenendbeilage der „Berliner Zeitung“ behauptet die einst zur SED-Nomenklaturkaderauswahl zählende Schriftstellerin Daniela Dahn, die NATO habe sich zu ihrem 50. Geburtstag handstreichartig an die Stelle der UNO gesetzt, angeblich sei Vernunft durch Moral ersetzt worden. Zynischer kann man nicht formulieren, wie alte, von der SED eingepflichtete Ressentiments gegen die NATO wiederauferstehen. Wem nützt die Vernunft, die Frau Dahn hier einklagt? Sie, die schon vor 1989 nichts gegen kriegsartige Auseinandersetzungen der Russen in Afghanistan gesagt hat oder gar den Einmarsch der vereinigten Warschauer-Pakt-Truppen in Prag verdammt, ist der irrigen Ansicht, daß der Diktator Milosevic nur durch Verhandlungen daran gehindert würde, Massenvertreibungen und Massaker anzuordnen und zu vollziehen, obwohl jeder, der es sehen wollte, die Vertreibungen im Kosovo seit Herbst 1989 beobachten konnte. Finden im Kosovo nicht abscheuliche Verbrechen gegen die Menschheit statt? Schließlich werden auf Befehl Milosevics Menschen deshalb vertrieben und getötet, weil sie Albaner sind. Dahn bestreitet den systematischen Völkermord im Kosovo und behauptet geradezu höhnisch, es bestehe immerhin ein Unterschied zwischen Vertreiben und Auslöschen. Beweise für einen Völkermord könne sie nicht erkennen, alle Opferzahlen seien zwar tragisch, sind der im sicheren Deutschland Lebenden aber noch lange kein Grund, für das Bleiberecht der Überlebenden im Kosovo zu streiten. Die Arkan-Terrortruppe wütet seit zehn Jahren auf Anregung der Serben Bogdanovic und Milosevic, sie ziehen brandschatzend und mordend durch den Kosovo. Verbindungen zur italienischen Mafia, zum russischen Militär sind nachgewiesen. Arkan und seine Tiger verbreiten Entsetzen, sollen die Menschen in die Flucht treiben. Ich verweise auf das Milosevic-Memorandum, das Doris Pack vorgestellt hat.

Wer das Zulassen von Menschenrechtsverbrechen als vernünftig kommentiert, verwechselt hier das Machtkalkül von Tätern mit der legitimen Verteidigung des Lebensrechts ihrer Opfer und macht sich mitschuldig an den Verbrechen Milosevics im Kosovo. Scheinbar haben Frau Dahn und der bei Markus Wolfs HVA registrierte Gysi die endlosen Verhandlungen und Versuche der UNO und der EU nicht bemerkt, die Milosevic an einer ethnischen Säuberung des Kosovo hindern sollten. Hier verbarrikadieren sich vermeintliche Intellektuelle hinter einem löchrigen Völkerrecht, die genau wissen, daß Russen und Chinesen mit ihrem Veto das Eingreifen der UNO verhinderten. Niemand kann die eindeutigen Äußerungen des UNO-Generalsekretärs Kofi Annan überhören, der sich für den NATO-Einsatz aussprach, um die humanitäre Katastrophe im Kosovo zu stoppen. Die Ziele der NATO-Luftangriffe, nämlich den Sturz Milosevics durch den Stopp der Vertreibung und der Stopp der Vertreibung sind noch nicht durchgesetzt, da melden sich all die zu Wort, die allein auf politische Lösungen vertrauen. Sie sind vielfach auch nicht betroffen. Übrigens paßt auch der gespielte Auftritt Gysis in das Kalkül, zwar die NATO zu verdammen – siehe alte DDR-Logik –, zugleich aber kein Wort für die Opfer von Vertreibung und Völkermord zu finden. Das ist nicht nur pure Opferverhöhnung, hier bleiben uns Besserwisser aus Ost und West die Alternative schuldig.

Den Westdeutschen wurde die Demokratie 1945 von den Amerikanern mit Gewalt gebracht, denn freiwillig gab auch der Massenmörder Hitler nicht nach. Menschenrechtsverletzungen wie Völkervertreibung darf die Völkergemeinschaft nicht hinnehmen. Diktatoren, die das tun, müssen in die Schranken verwiesen werden. Wenn die Verurteilung mit dem jetzigen Völkerrecht nicht durchsetzbar ist, muß das Völkerrecht geändert werden. Denn Recht darf nicht die Täter schützen.

(Beifall)

Der französische Philosoph André Glucksman verwies darauf, daß unsere Arglosigkeit, die Arglosigkeit des Westens und der Europäer, Milosevic erst stark gemacht hat. Wir sind jetzt auch mitverantwortlich dafür, daß der Menschenschlächter Milosevic vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verurteilt wird und die Kosovo-Albaner in ihre kosovarische Heimat zurückkehren können, denn noch ist der Kosovo nicht verloren, wie Rupert Neudeck es gesagt hat. Ich kann mich seinen Worten und den Worten Frau Paks nur anschließen. Ich werde für Zeitungen und Dächer spenden. Wir alle sollten gegen die Teilung des Kosovo kämpfen. – Danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Angelika Barbe. Nun Volker Rühle, danach Heiner Geißler.

Volker Rühle: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst Rupert Neudeck für seine Arbeit danken, aber auch für die Art und Weise, wie er hier zu uns gesprochen hat. Denn jemandem, der Tag und Nacht mit diesen Grausamkeiten konfrontiert wird, aber die Disziplin hat, zu uns in dieser ruhigen eindringlichen Sprache zu sprechen, merkt man an, daß das humanitäre Engagement ganz im Vordergrund steht, und er unterscheidet sich von manchem Politiker, der die Rhetorik auch instrumentalisiert hat.

(Beifall)

Wir sollten ihm versprechen, alles zu tun, um humanitär zu helfen, auch den Menschen, die in den Wäldern und Tälern des Kosovo leben. Hier darf es für unsere Hilfe keine Grenzen geben.

Das zweite – auch das ist sehr wichtig –: seine Worte an das serbische Volk. Das dürfen wir nie vergessen, auch wenn wir jeden Abend mit diesen schrecklichen Bildern der Deportation und der Vertreibung konfrontiert werden. Die Politik von Milosevic war eine Politik gegen die Bosniaken, das ist eine verbrecherische Politik gegen die Bürger des Kosovo, das ist aber auch eine verbrecherische Politik gegen das eigene Volk, gegen das serbische Volk.

(Beifall)

Viele von Ihnen kennen Jugoslawien. Denken Sie nur einmal zehn Jahre zurück! Vergleichen Sie die damalige Situation Jugoslawiens mit der Polens, Ungarns, Tschechiens! Jugoslawien war ein führendes Land der dritten Welt, politisch sehr viel weiter als die Länder, die noch im Warschauer Pakt waren, auch ökonomisch weiter. Wenn man nach Jugoslawien kam, konzentrierten sich die Gespräche auf die Frage: Wie bahnen wir den Weg in die Europäische Union? Heute sind Polen, Ungarn, Tschechien Mitglied der NATO, stehen in Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union, obwohl sie so weit hinter Jugoslawien gelegen haben.

Jugoslawien ist in dieser schrecklichen Situation und ist weiter denn je von Europa entfernt. Das ist das eigentliche Verbrechen von Milosevic, und das ist ein Verbrechen auch gegen sein eigenes Volk. Das müssen wir immer wieder ansprechen, wenn wir einen Ausweg finden wollen.

(Beifall)

Doris Pack hat zu Recht die Frage aufgeworfen: Hat es ein Versagen gegeben? Natürlich. Es zeigt sich hier auch: Wenn man nicht frühzeitig handelt, kann man sich militärisch vielleicht tiefer verstricken, als wenn man rechtzeitig gehandelt hätte. Ich muß sagen: Wer nicht die Kraft findet, ein Embargo durchzuführen, und jetzt gezwungen ist, harte militärische Maßnahmen durchzuführen, der hat einen Fehler gemacht. Wie war denn die Situation vor einem Jahr? Das war ein Fehler der Europäer. Damals hat die Bundesregierung über Monate hinweg vergeblich versucht, unsere europäischen Partner dazu zu bewegen, den Flugverkehr nach Belgrad einzustellen, um ökonomischen und politischen Druck auf Belgrad zu machen. Es war über Monate hinweg nicht möglich, zu einer Einigung zu kommen. Das ist auch eine Mahnung an uns Europäer, rechtzeitig und energisch zu handeln, bevor es notwendig ist, militärische Gewalt einzusetzen.

(Teilweise Beifall)

Um die Rolle Europas geht es jetzt auch an dem schwierigen Scheideweg, an dem wir uns befinden. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind nach eigenem Verständnis die einzig verbliebene Supermacht auf dieser Welt. Rußland ist noch militärisch eine Supermacht, aber politisch und ökonomisch spielt es in einer anderen Liga. Ich glaube, in dieser Situation ist es wichtiger denn je, daß es einen Partner Europa gibt, der verlässlich ist, der aber nicht ausschließlich verlässlich ist, sondern der auch seinen eigenen Kopf hat, der eigene Ideen, ein eigenes Gewicht einbringt. Das ist es, was wir von der Bundesregierung in der jetzigen Situation erwarten.

(Beifall)

Wir haben bis zu dieser Stunde, denke ich, einen großen Konsens in Deutschland über die Einschätzung der Situation und die notwendigen Maßnahmen. Es gibt eine große Übereinstimmung dahin gehend, daß es leider notwendig war, militärische Gewalt anzuwenden, um Milosevic entgegenzutreten. Ich denke, wir sind uns aber alle darin einig, daß die Politik das Kommando behalten muß, daß es nicht zu einer Verselbständigung der militärischen Operationen kommen darf. Deswegen würden wir diesen Konsens gefährden, wenn wir uns auf die Debatte einlassen würden, die einige darüber führen, ob wir nicht Bodenkampftruppen einsetzen sollten. Was bedeutet denn das? Dabei handelt es sich nicht um die Friedenstruppe, für die wir Vorbereitungen getroffen haben, die den Konfliktparteien helfen würde, einen Weg in den Frieden zu finden. Vielmehr würde es sich dabei um den Einmarsch in die Bundesrepublik Jugoslawien ohne eine vertragliche Grundlage gegen den Willen der Serben handeln. Das ist eine militärische Eskalation, die, wie ich finde, zu Recht eindeutig in dem Antrag des Bundesvorstandes abgelehnt wird, weil es dann zu einer Zuspitzung im militärischen Bereich kommen könnte und die Chancen einer politischen Lösung entscheidend beeinträchtigt würden.

(Beifall)

Deshalb ist meine herzliche Bitte, daß Sie mithelfen, daß wir diese rote Linie nicht überschreiten. Friedbert Pflüger und andere haben es gesagt: Wir brauchen Rußland als Partner. Wir haben eine stolze Geschichte. In diesen Tagen hat die NATO Polen, Ungarn und Tschechien aufgenommen. Wir haben uns nach Osten geöffnet. Wir exportieren Stabilität. Aber wir haben auch eine strategische Partnerschaft mit Rußland vor einigen Jahren geschlossen. Deswegen war es nicht in Ordnung, daß der NATO/Rußland-Rat während der Krise nicht zusammengetreten ist. Statt dessen wurde Primakow über dem Atlantik in einem Telefongespräch informiert. Wenn wir zu einer politischen Lösung kommen wollen, dann brauchen wir Rußland als Partner, und deswegen brauchen wir auch in der Zukunft parallel militärischen Druck und politische Verhandlungen. Deswegen darf es hier nicht den Schritt über die rote Linie geben, was den Einsatz von Bodentruppen angeht.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, Wolfgang Schäuble hat es gesagt: Die Union war in der Geschichte der NATO in schwierigen Situationen auf der richtigen Seite, ob es um die deutsche Wiederbewaffnung, die Westintegration, die Kuba-Krise oder den NATO-Doppelbeschluß ging. Damals war Rotgrün auf der Straße und hat diese Politik erbittert bekämpft, eine Politik, die auch erst die Wiedervereinigung Europas und Deutschlands und eine weitgehende Abrüstung möglich gemacht hat. Deswegen sage ich Ihnen: Die Bundesregierung müßte eigentlich von morgens bis abends Wolfgang Schäuble und der Union Dank dafür sagen, daß sie diesen Konsens in Deutschland herbeigeführt haben. Ich kann nur hoffen, daß in dem Moment, in dem wir wieder in Deutschland regieren, Rotgrün dann nicht auf der Straße ist, sondern daß man mit uns zusammen im Parlament eine gemeinsame deutsche Position erarbeitet.

(Beifall)

Wir können uns das auch erlauben, weil niemand Zweifel an unserer Zuverlässigkeit hat. Wir haben da keinen Nachholbedarf. Wir können klar sagen, was wir für richtig und was wir nicht für richtig halten, und können Einfluß auf die politische und militärische Willensbildung in der NATO Einfluß nehmen. Die Position der Union ist von großer Bedeutung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Deutschland an ihr vorbeigehen kann; ich kann mir auch nicht vorstellen, daß man an einer solchen deutschen Position vorbeigehen kann.

Die NATO hat eine stolze Geschichte. Sie hat sich in vielen Krisen bewährt. Deutschland hat seine entscheidenden Beiträge geleistet. Wir sind jetzt wieder in einer schwierigen Situation. Aber ich bin sicher, daß wir mit der notwendigen militärischen Festigkeit, aber auch mit dem Blick für die politischen Lösungen – am Ende muß immer eine politische Lösung stehen – einen Weg aus dieser Krise herausfinden werden. Wenn uns das gelingt, dann hat die Union, CDU und CSU, in Deutschland einen ganz wesentlichen Beitrag dazu geleistet. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag, der unsere Position beschreibt. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Volker Rühle, für diesen Beitrag, aber auch für Ihre verantwortungsvolle Arbeit, die Sie als Bundesminister der Verteidigung im ehemaligen Jugoslawien geleistet haben. Nun Heiner Geißler und danach Dr. Frank-Michael Pietzsch aus Thüringen.

Dr. Heiner Geißler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir waren ja wahrscheinlich alle miteinander der Meinung, daß wir auf diesem Bundesparteitag über die Ursachen für den Wahlausgang von Ende September letzten Jahres sprechen wollten und daß wir uns überlegen wollten, welche Konsequenzen wir für unsere Arbeit daraus ziehen müssen. Dazu hätte auch ich etwas sagen wollen.

(Teilweise Beifall)

Nun ist aber durch das, was in den letzten Wochen in Europa geschehen ist, etwas entstanden, zu dem wir als christliche Demokraten vor allen anderen unsere Meinung bilden und sagen müssen.

Ich möchte Rupert Neudeck dafür danken, daß er hierhergekommen ist. Ich möchte Wolfgang Schäuble, Angela Merkel und ich weiß nicht wem sonst noch, der daran mitgewirkt hat –wahrscheinlich Norbert Blüm –, dafür danken, daß sie Rupert Neudeck eingeladen haben.

Nun sind wir uns alle darin einig, daß das, was wir von ihm gehört haben, was wir aber auch in den Zeitungen lesen können, uns emotional zutiefst empört. Ich habe mich aus folgendem Grund zu Wort gemeldet. Volker Rühle hat ja das Verhalten von Rotgrün in den 80er Jahren angesprochen. Man kann nicht alles miteinander vergleichen; das hat Wolfgang Schäuble mehrfach in den letzten Wochen gesagt. Aber ich möchte betonen, daß mich in wichtigen Punkten die Diskussion, die wir heute in Deutschland führen, an das erinnert, was damals, in den 80er Jahren, im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschuß über die NATO und ihre Aufgabe diskutiert worden ist.

Wenn die Diskussion so wie bisher weitergeht – der Deutschlandfunk hat heute morgen eine Übersicht über Pressereaktionen in den europäischen Hauptstädten zu den Beschlüssen der NATO in den Vereinigten Staaten verteilt –, dann müssen wir sehr sorgfältig aufpassen, daß uns die geistigen Grundlagen dessen, was wir auch in dieser Frage miteinander vertreten müssen, nicht langsam abhanden kommen. Auch damals ist eine Diskussion zustande gekommen, deren Ergebnis war, daß viele in Deutschland zum Schluß nicht mehr gewußt haben, von welcher Seite aus die Mauer gebaut worden ist. Wenn manche Diskussionen, vor allem öffentliche Diskussionen in den Medien, weitergeführt werden, dann weiß die Bevölkerung bald nicht mehr, wer deportiert, wer verstümmelt und wer ermordet hat.

(Beifall)

Das betrifft unsere eigene Partei. Die Unsicherheit in der Argumentation fällt ja mit der berechtigten und begründeten Empörung nicht weg. Diese Unsicherheit können wir auch nicht durch eine Art Rabulistik des Völkerrechts ablegen, da wir doch mühsam versuchen, völkerrechtliche Grundlagen für das Eingreifen der NATO zu finden. Das ist heute schon sehr schwer und wird in Zukunft sehr schwer werden.

Es geht um etwas Grundsätzlicheres. Egon Bahr vertritt – etwas abseits der Position der Bundesregierung – im Grunde genommen jetzt wieder dieselbe Position wie in den 80er Jahren, indem er den Satz geäußert hat: Der Friede ist der oberste Grundwert. – Diese Diskussion geht damals wie heute von einer falschen Priorität der Werte aus. Der Friede ist nicht der oberste Grundwert. Man muß sich darüber klar werden: Wenn dieser Satz von Egon Bahr damals

wie heute stimmen würde, dann hätten die Nazis ihre Schreckensherrschaft auf der ganzen Welt ausbreiten können, ohne auf Widerstand gestoßen zu sein.

(Beifall)

Der Friede ist nicht ein oberster Grundwert. Thomas von Aquin hat schon vor 800 Jahren gesagt: *opus justitiae pax* – Gerechtigkeit schafft Frieden. Frieden ist nur dann vorhanden, wenn die wirklichen Grundwerte realisiert werden und wenn die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit in einer Region, in einer Gesellschaft verwirklicht werden. Ohne Freiheit und ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Dann gibt es eine Art Friedhofsruhe, aber keinen Frieden in unserem Sinn. Das biblische Schalom hat ja immer beides beinhaltet: Frieden und Gerechtigkeit. Deswegen möchte ich bezüglich der Resolution den Vorschlag machen, daß wir als Überschrift „Freiheit und Gerechtigkeit und Frieden für den Kosovo“ wählen.

(Beifall)

Alle drei Elemente gehören dazu. Dies ist immer unsere Philosophie gewesen. An dieser Wertordnung hat sich die Politik der Christlich Demokratischen Union in schwierigen Zeiten orientiert. Wir haben in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluß wahrlich schwere Zeiten erlebt. Wir standen in den 80er Jahren fast ganz allein und – daran will ich auch erinnern – haben mit Ausnahme der Kirchen in Form der Erklärung der EKD und des Hirtenwort der Bischöfe keine Verbündeten gehabt. Dies waren damals wichtige geistig-moralische Grundlagen unserer Politik, an denen sich nichts geändert hat.

In einem weiteren Punkt kommen wir in enorme Argumentationsschwierigkeiten im Rahmen der Diskussion mit unseren eigenen Leute. Sie sehen nämlich, daß die NATO wegen schwerster Menschenrechtsverletzungen schon den 33. Tag mit Bomben eingreift. Der türkische Staatspräsident Demirel hat vor nicht allzu langer Zeit erklärt, daß bei der Auseinandersetzung mit den Kurden in der Türkei 30 Dörfer zerstört worden und daß 30 000 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Menschen auf der Straße fragen: Was ist mit Tibet und Ruanda? Warum greift die NATO dort nicht ein? Wir müssen doch in der Rechtfertigung dessen, was wir tun, darauf eine Antwort geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wir können keine einfache Antwort geben. Wir haben im übrigen ein ähnliches Problem in den 80er Jahren gehabt. Was uns hier begegnet, ist der klassische Fall eines moralischen Paradoxon, das heißt der Fall eines moralischen Widerspruchs, bei dem wir Gefahr laufen, daß es moralisch fragwürdig ist, wenn wir das eine tun, und daß es auch moralisch fragwürdig ist, wenn wir es nicht tun. Was haben wir damals vernünftigerweise gesagt? Ein solches moralisches Paradoxon kann man nur dadurch auflösen, indem man den Status quo überwindet. Damals war unser Vorschlag, die atomare Auseinandersetzung, auch die Abschreckung und die damit verbundene moralische Problematik dadurch zu überwinden, daß wir die Abrüstung – also die Überwindung des Status quo – zu unserem Ziel erklärt haben. Die Abrüstung ist dann auch eingetreten.

Was müssen wir heute überwinden? Zu den Beispielen, die ich vorhin genannt habe, möchte

ich nebenbei bemerken: Natürlich hätten wir uns gegenüber der Türkei und China intensiver einschalten müssen. Das ist immer meine Meinung gewesen. Man kann nicht sagen: Wenn man etwas viermal falsch gemacht hat, dann muß man es auch das fünfte Mal falsch machen. Die NATO hat mit ihrem Einsatz im Kosovo den Rubikon, den sie sich bisher als Grenze gesetzt hat, überschritten. Das verstehe ich unter Überwindung des Status quo. Deswegen müssen wir – davon bin ich zutiefst überzeugt – diese Problematik weiter ausdiskutieren.

Den Status quo in dieser Situation zu überwinden bedeutet die Überwindung des Grundsatzes der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Überwindung des Vetorechts im Sicherheitsrat. Wir erreichen doch nicht eine vernünftige Lösung mit Hilfe der UNO, wenn die Situation im Sicherheitsrat so bleibt, wie sie jetzt ist. Überwindung des Status quo heißt Überwindung eines unzulänglichen Völkerrechtes, das bisher die Entwicklung zu einer Weltfriedensordnung nicht befördert, sondern verhindert hat.

So verstehe ich den Sinn der Beschlüsse in Amerika hinsichtlich einer Veränderung der NATO-Strategie. Wenn man heute die Zeitungen liest, dann kommt man zu dem Schluß, daß alle Bedenken haben. Ich finde aber, daß diese Entwicklung positiv ist. Ob man diese Entwicklung als eine Entwicklung in Richtung Weltpolizei betrachtet oder nicht: Nach dem Kosovo-Einsatz der NATO wird es für die Mitglieder der NATO nicht mehr so leicht möglich sein, wegzuschauen, wenn Menschenrechte verletzt werden. Es wird ein Ende haben, daß Menschenrechte mir nichts dir nichts auf dem Altar des Kommerzes und der Diplomatie in der Zukunft geopfert werden können.

(Beifall)

Das ist die Folge dessen, was die NATO gemacht hat. Ich finde diese Strategie richtig, denn wir müssen eine Weltfriedensordnung anstreben, wie es die Sehnsucht der Völker seit Jahrhunderten ist, in der die Menschen endlich friedlich und frei zusammenleben können und in der Despoten und Gewaltherrscher nicht mehr machen können, was sie wollen. Wenn Sie als Realpolitiker mir sagen – diesen Satz habe ich oft gehört –: Das ist Utopie!, dann will ich daran erinnern: Wenn jemand vor elf Jahren auf einem Bundesparteitag erklärt hätte, in elf Jahren sind Tschechien und Polen Mitglieder der NATO, dann hätten alle gesagt, daß dies verrückt sei und daß ein solches Ziel nicht zu erreichen sei.

Wir müssen Ideen, Ideale und Utopien haben, wenn wir nach vorne kommen wollen. Ein solches Ideal ist eine Weltfriedensordnung. Ich sehe das, was die NATO jetzt entschieden hat, als einen Weg zur Erreichung dieses Zieles an. Deswegen müssen wir die NATO stärken. Die NATO ist auch unsere Institution. Wir, die Christlich Demokratische Union, haben die NATO als die eigentliche Friedensbewegung innenpolitisch geschützt und gegen massive Angriffe verteidigt. Es ist ein Erfolg unserer Politik – Volker Rühle hat es gesagt –, daß heute diejenigen, die uns damals wirklich bekämpft haben, von diesen Argumenten überzeugt worden sind. Das ist auch ein Sieg unserer Ideen, auch wenn wir in der Opposition sind. Manchmal ist es wichtiger, daß die Ideen gewinnen. Unsere Ideen haben gewonnen. Deswegen halte ich, mit Verlaub gesagt, die Diskussion um die Bodentruppen für nicht so entscheidend.

(Vereinzelt Beifall)

Ich halte dieses für eine schlimme Entwicklung – da würde ich Volker Rühle recht geben. Aber wenn die NATO das beschließen würde, würden wir als Christlich Demokratische Union dann aussteigen? Wo gibt es denn einen Korridor, von dem Rupert Neudeck geredet hat? Oder „air-dropping“ – wie soll denn das realisiert werden? Wie wollen wir denn eigentlich, wenn es so weitergeht, den Waldmenschen helfen? Um „air-dropping“ machen zu können – das habe ich von den Militärs gelernt, das wird der Volker Rühle bestätigen –, müssen die Flugzeuge relativ tief fliegen, wenn die Hilfe eine realistische Chance auf Erfolg haben soll. Mit der bisherigen Strategie der NATO ist das nicht realisierbar.

Der Einsatz von Bodentruppen ist nichts Anstrebenswertes. Wir sollten aber nicht alternativradikal sagen: Das kommt nie und unter keinen Umständen in Frage.

(Vereinzelt Beifall)

Man muß realistisch sehen, daß er notwendig werden könnte, dabei aber vielleicht nur darauf begrenzt wäre, die humanitäre Zielsetzung zu erreichen, von der Rupert Neudeck geredet hat. Im übrigen sagte, wenn ich mich richtig erinnere, auch der Papst, daß man Korridore brauche, um Zehntausenden von Menschen, die am verhungern und am erfrieren sind, zu helfen. In der Entschließung steht drin – ich habe das gestern im Bundesvorstand unterstützt –, die Bundesregierung solle alles tun, um eine militärische Eskalation zu vermeiden. Aber es ist doch wohl auch klar: Wenn man Bodentruppen vermeiden will, wofür auch ich bin, dann muß die bisherige NATO-Strategie effizienter werden. Dann müssen die Kapazitäten, die die Luftstrategie zu bieten hat, besser genutzt werden. Deshalb darf eine größere Effizienz der bisherigen NATO-Strategie nicht unter dem Begriff der militärischen Eskalation subsumiert werden. Wenn über diese Definition Einigkeit besteht, dann kann auch ich dieser Resolution meine Zustimmung geben.

Zum Schluß will ich noch auf eines hinweisen: Warum haben wir ein Problem im Kosovo? Im Grunde genommen haben wir im Kosovo ein Problem, weil ein Gewaltherrscher eine Ideologie für seine politischen Zwecke ausnutzt. Der Nationalsozialismus ist besiegt; der Kommunismus hat sich fast selber erledigt, aber Rassismus und Nationalismus haben wir noch nicht aus den Köpfen und den Herzen der Menschen verbannt. Sollte sich Milosevic durchsetzen, dann wäre dies eine glanzvolle Bestätigung der Epidemie dieses ultranationalistischen Wahnsinns, der dieses Jahrhundert beherrscht hat, wie es Jacques Delors einmal beschrieben hatte. Völkischer Nationalismus hat eine lange Reihe von Genoziden in diesem Jahrhundert auf dem Gewissen. Im letzten Jahr dieses Jahrhunderts wird es darauf ankommen – das hängt mit von uns ab –, daß der Genozid, der im Kosovo stattfindet, der letzte in Europa und auch auf der ganzen Welt war und daß solche Genozide aus nationalistischem Wahn endgültig in Europa und auf der ganzen Welt der Vergangenheit angehören – Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Heiner Geißler, für Ihre Rede, aber auch für Ihren Einsatz für die Menschenrechte.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf hinweisen, daß junge Damen mit weißen Wahlurnen hier im Saal und draußen herumgehen und für die Menschen im Kosovo sammeln. Ich

darf auch noch einmal auf den Kosovo-Stand hinweisen, wo Sie Überweisungsaufträge ausfüllen können.

Dann sind wir gebeten worden, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Antragskommission um 15.30 Uhr im Sitzungssaal der Antragskommission tagt.

Als nächster Redner nun Dr. Frank-Michael Pietzsch und danach Mario Voigt. Bitte schön, Herr Dr. Pietzsch.

Dr. Frank Michael Pietzsch: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich hätte mich nicht gewundert, Herr Tagungspräsident, wenn Sie mich jetzt gebeten hätten, die Redezeit nicht auszuschöpfen. Aber ich werde es auch so versuchen.

Meine Damen und Herren, ich bin am Anfang dieses Parteitages von vielen gefragt worden, wie denn so die Stimmung ist. Ich denke, unsere Stimmung ist nicht schlecht, aber unsere Stimmung wird von dem, was im Kosovo passiert und worüber wir im Augenblick reden, überschattet. Man kann unterschiedliche Auffassungen zu den Maßnahmen der NATO haben. Wir sind uns aber einig darüber, daß es keine Alternative gibt.

In meiner jetzigen Rede möchte ich daran erinnern, daß am 8. Mai 1989, also praktisch vor zehn Jahren, die letzten unfreien Wahlen in der DDR stattgefunden haben. Wir sind froh, daß wir diese Zeiten überwunden haben. Daß wir die deutsche Einheit haben, ist der CDU und den Menschen in der DDR zu verdanken. Das wissen wir sehr wohl. Es ist heute morgen auch über wirtschaftlichen Fortschritt und über Aufbauarbeit insbesondere in Erfurt berichtet worden. Als Christen wissen wir aber auch, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt. Wenn heute noch davon gesprochen wird, daß es eine Mauer in den Köpfen gebe, dann sollten wir zur Kenntnis nehmen, daß es insbesondere im geistigen Bereich noch weiterer Bemühungen um die Einheit bedarf. Gerade wenn ich mir ansehe – deshalb sage ich das jetzt –, wie ganz unterschiedlich offensichtlich auf den Eingriff der NATO in den Konflikt im Kosovo in den alten und in den neuen Bundesländern reagiert wurde, dann fühle ich das bestätigt, was ich nach der Wende gesagt habe. Eine über 45 Jahre lang kaputtgemachte Wirtschaft ist eine Katastrophe, aber 45 Jahre geistige Indoktrination ist noch viel schlimmer und viel schwieriger zu beseitigen.

(Beifall)

Eine Antwort auf die Frage, warum zwei Drittel in den alten Bundesländern den NATO-Aktionen zustimmen und 60 Prozent in den neuen Bundesländern die NATO-Aktionen ablehnen, finde ich durchaus in der Überlegung, ob das nicht vielleicht auch mit 45 Jahren Indoktrination zusammenhängt. Jeder von Ihnen, der hier Delegierter aus den neuen Bundesländern ist, kann mir sofort buchstabieren: die NATO, der imperialistischste oder aggressivste Teil des amerikanischen oder deutschen Imperialismus, oder: die USA, der Weltpolizist Nummer eins.

Meine Damen und Herren, diese und ähnliche Parolen, die es damals gab, sind vom Kindergarten über die Schule und die Universität bis in den Betrieb getragen worden. Ich befürchte, dieses blieb nicht ganz ohne Folgen. Ich sage dieses nicht, um etwa meine Mitbürger in den neuen Bundesländern zu beschuldigen, sie könnten nicht denken, sondern nur, um deutlich zu machen, daß gerade wir als CDU die Aufgabe haben, dieses geistige Potential und diese Indoktrination beiseite zu räumen.

Niemand anders als wir, die CDU, kann dies schaffen, weil die anderen – auch im Westen – diese Indoktrination mitgemacht haben.

Meine Damen und Herren, ich erinnere an viele Vergleiche, die im Augenblick in den westlichen Bundesländern und auch hier angestellt werden. Das, was im Augenblick gegen Serbien geschieht, wird beispielsweise mit dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei oder mit der militärischen Intervention in Ungarn verglichen. Es ist eine Schande, wenn man so Ungleiches miteinander vergleicht. Die moralische Legitimation für den Einsatz der NATO in Serbien ist absolut diametral-konträr der Legitimation, die 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei von den damaligen Warschauer-Pakt-Staaten vorgetragen wurde. Deswegen dürfen wir dies nicht miteinander vergleichen.

(Vereinzelt Beifall)

Jeder aus den neuen Bundesländern, der hier sitzt, weiß, mit welcher ohnmächtiger Wut man am Fernseher gesessen und überlegt hat: Der Westen kann doch nicht zulassen, daß die Freiheitsbewegung in Ungarn mit Panzern niedergewälzt wird. Der Westen kann doch nicht zulassen, daß die vorsichtige Demokratiebewegung in der Tschechoslowakei kaputtgemacht wird. – Dies waren ganz andere Ansätze. Daher, meine Damen und Herren, stelle ich unter moralisch Aspekten fest: Es besteht im Augenblick eine Legitimation der NATO, einer Wertegemeinschaft der westlichen Länder, für die Aktion in Serbien gegen das Milosevic-Regime. Deshalb sollten wir die vorliegende Resolution unterstützen. – Danke sehr.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frank-Michael Pietzsch. – Als nächster Mario Voigt vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten und danach Erika Steinbach.

Mario Voigt: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Sehr geehrter Vorsitzender! Liebe Freunde! Auch wir als politischer Studentenverband denken, daß es wichtig ist, daß die Hochschulen einen Beitrag dazu leisten, das Verständnis der Bürger Europas und damit auch das Verständnis der Bürger im Kosovo und in Serbien näher zusammenzubringen. Erlauben Sie mir deswegen, ganz kurz ein paar Worte zur Bildungspolitik der Zukunft in einem zusammenwachsenden Europa und zur Kosovopolitik zu sagen.

Meine Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe, an einem partnerschaftlichen Europa mitzubauen, das nicht nur die Grenzen, sondern auch die Köpfe und Herzen der Menschen öffnet. Wir müssen Kleinmut und Trägheit überwinden. Das zukünftige Europa kann nur auf einem gemeinsamen Fundament gegründet werden. Dieses Fundament muß aus unseren eigenen Überzeugungen und Erfahrungswerten erwachsen.

Für diesen Prozeß haben die Hochschulen, hat die Bildung größte Bedeutung. Bildung ist im Zeitalter des lebenslangen Lernens die wichtigste gesellschaftliche Zugangsvoraussetzung. Die Ausbildung der jungen Generation ist die Aufgabe der Zukunft. Im gesellschaftlichen Interesse muß unser Bildungswesen stärker eigenverantwortlich und leistungsorientiert sein. Bildungspolitik ist im Zeitalter der Globalisierung zugleich aber auch Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Der RCDS begrüßt es, daß sich die CDU im nächsten Jahr dem The-

ma Bildung zunehmend zuwenden möchte. Ich kann Ihnen versichern: Der RCDS möchte auch dazu einen Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, wir verstehen die Universitäten allerdings auch als einen Ort des Erlernens von Mitverantwortung für Inhalte und vor allen Dingen für das Niveau der politischen Kultur und der politischen Debatte. Deshalb blicken wir um so besorgter zu unseren Kommilitonen im Kosovo. Sie werden dort vertrieben; ihre Universitäten werden geschlossen. Unsere Kommilitonen dort haben nicht die Chance, eine Debatte über politische Werte zu führen. Deshalb wollen wir versuchen, unseren Kommilitonen die Fortsetzung ihres Studiums zu ermöglichen, damit sie dann später beim Wiederaufbau ihrer Heimat helfen können. Denn das ist unsere oberste Bürgerpflicht. Wir als politischer Studentenverband wollen dazu unseren Beitrag leisten: Wir werden einer gewissen Anzahl von Studenten aus dem Kosovo mit einem Wohnheimplatz, einem Stipendium und einem Studienplatz die Möglichkeit bieten, hier in Deutschland für ein bis zwei Semester zu studieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns diesen Hoffnungsträgern der Zukunft annehmen, um eine friedliche Lösung auf dem Balkan dauerhaft zu sichern.

Welche wichtige Bedeutung die Hochschulen für eine friedliche Zukunft haben, hat sich im innerdeutschen Einigungs- und Aufbauprozeß eindeutig erwiesen. Als gebürtiger Thüringer und Vertreter der größten deutschen politischen Studentenorganisation weiß ich, wie wichtig es ist, das Zusammentreffen der Studenten aus Trier, aus Dresden, aus Zwickau, aus Hamburg, aber auch aus Pristina und Belgrad zu fördern. Die Hochschulen sind – frei von irrationalen 68er-Vorstellungen – zum Treffpunkt von Ideen und Innovationen geworden.

Unsere Zukunft sowohl in Ost als auch in West wird gefährdet durch unsinnige, chaotische Vorgaben aus Bonn. Ich nenne hier zum Beispiel das unsoziale und studentenfeindliche 630-Mark-Gesetz. Das Motto kann nicht sein, sich schwarz zu ärgern oder schwarz zu arbeiten. Als Studenten sind wir auf diese Jobs angewiesen. Ich sage klipp und klar: Herr Schröder, das ist der falsche Weg.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Hochschulen in den neuen Ländern sind Sinnbild einer Aufbruchs- und Aufbaustimmung geworden. Doch nicht nur an den Hochschulen hat sich hier in den neuen Bundesländern einiges bewegt. Schauen Sie nach Jena, schauen Sie nach Weimar, nach Dresden und nach Leipzig, schauen Sie besonders hier nach Erfurt, und erkennen Sie, welche Leistungen von den Menschen sowohl in Ost als auch in West erbracht wurden. Dies muß auch im Kosovo möglich sein. Deutschland wächst zusammen; Europa wächst zusammen. Für Deutschland gilt: Wir wollen die innere Einheit zur Selbstverständlichkeit werden lassen. Das ist nach Ansicht des RCDS auch gut so. Es muß eine Selbstverständlichkeit sein, daß sich eine Thüringerin, Professorin und Mutter – kurz: eine Frau mitten aus dem Leben –, um das höchste Amt im Staat bewirbt. Dies setzt ein Signal. Ihre Wahl ist wichtig für das Voranschreiten der inneren Einheit.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in der Kosovo-Krise und auch in dieser Debatte solche Akzente. Vor allem aber brauchen wir eine Christlich Demokratische Union, die zukunfts-gewandt genug ist, ihre politischen Leitlinien auf der Grundlage ihrer Werte auszurichten. So werden wir nicht nur Deutschland, sondern auch Europa richtig gestalten. Liebe Freunde, wa-gen wir es, dieses Ziel anzugehen! – Danke schön.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: Herzlichen Dank, Mario Voigt. Ein herzliches Wort des Dan-kes auch dem RCDS für sein Engagement. –Nun Frau Erika Steinbach und danach Paul Breuer. – Bitte schön, Frau Steinbach.

Erika Steinbach: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Meine sehr geehrten Damen und Her-ren! „Barmherzigkeit gegen Wölfe, das ist Frevel wider die Schafe“, sagt ein altes russisches Sprichwort. Deshalb darf man Milosevic nicht gewähren lassen. Es gibt keine Legitimation in Europa dafür, ein solches menschenrechtswidriges Verhalten einfach so hinzunehmen. Alle Ergebenheitsadressen an Milosevic zeigen nur eines: Unbarmherzigkeit gegenüber Men-schen.

Die UN-Menschenrechtskommission hat im vorigen Jahr einstimmig verabschiedet, daß Ver-treibungen schwerste Menschenrechtsverletzungen sind und daß jeder, der vertrieben wor-den ist, das Recht hat, in Würde in seine Heimat zurückzukehren. Vor diesem Hintergrund ist das, was im Rahmen der NATO für die Kosovo-Albaner getan, eine Nothilfe, die wichtig ist.

Wir in Europa müssen allerdings eines bedenken: Vertreibung hat auf diesem Kontinent ei-ne blutige Geschichte. Wir Deutsche –das ist vorhin schon mehrfach angesprochen worden – haben wahrscheinlich deshalb soviel Mitgefühl und Verständnis für das Schicksal der Ver-triebenen, weil es hier Millionen und aber Millionen von Menschen gibt, die selbst vertrieben worden sind, die Opfer von Vertreibungsverbrechen geworden sind und deshalb mitfühlen können, was in den Kosovo-Albanern vor sich geht, die jetzt ihre Heimat verloren haben und entwurzelt sind.

Aus diesem Grunde ist es nötig und wichtig, Mittel zu finden, wie man Vertreibung überhaupt verhindern kann. Da gibt es nur eine einzige Möglichkeit: Vertreibung, meine lieben Freunde, darf sich am Ende nicht lohnen, sie darf sich nicht auszahlen.

(Beifall)

Wenn ein Diktator weiß, daß er nach einer Vertreibung nur lange genug warten muß und dann wieder in die Staatengemeinschaft aufgenommen wird, wenn darüber also der Mantel des Schweigens gedeckt wird, dann wird es neue Staaten geben, die sich ihrer ethnischen Min-derheiten auf diese Art und Weise entledigen wollen, und da liegt der Hund begraben.

Vor diesem Hintergrund hat die Menschenrechtskommission wohl mit Recht gesagt: Jeder Vertriebene hat das Recht, in Würde in seine Heimat zurückzukehren, damit es sich eben für den Vertreterstaat nicht lohnt, zu vertreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Jugoslawien hat schon eine traurige Historie in Sa-chen Vertreibung. Es gab eine „ethnische Säuberung“, und es gab eine zweite „ethnische Säuberung“. Die erste war die an den Donauschwaben nach 1945. Dort wurde gründlich „ger-

einigt“. Es gibt praktisch keine Donauschwaben mehr im Bereich des heutigen Jugoslawien. Sie wurden alle vernichtet oder vertrieben. Es gab Lager, ausschließlich mit Kindern belegt, die man einfach hat verhungern oder erfrieren lassen.

Das, was in Bosnien geschah, war eine weitere Stufe, und jetzt stehen wir vor derselben Situation im Kosovo. In einer großen Prager Zeitung stand am 1. April ein Artikel, in dem mitgeteilt wurde, Milosevic habe einen Besuch in Prag gemacht, weil er dort lernen wolle, wie man denn Vertreibung macht. Am nächsten Tag wurde gesagt: Ja, das war ein Aprilscherz. – Aber wir haben ja leider Gottes in der Tschechischen Republik eine traurige Vergangenheit in dieser Frage, und insofern war das natürlich völlig richtig. Die Tschechische Republik hat – allerdings unter anderen Herrschaftsmodalitäten – die Deutschen praktisch komplett vertrieben, drei Millionen Menschen.

Wir haben in Europa die Möglichkeit, nicht nur zuzuschauen. Die Europäische Union als Wertegemeinschaft ist eine Gemeinschaft, die jetzt erweitert werden soll. Angesichts dessen bitte ich zu überdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, in unseren Europa-Antrag, der ja im Verlauf dieses Parteitages noch beraten werden wird, mit aufzunehmen, daß die Länder, die Kandidaten für den Beitritt zur Europäischen Union sind, ihre Vertreibungsvergangenheit aufgearbeitet haben müssen und für ihre Minderheiten die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen haben.

Gefühlvoll reden über das Thema Vertreibung ist die eine Seite, und helfen ist die andere Seite, aber alle Möglichkeiten und alle Mechanismen auszuschöpfen, damit Vertreibungsunrecht aufgearbeitet wird, das, liebe Freunde, ist die Möglichkeit, die wir hier in Deutschland und in der Europäischen Union haben.

Ich habe mit großer Freude gelesen, daß das Europaparlament den Appell verabschiedet hat, daß die Benes-Dekrete in der Tschechischen Republik aufgehoben werden sollen. Das gehört mit zum Verhindern von Vertreibungen.

(Beifall)

Genauso gehört dazu, daß die Dekrete, die im damaligen Tito-Jugoslawien erlassen worden sind und auf deren Basis die Donauschwaben vernichtet worden sind, Dekrete, die bis heute in Slowenien noch fortgelten, in diesem Land, das Anwärter auf die Mitgliedschaft in Europa ist, aufgehoben werden. Wir haben also hier in Europa die Möglichkeiten in der Hand, ohne Waffen das Bewußtsein dafür zu bilden und wachsen zu lassen, was man dagegen tun kann, wenn Menschen vertrieben worden sind.

Deshalb, meine lieben Freunde, tun wir das Unsrige dazu, daß sich Vertreibung nicht lohnt, und zwar mit unseren rechtlichen Mitteln, und helfen wir auf der anderen Seite den armen vertriebenen Kosovo-Albanern, so gut es irgend möglich ist!

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen.

Nun last not least Paul Breuer, der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bitte schön!

Paul Breuer: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Gerade als Verteidigungspolitiker möchte ich das aufnehmen, was Frau Steinbach eben zu dem Empfinden der Millionen von deutschen Vertriebenen gesagt hat. Meine Mutter ist Ostvertriebene aus Schlesien, und ich weiß von ihr, daß sie die Bilder der Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Kosovo mit einer ganz besonderen Emotion, mit einem ganz besonderen Gefühl aufnimmt. Das reißt vieles wieder auf, was an eigenen Gefühlen, weil es Jahrzehnte her ist, schon irgendwie etwas vernarbt ist; aber es wird heute wieder Wirklichkeit in diesem Europa.

Ich weiß aber von meiner Mutter auch, daß sie dafür dankbar ist, daß es heute Hoffnungen darauf gibt, daß diese Menschen nicht in der Wehrlosigkeit verbleiben. Meine Damen und Herren, wir wissen, und wir sollten es deutlich sagen: Die einzige Hoffnung, die die Kosovaren, dieses geschundene Volk, besitzen, ist die NATO. Sie hätten sonst niemanden, der ihnen helfen könnte.

(Zustimmung)

Die NATO, das sind auch wir, das sind wir Deutschen. Wenn wir unseren deutschen Beitrag zur Unterstützung der NATO auch in Person unserer Soldaten der Bundeswehr nicht erbringen würden, dann hätten diese Menschen keine Hoffnung, jemals in ihre Heimat zurückkehren zu können. Wir danken den Soldaten der Bundeswehr für ihren beherzten, mutigen, umsichtigen und zurückhaltenden Dienst. Das sollte auch ein Signal sein, das deutlich von diesem Parteitag ausgeht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir können stolz darauf sein, eine Bundeswehr zu haben, die in gar keiner Gefahr steht, den Anschein zu erwecken, als ob sie sich irgendwo in das Geschehen hineindrängen würde. Unsere Soldaten sind loyal gegenüber einer demokratischen politischen Führung, und sie sind gegenüber dem Geschehen im Krisengebiet einfühlsam. Das ist wichtig, und dafür können wir dankbar sein.

Das heißt, daß sich gerade auch die vielen Investitionen, die menschlichen und politischen Investitionen der Union in diese demokratisch legitimierte Bundeswehr, die ja von vornherein eine Bndnisarmee innerhalb der NATO gewesen ist, in den letzten Jahrzehnten gelohnt haben, und dafür kann und muß man dankbar sein.

Meine Damen und Herren, ich bin froh darüber, daß wir hier diese Debatte führen und dabei klar zum Ausdruck bringen, daß wir auf der einen Seite die Mißachtung der Menschenrechte, wie sie seitens Milosevics und derer, die ihn unterstützen, deutlich wird, herausstellen, was auch in der Entschließung gesagt wird. Auf der anderen Seite machen wir aber auch klar, daß wir keinen Krieg gegen das serbische Volk führen. Wir haben die Zielsetzung, die Serben, das serbische Volk nach Überwindung der kriegerischen Auseinandersetzungen, dann, wenn unsere Bedingungen erfüllt sind, in die Gemeinschaft der freien Völker Europas aufzunehmen.

Daraus wird deutlich, daß wir den schwierigen Gang, in eine militärische Auseinandersetzung hineingehen zu müssen, einerseits in großer Verantwortung tun, andererseits aber im Hinblick auf die Respektierung dessen, was das serbische Volk und seine Zukunft ausmacht,

auf dem Boden bleiben und ein Europa der freien Völker, des Ausgleichs, des Friedens und der Gerechtigkeit anstreben. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Paul Breuer, für diesen Beitrag! - Wir kommen damit zum Schluß unserer Debatte. Meine Damen und Herren, diese Debatte ist mit großem Ernst geführt worden, wie es der Tragödie im Kosovo angemessen ist.

Wir wollen nun unsere Überzeugung durch die Annahme einer Entschließung zum Ausdruck bringen, deren entscheidender Satz ist: „Die Kosovaren müssen darauf vertrauen können, daß sie in ihrer angestammten Heimat in Frieden leben können.“

Meine Damen und Herren, über diese vom Bundesvorstand eingebrachte Resolution, die der Initiativantrag 1 ist, lasse ich nun abstimmen und bitte um das Kartenzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit bei einigen Enthaltungen, die die Einstimmigkeit nicht aufheben, einstimmig so angenommen. Ganz herzlichen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Leitung übernimmt jetzt Frau Godelieve Quisthoudt-Rohwohl. Bitte schön.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rohwohl, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum allgemeinen Teil der Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden. Als ersten rufe ich Herrn Ministerpräsidenten Koch auf.

(Beifall)

Roland Koch: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich will mich zunächst einmal herzlich für die freundliche Begrüßung heute morgen bedanken und seitens der hessischen CDU diesen Dank auch ein Stück zurückgeben an die CDU Deutschlands. Wir haben in Hessen natürlich einen heftigen Kampf geführt, aber wir hätten ihn nicht führen können, wenn wir nicht die solidarische und freundschaftliche Unterstützung der Bundespartei, ganz besonders auch unseres Bundesvorsitzenden Wolfgang Schäubles, in diesen Wochen gehabt hätten. Ich denke, es ist, wenn man gewonnen hat, richtig und anständig, auch zu sagen, wer sonst dabei war. Ganz herzlichen Dank dafür, in welcher Weise wir das gemeinsam gemacht haben.

(Beifall)

Was wir in den hessischen Wahltagen erfahren haben, war, daß es sehr wohl in der Zeit unmittelbar nach einer Bundestagswahl, die uns alle mehr als verärgert und mehr als enttäuscht hat, möglich ist, zurückzukommen zu einem Prozentsatz der Stimmen, der deutlich über 40 Prozent liegt, daß es für die Union möglich ist, eine deutliche Mehrheit unter den jungen Wählern in einem Land zu erringen und daß es möglich ist, daß wir in der Mitte Stimmen hinzugewinnen und es damit keine radikalen Parteien gibt, sondern die Union eine große Bündelungskraft in der Mitte wird. Meine Damen und Herren, ich sage das, weil es, wenn man sich Wahlniederlagen christlich-demokratischer und konservativer Parteien in Europa im letzten

Jahrzehnt betrachtet, keineswegs ein selbstverständliches Ergebnis ist, und wir, wenn wir uns ein wenig selbstkritisch zurücknehmen, auch feststellen müssen, daß es unmittelbar nach dem September keineswegs sorgenlos zu betrachten war, ob es gelingt, die Christlich Demokratische Union als eine Volkspartei so zusammenzuhalten, daß Entwicklungen in Frankreich, Österreich und in den Niederlanden, die den dortigen Freunden große Sorgen machen, nicht auch in der Bundesrepublik Deutschland anstehen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, wir können sagen: Diese Debatte haben wir beendet. Wir bleiben in Deutschland die große Volkspartei der Mitte, und wir können Rotgrün wieder ablösen, wenn wir es gemeinsam und entschlossen wollen. In diesem Geist kann man politische Diskussionen führen.

(Beifall)

Sie erwarten nicht – und ich will es nicht tun –, daß wir eine Analyse des vergangenen Wahlkampfes machen, auch wenn es uns in Hessen immer wieder Spaß macht, ihn zu analysieren, was Sie verstehen werden. Aber zwei wichtige Ergebnisse, denke ich, bleiben festzuhalten: In der Auseinandersetzung über die doppelte Staatsbürgerschaft haben viele Wählerinnen und Wähler jenseits des konkreten Inhalts dieses Themas beobachtet, ob wir es leisten können, in einer emotionalen, in einer streitigen Frage eine klare Sprache zu sprechen und dennoch die Balance zu halten. Sie haben uns beobachtet, um festzustellen, ob es der Union gelingen kann, eine klare Sprache zu sprechen, auch wenn ein öffentlicher Mediendruck entsteht, der versucht, die Union mit ihrer Position unsichtbar zu machen. Und sie haben sich am Ende der Wahlauseinandersetzung häufig für die Union entschieden, weil sie gesehen haben, daß es der CDU gelingen kann, zu stehen, klare Positionen zu beziehen und trotzdem eine Partei der Mitte zu sein. Genau das ist, denke ich, der Weg, auf dem es uns gelingen kann, Bürgerinnen und Bürger von unserer Arbeit zu überzeugen.

(Beifall)

Aber wir haben in den Auseinandersetzungen der letzten Jahren auch gemeinsam erlebt, daß man politische Diskussionen nicht so eindimensional verengen kann zu glauben: Wenn man dann im Wahlkampf das richtige Thema hat, läuft das. Sondern es hat immer auch etwas damit zu tun, ob es uns gelingt zu zeigen, daß wir mit den Themen, mit den Ideen, die wir vortragen, im wahrsten Sinne des Wortes eine Volkspartei sind. Dazu gehört aus unserer Erfahrung und aus meiner ganz persönlichen Sicht, daß man neben den Themen von Wirtschaftspolitik, neben den Themen von Innen- und Rechtspolitik, die ihre Bedeutung haben, einen wichtigen und zentralen Schwerpunkt der Glaubwürdigkeit der Ideen der Christlich Demokratischen Union auf den Bereich der Bildung legt.

(Vereinzelt Beifall)

Nun haben wir vielleicht in Hessen objektiv eine besonders schlechte Voraussetzung und deshalb eine besonders gute Chance in der politischen Diskussion, wenn wir denn Bildungspolitik thematisieren. Aber Bildungspolitik ist heute nicht mehr das Thema, zu dem wir Lehrerversammlungen überzeugen müssen oder wollen, sondern Bildungspolitik ist, wenn wir unsere Wirtschaftsdebatte richtig verstehen, wenn wir unser Gesellschaftsverständnis richtig

verstehen, wahrscheinlich der Schlüssel für die Frage, ob die Politik einer Christlich Demokratischen Union – eine Politik, die auf Wettbewerb angelegt ist – überhaupt eine Chance hat, von den Menschen akzeptiert zu werden.

Wenn wir jungen Menschen in diesem Lande heute sagen, daß sie, wenn sie mit 16, 17 oder 18 Jahren die Schule verlassen, wahrscheinlich einen Beruf erlernen werden, der nicht der gleiche Beruf ist, den sie haben werden, wenn sie in Rente gehen; wenn wir Menschen heute sagen, daß sie mit dem 18., 19., 20. Lebensjahr vielleicht einen Arbeitgeber finden, der mit größter Wahrscheinlichkeit so gar nicht mehr da sein wird, wenn sie in Rente gehen, sie jedenfalls nicht mehr bei ihm beschäftigt sein werden, sondern daß im Laufe ihres Lebens ihr Arbeitgeber, ihr konkretes Berufsfeld, die Ausbildung, die sie brauchen, sich verändert haben, dann ist, wenn wir nicht wollen, daß die Bürgerinnen und Bürger der Zukunft davor Angst haben, die entscheidende Voraussetzung, daß sie selbstbewußt genug sind zu glauben, daß sie einen solchen Veränderungsprozeß bewältigen können, ohne daran zugrunde zu gehen. Die einzige Chance, die wir ihnen bieten können, dieses Selbstbewußtsein zu gewinnen, ist, ihnen als Christlich Demokratische Union zu sagen: Wir geben euch eine Ausbildung mit, die euch ermöglicht, in Zukunft bei diesen Voraussetzungen zu bestehen und einen Leistungswettbewerb auch erfolgreich überstehen zu können. Wenn uns das nicht gelingt, haben die Sozialisten Recht, die sagen: Wir garantieren euch einen Platz unabhängig davon, wie ihr eure eigene Wettbewerbsfähigkeit schafft. – Deshalb ist das ein so zentraler Punkt geworden.

(Beifall)

Nun, wir haben es damit geschafft, daß die Arroganz von Rotgrün und Rot im Deutschen Bundestag – die ja immerhin in den Monaten Januar und Februar dazu geführt hat, daß Finanzverhandlungen in Deutschland gar nicht mehr mit allen Finanzministern geführt worden sind, sondern daß im SPD-Parteirat entschieden worden ist und die CDU-Minister anschließend einen mehr oder minder freundlichen Brief bekommen haben – schnell wieder beendet worden ist.

Liebe Freunde, das hessische Ergebnis ist eine Chance für dieses Ende gewesen, aber es ist auch eine Herausforderung für uns für die nächsten Auseinandersetzungen, und wenn wir jetzt mit aller Kraft etwa Hartmut Perschau die Daumen drücken, dann geschieht das nicht nur, weil wir uns immer freuen, wenn wir gewinnen, sondern es geschieht auch, weil er damit für ganz Deutschland die Weichen mit stellt, ob es dabei bleibt, daß die rot-grüne Arroganz beendet ist, oder ob sie wieder anfangen kann, übermütig zu werden in diesem Land.

(Beifall)

Ich könnte jetzt die ganze Geschichte, die Wolfgang Schäuble über die Wahl erzählt hat, noch einmal erzählen, denn bei jeder Wahl steht diese Frage. Wir werden dieses Jahr keine Landtagswahlen haben, in der nicht die Frage, ob damit wieder eine rot-grüne Übermacht entstehen kann oder ob wir die Balance halten können, wichtig sein wird. Diese Frage ist nicht nur eine, die Machtpolitiker in der Union oder in anderen Parteien stellen, weil man halt so gerne Mehrheiten hat, sondern sie ist eine Frage, die die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret betrifft. Meine herzliche Bitte ist, daß wir das in den Auseinandersetzungen der nächsten Wochen auch sehr konkret in den Fragen von Steuer- und Wirtschaftspolitik immer wieder zur Geltung bringen.

Die vorherige hessische Landesregierung hat unter Hans Eichel in der letzten Bundesratssitzung mit ihrer Stimme dem 630-Mark-Gesetz noch zur Mehrheit verholpen, ein Gesetz, das dazu führte, daß die Finanzämter überlastet sind, weil sie die Freistellungsbescheide nicht schaffen können, das dazu führte, daß viele Familien einen Teil ihres geplanten Zusatzeinkommens, auf das sie bauen könnten, verzichten müssen, weil es ihnen weggesteuert wird, ein Gesetz, das dazu führt, daß es keine Antwort auf die Frage gibt, wie in manchen Regionen morgens noch Zeitungen ausgetragen werden können, weil man aus Zeitungsträgern zwischen fünf und sieben Uhr morgens keine Vollerwerbstätigen machen kann.

Das wissen alle, auch alle Sozialdemokraten. Die Vertreter von Rotgrün haben am letzten Tag ihrer Macht im Bundesrat die Hand dafür gehoben, dieses Gesetz in Kraft zu setzen, um anschließend zu sagen: Wir ändern es bald wieder. – Es ist unmoralische Gesetzgebung, wenn man weiß, daß man ein falsches Gesetz beschließt, es dann aber trotzdem beschließt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb ist die Arroganz von Macht zu beenden. Es ist Machtbalance herzustellen. Dies ist nicht eine Frage, die diejenigen interessiert, die in Parteien Verantwortung tragen. Es ist eine Frage, die sich konkret so stellt, ob eine politische Mehrheit in Nacht-und-Nebel-Aktionen etwas zu einem Kompromiß erklären kann, was objektiv unsinnig ist, ihr dabei aber niemand in den Arm fallen kann, weil es keine Chance gibt, über das, was im Parteizirkel verabredet worden ist, noch sachlich zu diskutieren. So etwas wollten die Hessen nicht. Deswegen haben Sie nach hundert Tagen Rotgrün gesagt: Wir beenden ein Monopol auf politische Entscheidungen. – Ich glaube, auch die Mehrheit der Deutschen will eine solche Politik nicht. Deshalb glaube ich, daß Erfurt ein Signal sein kann, um zu zeigen: Wir haben die richtige Tagesordnung. Erfurt kann ein Signal sein, um zu zeigen: Wir sind kampfentschlossen. – Die Hessen haben vielleicht das Wissen nach hierher mitgebracht, daß Erfurt auch ein Signal sein kann, um zu zeigen: Wir wissen, daß wir es schaffen können, wenn wir es schaffen wollen. – In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rohwohl, Tagungspräsidium: Herr Koch, vielen Dank für diese engagierte Rede. Von Hessen lernen heißt siegen lernen – so habe ich es einmal gelesen. Wir wollen also alle fleißig lernen.

Ich gebe nun Herrn Hartmut Perschau das Wort. Ihm folgt Peter Müller.

Hartmut Perschau: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nahtlos an das Gesagte anschließen. Wolfgang Schäuble hat mich gebeten, einen kurzen Bericht über die Situation in Bremen vor der Wahl zu geben. Wir haben in Bremen natürlich eine ganz besondere Situation. Wolfgang Schäuble hat recht: Es geht aufwärts in Bremen. – Das ist für viele eine ganz neue Botschaft.

Warum geht es aufwärts? Wir haben in Bremen vor vier Jahren eine große Koalition gebildet und sind mit in die Regierung eingetreten. Die CDU ist seit Jahrzehnten zum erstenmal wieder Regierungspartei in Bremen. In Bremen war die Situation so, daß über 30 Jahre sozialde-

mokratischer Schrumpfungspolitik zu einer gigantischen Staatsverschuldung geführt haben, unter der wir heute noch leiden und die die Notwendigkeit von Sanierungsprogrammen erzeugt hat.

Meine Damen und Herren, wenn man die Einwohner aus dem Lande treibt, wenn man die Unternehmen aus dem Lande treibt, weil man keine Gewerbeflächen und keine Wohnungsbauflächen für die Eigentumsbildung zur Verfügung stellt, geht das gesündeste Gemeinwesen irgendwann kaputt. Wir haben zu Beginn dieser Legislaturperiode – vier Wochen nach Beginn der Arbeit – den Vulkan-Konkurs austragen müssen, und wir haben dieses Ergebnis von verschlepptem Strukturwandel, von Genossenfilz natürlich abarbeiten und aufarbeiten müssen. Trotzdem ist es bergauf gegangen, weil wir einen radikalen Kurswechsel durchgesetzt haben. Wir haben in den Feldern Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Wohnungsbaupolitik und innere Sicherheit den Kurs verändert. Diese vier Felder sind die Felder, in denen die Union die Senatoren stellt.

Heute sind wir seit drei Jahren wieder in der Spitzengruppe im Wirtschaftswachstum unter den deutschen Ländern. Das ist für viele vielleicht ein bißchen ungewohnt. Wir waren 1997 Spitzenreiter, was das Wachstum der Steuerkraft angeht. Wir haben uns natürlich bemüht, das Vertrauen der Wirtschaft und des Bürgertums in die Sinnhaftigkeit des politischen Handelns bei uns in Bremen, das verlorengegangen war, wiederherzustellen. Heute kommen die Investoren wieder. Heute gibt es wieder Wachstum. Wir haben inzwischen, was Existenzgründungen angeht, Platz zwei unter den deutschen Bundesländern erreicht. Ich glaube, daß Henning Scherf sehr richtig erkannt hat, daß sein Erfolg von der Mitwirkung der Union abhängt, weil die Union die gestaltende Kraft ist, weil wir den Kurs verändert haben und weil wir deutlich gemacht haben, daß man etwas verändern kann, wenn man ein klares politisches Konzept hat.

Trotzdem ist es so, daß in Bremen eine Regierungsbeteiligung der Union nicht sicher ist, auch wenn mein Kollege Scherf es öffentlich ständig anders propagiert. Henning Scherf ist das eine. Bei den Sozialdemokraten gibt es in der Partei und in der Fraktion eine Zweidrittelmehrheit für Rotgrün. Dort sind die Linken wiedergewählt worden. Sie bemühen sich natürlich, gegen den Kurs zu schwimmen und gegen den Kurs zu arbeiten. Deshalb kommt es darauf an, daß die Union stark wird. Wolfgang Schäuble hat natürlich recht, wenn er sagt: Wer will, daß es in Bremen weiter aufwärtsgeht, muß dieses Mal CDU wählen, weil es nur mit der Union weiter aufwärtsgeht. – Wir haben natürlich nach dem, was der neue Ministerpräsident Koch damals noch als Oppositionspolitiker in Hessen geleistet hat, einen großen Rückenwind gespürt. Wir haben natürlich gemerkt, daß es mit der Union aufwärtsgeht. Dies hat uns auch geholfen. Es ist richtig, daß man nur mit klarer Sprache, mit klaren Konzepten und natürlich auch mit Einsatzwillen, mit Leistung und großem Engagement Wahlsituationen so positiv verändern kann, wie Roland Koch es in Hessen geschafft hat.

Ich denke, daß wir auch in Bremen eine große Chance haben. Ich weiß, daß wir die sechs Wochen, die wir noch vor uns haben, hart kämpfen müssen, denn wir wollen uns nicht das kaputtmachen lassen, was wir in vier Jahren für Bremen wieder aufgebaut haben. Wir können auch nicht zulassen, daß Rotgrün dies alles wieder demontiert. Wir müssen die Aufwärtsentwicklung weiterführen. Das setzt einen klaren Kurs voraus. Meine Damen und Herren, dies gilt

nicht nur für den Bereich von Wirtschaft und Finanzen. Ich erwähne das Ressort meines Kollegen Borttscheller. Wir hatten im letzten Jahr einen Rückgang der Kriminalitätsbelastung um 8,5 Prozent. Wir hatten die höchste Aufklärungsquote seit über 30 Jahren. Die Bremer spüren: Es wird wieder eine nachvollziehbare, ordentliche und vernünftige Politik zum Wohle der Stadt gemacht. – Deshalb glaube ich, daß unsere Chancen gut sind. Das, worum wir Sie bitten, ist lediglich, daß wir alle, überall, wo wir sind – es gibt in diesem Jahr viele Wahlen –, mit großem Engagement dem Beispiel von Roland Koch folgen, dem Beispiel der Union. Wir wünschen uns, daß von diesem Parteitag die Signale ausgehen, die uns allen helfen, den Bremern wie den Sachsen, den Thüringern, unseren Freunden in Berlin und im Saarland, die Signale, die uns insgesamt helfen, die Union wieder nach vorne zu bringen.

Über eines müssen wir uns im klaren sein: Strukturwandel und globalen Wettbewerb kann man mit Rotgrün nicht gewinnen. Dafür brauchen wir eine vernünftige, eine an der Sozialen Marktwirtschaft orientierte Politik mit einem klaren Wachstumsziel und mit dem klaren Willen, den Wettbewerb zu gewinnen. Das geht nur mit der Union.

(Beifall)

Ich bin deshalb ganz optimistisch, meine Damen und Herren, daß wir mit Ihrer Hilfe am 6. Juni ein gutes Ergebnis erzielen können. Sie können sich darauf verlassen: Die Bremer Union wird kämpfen wie nie zuvor, um ein Ergebnis zu erreichen, das nicht nur würdig an Roland Koch anschließt, sondern uns auch die Möglichkeit gibt, die Erfolge fortzusetzen, damit es in Bremen aufwärtsgeht. Wenn es bei uns weiter aufwärtsgeht, dann wird dies, wie ich hoffe, vielleicht auch ein gutes und ein positives Signal setzen.

Ich bedanke mich sehr für die freundlichen Worte des Vorsitzenden und anderer zu den Ergebnissen der bremischen Politik dieser vier Jahre. Ich glaube, das haben unsere Delegierten, unsere Mitglieder sehr gerne gehört. Sie haben es auch verdient. Ihnen herzlichen Dank. Wir werden arbeiten – darauf können Sie sich verlassen –, um für die Union den Sieg zu erringen.

(Beifall)

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rohwohl, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hartmut Perschau. Wir sind genauso optimistisch wie Du, und wir kämpfen mit Dir. – Das Wort bekommt jetzt Peter Müller.

Peter Müller: Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Roland Koch hat Hessen für die Union zurückgewonnen. Hartmut Perschau hat eben dargestellt, daß mit ihm die Regierungsbeteiligung der Union in Bremen fortgesetzt werden wird. Am 5. September dieses Jahres sind dann die Landtagswahlen im Saarland. Da treten wir, meine Freunde und ich, an, um auch dieses Land für die Union zurückzugewinnen.

(Beifall)

Das ist auch die logische Antwort auf ein politisches Verhalten, das wir in den letzten Wochen erleben mußten. Sie wissen schon: Das Saarland ist das Bundesland, das einmal einen Ministerpräsidenten mit einem etwas französisch klingenden Namen hatte, der anschließend Finanzminister wurde, auf eine finanzpolitische Geisterfahrt ging und sich dann in einer Art und

Weise aus der Verantwortung gestohlen hat, wie es dies in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben hat. Deshalb ist der Regierungswechsel im Saarland die logische Antwort auf die Staatsflucht Oskar Lafontaines.

(Beifall)

Er hat jetzt angekündigt, am 1. Mai zum Kosovo-Konflikt und zur Massenarbeitslosigkeit in Deutschland Stellung zu nehmen. Meine lieben Freundinnen und Freunde, wer sich so aus der Verantwortung verabschiedet hat wie er, ist der Letzte, der sich als Lehrmeister aufschwingen kann. Er hat die Verantwortung, die er hatte, nicht wahrgenommen. Deshalb sollte er jetzt zu den Fragen der deutschen Politik schweigen.

(Beifall)

Wir wollen das Saarland für die Union zurückgewinnen, auch um die Position der Union im Bundesrat zu stärken, auch um damit der chaotischen Politik dieser Bundesregierung eine weitere Absage zu erteilen. Noch nie hat eine Regierung das Vertrauenskapital, das die Wählerinnen und Wähler ihr zur Verfügung gestellt haben, so schnell verspielt wie diese Bundesregierung. Diese Bundesregierung ist die schlechteste Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Die Schröder-Uhr tickt, aber sie tickt zum Nachteil der Republik: 323 000 Arbeitslose mehr, 337 000 Beschäftigte weniger, die Wachstumsprognosen nach unten korrigiert. In dieser Situation setzt die Regierung auf Regulierung, auf Bürokratie statt auf Eigenverantwortung und Wettbewerb. Die 630-Mark-Verhältnisse sind in einer Art und Weise geregelt, die zur Schwarzarbeit anstiftet.

Das hat auch nichts mit sozialer Sicherheit zu tun: Wenn eine Frau einen solchen Job hat, dann erwirbt sie einen Rentenanspruch von 4,17 DM im Jahr. 150 Jahre müßte sie arbeiten, um einen Rentenanspruch in Höhe des Sozialhilfeniveaus zu haben. Das hat mit sozialer Sicherheit nichts zu tun; es macht lediglich die Konzeptlosigkeit dieser Regierung deutlich.

(Beifall)

Diese Regierung ist nicht die Bundesregierung der kleinen Leute. Sie nimmt soziale Ungerechtigkeit billigend in Kauf. Die Ökosteuern sind ein Abkassiermodell. Besonders die sozial Schwachen, die von der Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge nichts haben, leiden darunter. Die Arbeitslosen, die Alleinerziehenden, die Rentner – das sind diejenigen, die die Zeche zahlen. Deshalb sage ich: Die Interessen der kleinen Leute sind nicht bei SPD und Grünen in guten Händen, sie sind bei uns in guten Händen. Wir vertreten auch die Interessen der kleinen Leute. Das ist unser Anspruch.

(Beifall)

Wir müssen die Partei sein, die mitten im Leben steht. Bei Rot-Grün ist dies nicht der Fall. Die Bundesregierung macht eine Politik, die voll daneben ist. Unser Anspruch muß es sein, die Zukunft kreativ zu gestalten.

Wir müssen neue Antworten auf die Frage geben, wie es mit der Familie weitergeht. Die Modelle haben sich – das müssen wir zur Kenntnis nehmen – verändert. Wir als Union müssen aber ganz klar sagen: Es ist ein Skandal, daß in Deutschland die Entscheidung für ein Kind die Entscheidung für ein Stück Armut ist. Das nehmen wir nicht hin; das wollen wir ändern.

(Beifall)

An der Schwelle von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist Bildung das zentrale Thema der Zukunft. Bildung und Ausbildung ernst zu nehmen heißt aber auch: Wir bekennen uns nicht nur zu sozialer Kompetenz und Kuschelpädagogik; wir sagen auch ja zu Leistung und ja zu Elite. Nur so werden wir die Zukunft gestalten können.

Wir wollen ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. Der Doppelpaß ist Gott sei Dank von der Tagesordnung verschwunden. Wir wollen eine Regelung für die Kinder dauerhaft rechtmäßig hier lebender Ausländerinnen und Ausländer. Die Entwürfe sind nicht mehr weit voneinander entfernt. Ich habe kein Verständnis dafür, daß die rot-grüne Koalition nicht den Vorschlag unseres Bundesvorsitzenden, Wolfgang Schäuble, aufgreift und Gespräche mit dem Ziel führt, einen möglichst großen Konsens zur Regelung dieser sensiblen Fragen der Politik zu erreichen.

Das alles macht deutlich: Wir sind gefordert. Wir sind diejenigen, die mitten im Leben stehen. Wir wollen Zukunft gestalten in diesem Land. Wir wollen die Mehrheit im Bund zurückgewinnen. Der Weg zur Mehrheit im Bund führt über die Länder. Eines dieser Länder soll das Saarland sein. Dafür werden wir mit Ihrer Unterstützung kämpfen.

(Beifall)

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rohwohl, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Müller. – Es spricht jetzt Eberhard Baumbusch, Baden-Württemberg.

Eberhard Baumbusch: Vielen Dank. – Ich vertrete den industriellen Mittelstand und habe einige Bemerkungen zu der Rede unseres Vorsitzenden, Wolfgang Schäuble, zu machen.

Aber gestatten Sie mir vorher eine Bemerkung zum ARD/ZDF-Morgenmagazin, das heute morgen über den CDU-Parteitag berichtet hat. Herr Kuntze, wenn Sie über den Parteitag berichten, erscheint es mir doch sehr wichtig, daß sie nicht lediglich eine Minderheitenmeinung – in diesem Falle zur Unterschriftenaktion der CDU – heraussuchen und diese um Ihre politischen Wünsche herumstricken. Vielmehr sollten Sie einen Vertreter der Mehrheitsmeinung zu Wort kommen lassen.

(Beifall)

Jetzt zur Unternehmenssteuerreform. Ich war auf dem Parteitag in Hannover dabei, als wir die Steuerreform beschlossen haben. Leider ließ sie sich ja wegen Oskar Lafontaine nicht umsetzen. Aber dieser Punkt sollte in der Diskussion nicht vergessen werden: Wir wollen auch durch ein verbessertes Konzept zur Steuerreform wieder an die Regierung kommen. Wir dürfen nicht vergessen, daß mittelständische Unternehmer und insbesondere Existenzgründer heute ungeheuren Belastungen durch Staatsbürokratie ausgesetzt sind. In der Diskussion um das 630-Mark-Gesetz und das „Anti-Selbständigkeitsgesetz“, die hier schon angesprochen wurden, ist insbesondere ein Punkt wichtig: Die Kontrollbürokratie ist immens. Wenn sich ein

Unternehmer selbständig macht oder seinen Betrieb erweitert, dann stürzt sich eine ganze Horde von sogenannten Staatsdienstleistern auf ihn, so daß er mindestens ein, zwei Jahre nicht zum Arbeiten kommt und dadurch seinen ganzen Betrieb in Gefahr bringt.

Das sollten wir bedenken und in unseren Reden und Taten würdigen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rohwohl, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Baumbusch. Bevor Jürgen Rüttgers das Wort bekommt, gebe ich das Tagungspräsidium weiter an Frau Walsmann.

Dr. Jürgen Rüttgers: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, daß Herr Kuntze, nachdem er angesprochen worden ist, den Delegierten angesprochen hat und daß die zwei über das „Morgenmagazin“ diskutieren und vielleicht zu einer gemeinsamen Auffassung kommen.

(Beifall)

In unseren Papieren, liebe Parteifreunde, steht mit Recht, daß wir eine neue Diskussionsstruktur brauchen. Wir werden gleich im Zusammenhang mit den Erfurter Leitsätzen darüber diskutieren. Fangen wir doch einfach einmal an! Ich habe gar keine Rede vorbereitet, sondern habe mir überlegt, daß es vielleicht Sinn macht, einfach auf das einzugehen, was der Vorsitzende gesagt hat. Vielleicht hilft das schon ein Stückchen dabei, eine Diskussionskultur zu entwickeln. Übrigens, ehe ich es vergesse: Gehen Sie davon aus, daß wir in Nordrhein-Westfalen, nachdem wir gerade einen neuen Landesvorsitzenden, einen neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt haben, die nächsten Landtagswahlen gewinnen werden, weil wir gewinnen wollen. Deshalb sind wir alle unglaublich guter Stimmung.

(Beifall)

Aber dennoch, liebe Parteifreunde, ist die Frage spannend, was wir, nachdem wir am 27. September die Wahl nun wirklich verloren und schwer einen auf den Sack bekommen haben, daraus für Konsequenzen ziehen. Wolfgang Schäuble hat nun eine Sicht der Dinge vorgetragen. Ich finde, die ist richtig, und er hat recht. Wir haben bewiesen, daß wir kampagnefähig sind, wir haben mit Roland Koch in Hessen bewiesen, daß wir Wahlen gewinnen können, und wir haben Bombenumfragen. Kann man daraus schließen, daß wir jetzt eigentlich nichts mehr verändern und nur noch ein Stück weit abwarten müßten, und irgendwann, so schlecht, wie die Bundesregierung ist, sind wir dann automatisch an der Macht? Ich glaube nicht, daß das richtig ist. Ein Blick in die Geschichte zeigt einem, daß das ein falscher Ratschlag wäre. Wann sind denn die SPD-Leute wieder in die Nähe der Macht gekommen? Sie sind dann wieder nahe darangekommen, als sie unhaltbare Positionen Schritt für Schritt abgearbeitet haben. Das fing an bei ihrer Haltung zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, ging über die unhaltbare Position im Asylrecht, die unhaltbare Position beim Lauschangriff bis ganz zum Schluß, egal was man davon halten mag, um die Frage „Neue Mitte“, sprich Wirtschaftskompetenz. Ich glaube schon, daß auch wir die Aufgabe haben, wo unsere Politik, ob berechtigt oder nicht berechtigt, im Widerspruch zum Lebensgefühl und der Lebenswirklichkeit der Menschen steht, Korrekturen vorzunehmen.

(Beifall)

Der Vorsitzende hat bestimmte Punkte benannt, zum Beispiel bei der Bildungspolitik. Es steht völlig außer Frage und ist ohne jeden Zweifel, daß Gleichmacherei Lebenschancen gerade in der Bildungspolitik zerstört. Aber wahr ist auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß Eltern, wenn wir über Leistung reden, häufig eine ganz persönliche Sicht der Dinge haben. Diese persönliche Sicht der Dinge heißt: Meinem Kind soll es bessergehen als mir. Oder anders formuliert: Es sollen gar nicht so viele Leute Abitur machen, nur die besten Kinder und meines. Das ist genau das, wo eine Abweichung zwischen der Wahrnehmung der Menschen von unserer Politik und dem, was wir eigentlich wollen, entsteht.

Wir reden auch davon, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Wenn meine Frau das hört, dann – das hängt davon ab, ob sie gut oder schlecht gelaunt ist – lacht sie mich entweder aus oder klappt die Ohren herunter. Die sagt mir nämlich dann ganz einfach: Kannst Du mir bitte mal erklären, wie es bei mir und anderen jungen Frauen mit schulpflichtigen Kindern gehen soll, wenn wir morgens um halb acht noch nicht wissen, wann die Kinder nach Hause kommen, um 10, um 11 oder um 13 Uhr? Wann soll denn da Vereinbarkeit überhaupt stattfinden?

Man kann heute konservativ und gegen Kernenergie sein. Wer dann wie wir für Kernenergie ist, muß dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der gleichen Leidenschaft für regenerative Energien eintreten und muß sagen: Es ist, von den Werten abgeleitet, unmoralisch, jetzt irgendwo auszusteiigen, damit unsere Kinder Optionen in den nächsten Jahrzehnten haben.

(Beifall)

Oder: Wir müssen eben auch über unser Familien- und unser Frauenbild diskutieren. Deshalb wird es zu kurz gesprungen sein, wenn wir jetzt nur über die Frage diskutieren, wie man das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umsetzt. Es wäre ganz schlimm, wenn am Schluß eine Schlachtordnung herauskäme, daß wir für die Kinderfreibeträge bei den Besserverdienenden und die anderen für das Kindergeld bei den Normalverdienern sind. Es geht im Kern um die Frage: Was für ein Bild von der Familie haben wir? Da hat sich eben etwas geändert. Man kann heute konservativ sein und trotzdem nichts dagegen haben, daß junge Leute vor der Ehe zusammenziehen. Jeder von uns kennt das. Aber wir erwecken eben manchmal den Eindruck, als ob wir als Politiker den Leuten sagen müßten, wie sie zu leben haben.

(Beifall)

Wenn wir das verändern, wenn wir nah an die Wirklichkeit kommen, dann sind wir auch mitten im Leben, dann sind wir nahe bei den Menschen. Deshalb rate ich uns, daß wir mit dieser Diskussion schnell anfangen. Angesichts der Wahlen ist es ganz wichtig, daß wir die Menschen da abholen, wo sie sind, und nicht warten, daß sie zu uns in die Parteiversammlungen kommen.

(Beifall)

Marion Walsmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jürgen Rüttgers, für die klaren, deutlichen Worte. Zu uns spricht jetzt der Landesvorsitzende der CDU Braunschweig, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr. Danach folgt Hildegard Müller.

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr: Frau Präsidentin! Liebe Freundinnen und Freunde der Christlich Demokratischen Union! Ich möchte hier einmal ein Wort des Dankes nicht nur an Wolfgang Schäuble, sondern an die CDU Deutschlands dafür richten, daß sie in einer schwierigen Zeit alle geschlossen und entschlossen Solidarität mit unseren Bauern praktizieren. Meine Damen und Herren, wir von der Christlich Demokratischen Union haben es zugelassen, daß man die Weiterentwicklung Europas gegen die Existenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft ausspielt. Vielmehr stehen wir für die Weiterentwicklung Europas, aber auch für die Existenzfähigkeit der Landwirtschaft.

(Beifall)

Der deutsche Landwirtschaftsminister hatte neulich einmal davon gesprochen, daß es, wenn man mit Landwirten in Deutschland über rot-grüne Reformen diskutiert, dann so wäre, als würde man mit Gänsen über Weihnachten sprechen. Ich weiß nicht, ob der Landwirtschaftsminister damit nicht ein Stück agrarpolitische Programmatik der rot-grünen Bundesregierung offenbart hat. Denn wir wissen doch, was Weihnachten mit den Gänsen passiert: Sie werden gerupft und geschlachtet. Zur Zeit wird die Landwirtschaft gerupft. Gerade nach den Beschlüssen zur Agenda 2000 fordern wir eine neue Wettbewerbsposition der deutschen Landwirtschaft ein. Gerade nach diesen Beschlüssen müssen wir von Deutschland aus die Wettbewerbsposition der Bauern in unserem Lande stärken. Statt dessen werden sie steuerlich belastet wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig in Deutschland. Die BASF AG – ich möchte auf keinen Fall dafür eintreten, daß sie steuerlich höher belastet wird – erfährt bei einem Umsatz von 21 Milliarden DM eine Ökosteuerbelastung von 3 Millionen DM. Bei der Landwirtschaft haben wir einen Umsatz von 60 Milliarden DM, und wir erfahren eine Ökosteuerbelastung von netto 330 Millionen DM. Das ist 35mal soviel wie in der Industrie. So kann man mit der deutschen Landwirtschaft nicht umgehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich mußte mir in Niedersachsen immer wieder Sprüche des deutschen Landwirtschaftsministers anhören. Ich mußte mir anhören – ich habe das als Hannoveraner nie so richtig tolerieren können, weil wir immer hinter dem britischen Königshaus gestanden haben –, daß die britische Königin sehr viel Geld aus Brüssel bekommt. Aber jetzt bekommt die britische Königin aus Brüssel noch mehr Geld. Nur die deutschen Bauern verlieren durch die Agenda 2000 Einkommen in erheblichem Umfang. Wir haben nach meiner Meinung von daher alle gemeinsam gut daran getan, in der jetzigen Auseinandersetzung hinter den Landwirten zu stehen.

Aber wir tun ebenfalls gut daran, auch in Zukunft Solidarität mit der deutschen Landwirtschaft zu üben. Denn unser agrarpolitisches Modell, das wir für Europa haben, das Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble, Jochen Borchert und wir alle wollten, besagte, daß wir mehr Tierschutz praktizieren, daß wir mehr Verbraucherschutz praktizieren. Wir wollen keine Landwirtschaft zu Weltmarktbedingungen. Vielmehr wollen wir eine Landwirtschaft, die uns unsere schönen Landschaften in Ost und West erhält, Landschaften, mit denen man sich identifizieren kann, die uns ein Stück Heimatgefühl vermitteln. Das ist wichtig.

Ich glaube, wenn wir die deutsche Bevölkerung fragen würden, welches Landwirtschaftsmo-

dell sie fordern würde, dann würde sich herausstellen, daß sie auf unsere Forderungen, auf die Forderungen der Bauern eingeht.

Deswegen bitte ich auch, daß dieser Parteitag ein agrarpolitisches Signal nach draußen gibt, ein Signal, daß wir bereit sind, auch weiterhin die Landwirtschaft zu unterstützen, weil wir sie benötigen. Wir benötigen sie ebenfalls zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung. Ich war jetzt gerade hier in Thüringen auf einem Bauernkongreß. Wenn man sich einmal vorstellt, wie gerade die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern sehr erfolgreich zur wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Räume beigetragen hat, daß sie nicht nur selbst Wirtschaftsfaktor in den ländlichen Räumen ist, sondern daß sie darüber hinaus in den vor- und nachgelagerten Bereichen Wirtschaftsstandorte sichert, dann begreift man die Bedeutung der Landwirtschaft.

Wir haben agrarpolitisch immer Flagge gezeigt. Ich bitte, daß wir das auch in Zukunft gemeinsam tun. – Vielen Dank.

(Beifall)

Marion Walsmann, Tagungspräsidium: Herr Ronsöhr, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie das sehr wichtige Thema Landwirtschaft aufgegriffen und in unsere Diskussion eingebracht haben.

Es spricht jetzt zu uns Hildegard Müller, die JU-Bundesvorsitzende. Danach folgt Herr Schönbohm.

Hildegard Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir feiern in diesen Tagen das 50jährige Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Allein 37 Jahre davon hat die CDU die Geschicke dieses Landes geführt, und man kann heute mit Fug und Recht behaupten: Es waren die entscheidenden und besten Jahre, die dieses Land gesehen hat. Von der Westintegration über die deutsche Einheit bis zur europäischen Einigung waren es Christdemokraten, die Wohlstand und Frieden in Freiheit für uns alle gesichert haben. Wir haben also allen Grund, stolz auf diese Partei zu sein. Wir lassen uns nicht von einer kraftlosen rot-grünen Regierung irritieren, die planlos Gesetzesinitiativen anleiert. Schröder in seinen italienischen Designer-Anzügen könnte sich in Samt und Seide einwickeln lassen; darunter bleibt er das, was er ist: ideen- und konzeptlos. Es besteht doch kein Zweifel daran: Dieser Schröder könnte auf der Zugspitze stehen und käme auch nicht einen Zentimeter weit an die Größe eines Helmut Kohl oder Konrad Adenauer heran.

(Beifall)

Von so jemandem lassen wir uns alle, die wir hier sitzen, nicht einschüchtern. Denn die christdemokratische Idee war, ist und bleibt die modernste, reichste und schöpferischste Gestaltungskraft in Deutschland. Wir haben also allen Grund für Selbstbewußtsein. Kritiker behaupten, die CDU sei zu wirklicher Erneuerung nicht in der Lage. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diese Leute heute hier in Erfurt Lügen strafen. Die Union hat immer wieder bewiesen, daß sie in der Lage ist, sich nach Wahlniederlagen innerhalb kürzester Zeit zu regenerieren. Auch dieser Parteitag muß ein Parteitag des Aufbruchs werden. Hier können wir den Nachweis erbringen, daß wir in der Lage sind, aus den Grundfesten unserer christlich-demokratischen Grundwerte heraus alte Denkschablonen abzulegen und neue Fragestellungen und

Probleme einer neuen Zeit anzugehen. Es gibt keinen Grund, zu zaudern. Wir alle sind hier in der Absicht und Pflicht, die CDU wieder zur modernsten Partei Europas umzubauen.

Vor dem Parteitag wurden wir alle zu Offenheit und Kritik aufgefordert. Das muß selbstverständlich sein in der CDU. Wir haben in 16 Jahren Regierungsverantwortung und Regieredisziplin in Koalitionskompromissen und aus Parteiräson Staub angesetzt und den Draht zu den Menschen verloren. Jetzt müssen wir uns wieder zusammenraufen; jetzt müssen wir die Zeichen der Zeit erkennen und den Mut aufbringen, streitbar zu werden.

Das betrifft sowohl unsere Strukturen als auch unseren programmatischen Nachholbedarf. Die Zukunft der Partei geht uns alle an, von der Jungen Union bis zur Senioren-Union, von der Mittelstandsvereinigung bis zu den Sozialausschüssen. Niemand von uns darf sich der Verantwortung entziehen; denn es geht um die Zukunft der christdemokratischen Idee überhaupt in diesem Land. Dabei hat die CDU auch den Anspruch auf die Meinungsführerschaft in den Unionsparteien. Unmittelbar nach der verlorenen Bundestagswahl gab es starke Strömungen, die ein Auseinanderbrechen der CDU für möglich hielten und zur Ruhe mahnten. Wir haben diese Zeit überstanden. Wir alle haben das verstanden, und wir haben diese kritische Situation gemeinsam hinter uns gebracht. Nun jedoch ist nicht mehr die Stunde der Beharrung und der Grabenkämpfe; es ist die Stunde der Erneuerung.

Liebe Parteifreunde, lassen wir uns nicht von den positiven Umfragewerten bei den Sonntagsfragen der letzten Zeit einlullen. Sie sind erfreulich. Aber wenn wir uns jetzt zurücklehnen und glauben, daß damit die Erneuerung geschafft ist, gehen wir einen gefährlichen Weg.

(Teilweise Beifall)

Ich erinnere mich noch gut daran, wie toll die Umfragewerte der SPD immer waren, als dieses Land noch CDU-regiert war, und doch haben sie es über 16 Jahre nicht geschafft, den Regierungswechsel herbeizuführen. Es lag daran, daß die Bürger ihnen nicht die Kompetenz in den Politikbereichen zugeschrieben haben. Immer, wenn es hart auf hart ging, hat die Union den Sieg nach Hause getragen. Den oben erwähnten Fehler dürfen wir jetzt nicht machen.

Momentan ist die Lage umgekehrt: Emnid hat ermittelt, daß aus Bürgersicht die Themen Arbeit, Steuern, Soziales und Renten die vordringlichsten sind. In genau diesen Politikfeldern liegen wir in den Kompetenzzuweisungen allerdings abgeschlagen hinter der SPD. In der Europapolitik ist es anders; hier gibt es einen Kompetenzvorsprung. Deshalb werden wir die Europawahlen – da bin ich ganz sicher – gewinnen.

Diese Ergebnisse verweisen die CDU bislang auf die Oppositionsbänke. Wer angesichts dieser Zahlen an ein „Weiter so“ glaubt, der setzt fahrlässig die Zukunft der Christdemokratie in Deutschland aufs Spiel. Den Verwaltern des scheinbaren Parteifriedens müssen wir sagen: Das Gestern, in dem vermeintlich alles besser war, kommt nicht wieder, indem wir die Gegenwart ignorieren. So muß die CDU ihre künftige Politik an den Maßstäben von Mitmenschlichkeit, Nachhaltigkeit und Eigenverantwortung messen und auf die Herausforderungen der Zukunft übertragen. Wir bieten damit ein klares Gegenkonzept zur starren Umverteilungsmentalität der Sozialdemokratie, und wir sind wärmer und zugleich moderner. Aber diese Werte erfordern von uns eine klare Entscheidung für eine zukunftsorientierte Politik. Zukunft-

sorientierte Politik ist soziale Politik, Verteilungspolitik dagegen nicht. Wir sind damit die Partei der sozialen Stabilität.

Wolfgang Schäuble hat am 7. November vergangenen Jahres gezeigt, was es heißt, Verantwortung zu erkennen und zu schultern. Kurz nach einer Wahlschlappe, wie wir sie hatten, Parteivorsitzender zu werden ist nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig. Herr Dr. Schäuble, für Ihre Bereitschaft in diesen Tagen gilt Ihnen unser Dank und unser Respekt. Die CDU braucht Sie.

(Teilweise Beifall)

Sie haben bereits als Fraktionsvorsitzender bewiesen, daß Sie in schwierigen Zeiten in der Lage sind, Reformen einzufordern, sie voranzutreiben und inhaltliche Neuorientierungen anzumahnen. Die junge Generation in der Union vermißt sie heute als treibende Kraft in diesen Fragen in der Partei. Sie sind ein hervorragender Fraktionsvorsitzender. Aber jetzt ist es an der Zeit, die Rolle des Parteichefs als erste Aufgabe anzunehmen und auszufüllen.

Manche sagen, das Signal zur Erneuerung müsse von unten kommen. Tatsächlich wartet die Basis in den Ortsverbänden und Kreisverbänden aber darauf, daß sie ein Zeichen zum Aufbruch bekommt.

Die Erneuerung – das ist richtig – kommt von unten; aber das Signal ist Führungsaufgabe.

(Beifall)

Die CDU-Führung ist dafür verantwortlich, das Signal der inhaltlichen und personellen Erneuerung nach unten zu geben. Das war bisher nicht zu erkennen. Die Zukunftsfrage der CDU entscheidet sich nicht an den unterschiedlichen Positionen ihrer Vereinigungen. Sie entscheidet sich vielmehr an der Frage, ob sich jetzt Beharrung oder Erneuerung durchsetzen. Fordern Sie alle Kräfte an einen Tisch, um gemeinsam und nicht länger gegeneinander neue Ideen zu entwickeln!

Das ist auch die Aufgabe und Verpflichtung der jungen Partei- oder Fraktionsvorsitzenden in den Ländern. Sie haben nun Gelegenheit, zu beweisen, ob sie es mit der Erneuerung in der Union ernst meinen. Sie sind heute selbst in der Verantwortung, den betonierten Mittelbau der Partei zu sprengen und klare inhaltliche Impulse zu geben. Sie gehören nun selbst zur ersten Riege. Sie stehen in der Pflicht, die Partei auf Vordermann zu bringen.

Jung sein allein – das sage ich als Vorsitzende der Jungen Union ganz bewußt – ist kein Erneuerungszeichen. Aber es verpflichtet zur kreativen Vorbildleistung. Wir brauchen Kreativität, die überspringt, und Faszination, die die Kreisverbände infiziert. Das geht uns alle auf allen Ebenen der sogenannten Parteihierarchie an.

Herr Dr. Schäuble, bei uns gibt es so viele kreative Leute, die mit ihren Ideen nicht durchkommen, weil sich müde gewordene Platzhirsche nicht in Bewegung setzen wollen.

(Beifall)

Es schadet der Partei, wenn sich diese motivierten Leute von uns abwenden. So etwas kann

uns nur ärmer machen. Erneuerung fordert Umdenken. Da, wo nicht umgedacht wird, müssen neue Köpfe her.

Das System „dynamische Generalsekretärin und lahme Parteifunktionäre“ greift nicht. Liebe Angela Merkel, die Dynamik, mit der Sie Ihr neues Amt angetreten haben, kann uns allen nur guttun. Ihr unermüdlicher Einsatz für mehr Offenheit und Diskussionskultur hat die volle Unterstützung der Jungen Union. Denn die oft als fruchtlos bezeichnete Diskussion über eine innerparteiliche Strukturreform erweist sich für eine lebendige Partei als notwendig. Das in diesem Sinne herausragende Engagement von Angela Merkel kann aber nur dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn die ganze Autorität von Parteipräsidium und Parteivorsitz dahintersteht.

Wir alle wollen eine CDU mit unverwechselbarem Profil; wir alle wollen eine CDU, die in ihren Entscheidungen stark ist. Deshalb müssen wir die Diskussion öffnen und die drängenden Fragen der Zeit tabulos und ohne Kompromißschere im Kopf beantworten. Herr Schäuble, ermutigen Sie die Partei, das zu tun, was sie stark macht! Gehen wir heraus aus den politischen Hinterzimmern! Nur eine Partei, die den streitbaren Diskurs pflegt und anschließend aus einer intensiven Sachdiskussion heraus ihre Loyalität zu richtungsweisenden Zielen begründet, lädt kreative Geister zum Mitmachen ein.

Ich kann Ihnen versprechen, meine Damen und Herren: Wo wirklicher Wille zur Modernisierung besteht, wo Erneuerung nicht nur eine Phrase ist, sondern ernsthaft umgesetzt wird, da steht die Junge Union an der Seite der Union. Wir wollen die christdemokratische Idee gemeinsam mit Ihnen zur herausragenden Gestaltungskraft des 21. Jahrhunderts machen. Wir fordern das auch ein. Wenn wir diesen Schritt gemeinsam gehen, dann werden wir die Schröder-Regierung auf allen Feldern vorführen können. Dann werden die Menschen begreifen, daß Christdemokrat-Sein und Konservativ-Sein das Modernste, Verbindlichste und Faszinierendste ist, was die Palette an politischen Gedankenrichtungen zu bieten hat.

(Beifall)

Marion Walsmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hildegard Müller, für Ihren Beitrag. Auch ein Dank an die Junge Union für ihr Engagement, ihre Ideen und Mobilität. In die Politik gehört ordentlich Pfeffer. Also macht etwas daraus!

(Beifall)

Jetzt spricht Jörg Schönbohm, Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Brandenburg.

(Beifall)

Jörg Schönbohm: Frau Vorsitzende! Meine lieben Freunde! Ich bin zur Kürze ermahnt worden und will mich daran halten.

Frau Müller, vorweg will ich sagen: Vor Ihnen steht ein alter Platzhirsch. Aber ich bin weder müde, noch fehlt mir Kreativität. Ihre Kreativität ist in Brandenburg herzlich willkommen. Wir brauchen jeden Mann und jede Frau besonders aus der Jungen Union, die uns helfen; denn wir setzen auf die Jugend und die Zukunft.

(Beifall)

Das Jahr 1999 wird eine Trendwende einleiten. Wir dürfen uns aber nichts vormachen, denn wir leben zur Zeit im wesentlichen von den Fehlern der SPD und der rot-grünen Regierung. Die Bevölkerung fragt uns: Was macht ihr denn? Wir können darauf antworten: Wir haben ein neues Programm. – Es ist wichtig, daß wir nach diesem Parteitag, auf dem die Erfurter Erklärung von uns verabschiedet wird, deutlich sagen, was wir auf welchen Feldern machen wollen. Wenn wir dieses Profil mit eigener Leistung unterfüttern, dann können wir sagen: Wir verlassen die virtuelle Darstellung von Schröder und kommen zum realen Leben, denn wir befinden uns mitten im realen Leben und nicht in der virtuellen Darstellung.

(Beifall)

Danach können wir sagen: Streiche Armani und setze dafür Arbeitsanzug. Das Entscheidende ist, daß wir arbeiten müssen. Arbeiten müssen auch die, die Verantwortung tragen.

(Beifall)

Wir werden auch sagen: Schwarzbrot statt Baguette mit Käse. Wir wollen Programme für Arbeit und gegen Schwarzarbeit auflegen. Das ist die Aufgabe, die vor uns steht.

(Beifall)

In unseren Erfurter Leitsätzen, die wir noch diskutieren werden, ist enthalten, daß die Opposition die Regierung von morgen ist. Alle, die hier gesprochen haben, wollen doch die Regierung von morgen sein. Darum ist es so wichtig, daß Sie gemeinsam mit uns beschließen, welchen Weg wir gehen. Dieser Weg ist deutlich vorgezeichnet.

Wenn wir über Werte sprechen, dann gehört noch etwas anderes dazu, das heute noch nicht erwähnt wurde, nämlich das Thema Glaubwürdigkeit. Über Werte zu reden ist eine Sache, aber Werte einzuklagen und vorzuleben und Glaubwürdigkeit daraus abzuleiten, so daß die Menschen sagen können, die reden nicht nur, sondern die handeln auch so, ist die andere Sache. Wir sollten uns alle dieser Glaubwürdigkeit verpflichtet fühlen.

(Beifall)

Wir müssen auch noch etwas anderes deutlich machen. Die Arbeitsplätze werden in der Wirtschaft geschaffen. Wir lassen uns nicht als Wirtschaftspartei diffamieren, nur weil wir auf diesen Punkt hinweisen. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges haben wir doch die Urfahrung gemacht, daß Arbeitsplätze in der Wirtschaft aufgebaut wurden. Nur dort können sie aufgebaut werden. Danach können wir mit den eingenommenen Steuermitteln das leisten, was in diesem Zusammenhang immer wieder mit dem Stichwort sozial verbunden wird. Es ist unsozial, wenn wir nicht Arbeitsplätze schaffen, nur weil wir glauben, der Staat könne besser als die Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen. Wir sind aber nicht die Partei der Wirtschaft, sondern wir sind die Partei der Arbeit – aber in der Wirtschaft.

(Beifall)

Damit hängt der nächste Punkt zusammen. Wir sind die Partei der Freiheit, wie Wolfgang Schäuble ja gesagt hat. Das heißt, daß es auch Ungleichheit gibt, Ungleichheit auf Grund unterschiedlicher Leistung. Wir wollen nicht Chancengleichheit, sondern Chancengerechtigkeit.

Aus dieser Chancengerechtigkeit ergeben sich unterschiedliche Leistungen und damit unterschiedliche Möglichkeiten.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, nämlich zur Bildung, die schon mehrfach angesprochen wurde. Das Bildungssystem in allen Bundesländern gibt unseren jungen Bürgern die Möglichkeiten, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten zu bilden. Wir müssen dieses System weiter verfeinern und die Chancen erhöhen. In meinem Heimatland Brandenburg haben wir auf diesem Gebiet besondere Schwierigkeiten zu bewältigen als Konsequenz aus der Umsetzung eines Schulsystems aus Nordrhein-Westfalen vermischt mit einem rot-grünen Schulsystem, das in Berlin gescheitert ist und jetzt in Brandenburg noch einmal hochgepöppelt werden soll. Dies wollen wir ändern.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, in den vor uns liegenden Wahlkämpfen müssen wir die Hand anlegen und nicht nur den Mund aufmachen. Hand anlegen heißt ganz praktisch, dort hinzugehen, wo den Menschen die Probleme drücken. Wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir sagen, was wir machen wollen. Ich möchte all denen danken, die uns bisher Hilfe angeboten haben und die uns auch in Zukunft Hilfe anbieten. Trotzdem werden wir es in Brandenburg so halten wie unsere Vorfahren: Hilf dir selbst, so hilft dir Gott. Helfen Sie uns! –Vielen Dank.

(Beifall)

Marion Walsmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jörg Schönbohm, und alles Gute für die Landtagswahl im September. Wir drücken die Daumen.

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine Vielzahl von Wortmeldungen. Im Interesse des Fortgangs des Parteitages schlage ich vor, daß wir diejenigen, die sich noch zu Wort gemeldet haben, im Rahmen der Aussprache über die Erfurter Leitsätze hören.

Ich möchte Ihnen jetzt einen Wechsel in der Tagungsleitung ankündigen. Ich übergebe an Jürgen Rüttgers und weise abschließend darauf hin, daß in Kürze unsere Generalsekretärin die Erfurter Leitsätze einbringen wird.

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Wir fahren mit der Tagesordnung fort. Ich bitte alle, die jetzt draußen sind, während der nächsten Punkte wieder in den Saal zu kommen, damit sie anwesend sind, wenn Angela Merkel das Wort ergreift. Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Kommission, Andreas Minschke. Herr Minschke, Sie haben das Wort.

Andreas Minschke, Mandatsprüfungskommission: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 15 Uhr von diesen Delegierten des 12. Parteitages 921 anwesend. Der 12. Parteitag ist beschlußfähig.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minschke, auch an die Mandatprüfungskommission. Das Ergebnis ist beruhigend.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

VORLAGE DES RECHENSCHAFTSBERICHTS 1997
GEMÄSS § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ

Jetzt wird es etwas förmlich, meine Damen und Herren. In § 23 Abs. 2 Parteiengesetz steht nämlich drin, daß die Parteien verpflichtet sind, ihren von Wirtschaftsprüfern geprüften Rechenschaftsbericht bis zum 30. September des dem Rechnungsjahr folgenden Jahres beim Präsidenten des Deutschen Bundestages einzureichen. Er wird dann als Bundestagsdrucksache verteilt. Der Rechenschaftsbericht ist dann dem jeweils auf seine Veröffentlichung folgenden Bundesparteitag vorzulegen. Weil das kurz und klar so ist, liegt Ihnen jetzt der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1997 vor. Ich darf Sie fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich nehme den Abschluß dieses Punktes zum Anlaß, ein herzliches Wort des Dankes an Brigitte Baumeister zu sagen, die für diesen Rechenschaftsbericht und den Zeitraum 1997 noch die Verantwortung als Schatzmeisterin getragen hat.

(Beifall)

Liebe Brigitte, vielen Dank für deine engagierte und erfolgreiche Arbeit, die jetzt von Matthias Wissmann fortgeführt wird.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN DER CDU DEUTSCHLANDS,
DR. ANGELA MERKEL

Dazu erteile ich das Wort unserer Generalsekretärin, die zugleich überleiten wird in den TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„ERFURTER LEITSÄTZE-AUFBRUCH '99“

Angela Merkel, Sie haben das Wort.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Vielleicht erinnern Sie sich noch an das, was ich bei unserem Parteitag im November unter anderem über den Mut zum Risiko gesagt habe. Ich habe damals nicht von einem Risiko gesprochen, das uns das Genick bricht, sondern von einem Risiko, das uns Mut gibt und mit dem wir uns gemeinsam auf Neues einlassen. Dann habe ich davon gesprochen, daß ich so gesehen einen unserer Wahlkampflogans aus dem vergangenen Bundestagswahlkampf umformulieren wollte in: „Risiko statt Sicherheit“. So sollte es für die Zukunft heißen, nicht etwa, daß wir Angst bekommen, sondern es sollte uns Mut machen. Ich habe diese Umstellung damals durchaus auch schon mit Blick auf unsere innerparteiliche Weiterentwicklung vorgenommen. „Risiko statt Sicherheit“ – das sollte ja nicht mehr und nicht weniger heißen, als daß wir uns mit Freude, mit Herz und mit Bereitschaft auf die Wirklichkeit und auf die Menschen einlassen. Es sollte auch dazu beitragen, innerparteiliche Spannungsfelder nicht als Belastung, sondern als Gewinn für uns alle zu betrachten.

Was heißt es konkret, innerparteiliche Spannungsfelder als Bereicherung zu betrachten? Erinnern wir uns zum Beispiel an unsere Diskussion über die Unterschriftenaktion gegen die generelle doppelte Staatsbürgerschaft und für die Integration ausländischer Mitbürger. Wie wichtig war es, daß es uns gelungen ist, die Bevölkerung, die in der überwältigenden Mehrheit unsere Haltung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft unterstützt, in einem nie geahnten Ausmaß zu mobilisieren. 4,5 Millionen Unterschriften, liebe Freunde, können nicht irren. Das Konzept der Regierung zur Staatsbürgerschaft ist falsch. Es darf auch nicht durch die Hintertür eingeführt werden.

(Beifall)

Aber wie gut war es auch für uns alle, auf die bei uns zu hören, die Zweifel hatten, die Sorge hatten, in eine falsche Ecke gedrängt zu werden. Auch sie haben ihren Beitrag dazu geleistet, daß diese Aktion zu einem außerordentlich großen Erfolg werden konnte, der die Offenheit und die Vielfalt der Volkspartei CDU deutlich gezeigt hat.

Oder wie war das mit dem Wettbewerb „Mitten im Leben“? Am Anfang wurde er von manchen belächelt. In einigen Zeitungen konnte ich lesen, die CDU-Generalsekretärin käme nun mit einer Mottenkiste aus dem Osten, würde alte sozialistische Spiele wiederholen. Dabei ging es um etwas ganz anderes. Wir werden gleich nachher die Preisverleihung vornehmen. Dieser Wettbewerb „Mitten im Leben“ sollte zeigen, daß unsere Partei für die gesamte Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens offen ist. Wir können heute alle gemeinsam stolz darauf sein, daß 193 Projekte eingereicht wurden. Wir werden nachher sehen, welche interessanten Vorschläge es gibt. Vielleicht gibt es Kreis- und Ortsverbände, die sich ärgern und sich sagen: Schade, daß wir nicht mitgemacht haben.

Liebe Freunde, „Risiko statt Sicherheit“ gilt auch für den Leit Antrag, den wir heute beraten, da er nicht alle Themen mit allen schon bekannten Antworten zu jedermanns Zufriedenheit abdeckt, sondern sich zunächst einmal auf ganz wesentliche Aufgabenstellungen konzentriert und in wichtigen Feldern die Fragen benennt, auf die auch wir neue oder zum Teil weiterentwickelte Antworten finden müssen. Wenn man ihn liest, wird man sich fragen, was es bedeutet, wenn wir zu unserer Rolle als Partei in den Leitsätzen recht schonungslos sagen:

Wo sich über die Jahre widersprüchliche Inhalte eingeschlichen haben, wo Tabuzonen innerparteilicher Diskussionen entstanden sind, muß jetzt ein Klärungsprozeß einsetzen.

Oder wenn wir recht anspruchsvoll für uns feststellen:

Nur eine bürgernahe CDU wird die Menschen überzeugen.

Auf der anderen Seite sagen wir jedoch – ich sage es einmal ganz vorsichtig – recht verhalten:

Wir haben den Mut, auch jungen Menschen etwas zuzutrauen.

Ich bin recht glücklich, daß es Änderungsanträge – ich weiß gar nicht, ob Frau Müller da ist – nach dem Motto gab: Sagt doch nicht, wir haben den Mut, auch jungen Menschen etwas zuzutrauen, sondern sagt einfach, wir trauen den jungen Menschen etwas zu. Dieser Einwand ist richtig und zeigt, wie verräterisch Sprache manchmal ist.

(Beifall)

Wir wissen natürlich – auch das steht in den Erfurter Leitsätzen –:

Neue Mitglieder sind für uns Chance, aber auch Herausforderung zugleich.

Liebe Freunde, wenn wir bei Diskussionen über die Erfurter Leitsätze schon von manchen hörten, daß darin ja nichts Revolutionäres stehe, dann frage ich einmal, ob wir denn wissen, welche Konsequenzen uns erwarten, wenn wir uns an folgenden Formulierungen in den Leitsätzen orientieren:

Wer arbeitet, muß mehr Einkommen haben, als wenn er nicht arbeitet.

Wissen wir, was es bedeutet, wenn wir sagen:

Wir wollen eine neue Kultur der Selbständigkeit fördern... Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Petersberger Beschlüsse zur Steuerpolitik unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Behandlung von Familien weiterzuentwickeln... Der Bundesvorstand wird gebeten, ein Konzept 'Sozialstaat 21' zu erarbeiten, das spätestens auf dem Bundesparteitag 2001 beraten werden soll.

Oder wenn wir ganz locker sagen:

Wir wollen Deutschland zum modernsten Wissenschafts- und Innovationsstandort in Europa entwickeln... Wir treten dafür ein, daß technischer Fortschritt immer auch einem ethischen Maßstab unterliegen muß.

Wissen wir, was uns erwartet, wenn wir uns vornehmen:

Als Ergebnis (unserer) Diskussion ist einem Parteitag im Jahr 2000 der Entwurf eines neuen bildungspolitischen Programms vorzulegen...

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, bis zu einem kleinen Parteitag im Herbst 1999 ein Konzept „Familie 2000“ vorzulegen ... Ein Ausstieg

– Jürgen Rüttgers hat dies soeben gesagt –

aus der Kernenergie ohne klimaverträgliche Alternative ist unverantwortlich ... Wir wollen in einen neuen Dialog zwischen armen und reichen Ländern eintreten ... Die CDU tritt ... nachdrücklich für eine Stärkung der kleinen, überschaubaren Einheiten ein ... Die CDU will ein umfassendes Konzept zur Modernisierung des Föderalismus in Deutschland vorlegen ...

Wissen wir denn, was uns erwartet, wenn wir nicht zuletzt feststellen:

Auch in Zukunft muß der Aufbau Ost Priorität behalten.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wissen wir, was dies bedeutet?

Ich sage dies alles hier nicht, um eine Aneinanderreihung von Plänen, Ideen und guten Vorsätzen zu machen, damit wir stolz sagen können: Schaut einmal, wie fleißig wir sind. Wenn wir

uns diese und andere Kernsätze aus den Erfurter Leitsätzen vor Augen führen, dann wird zumindest mir – ich hoffe, vielen anderen auch – klar: Wir haben uns viel vorgenommen. Wir werden die Erfurter Leitsätze nur dann mit Leben erfüllen können – deshalb haben wir uns dies zum Motto gemacht –, wenn wir sagen können: Wo Werte Zukunft haben, da kann eine solche Diskussion stattfinden.

Denn Politik macht man nicht nach der letzten Meinungsumfrage. Politik macht man nicht, indem man schaut, ob man hier oder da noch eine Mehrheit erhält. Politik braucht vielmehr eine Richtschnur, sie braucht Entschlossenheit und klare Ziele, sie braucht ein Fundament von Grundsätzen und Werten. Nur in diesem Sinne wollen wir die modernste Gesellschaft Europas schaffen.

(Beifall)

Dafür brauchen wir nicht jedes Jahr ein neues Grundsatzprogramm. Wichtig ist, daß die Menschen in unserer praktischen Politik, in unseren praktischen Antworten erkennen, daß wir auf ihre Fragestellungen die richtigen und die ihren Ansprüchen genügenden Antworten haben. Wie ist es möglich, Arbeit für alle zu schaffen? Wie kann der Sozialstaat im 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden? Wie können bessere Bedingungen für Mittelstand und Wirtschaft geschaffen werden? Wie können in Deutschland mehr Arbeitsplätze entstehen?

Eines ist relativ schnell klar: Mit dem, was die neue Bundesregierung in ihren ersten Monaten gemacht hat, wird dies sicherlich nicht gelingen. Das gehört alles und ausnahmslos in den Papierkorb.

(Beifall)

Liebe Freunde, in unserer Mitgliederwerbekampagne hat uns unser bester Außendienstmitarbeiter verlassen: Oskar Lafontaine ist nicht mehr dabei. Aber lassen Sie uns erinnern: Oskar Lafontaine hat uns in der Bundesrepublik Deutschland verdammt viel Zeit mit seiner Blockadepolitik gekostet.

(Beifall)

Um so unverantwortlicher ist es, daß die neue Bundesregierung nicht etwa etwas in Gang gesetzt hat, sondern alle Reformen zurückgenommen hat, um sie anschließend in irgendeiner Weise wieder einzuführen.

Gerhard Schröder, sich immer als Notanker versuchend, hat dann fast alles zur Chefsache gemacht – das ist kaum noch zu überblicken –: das Bündnis für Arbeit, den Energiekonsens, den Aufbau Ost und die 630-Mark-Jobs. Die neueste Chefsache scheint die Scheinselbständigkeit zu sein. Schröder hat alles zur Chefsache gemacht. Was sagte er auf dem EU-Gipfel, als er nun wirklich Chef war? Da hat er als Chef der Veranstaltung der staunenden Öffentlichkeit erklärt: Für Deutschland sei kein Lottogewinn herausgesprungen. Liebe Freunde, wenn man das hört, wird einem klar, warum alles falsch läuft. Man kann doch nicht regieren, wenn der Tippschein zur Kabinettsvorlage wird. Keine Tippscheine als Kabinettsvorlagen, keine Lottogewinne für Deutschland, sondern anständige Politik in der Europäischen Union und in Deutschland, das ist das, was wir vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland erwarten.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Politik einer Bundesregierung ist auch kein Versuchslabor. Man kann nicht jeden Tag einen Versuchsballon starten. Schauen wir einmal das Beispiel der 630-Mark-Jobs an: Wie viele Menschen haben schlaflose Nächte? Wie viele Arbeitnehmer und Arbeitgeber wissen nicht, wie es weitergeht? Wie viele, die jetzt als scheinselfständig bezeichnet werden, haben sich auf den Weg der Selbständigkeit gemacht und stehen jetzt vor dem Aus und fragen sich, wie sie weitermachen können? Deshalb sollten Sie erstens aktiv bei unserer Postkartenaktion gegen die jetzige Form der 630-Mark-Arbeitsverhältnisse mitmachen, und machen Sie zweitens deutlich: Die Union wird diese Taten der Bundesregierung brandmarken und darauf bestehen, daß wir bei den Arbeitsplätzen vorankommen und nicht weitere Rückschläge erleben.

(Beifall)

Die CDU hat es immer wieder geschafft, über den Tag hinaus zu denken. Wir gemeinsam entwickeln unsere Positionen im Lichte von Technisierung und Globalisierung schrittweise weiter. Die CDU ist eine werteorientierte Partei. Wir machen diese Weiterentwicklung auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes. Wir Christlichen Demokraten wissen, was wir wollen und wohin wir wollen. Das ist es, was uns von den anderen ganz grundlegend unterscheidet.

Diese Unterschiede werden in allen Politikfeldern deutlich. Wir haben heute darüber diskutiert, daß wir die Grundeinstellung der Bundesregierung zum Kosovo-Konflikt unterstützen. Wir als Opposition tun dies, weil wir keine Opposition um der Opposition willen machen. Aber ich stelle auch fest: Ich finde es häufig sehr beschwerlich zu sehen, daß die Regierung nicht allein mit der Bewältigung dieser außerordentlich schwierigen Fragestellung beschäftigt ist, sondern daß sie parallel immer noch mit sich selbst beschäftigt ist. Bei aller beschworenen Bündnistreue ist es für uns als CDU immer noch ziemlich schwer zu ertragen, wenn wir sehen, wieviel Kraft diese Bundesregierung für die Bewältigung ihrer eigenen Brüche und Konflikte aufwenden muß.

Wenn man das sieht, dann muß man sich fragen – das ist heute schon geschehen –: Was wäre denn geschehen, wenn sich die Linken gegen die Westintegration durchgesetzt hätten? Was wäre geschehen, wenn sich die Union in den 80er Jahren dem antiamerikanischen Protest gebeugt hätte? Was wäre geschehen, wenn die Union die DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt hätte? Was wäre denn aus unseren Menschen geworden, wenn wir im Jahre 1989 Momper & Co. gefolgt wären und die deutsche Einheit nicht zielstrebig vorangebracht hätten?

Keine Westbindung, kein Wiederaufbau, keine deutsche Einheit sind denkbar ohne das entschlossene Vorangehen der Union.

(Beifall)

Wenn man sich alles noch einmal vor Augen führt, dann überrascht es einen manchmal – bitte nehmen Sie mir es nicht übel –, wie schnell die Wandlungen der anderen erfolgen. Wie muß es eigentlich Menschen gehen, die sich so oft in der Geschichte so entscheidend geirrt haben und die heute Politik gestalten sollen?

Liebe Freunde, damit kein Mißverständnis aufkommt: In einer Demokratie sind die Wege selten kerzengerade. Es ist selten glasklar, ob man einfach ja oder nein sagen soll. Henry

Kissinger hat – vielleicht auch aus eigener Erfahrung – einmal davon gesprochen, daß in einer Demokratie getroffene Entscheidungen sehr häufig nur zu 51 Prozent richtig und zu 49 Prozent falsch seien. Genau diese 51 zu 49 Prozent markieren das beständige Ringen um die richtige Lösung, um die bestmögliche Lösung. Sie zeigen auch, daß man sich bei manchen politischen Entscheidungen natürlich auch in einem Dilemma befinden kann und daß es keine einfachen Antworten gibt. Niemand – weder die SPD, die Grünen, die FDP noch wir – tun sich leicht mit solchen schwierigen Entscheidungen.

Aber Diktaturen scheren sich eben nicht um Menschen, nicht um ihre Rechte und nicht um ihr Leben. Das sehen wir in diesen Tagen wieder nur zu gut. Diktaturen fordern Demokratien in einem nicht gekannten Ausmaß heraus. Demokratien haben immer Skrupel. Demokratien dürfen aber gerade deshalb vor der Skrupellosigkeit anderer niemals zusammenbrechen.

(Beifall)

Liebe Freunde, vielleicht hat manch einer gedacht, mit dem Zusammenbruch des kalten Krieges bliebe uns dieses Dilemma in Zukunft erspart. Aber es zeigt sich, daß wir uns dieser Herausforderung auch nach dem Fall der Mauer, nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, nach dem Ende des kalten Krieges stellen müssen. Das ganz konkret bestimmt die Herausforderung im Kosovo. Deutsche Politik muß sich in Zeiten dieser veränderten Situation in Europa neu bewähren. Das geht nicht mit einer Politik, die einfach den Finger in die Luft streckt und den Stimmungen folgt. Nein, die Union steht für eine andere Politik, für eine Politik, die entschlossen ist und die sagt: Bei uns haben Werte Zukunft.

Weil es in wesentlichen politischen Fragen um wertgebundene Entscheidungen geht, ist es, so muß ich Ihnen sagen, für mich schlichtweg nicht mehr nachvollziehbar, wenn Schröder und andere jetzt einerseits so oft von westlicher Staatengemeinschaft, Bündnistreue, Wertegemeinschaft und ähnlichen Begriffen sprechen und andererseits gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zulassen,

(Beifall)

also mit denen, die genau das, wovon Schröder spricht, gnadenlos bekämpfen. Liebe Freunde, das geht nicht zusammen, und da müssen wir den Finger in die Wunde legen!

(Beifall)

Was muß eigentlich noch passieren, bis die Sozialdemokraten merken, was für ein Spiel die PDS mit ihnen treibt? Was muß eigentlich noch passieren, bis Schröders SPD die Ungeheuerlichkeit des Satzes von Ringstorff erkennt, der in den Koalitionsverhandlungen in Mecklenburg-Vorpommern gesagt hat: Ich – Ringstorff, Mitglied der SPD und des Parteirates – sehe mehr Gemeinsamkeiten mit der PDS als mit der CDU. Was, so frage ich Herrn Schröder, muß noch passieren?

(Zustimmung)

Liebe Freunde, die PDS plakatiert jetzt in Berlin „Europa schaffen ohne Waffen“. Sie plakatiert „Soldaten sind Mörder“. Für mich ist es nicht erstaunlich, auf welcher Seite Herr Gysi und die PDS im Kosovo-Konflikt stehen. Es ist nicht erstaunlich, daß sie immer wieder die alte Spra-

che benutzen, vom „imperialistischen Feldzug“ sprechen und Sozialdemokraten als „Kriegsministerpräsidenten“ und „Kriegsminister“ bezeichnen. Das alles ist nicht erstaunlich. Sie haben auch in der Vergangenheit nicht auf der Seite der Menschenrechte gestanden, nicht 1953 in Berlin, nicht 1956 in Ungarn, nicht 1968 in Prag, nicht 1981 in Warschau und nicht 1989 in der DDR.

(Beifall)

Liebe Freunde, sie haben – das haben wir gerade in den neuen Bundesländern immer wieder erfahren, und das ist das eigentlich Schreckliche – aus der Geschichte nichts dazugelernt.

Um so erstaunlicher ist es deshalb, daß sich die Sozialdemokraten dies gefallen lassen. Rudolf Scharping hat bei der Sondersitzung des Bundestages am 15. April eine für viele auch auf der Oppositionsbank beachtliche Rede gehalten. Er hat klare Worte zu Gysi Handschlag mit Milosevic gefunden. Aber eines hat mir in dieser Debatte bei ihm gefehlt: Was ist denn die Konsequenz des Gesagten? Was ist die Konsequenz, die er zieht und die die SPD zieht? Nicht ein einziges Wort dazu! Nicht ein Wort des neuen SPD-Vorsitzenden Schröder dazu, ob es in Erfurt und Potsdam eine Koalition oder Tolerierung mit der PDS geben wird. Liebe Freunde, starke Rhetorik im Bundestag oder in Interviews bleibt total unglaubwürdig, wenn solcher starken Rhetorik nicht auch die entsprechenden Taten folgen, und das fordern wir.

(Beifall)

Was soll das also? Wollen die Sozialdemokraten von ihren eigenen inneren Brüchen und Konflikten ablenken? Wollen sie nicht zugeben, daß sie zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd gespalten sind? Oder wollen sie sich einfach die Tür offenhalten, um dann, wenn es aus eigener Kraft mal wieder nicht zum Wahlsieg reicht, bei Gysi anzuklopfen und zu schauen, ob er zur Verfügung steht? Ich frage: Soll in Thüringen und Brandenburg das gleiche passieren wie in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern? Die Wählerinnen und Wähler in diesen beiden Ländern haben ein Anrecht darauf, dies vor den Wahlen zu wissen.

(Beifall)

Denn, liebe Freunde, Eigeninitiative wird in diesen Ländern systematisch bekämpft, Investoren laufen scharenweise davon, die Arbeitslosigkeit steigt. Wir werden es den Sozialdemokraten nicht durchgehen lassen, daß sie mit der roten Sense durch die blühenden Landschaften ziehen und dann nach Dünger schreien. So geht es nicht! So schafft man den Aufbau Ost nicht!

(Beifall)

Liebe Freunde, dieses Thema steht ja nicht irgendwo im luftleeren Raum und ist morgen wieder vorbei, sondern dieses Thema hat etwas mit den Ursprüngen der deutschen Einheit zu tun. Schauen wir uns doch einmal die Unterschiede in den Meinungsumfragen zwischen Ost und West an, wenn es um den Einsatz der NATO geht. Die Menschen in den neuen Bundesländern urteilen über diesen Einsatz in voller Breite ganz anders, und wir müssen uns fragen, woran das liegt. Mißverstehen Sie mich bitte nicht: Ich bin nicht der Meinung, daß jede Meinungsumfrage in ganz Deutschland flächendeckend überall gleich ausfallen muß. Da gibt es

auch Unterschiede im Westen. Aber daß in Deutschland über eine solche Kernfrage der Bewahrung von Demokratie und der Auseinandersetzung mit Diktaturen so unterschiedlich geurteilt wird, das muß uns schon umtreiben.

Vielleicht ist es ja so, daß wir in den neuen Bundesländern weniger Möglichkeiten hatten, die Kraft solcher internationalen Bündnisse zu erleben, die Freiheit und Wohlstand gerettet haben. Vielleicht haben wir auch eine größere Angst vor Diktatoren, davor, wie sie bestehen und überleben können und Demokraten austricksen können. Vielleicht ist es ja auch so, daß viele in den neuen Bundesländern mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sind und sagen: Schafft es Deutschland schon, sich an einer solchen Auseinandersetzung auch gleichberechtigt zu beteiligen? Haben wir nicht genügend Sorgen? Sollen wir uns das auch noch aufladen?

Auch diese Fragen müssen ganz offen diskutiert werden; denn niemand ist ohne Skrupel, wenn es um die Beurteilung solcher Einsätze geht. Aber ich sage auch: Es kann doch nicht sein, daß wir es einfach hinnehmen, daß solche Unterschiede zwischen Ost und West kaum noch zur Sprache kommen. Jetzt frage ich Sie: Wie soll eigentlich in den neuen Bundesländern die Diskussion stattfinden, wenn im Schweriner Landtag der Ministerpräsident Ringstorff und sein Stellvertreter Holter sitzen und der eine sagt, die NATO-Einsätze sind richtig, und der andere sagt, die Amerikaner betreiben eine Kriegspolitik? Und dann sollen die Menschen in diesem Lande darüber urteilen, was richtig und was falsch ist. Dazu sage ich – und zwar vor allen Dingen den Sozialdemokraten –: Mit Demokratie spielt man nicht. Demokratie ist wertvoll und zerbrechlich. Demokratie muß jeden Tag geschützt werden. Demokratie ist ein Schatz, den es zu verteidigen gilt.

Dies ist ein Auftrag an alle. Dies ist auch ein Auftrag an uns als Opposition, als Union, als einzige geschlossene und entschlossene politische Kraft in Deutschland, die innen- und außenpolitisch Kurs hält. Wir werden diesen Auftrag systematisch und ordentlich erfüllen.

(Beifall)

Liebe Freunde, lieber Christoph Böhr, vor diesem Hintergrund erhält unser Wertekongreß am 15. Mai in Cottbus eine ganz neue Bedeutung. Er ist überschrieben mit dem Titel „Freiheit, die wir meinen“. Wir wollen dort für unsere Grundwerte und für die Demokratie werben. Wir wollen gerade zwischen Ost und West eine Verständigung herbeiführen, damit wir über das gleiche sprechen, wenn wir von Freiheit und Verantwortung reden. Wir wollen deutlich machen, daß Freiheit und Verantwortung immer zusammengehören. Nur dieses Zusammengehörigkeitsgefühl trägt dafür Sorge, daß wir sagen können, was unsere Gesellschaft zusammenhält.

Auch unsere Berliner Gespräche dienen genau diesem Ziel, das deutlich zu machen und es mit den Menschen in Ost und West zu diskutieren. Denn es ist doch gar keine Frage, daß wir jetzt, am Ende dieses Jahrhunderts, in der ganzen Welt in einer entscheidenden Phase stehen. Die Welt hat sich verändert. Sie hat sich vor allem durch den Zusammenbruch des Kommunismus und durch die technischen Entwicklungen verändert. Das ist das, was wir oft etwas theoretisch als „Wissensgesellschaft“ beschreiben. Wir wollen technischen Fortschritt, aber wir wissen genauso – ich erinnere an die Bioethik-Konvention –, daß der Mensch nicht alles tun darf, was er tun könnte. Risiken und Chancen müssen in vernünftiger Balance gehalten

werden. Das ist das, was wir als nachhaltigen Fortschritt bezeichnen, der sich genau an unseren Werten orientiert.

Damit kommen wir auch wieder auf das Leitbild von 1992 bei der großen Umweltkonferenz in Rio zurück. Für uns bilden eben der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung eine Einheit. Regionale, wirtschaftliche, ökologische und politische Herausforderungen erfordern zunehmend eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und globale Lösungsstrategien.

Und was macht die neue Bundesregierung? Schauen wir uns den Umweltminister Trittin an. Die haben sich völlig aus der Umweltpolitik verabschiedet. Trittin interessiert sich nur für sich selbst und, wenn's dicke kommt, auch noch für den Ausstieg aus der Atomenergie, und zwar auch noch im Hauruckverfahren. Aber wir, liebe Freunde, wissen, daß Umweltschutz von der Akzeptanz der Menschen lebt und nicht von Hauruckverfahren und unsinnigen Anträgen, die uns international nur isolieren.

(Beifall)

Natürlich ist Energiepolitik das Rückgrat einer modernen Gesellschaft, und wer aussteigen will, muß vor allen Dingen wissen, wo er einsteigen will. Wir müssen uns um den Wirtschaftsstandort Deutschland kümmern, und das schließt genau das Engagement für regenerative Energien ein, aber so, daß daraus schlüssige Antworten werden. Deshalb sage ich noch einmal: Wir sind die Partei, die im Sinne der Idee einer nachhaltigen Entwicklung, die ganz im Sinne des Dreiklangs von Rio für die soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung gemeinsame berechenbare Ziele für die Zukunft setzt und die bei den Menschen für diese Ziele wirbt. Das wird die CDU auch bleiben, wenn sich die Grünen um Umweltschutz nicht mehr kümmern.

(Beifall)

Liebe Freunde! Natürlich – Jürgen Rüttgers hat es gesagt – werden wir über Familie sprechen müssen. Wir werden diskutieren müssen, und die Antworten werden konkret sein; denn die Welt hat sich weiterentwickelt.

Unser Ziel müssen tatsächliche Verbesserungen sein. Die rot-grüne Regierung hat 30 Mark mehr Kindergeld eingeführt. Dafür hat sie nette Schlagzeilen bekommen. Aber, meine Damen und Herren, die 30 Mark sind schon beim Waschen der Schmutzwäsche und bei der Verteuerung der Schülermonatskarte dreimal wieder ausgegeben worden.

(Beifall)

Im übrigen sind diese 30 Mark Erhöhung des Kindergeldes bei den Alleinerziehenden sowie so gleich mit der Sozialhilfe verrechnet worden. Besonders gut sind sie bei Schröder und Lafontaine wirksam geworden, obwohl die immer genau das Gegenteil fordern.

Liebe Freunde! Symbole lösen mit Sicherheit keine Probleme. Wir wollen echten Fortschritt. Deshalb sagen wir: Wir brauchen keine jobgerechten Familien, sondern wir brauchen familiengerechte Jobs. Darüber, wie das dann aussieht, wird es auch in unseren Reihen noch scharfe Debatten geben.

(Beifall)

Wenn wir auf einem kleinen Parteitag im Herbst ein wirklich schlüssiges Konzept zum Thema „Familie 2000“ verabschieden wollen, dann wird das eine erste Bewährungsprobe für das, was wir in unserer Partei relativ schablonenhaft „Diskussionskultur“ und „freimütige Diskussion“ nennen. Wir müssen nämlich fähig sein, in den verschiedenen Gliederungen um eine gemeinsame Antwort zu ringen und nicht einige von vornherein verurteilen, die Hälfte ausschließen, denen einen oder den anderen bezichtigen, sondern wir müssen sagen: Was heißt Vereinbarkeit von Familie und Beruf konkret? Was haben steuerliche Fragen mit wirklichen Entlastungen zu tun? Was meinen wir im Sinne unserer Werte, wenn wir von Familie sprechen?

Ähnlich wird es in der Bildungspolitik gehen. Ich muß immer so lachen, wenn Annette Schavan als Kultusministerin, wenn sie die Landesgrenzen Baden-Württembergs überschreitet, die Frage stellt: Darf ich hier in bildungspolitischen Fragen ins Detail gehen, oder soll ich es mehr bei allgemeinen Aussagen zu Leistungen usw. belassen? Die Bildungslandschaft ist, wie wir manchmal stolz sagen, sehr verschieden, und manch einer ist auch sehr indigniert, wenn seine Vorstellungen von einem landesfremden Kulturminister vielleicht anders und auch aus der CDU-Position dargestellt werden.

Lieber Roland Koch, ich bin sehr dankbar dafür, daß Sie jetzt wahrmachen, was Sie im Wahlkampf gesagt haben: Sie stellen neue Lehrer ein. Ich sage einmal etwas scherzhaft: Wenn Sie am Ende der Legislaturperiode sagen können, auch das 12jährige Abitur ist in Hessen dem Greifen nahe, dann werden die Leute sagen: Die meinen es ernst mit ihren Erfurter Leitsätzen.

(Beifall)

Ich habe bis heute nicht verstanden, warum man in der alten Bundesrepublik so häufig die Kopfnoten für Ordnung, Fleiß und Betragen abgeschafft hat. Meinetwegen können sie sofort wieder eingeführt werden.

(Beifall)

Ich kann überhaupt nicht verstehen – darüber habe ich mich allerdings häufig mit Volker Rühle gestritten –, warum man in den Klassen eins und zwei und dann drei und vier keine Noten geben soll. Ich bin der Meinung, die Kinder halten das aus und können sich darauf einstellen.

(Beifall)

Ich glaube, wir müssen aufpassen, daß wir die Bildungsdebatten nicht irgendwie auf einige symbolische Handlungen zwischen Studiengebühr und 12 Jahre Abitur festklopfen und zwischendurch die Herzen und Köpfe der Eltern, Lehrer und Kinder nicht mehr erreichen, die sich jeden Tag im Bermuda-Dreieck von öffentlichem Dienst, Schulaufgabenkontrolle und ausgefallenen Unterrichtsstunden in Deutschland herumschlagen und nicht mehr wissen, wovon die Parteien eigentlich sprechen.

(Beifall)

Liebe Freunde! Die eigentliche Bewährungsprobe für uns kommt im Jahre 2001. Wir müssen uns darüber klarwerden, wie der Sozialstaat im 21. Jahrhundert aussehen soll. Hier geht es um nicht mehr und nicht weniger als darum, wer im politischen Wettstreit die Menschen am ehesten davon überzeugen kann, daß sein Programm ihnen auch in Zukunft soziale Sicher-

heit und Gerechtigkeit gibt. Das ist die Herausforderung im Zuge der Globalisierung. Wir sind die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir haben es geschafft, über Jahrzehnte den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit weitestgehend zu versöhnen, und wir fragen jetzt in den Erfurter Leitsätzen zum Beispiel, ob es praktikablere Alternativen zu der zur Zeit engen Koppelung der sozialen Sicherungssysteme an die Beschäftigungsverhältnisse gibt.

Wir brauchen langfristige Perspektiven, bei denen die jungen Menschen, die heute Abitur machen, auf die Frage, ob sie glauben, daß sie mit unserem Rentensystem eine Rente bekommen, ehrlichen Herzens mit Ja antworten können.

Meine Damen und Herren, natürlich macht die neue Bundesregierung nur Fehler. Riester hat Reformen zurückgenommen, die er wieder einführen müßte, und – Wolfgang Schäuble hat es heute schon gesagt – er macht Rentenpolitik nach Kassenlage. Aber, liebe Freunde, auch wir müssen auf dem einmal eingeschlagenen Weg weiterarbeiten. Das ist unsere Aufgabe im Zusammenhang mit „Sozialstaat im 21. Jahrhundert“.

Liebe Freunde, wenn wir es so angehen, dann werden wir für die Menschen interessant werden, dann werden sie es uns abnehmen und sagen: Jawohl, die stehen mitten im Leben. Daß viele Menschen mit großen Erwartungen zu uns kommen, haben wir doch schon daran gesehen, daß wir seit dem 27. September 1998 20 000 neue Mitglieder in unserer Partei haben. Aber wir schreiben in den Erfurter Leitsätzen so schön: Neue Mitglieder sind für uns Chance und Herausforderung zugleich. Lassen Sie uns einmal überprüfen, wieviel von den 20 000 in drei Jahren noch bei uns sind. Wir müssen jeden zu halten versuchen und versuchen, jeden dahingehend zufriedenzustellen, daß er sagt: Ich kann mitdiskutieren in dieser Partei, und ich kann auch etwas tun, wenn ich nicht nur im Ortsverband arbeiten will, sondern auch auf Landes- und Bundesebene. Darüber, wie wir das schaffen, müssen wir streiten.

(Beifall)

Das wird die Grundlage für einen Erfolg bei der Europawahl sein, denn unser Ziel am 13. Juni ist klar: Wir wollen wieder stärkste politische Kraft in Deutschland werden. Aber wir wollen noch mehr: Wir wollen unsere Positionen in den Kommunen ausbauen. Wir wollen die Länder zurückgewinnen.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf die politische Landkarte: Wo der Osten rot ist, wird Jörg Schönbohm für farbliche Vielfalt sorgen. Wo der Osten schwarz ist, werden Eberhard Diepgen, Bernhard Vogel und Kurt Biedenkopf dafür sorgen, daß das auch so bleibt. Wo die Mitte rot ist, hat Roland Koch in Hessen das geändert. Das war gut so. Wo die Küste rot ist, werden Hartmut Perschau und Volker Rühle das ändern.

(Beifall)

Wo der Westen rot ist, werden und müssen Peter Müller und Jürgen Rüttgers das ändern.

(Beifall)

Liebe Freunde! In den nächsten 12 Monaten werden wir die Landkarte schwarz färben, und ich verspreche Ihnen: Die Sozialdemokraten werden rot sehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die anderen haben im letzten Jahr vielleicht die spannenderen Anzeigen gemacht. Sie haben natürlich die abgefahrenere Show geboten. Sie haben dabei vielleicht auch noch besser ausgesehen, aber wir, liebe Freunde, wir kümmern uns einfach um gute Politik. Wir begreifen unsere Oppositionsarbeit als Vorbereitung auf die erneute Übernahme der Regierungsverantwortung; denn es ist die Pflicht einer Opposition, auf den Regierungswechsel vorbereitet zu sein. Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen.

(Beifall)

Liebe Freunde! Der größte Wahlbetrug der Sozialdemokraten war ihr Wahlkampfslogan „Wir sind bereit“.

Sie waren vielleicht zu allem möglichen bereit, nur nicht zum Regieren.

(Lebhafter Beifall)

16 Jahre haben sie auf der Oppositionsbank verplempert. Das ist der Grund für das Chaos und die inneren Zerreißproben in den Regierungsparteien. Das ist der Grund, warum so vieles in Deutschland in diesen Monaten falsch läuft.

Ich sage Ihnen: Wir wollen es besser machen. Wir können es besser machen. Wir werden es besser machen. Wir sind heute die bessere Opposition, und wir werden morgen die bessere Regierung sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, Erneuerung schafft Mehrheiten. Deshalb soll von diesem Parteitag das Signal ausgehen: Die CDU ist auf dem Weg – nicht mehr und nicht weniger – zurück in die Verantwortung, nicht irgendwann, sondern beim nächstenmal. Damit ist das Ziel klar beschrieben. Es heißt: Wahlerfolg 2002. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen

Dr. Jürgen Rüttgers, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, vielen Dank für diese tolle Rede. Ich habe einmal gehört, daß der Vorsitzende gesagt hat: Mit der Angela Merkel haben wir einen Schatz. – Der Vorsitzende hat recht.

(Beifall)

Ich will hinzufügen: Es macht unglaublich Spaß, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Vielen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat der Bundesverband der CDU im Januar dieses Jahres die Aktion „Mitten im Leben“ gestartet und dazu einen Wettbewerb ausgeschrieben. Die Resonanz war sehr erfreulich. Sehr viele Gliederungen der CDU haben sich an dem Wettbewerb beteiligt, was zeigt, daß die CDU Deutschlands eine hochmotivierte und sehr aktive Partei ist. Ein Teil der Aktionen können Sie in einer kleinen Ausstellung im Vorraum betrachten. – Ich darf nun Frau Dr. Merkel bitten, die Preisträger des Wettbewerbs bekanntzugeben.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Liebe Freunde, ich freue mich, daß wir bei unserem Wettbewerb 193 Teilnehmer hatten. Der Wettbewerb lief in der Zeit, als wir auch die Unterschriftenkampagne durchgeführt haben. Manchmal war es also gar nicht so einfach. All die Projekte spiegeln wider, wie eindrucksvoll sich die einzelnen beteiligt haben.

Sie erinnern sich vielleicht, daß es bei dem Wettbewerb drei Kategorien von Projekten gab: Kategorie 1: Einmalig stattfindende Projekte, Kategorie 2: Langfristig angelegte innerparteiliche Projekte, Kategorie 3: Langfristig angelegte Projekte unter Beteiligung anderer gesellschaftlicher Gruppen.

Bei dem Wettbewerb haben in der Kategorie 1 51 Gruppen und Ortsverbände mitgemacht. Im Bereich der Kategorie 2 gab es 65 Bewerbungen. Im Bereich der Kategorie 3 hatten wir 75 Bewerbungen zu verzeichnen.

Liebe Freunde, es war für die Jury nicht ganz einfach, überhaupt die richtigen Projekte herauszusuchen. Deshalb möchte ich allen, die sich beteiligt haben, danken. Wir werden nachher noch einen Sonderpreis auslosen, und zwar unter allen, die sich beteiligt haben. Dazu kommen wir etwas später.

Wir beginnen jetzt zunächst mit einer kleinen Einführung zu den später folgenden Filmen, mit dem sogenannten Trailer, wie es heute heißt.

(Einführungsfilm)

Ich stelle Ihnen nunmehr die Projekte vor, die in den verschiedenen Kategorien jeweils den dritten Preis erhalten.

In Kategorie 1 – „Einmalig stattfindende Projekte“ – hat ein Projekt des Bonner Bundestagsabgeordneten Norbert Hauser den dritten Preis gewonnen. Das Projekt heißt „Kinder in den Zirkus“. Allerdings müssen Erwachsene manchmal auch in den Zirkus. Das Projekt wurde von Norbert Hauser zusammen mit der Frauen-Union, dem Verein für Psychomotorik und dem Proseminar des Aloisiuskollegs, eines Jesuitengymnasiums, durchgeführt. Das Ziel ist es, die kreative Entwicklung von Kindern zwischen vier und 14 Jahren zu fördern, und zwar durch eine selbst einstudierte Zirkusvorstellung. An jedem der zehn Zirkustage bis zum 30. April geben die Kinder bis zu drei Vorstellungen – und das mit großem Erfolg. Ich weiß nicht, ob dies der Grund dafür ist, daß Norbert Hauser heute hier nicht dabei ist. Auf jeden Fall ist aber jemand hier, der für ihn den Preis in Empfang nehmen kann. Ich bitte den Betreffenden hierher nach vorn.

In der Kategorie 2 – „Langfristig angelegte innerparteiliche Projekte“ – geht der dritte Preis an den CDU-Gemeindeverband Lahnau für seine jährliche „Ferienolympiade“. Seit 1995 organisieren die 40 Mitglieder im CDU-Gemeindeverband im „roten“ Lahnau – die Gemeinde liegt zwischen Gießen und Wetzlar – eine Ferienolympiade für Kinder von fünf bis 14 Jahren. Im vergangenen Jahr nahmen an den sportlichen Wettkämpfen 190 Kinder und Jugendliche teil. Ich finde, daß auch dies eine tolle Veranstaltung ist, die unsere Bewunderung verdient. Ich wünsche denjenigen, die diese Veranstaltung durchgeführt haben, alles Gute und bitte jemanden zur Preisverleihung hierher nach vorn.

Herr Hergarten vertritt bei der Preisverleihung Norbert Hauser. Er hat einen Beifall verdient.

(Beifall)

Die dritten Preise in den drei unterschiedlichen Kategorien werden gleich zusammen vergeben.

In der Kategorie 3 erhält den dritten Preis die Frauen-Union Sachsen-Anhalt mit ihrem Projekt „Gegen Angst in belasteten Lebenslagen“. Das Projekt wird von der Frauen-Union Magdeburg mitgetragen, die den Verein „Offene Türen“ gegründet hat. Dem Verein geht es darum, Mitbürgern in für sie belastenden Konfliktsituation zu helfen. 27 über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigte Pädagogen sind Anlaufstelle und Betreuer für Ratsuchende. Der Verein versteht sich als Vermittler zwischen Polizei, Bevölkerung und den kommunalen Sozialdiensten. Hier handelt es sich um ein in Deutschland bisher einmaliges Vorgehen. Herzlichen Glückwunsch an die Frauen-Union in Sachsen-Anhalt. Frau Henkel-Wybrands wird den Preis hier entgegennehmen.

Allen Preisträgern der dritten Preise sage ich einen ganz herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Diejenigen, die einen dritten Preis gewonnen haben, bekommen jeweils einen Gutschein über 1000 DM für Material zur Öffentlichkeitsarbeit. Die Kampagnenfähigkeit für die Zukunft wird von denen, die jetzt einen Preis erhalten, also gleich wieder verbessert. Herzlichen Glückwunsch!

(Überreichung der dritten Preise)

Wir verabschieden die Preisträger der dritten Preise mit einem ganz herzlichen Applaus.

(Beifall)

Machen Sie weiter so, haben Sie Spaß daran, und geben Sie das Geld sinnvoll aus!

(Beifall)

Wir kommen nunmehr zu den zweiten Preisen. Den zweiten Preis in der Kategorie 1 erhält der CDU-Gemeindeverband Garrel für seine „Ausbildungsinitiative 1997“.

Es gab unheimlich viele Projekte, die sich mit Ausbildungsinitiativen befaßt haben. Ich glaube, das ist angesichts der Lehrstellensituation auch sehr erfreulich. In der Gemeinde Garrel, die 11 000 Einwohner hat und im Kreis Cloppenburg liegt, suchten Ende März 1997 noch 81 Jugendliche eine Lehrstelle. Dem standen nur 32 offene Ausbildungsplätze gegenüber. Durch den persönlichen Einsatz der CDU-Mitglieder wurden Betriebe aufgesucht, um zusätzliche Lehrstellen zu akquirieren. Zudem wurden die Adressen der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchten, ausfindig gemacht. Die Vermittlung durch die CDU führte am Ende dazu, daß nur noch zehn Jugendliche ohne Ausbildungsplatz blieben. Jeder, der die Regelungen zum Datenschutz in Deutschland kennt, weiß, wie schwierig es ist, Adressen und Interessenten zusammenzubringen. Da kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch zu diesem Projekt!

(Beifall)

Herr Bley wird den Preis in Empfang nehmen.

Den 2. Preis in der Kategorie 2 erhält der Studentenwettbewerb „Impulse Bonn-Innenstadt“ des CDU-Ortsverbandes Bonn-Innenstadt. Der Ortsverband hat 1996 den Förderpreis für Studenten aus Disziplinen ausgelobt, die mit Stadtplanung zusammenhängen. In jedem neuen Wettbewerb geht es darum, bestimmte Teile der Bonner Innenstadt attraktiver zu gestalten. Der Preis für die Studenten beträgt jeweils 2 000 DM. Ich glaube, gerade im Hinblick auf gestaltete Kommunalpolitik ist dies ein hochinteressantes Projekt. Ich bitte die Vertreterin des Ortsverbandes Bonn-Innenstadt, Frau Overmanns, zum Empfang des Preises nach vorne. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Den 2. Preis in der Kategorie 3 erhält der CDU Stadtbezirk Mainz-Lerchenberg. Dieser Stadtbezirk hat die Aktion „Augen auf für nebenan“ gestartet. Die Initiative ging von einer Veranstaltung der Senioren-Union aus, in der sich die Bürger besorgt über die wachsende Zahl von Haus- und Wohnungseinbrüchen äußerten. Bei dem Projekt steht die Nachbarschaftshilfe im Vordergrund. Die CDU, Versicherungen, Gemeindevertreter und die Polizei haben gemeinsam ein Konzept entwickelt, damit sich die Bürger sicher fühlen können. Aufmerksamere Nachbarn und vermehrte Polizeistreifen haben zu einer rückläufigen Entwicklung bei den Wohnungseinbrüchen in Lerchenberg geführt. Ich finde, auch dies ist ein beispielhaftes Projekt und zeigt, wie Bürgerinnen und Bürger zusammen mit anderen Verantwortung übernehmen. Herr Zeuner wird für Mainz-Lerchenberg den Preis in Empfang nehmen. Auch Ihnen ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall – Verleihung der 2. Preise)

Diesmal gibt es für alle 2 000 DM für die Öffentlichkeitsarbeit. Ich glaube, Sie können sie in Ihren Projekten gut einsetzen. Grüßen Sie – das ist ganz wichtig – Ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter; es kann ja immer nur einer vorne stehen. Herzlichen Dank und weiter so!

(Beifall)

Liebe Freunde, jetzt wird es spannend; wir kommen zu den drei 1. Preisen. Um Ihnen die Preisträger und die Projekte ein bißchen näherzubringen, werden wir dazu jeweils einen kurzen Film zeigen. Den 1. Preis in der Kategorie 1 erhält die CDU Landau.

(Vereinzelt Beifall)

- Die CDU Landau freut sich. Das Projekt heißt „Stadtcafe 13.6.“ und soll daran erinnern, daß am 13. Juni viele Kommunalwahlen stattfinden. Man hat ein Ladenlokal in der Innenstadt gemietet und versucht, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Jetzt also zunächst der Film.

(Filmvorführung zum Projekt „Stadtcafe 13.6.“ – Beifall)

Stellvertretend für die Landauer bitte ich jetzt Herrn Kautzmann nach vorne, um den Preis in Empfang zu nehmen. Herzlichen Dank nach Rheinland-Pfalz! Dafür gibt es 3 000 DM für die Öffentlichkeitsarbeit.

(Beifall – Verleihung des 1. Preises in der Kategorie 1)

Stimmt der Eindruck, daß Ihnen das Projekt Spaß gemacht hat?

Theo Kautzmann: Wir mußten uns etwas einfallen lassen. Ich glaube, es geht den Kollegen genauso: Die Leute kommen nicht mehr zu den traditionellen Veranstaltungen in die Säle abends um 20 Uhr. Wir wollten neue Wege gehen. Deshalb sind wir dorthin gegangen, wo der Bürger ist. Ich mache Ihnen Mut: Machen Sie es uns nach, senken Sie – die meisten Leute sind unpolitisch – die Hemmschwelle, nehmen Sie sie mit offenen Armen auf! Dann werden Sie, so glaube ich, Erfolg haben.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Alles Gute und ein ordentliches Wahlergebnis am 13. Juni!

Der Sieger in der Kategorie 2 ist der CDU Kreisverband Düren-Jülich.

(Beifall)

Seit zehn Jahren führt der Kreisverband in der Geschäftsstelle zweimal im Monat Sprechstunden zu Renten- und Sozialfragen durch. Ebenso lange – das finde ich bemerkenswert – geben an vier Nachmittagen in der Woche ehrenamtlich tätige Frauen ausländischen Kindern und Jugendlichen Hilfestellung bei den Hausaufgaben. –Auch dazu wollen wir einen Film ansehen.

(Filmvorführung zum Projekt „Seit 10 Jahren regelmäßige Sprechstunden zu Renten- und Sozialfragen – Hausaufgabenhilfe für ausländische Kinder“ – Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Herzlichen Glückwunsch! Zum Preisempfang kommt Herr Schwartz nach vorne.

(Verleihung des 1. Preises in Kategorie 2 – Beifall)

Ist das eigentlich in Ordnung, Herr Schwartz? Ich habe gelesen, die Frauen haben die Hausaufgaben mit den Kindern gemacht, und Sie kommen als Herr Schwartz hier vor?

Helmut Schwartz: Aber die Rentenberatung wird von Männern gemacht, obwohl wir da auch gerne Damen sehen, so ist das nicht.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Ein Projekt der Gleichberechtigung, kann man sagen?

Helmut Schwartz: Ein Projekt der Gleichberechtigung und auch der Gleichberechtigung innerhalb des Kreisverbandes. Wir haben zwei Geschäftsstellen. Beide Geschäftsstellen werden zur Sozialberatung und auch für die Integration ausländischer Mitbürger eingesetzt.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Prima. Gab es nur Zustimmung, oder gab es in Ihrem Projekt einmal eine schwierige Krise zu überwinden?

Helmut Schwartz: Eigentlich nicht. Wir haben Gott sei Dank immer genug Fachleute in der Partei. Man muß sie nur ansprechen und bitten mitzumachen. Die Projekte der Fachberatung und auch der Hausaufgabenhilfe konnten von daher immer durchgeführt werden.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Prima. Weiter so, viel Spaß. Vielleicht hilft Ihnen der Preis ein bißchen. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute! Grüßen Sie Ihre Mitstreiter.

(Beifall)

Nun kommen wir zum dritten 1. Preis, nämlich dem Preis in der Kategorie 3. Hier ist der CDU-Ortsverband Geschwenda in Thüringen als Sieger hervorgegangen. Einen herzlichen Glückwunsch nach Geschwenda.

(Beifall)

Das Projekt heißt „Neues Festhalten – Umwelt erhalten“. Es wurden als Ausgleich für den Bau der Autobahn A 71 vom Gemeinderat Geschwenda Aufforstungsmaßnahmen beschlossen. Darauf hat der CDU-Ortsverband das Projekt, das wir uns gleich anschauen, gemeinsam mit der Wittgensteiner Kliniken-Allianz, der Gemeinde Geschwenda und dem Thüringer Forstamt Ilmenau initiiert. Einen wesentlichen Anteil an der Aufforstung tragen die Wittgensteiner Kliniken. Sie stifteten für jeden ihrer Patienten einen Baum. Mittlerweile sind es schon neun Hektar mit 56 200 Bäumen. Auch hier wollen wir uns den Film anschauen.

(Filmvorführung des Projekts „Neues Festhalten – Umwelt erhalten!“ – Beifall)

Den Preis wird Frau Kummer, die wir eben im Film schon gesehen haben für alle die, die dabei waren, entgegennehmen.

(Verleihung des 1. Preises in Kategorie 3)

Herzlichen Glückwunsch! Wir freuen uns, in Thüringen zu sein und einen 1. Preis nach Thüringen zu bringen. Das ist ganz klar. Es ist ein tolles Umweltprojekt.

(Beifall)

Waren gleich alle in der CDU einverstanden, so etwas zu machen? Oder gab es da Fragen?

Karin Kummer: Nein. Bei uns gab es überhaupt keine Fragen, weil uns, wie vorhin schon im Film gesagt, von Anfang an klar war, daß wir einen Ausgleich für die Bäume schaffen müssen, die hier in Thüringen für die A 71 gerodet werden.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Waren damit die Zweifler auch ein bißchen beruhigt oder haben sie gesagt: „Das ist eine gute Maßnahme“? Oder gab es die klassischen Schlachten Umwelt gegen Straßenbau, oder hat es die CDU geschafft, zu zeigen, daß beides zusammengeht?

Karin Kummer: Am Anfang, muß ich sagen, waren die anderen Parteien nicht für den Bau der Autobahn. Sie sind erst später auf diesen fahrenden Zug aufgesprungen. Aber als sie merkten, was für Thüringen davon abhängt, haben sie ihr Ja dazu gegeben und waren mit dieser Aufforstungsmaßnahme selbstverständlich einverstanden und haben sie begrüßt. Sie haben das im Gemeinderat mit vorangetrieben.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Prima. Ich kann nur sagen, das ist eine tolle Initiative. Es ist toll, daß die CDU an der Spitze der Bewegung stand. Das ist es, was wir überall zeigen müssen. Ihnen alles Gute, viel Spaß mit dem Preis und schöne Grüße nach Geschwenda.

(Beifall)

Last, but not least gibt es jetzt noch eine kleine spannende Aktion, nämlich die Verlosung des Sonderpreises. Es ist eine ganz besondere Sache, wie der Name schon sagt, denn dem Gewinner winkt etwas, was über Gutscheine hinausgeht, nämlich eine Veranstaltung, die die CDU-Bundesgeschäftsstelle mitentwickelt. Die Bundesgeschäftsstelle übernimmt Kosten in Höhe von 5 000 DM. Das Besondere an dieser Veranstaltung ist, daß sie mit unserem Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble stattfinden wird.

(Beifall)

Das heißt, daß Wolfgang Schäuble in den Ort fährt, in dem der Preisträger wohnt, und mit den Leuten diskutiert. Wir organisieren das für den Orts- oder Kreisverband; ich weiß gar nicht, ob das pädagogisch richtig ist.

Wir haben überlegt, wie wir das auslosen. Wir haben gedacht, wir lassen das einmal die jüngste Parteitagsdelegierte machen. Wir sind uns, wie das so ist, wenn man unter 1 001 Delegierten sucht, nicht ganz sicher, ob wir sie auch gefunden haben. Nach unseren Informationen ist es Maren Schulz aus dem Landesverband Schleswig-Holstein im Alter von 20 Jahren.

(Beifall)

Ich bitte als erstes Maren Schulz zur Auslosung des Sonderpreises nach vorne.

(Beifall)

Jetzt machen wir noch den Sicherheitscheck. Ich frage in die Runde: Gibt es jemanden, der jünger ist als 20, oder jemanden, der auch 20 ist und meint, er kann mit Maren Schulz konkurrieren, und auch Delegierte ist? Ich sehe kein Handzeichen. Sie sind heute die Jüngste. Haben sie vorher gedacht, daß Sie die jüngste Delegierte sind?

Maren Schulz: Nein, damit habe ich nicht gerechnet.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Sie haben gedacht, sie sind alle zwischen 18 und 19?

(Heiterkeit)

Maren Schulz: Also nicht ganz. Ich denke, viele sind wahrscheinlich doppelt so alt wie ich.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Es soll beim CDU-Parteitag vorkommen, daß jemand doppelt so alt wie 20 ist. Ich bin auch dabei.

Sie haben jetzt die Aufgabe, unter den 193 Projekten eines herauszusuchen. Das gewinnt den Sonderpreis. Greifen Sie bitte mit sicherer Hand in die Büchse hinein!

(Ziehung des Sonderpreises)

Maren Schulz: Es ist die Junge Arbeitnehmerschaft der CDA Deutschlands für den Eine-Welt-Laden seit zehn Jahren.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Das ist toll. Nun müssen wir einmal sehen, ob die Junge Arbeitnehmerschaft der CDA Deutschlands hier vertreten ist, also ob es die CDA geschafft hat, jemanden aus ihrer Jungen Arbeitnehmerschaft hoffnungsvoll auf einer Delegiertenliste zu platzieren.

Ist jemand da? Herr Schönbohm ist es nicht.

(Heiterkeit)

Wenn das nicht der Fall ist, wer ist es dann?

(Dr. Norbert Blüm kommt nach vorn – Heiterkeit und Beifall)

Dr. Norbert Blüm: Ich bedanke mich sehr im Namen der Jungen Arbeitnehmerschaft. Wir haben viel gearbeitet und wir freuen uns sehr über den Sonderpreis, besonders über den Preis in Form von Wolfgang Schäuble. Dann komm einmal zu uns! – Das war es schon.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Lieber Norbert Blüm, jetzt müssen Sie die Verantwortung übernehmen, nämlich den Preis. Die Organisation brauchen Sie nicht zu übernehmen. Hätte ich gewußt, daß es so kommt, hätte ich gesagt: Norbert Blüm organisiert die Veranstaltung als stellvertretender Parteivorsitzender. Aber so ist es nicht gekommen.

Dr. Norbert Blüm: Wir junge Arbeitnehmer machen alles. Wir brauchen nicht so viel Hilfe, aber Ihre schon.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Alles klar. Norbert Blüm gibt den Preis jedenfalls weiter. Maren Schulz und ich haben uns geeinigt: Wir können es verantworten, daß wir Norbert Blüm den Preis in die Hand gegeben haben. Einen herzlichen Glückwunsch an die CDA und an ihre Jugend.

(Beifall)

Damit ist unsere Preisverleihung beendet. Ich denke, wir können allen noch einmal geschlossen gratulieren. Vielleicht gibt es ja manch einen, der bei einer ähnlichen Gelegenheit sagt: Das nächste Mal mache ich mit. Es lohnt sich. Es macht Spaß. – Auf jeden Fall werden alle davon lernen. Herzlichen Dank fürs Mitmachen.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Merkel. Auch von dieser Stelle aus vielen Dank an alle, die sich beteiligt haben.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 11.1 auf:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN

Ich darf Sie wiederum bitten, von den Wortmeldezetteln Gebrauch zu machen. Ich weise darauf hin, daß bereits 16 Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache vorliegen. Wir werden an dieser Stelle zunächst nur Wortmeldungen aufrufen, die sich auf den allgemeinen Teil des Berichtes der Generalsekretärin beziehen. Konkrete Wortmeldungen zum Antrag „Erfurter Leitsätze“ werden unter dem folgenden Tagesordnungspunkt aufgerufen.

Ich darf nun als ersten Redner den „Vorsitzenden der Jungen Arbeitnehmerschaft“, Dr. Norbert Blüm, an das Mikro bitten.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wie es das Schicksal so will: Eine Vertreterin der richtigen jungen Arbeitnehmerschaft – nicht die „alte“ junge Arbeitnehmerschaft – steht hier jetzt neben mir. Ihr gebührt der Beifall.

(Beifall)

Sie war draußen am Stand der Jungen Arbeitnehmerschaft.

Ich finde, Politik ist ja nicht langweilig. Das ist einer ihrer vielen Vorteile. Man lernt nie aus. Es heißt: Wenn man nicht mehr neugierig ist, dann ist man tot. Insofern finde ich es gut, daß sich die CDU ausdrücklich zur Veränderung bekennt. Die Welt bleibt nicht stehen. Wenn neue Fragen gestellt werden, kann man nicht einfach die alten Antworten aus der Kiste holen. Man braucht auch nicht auf jede neue Frage sofort eine Antwort zu wissen. Ich mag die „Patentrezeptler“ nicht.

Dennoch kommt es gerade in Zeiten großer Veränderungen auch darauf an, daß es so etwas wie Leitplanken gibt. Solange die Leute in der Postkutsche gefahren sind, haben sie keine Leitplanken gebraucht. Je schneller der Verkehr ist, um so mehr brauchst du Leitplanken. Deshalb dürfen wir Prinzipientreue und das Festhalten an Grundansichten nicht als eine Schwäche bezeichnen. Das hat auch nichts mit einem Tabu zu tun.

Heute morgen habe ich gelernt: Du mußt nicht die Welt allein retten wollen. – Das ist richtig. Man kann hinzufügen: Du mußt sie auch nicht zum zweiten Mal erfinden wollen. Deshalb glaube ich, daß in allen Veränderungen das Erkennen des Neuen genauso wichtig ist wie zu prüfen: Was ist es, das der CDU ihre Unverwechselbarkeit gibt? Das ist nichts für jemanden, der schnelle Antworten gibt. Weiter ist zu prüfen: Was ist das Beständige? Für mich ist das, daß wir weder einem Menschenbild folgen, in dem wir alle Staatsameisen sind, noch einem Menschenbild folgen, das das losgelassene Individuum predigt. Jetzt werden Sie wieder sagen: Das sind alles akademische Betrachtungen. Für mich ist die Verstaatlichung der Gesellschaft ebenso eine große Gefahr wie ihre reine Privatisierung. Ich halte ebenso eine Gesellschaft für eine Gefahr, in der jeder nur für sich verantwortlich ist, eine Gesellschaft, die Selbstverwirklichung mit Alleinverwirklichung verwechselt. Wenn wir von Ehe und Familie sprechen, dann hat das nicht nur etwas mit Kindergeld zu tun; vielmehr hat das etwas mit Verlässlichkeit in unserer Gesellschaft zu tun. Ich möchte keine Gesellschaft, in der es nichts Dauerhaftes mehr gibt, in der alles nur noch wechselt. Man muß acht darauf geben, daß man nicht ein Leitbild hochhält, nach dem jemand, der 40jähriges Betriebsjubiläum hat, zum Amtsarzt geschickt wird, als sei er besonders einfalllos, oder nach dem jemand, der 40 Jahre lang verheiratet ist, für etwas defizitär angesehen wird.

Ich bin, wir sind – das sage ich ausdrücklich – liberal und tolerant. Wir sind nicht der General-sittenmeister der Nation, und es muß nicht alles, was sittlich gesollt wird, vom Gesetzgeber sanktioniert werden. Aber ich bleibe dabei: Man muß wissen, was die Norm ist – Ehe auf Dauer – und was die Ausnahme ist. Ich bin dagegen, daß sich meine Frau dafür entschuldigen muß, daß sie keine alleinerziehende Mutter ist. So weit darf die Toleranz nicht gehen.

(Teilweise Beifall)

Bei aller Hilfe, die gewährt werden muß: Der Staat muß schon wissen, was er fördert, was die Norm ist und was die Ausnahme ist.

Das gilt auch generell. Aus der Geschichte kann man ja viel lernen. Das alte Rom, die Wohlstandsgesellschaft Rom, ist nicht unter dem Ansturm der Germanen zugrunde gegangen, sondern es ist zugrunde gegangen, weil das alte Rom keine Pflichten mehr über die individuelle Existenz hinaus akzeptiert hat. Ich fürchte, die Wohlstandsgesellschaften sind in der Gefahr, ebenso auseinanderzufallen, weil sie Solidarität nicht als eine Möglichkeit der Selbstverwirklichung, nicht als eine Möglichkeit, selbst Mensch zu werden mit anderen – dadurch, daß man für andere da ist –, anerkennt. Die anderen sind keine Last. Kinder sind keine Last. Es können Leute Millionen besitzen: Wenn sie keine Kinder wollen, dann sind sie arme Leute. Kinder sind eine Lust und keine Last; das muß einmal in unserer Gesellschaft gesagt werden.

(Beifall)

Meine Kinder waren wirklich für kein pädagogisches Lehrbuch geeignete Exemplare. Sie haben mich geärgert bis zur Weißglut. Aber unterm Strich muß ich sagen: Es war die schönste Zeit, als die Kinder daheim waren. Es war Ramba-Zamba. Laßt uns die Familie nicht als eine Trauer- und Lastveranstaltung, laßt uns die Familie als eine Lustveranstaltung darstellen.

(Teilweise Beifall)

Wir müssen klarmachen, daß es Spaß macht, Kinder zu haben. Wir dürfen nicht immer nur an den Defiziten herumeiern. Natürlich muß die Familie unterstützt werden.

Ich will übrigens noch einmal festhalten: Subsidiarität geht gar nicht ohne Solidarität. Wer Subsidiarität ohne Solidarität darstellt, hat das Prinzip nicht verstanden. Subsidiarität heißt auch: der kleineren Gemeinschaft nicht nur die Vorfahrt lassen, sondern – „subsidium“, das Wort heißt „Hilfe“ – sie zu unterstützen.

Bei aller Veränderung auch in der Arbeitswelt – vieles ist ja leichter geworden –: Arbeit wird immer Anstrengung sein; Arbeit wird nie Spiel sein. Arbeit wird immer Disziplin brauchen. Arbeit ist immer ein Stück Selbst- und Weltüberwindung. Deshalb braucht man einen Sozialstaat, der die Malocher, diejenigen, die sich anstrengen, belohnt. Der Sozialstaat darf nicht nur – ob Anstrengung oder keine Anstrengung – nach der Bedürftigkeit vorgehen. Das ist nicht mein Sozialstaat. Er hat es auch mit den Fleißigen zu tun. Wenn Lafontaine, Hombach – hoffentlich bei uns niemand – beispielsweise sagen: „Die Pflegeversicherung soll an die Bedürftigkeit gekoppelt werden“, dann entgegne ich: Wer ein Leben lang sein Geld vertrunken hat, wer nie gespart hat, der ist im Alter bedürftig, der würde dann Hilfe bekommen; wer 40 Jahre malocht hat, wer sich keine Urlaubsreisen gegönnt hat, wer abends ein Fläschchen Bier weniger getrunken hat, damit er sich ein Häuschen bauen kann, das er seinen Kindern vererben kann, der ist nicht bedürftig und erhält keine Unterstützung. Das ist nicht mein Sozialstaat, um es klar zu sagen.

(Teilweise Beifall)

Für die Schwachen muß er immer da sein. Aber der Sozialstaat muß auch Anstrengungen belohnen.

Ein weiterer Punkt. In dem Antrag ist viel über Bildung und darüber, wie wichtig sie ist, zu lesen.

Ich weise ganz besonders auf jenen Punkt hin, der auch in unserem Leitantrag enthalten ist. Was mir Kummer macht, sind nicht die Spitzenbegabungen und deren Förderung – das muß ja sein –, sondern die Frage: Was machen wir eigentlich mit denen, die keinen Computer bedienen können? Was machen wir eigentlich mit denjenigen, die früher als Ungelernte ihr Brot verdienten? Auch da lautet die Antwort: Qualifizierung. Was machen wir mit denjenigen, die im technologischen Konzept nicht unterkommen können? Haben wir für diese Menschen nur ein bißchen ABM und therapeutische Betreuung übrig? Ich finde, wir brauchen auch eine Aufwertung der ganz einfachen Dienstleistungen. Wer Menschen bedient, der ist kein Trottel, sondern der muß in unserer Gesellschaft geschätzt werden – auch um der Beschäftigung willen.

(Beifall)

Trotz der Knappheit bei den Ausbildungsplätzen habe ich manchmal den Eindruck, daß sich keiner mehr die Hände schmutzig machen will. Alle versuchen, einen Beruf mit weißem Kittel zu ergreifen. Das hängt auch damit zusammen, daß wir offenbar die handwerkliche Betätigung vernachlässigen. Trotz Menschen wie Einstein brauchen wir auch Menschen, die einen Wasserhahn reparieren können, die Öl wechseln können und die sich dabei die Hände schmutzig machen. Diese Menschen brauchen in dieser Gesellschaft einen Rückhalt. Dieser Rückhalt muß die CDU sein. Die SPD ist doch schon längst keine Arbeiterpartei mehr. Der Prototyp eines SPD-Mitgliedes ist ein Student im 20. Soziologiesemester, der einen Onkel hat, dessen Tante eine Kusine hatte, die im Fotoalbum einen Arbeiter gesehen hat. Arbeiter sind doch längst Randfiguren der SPD geworden.

(Beifall)

Wegen der Modernität wird die Anzahl der Arbeiter zurückgehen. Aber trotzdem muß es doch eine Gruppe geben, die handfeste Arbeit leistet. Für diese Gruppe muß die CDU da sein; für diese Gruppe brauchen wir einfache Abschlüsse. Laßt euch von bildungspolitischen Feinschmeckern nicht einreden, das sei Diskriminierung! Zu meiner Zeit bei Opel gab es den Anlernberuf Revolverdreher. Das war eine Ausbildung von zwei Jahren für die, die den Hauptschulabschluß nicht ganz geschafft haben. Dann haben die Artisten der Bildungspolitik gesagt, das sei eine Diskriminierung, und haben den Anlernberuf abgeschafft. Was war das Ergebnis? Die betroffenen Menschen sind als Ungelernte in den Betrieb gegangen. Früher hatten sie noch ein erreichbares Ziel, nämlich den Abschluß nach zwei Jahren Lehrzeit. Nach 30 Jahren Arbeit bei Opel hat niemand mehr gewußt, wer der Dreher und wer der Revolverdreher war. Wir brauchen etwas mehr Bildungspolitik für die einfachen Leute. Die CDU muß als soziale Partei nicht nur für diejenigen eintreten, die Sprecher haben und die Rabatz machen können, sondern sie muß auch für die eintreten, um die sich nur wenige kümmern. Das verstehe ich unter Original-Politik der CDU in einer sich wandelnden Welt.

(Beifall)

Frau Müller, Sie können ganz beruhigt sein: Der Platzhirsch macht für Kühe und Kälber freie Bahn. Ich will aber noch sagen: Laßt uns über Altes und Neues diskutieren! Das Neueste, was ich gelernt habe, will ich einmal weitergeben. Ich habe mich in der Zwischenzeit ein bißchen mit der Entwicklungspolitik beschäftigt. Liebe Freunde, der alte Blüm lernt noch dazu. Wenn ich mir das

Elend in der Welt ansehe, dann muß ich feststellen: Kinder schufteten in Bergwerken und in Teppichhöfen. Die Raketen, die wir Sylvester bewundern, werden in Bengalen in Werkstätten hergestellt, wo man die Uhr danach stellen kann, wann die Kinder verrecken. Angesichts dieser Lage in der Welt ist manches von dem, was wir sehr aufgeregt in dieser Wohlstandsgesellschaft Deutschland diskutieren, geradezu eine Blähung. Wenn ich mir vorstelle, daß ich mich auf Marktplätzen habe beschimpfen lassen müssen, nur weil es keine Reisetabletten mehr auf Krankenschein gab, dann muß ich sagen, daß manche Aufregung in der Bundesrepublik Deutschland angesichts des Elends in der Welt und der wirklichen Skandale völlig unangemessen war.

(Beifall)

Vielleicht tut es der Wohlstandsgesellschaft auch gut, einmal über den Tellerrand hinauszublicken; denn wenn der Abstand zwischen Reich und Arm so bleibt, wie er jetzt ist – 20 Prozent der Erdbevölkerung verbrauchen 80 Prozent der Erdengüter; zu den 20 Prozent zählen Sie und ich –, dann werden weiterhin Menschen sowohl an Schwindsucht als auch an Fettsucht sterben. Die Welt ist verrückt. Insofern glaube ich, daß wir Sozialpolitik in größeren Dimensionen betreiben müssen. Das ist keine Flucht vor den Themen, die in der Bundesrepublik wichtig sind. Aber es wird auch im Zeitalter der Globalisierung keine Ruhe auf der Erde geben, wenn wir das Gefälle zwischen Reich und Arm nicht beseitigen können. Auch in diesem Punkt glaube ich, daß die Sozialdemokraten nur auf den nächsten Wahltag schielen und wenig Sensibilität entwickeln.

Ich habe mir nicht nur die Entwicklungspolitik, sondern auch die Sozialpolitik angesehen und habe dies ohne Schadenfreude getan. Ich muß aber trotzdem sagen: Wenn ich in meiner Zeit als Arbeitsminister so gehandelt hätte, dann wäre ich auf Marktplätzen verrissen worden. Wenn ich ankündigt hätte, daß die Menschen mit 60 Jahren in die Rente gehen können, ich aber nicht gewußt hätte, wie das hätte bezahlt werden können, dann hätte man mich als Stümper in Deutschland durch die Gassen gejagt. Kein Mensch hätte mehr ein Stück Brot von mir genommen. Lieber Deutscher Gewerkschaftsbund, wach einmal auf! Was habt ihr mit mir gemacht, was macht ihr aber mit dieser Regierung?

(Beifall)

Der langen Rede kurzer Sinn. Ich fasse zusammen. Erster Punkt: Laßt uns bei aller Veränderung eine Partei der Grundsätze und der Fundamente eines Weltbildes sein, das sich vom Sozialismus wie vom Liberalismus unterscheidet! Wir wollen nicht nur eine Partei der Tagesbeliebigkeit sein, sondern eine Partei der Grundsätze, weil in einer Zeit der großen Veränderung die Menschen nach Orientierung suchen.

Zweiter Punkt: Laßt uns nicht nur um diejenigen kümmern, die eine große Mehrheit bilden und entsprechend vertreten werden! Laßt uns auch um diejenigen kümmern, die möglicherweise zu kurz kommen! Die am stärksten Betroffenen sind die, die früher die Ungelernten waren. Für diese Gruppe fallen die Arbeitsplätze weg. Wir müssen neue Ideen hinsichtlich der Entlohnung und der Beschäftigungsfelder entwickeln.

Dritter Punkt: Macht nicht nur deutsche Sozialpolitik! Blickt über den Tellerrand hinaus! – Das war's.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Blüm. Zum weiteren Verfahren mache ich folgenden Vorschlag. Gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung kann die Redezeit von der amtierenden Tagungspräsidentin bis auf 5 Minuten und bei Stellungnahmen zu Geschäftsordnungsanträgen bis auf 3 Minuten begrenzt werden. Bei einer allgemeinen Begrenzung der Redezeit kann der amtierende Präsident des Bundesparteitages für grundsätzliche Ausführungen zu geschlossenen Sachgebieten eine Redezeit bis zum Doppelten der allgemeinen Redezeit zulassen. Ich denke, wir sollten weiter so verfahren.

Bevor ich als nächste Rednerin Frau Annette Schwolen-Flümann vom Landesverband Nordrhein-Westfalen und danach Dr. Uwe Lehmann-Brauns aufrufe, gebe ich noch einmal Frau Dr. Merkel kurz das Wort.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Liebe Freunde! Ich möchte noch kurz erwähnen, was ich vorhin vergessen habe. Die Preisträger wurden nicht nur hier präsentiert, sondern sie stellen vor dem Plenarsaal ihre Projekte aus. Die Aussteller würden sich über einen Besuch freuen. Ich schaue mir die Ausstellung jetzt an und empfehle jedem Delegierten, sich ebenfalls draußen zu informieren und mit den Projektträgern zu diskutieren.

Annette Schwolen-Flümann: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte von den Themen, mit denen sich Norbert Blüm in seiner Rede beschäftigt hat, zu den Niederungen der Partei zurückkommen. In diesem Zusammenhang möchte ich einige Kritikpunkte formulieren.

Warum ist der Parteitag so gestaltet worden, wie uns das die Tagesordnung heute vorgibt? Wir haben im Herbst in Bonn beschlossen, einen offenen Parteitag zu führen, einen Parteitag, der sich den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Gespräch und in der Diskussion stellt, der neue Thesen erarbeitet und nicht nur ein vorgegebenes Konzept verabschiedet, so wie wir es in den letzten Jahren immer so schön getan haben. Hand hochheben und Ende. Ich meine, damit muß endgültig Schluß sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage mich: Wo sind all die Beschlüsse der letzten Jahre geblieben, die wir an die Bundestagsfraktion überwiesen haben? Wir müssen hören, was uns die Menschen zu sagen haben, und wir müssen ihre Meinung in unseren Denkprozeß und in unseren Entscheidungsprozeß einbeziehen.

Es nützt überhaupt nichts, wenn kluge Strategen im Konrad-Adenauer-Haus ein Papier aus dem Boden stampfen, das in sich rund ist und um Gottes Willen keine Ecken und Kanten erkennen läßt. Glauben wir denn, daß es reicht, um die modernste Partei Deutschlands zu werden, daß wir sagen, wir wollen Diskussion und Vielfalt, aber nicht sagen, wie wir das verwirklichen wollen und dieses vor allen Dingen nicht in den eigenen Reihen praktizieren, daß wir sagen, Tabus und Denkverbote sind fehl am Platz, aber nicht sagen, wie wir diese aufheben wollen?

In den Erfurter Leitsätzen steht:

Die CDU war immer stark, wenn die Volkspartei in ihrer ganzen Breite sichtbar war.

Gleichzeitig soll die Zugehörigkeit eines Mitgliedes auf zwei bis drei Vorstandsämter beschränkt werden. Richtig so. Aber dann müssen wir auch bitte den Mut haben zu sagen, Vorstandstätigkeit darf nicht länger als zehn Jahre ausgeübt werden, denn Kreativität kann nach 20 bis 25 Jahren Vorstandszugehörigkeit oder Mandatsausübung auf der Strecke bleiben. In Sitzungen kann durch endloses Vorbeten an der Sache vorbeigeredet werden, statt Anliegen aufzugreifen. Frauen und andere Wählergruppen binden wir durch solche Parteivertreter nicht.

Zu etwas anderem brauchen wir ebenfalls Mut. Bekennen wir uns doch nachhaltig zum Prinzip der Mitgliederversammlungen! Öffnung durch Zuhören. Sicher werden Sie sagen, ihr Bonner habt ja schon einmal 250 bis 400 Leute auf einer Mitgliederversammlung, bei strittigen Personalentscheidungen manchmal auch 1 200 von euren 5 000 Mitgliedern. Zugegeben, sicher ist die Beteiligung der Mitglieder unterschiedlich, aber sie bewahrt uns auch davor, uns immer im gleichen Kreis zu treffen. Andere Meinungen werden zu verschiedenen Themen eingebracht, Gedanken werden neu formuliert und nicht selten geraten die wohlüberlegten Thesen ins Wanken. Richtig so, man lernt wieder Zuhören, achtet viel stärker auf die verschiedenen Strömungen und lernt, die Meinungen anderer zu akzeptieren. Noch ein weiteres: Bewährte Kreise werden gestört. Sich nicht immer in ein und demselben Delegiertenkreis zu treffen, dieselben Gesichter zu sehen, die Meinungen im voraus zu kennen, weil man sich ja gerade erst zwei Tage vorher in ähnlicher Zusammensetzung getroffen hat.

Wir wollen besonders junge Menschen fördern und wollen, daß die Belange von Frauen besondere Berücksichtigung finden, kurzum eine Erneuerung. Ich habe Zweifel, daß dieser Parteitag dieses leistet. Wir wollen Öffnung und das Zulassen von unbequemen Meinungen; dagegen stehen vorgefertigte Papiere und deren Abklatschen. Wir wollen Parteireform, keine Reförmchen. Wir sind in der Opposition und müssen nun endlich die damit verbundenen Chancen nutzen. – Danke schön.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schwolen-Flümann, für Ihre offenen Worte. Als nächster nun Dr. Uwe Lehmann-Brauns, danach Eckhardt Rehberg.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns, Verehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren! Frau Merkel! Die vorgelegten Leitanträge weisen aus meiner Berliner Sicht zwei strategische Schwachstellen auf, die wir ausfüllen sollten:

Erstens. Zur Kultur fehlt jegliche Aussage. Das ist um so erstaunlicher, als sich die Union in der Parteienlandschaft gerade auf diesem Gebiet profiliert hat. Denken wir einmal an die reichen Kulturlandschaften in Bayern und Baden-Württemberg, auch an die in Thüringen und Sachsen oder in Berlin. Angesichts dessen und der Bedeutung, die die Kultur als Integrationskraft und für die Attraktivität unserer Städte und Landschaften, für unsere Kommunikation mit Künstlern und Intellektuellen hat, wäre es unverständlich und fehlerhaft, die Kulturpolitik ganz zu übergehen. Von der Bildungspolitik ist ja heute schon sehr oft zu Recht gesprochen worden. Unsere Mitbürger wissen, daß die Union den Faktor Kultur hoch einschätzt und ihre Autonomie ebenso und ihre Rahmenbedingungen sichert. Auch darin unterscheiden wir uns von den Sozialdemokraten, die in Frankfurt am Main, zwischen Wallmann und Koch und jetzt

in Brandenburg die Axt an viele Bühnen und Einrichtungen gelegt und damit zur Verkümmern und Nivellierung des gesellschaftlichen Lebens beigetragen haben. Von Herrn Naumann, dem Staatsminister für Kultur, habe ich keinen Protest gehört. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, daß er kulturpolitisch eine Nullrolle spielt, ein Strohfeuermann ist, der seine Schuldigkeit im Wahlkampf getan hat.

(Vereinzelt Beifall)

Das zweite Manko der Leitsätze betrifft unseren Umgang mit dem Begriff der Nation, der wir alle angehören und die uns wie durch ein Wunder vor zehn Jahren wiedergeschenkt wurde. Diese Nation ist dem Leitantrag zweieinhalb Zeilen wert. Die Union ist eine europäische Partei – das ist wahr – und darüber hinaus weltoffen. Keine andere Partei hat so viele türkische Mitglieder wie die Union in ihren Reihen. Der Chauvinismus hat bei uns keine Chance. Nie haben wir mit rechten Splitterparteien koalitiert. Gerade deshalb brauchen wir die Nation nicht zu verstecken.

(Vereinzelt Beifall)

Insbesondere sollten wir nicht den Eindruck erwecken, wir machten uns um die Integration unserer ausländischen Mitbürger größere Sorgen als um die Herstellung der noch nicht voll hergestellten inneren Einheit. Wir müssen das Prädikat „Partei der deutschen Einheit“ zu sein, täglich neu erobern gegen die neue alte Spalterpartei, gegen die Westlinken und gegen solche Neostaatsmänner wie Herrn Thierse, deren Distanz zur Nation und ihrer Geschichte sich in so törichten Abstraktionen wie „Plenarbereich Reichstagsgebäude“ äußert.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bedaure, daß unsere Vertreter im Ältestenrat diesen verbalen Eiertanz mitgemacht haben.

(Beifall)

Diese Sprache signalisiert Entfremdung, also genau das, was wir nicht wollen.

Wenn die Historiker richtig gezählt haben, sind wir seit 1 000 Jahren Landsleute. Ich glaube schon, daß wir es uns zehn Jahre nach dem Ende der Spaltung leisten können, auf einen spalterischen Ost-West-Begriffsapparat zu verzichten. Deutschland zerfällt eben auch nicht in alte und neue Länder. Nehmen wir als Beispiel Thüringen, dem vielleicht schönsten deutschen Stammland, in dem die deutsche Aufklärung und die deutsche Klassik ihre Heimat haben. Wer also den Begriff Nation aus dem politischen Alltag und unserer Programmatik ausschließen wollte, der darf sich nicht wundern, wenn sich ein ostdeutsches Wir-Gefühl verstärkt und als Reaktion wie jetzt in Nordrhein-Westfalen ein West-Bewußtsein plakatiert wird. Sagen wir also deutlich Ja zu dieser Nation. Nur dann sind wir auch stark genug, den Rucksack, den wir uns in diesem blutigen Jahrhundert selbst aufgeladen haben, zu tragen.

Summa summarum: Weder die Kultur noch die Nation dürfen in unseren programmatischen Äußerungen Leerstellen bleiben. Sie sollten zukünftig in die Leitsätze Eingang finden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Uwe Lehmann-Brauns. Als nächsten rufe ich Eckhardt Rehberg auf und danach Peter Jungen.

Eckhardt Rehberg: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Freunde! Viele fragen mich mit einem etwas mitleidigem Unterton: Wie geht es Ihnen? In aller Regel sage ich dann: sportlich im Augenblick bescheiden,

(Zuruf: FC Union)

politisch relativ gut. Politisch geht es uns eigentlich ganz gut. Nur, liebe Freunde, Mecklenburg-Vorpommern geht es leider nicht gut. Diese rot-rote Koalition schreckt nicht nur Investoren ab und bringt das Land ins Abseits, sondern über die SPD hat die PDS bei uns eine Position, von der aus sie ganz direkt Einfluß auf die Bundespolitik nehmen kann und nimmt. Wenn einer von uns gesagt hätte, die PDS sei die fünfte Kolonne Moskaus und müsse aufpassen, daß sie nicht zur fünften Kolonne Belgrads wird, wie es Bundeskanzler Schröder getan hat, hätte ich nicht die Schlagzeilen sehen mögen. Im gleichen Moment stimmt aber die PDS in Mecklenburg-Vorpommern der jetzigen Fassung des Gesetzes über die doppelte Staatsbürgerschaft zu.

Liebe Freunde, was die SPD in Deutschland macht, das ist mehr als verlogen. Es ist Lug und Trug und auch eine Schande angesichts der jüngsten deutschen Geschichte.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben uns nicht nur mit der aktuellen Tagespolitik auseinanderzusetzen. Wir müssen mit unseren beiden Themen „Wo Werte Zukunft haben“ und „Mitten im Leben“ die geistige Auseinandersetzung mit dem rot-grünen Gesellschaftsmodell in Deutschland und zusätzlich mit dem rot-roten Politikmodell in Schwerin suchen.

Liebe Freunde, in Schwerin geht es weniger um Inhalte.

Es geht um die dritte Machtoption der SPD in Deutschland, und zwar um die mit der PDS. Ich kann Bernhard Vogel nur zustimmen, wenn er sagt: Die Nebelkerzen braucht Dewes nicht zu werfen. Wenn es die rechnerische Möglichkeit gibt, dann wird auch hier in Thüringen das rot-rote Modell zwischen SPD und PDS Gestalt annehmen. Dies müssen wir deutlich machen.

Viele fragen mich heute: Herr Rehberg, der Aufbau Ost kommt zu kurz. Ich muß feststellen: Wir müssen hinaus zu den Menschen und ihnen sagen, daß die SPD die Wähler 1998 betrogen hat. Was hat sie plakatiert? Gerechtigkeit besonders im Osten! Was ist mit der Ökosteu-er? Sie betrifft besonders die Transferhaushalte im Osten. Was ist mit den 630-Mark-Jobs? Wie viele bei uns sind darauf angewiesen. Was ist mit dem Gesetz zur angeblichen Scheinselbständigkeit? Gerade in den neuen Bundesländern machen sich viele selbständig. Liebe Freunde, Arbeit ist besonders im Osten wichtig.

Was den Aufbau Ost betrifft, muß Ihnen eines sagen: Im Augenblick wird einfach das gespiegelt – dies wird übrigens, wie letzte Woche im Deutschen Bundestag, auch gelobt –, was die Union acht Jahre lang geleistet hat. Der Bau des Airbus in Mecklenburg-Vorpommern –davon bin ich fest überzeugt – wäre nur mit Helmut Kohl zu uns gekommen. Insoweit ist die Chefsache „Aufbau Ost“ für Bundeskanzler Schröder eigentlich eine Nebensache gewesen.

Deswegen müssen wir – da gebe ich Jürgen Rüttgers hundertprozentig recht – noch einmal hinterfragen: Warum sind wir als CDU am 27. September letzten Jahres besonders im Osten eingebrochen? Wir müssen beantworten, ob wir zum Beispiel unsere Reformen zu stark von der Wirtschaftsseite her interpretiert haben? Wann haben wir gesagt, daß die Gesundheitsreform eine Kaufkraftstärkung bei den Arbeitnehmern darstellt? Wir haben immer nur von einer Entlastung der Unternehmen gesprochen. Auch in der Sprache müssen wir uns bei unseren Reformen ändern. Dann bekommen wir die Menschen auch wieder zu uns zurück.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß ein Letztes sagen: Ich bin davon überzeugt, daß wir mit unserem Wertekanon, mit der Debatte über unsere Grundsätze, damit, wie wir Freiheit in Verantwortung und wie wir Solidarität sowie Gerechtigkeit verstehen, „mitten im Leben“ zu den Menschen hingehen können. Dann werden wir sie auch von unserer Alltagspolitik überzeugen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Eckhardt Rehberg, und weiterhin viel Kraft für die Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. – Als nächstes Peter Jungen aus Nordrhein-Westfalen; anschließend Fritz Niedergesäß aus Berlin.

Peter Jungen: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wolfgang Schäuble hat heute morgen darauf hingewiesen, daß sich seit einigen Monaten die Börsenentwicklung in Deutschland von der internationalen Börsenentwicklung abgekoppelt hat. Das ist eine richtige Feststellung. Er hat das damit begründet, daß die rot-grüne Regierung eine Politik vorlegt, die außerordentlich beschäftigungsfeindlich sowie unternehmensfeindlich ist und die diejenigen, die etwas unternehmen wollen, behindert.

Meine Damen und Herren, ich möchte allerdings auch auf folgendes hinweisen: Als sich der DAX vor anderthalb Jahren und auch noch vor einem Jahr stärker und besser entwickelt hatte als andere europäische Börsen und selbst als die amerikanische Börse, haben das einige auch aus unseren Reihen beklagt. Wir müssen uns irgendwann entscheiden, ob wir es als positiv oder als negativ erachten, wenn sich Börsenkurse nach oben entwickeln.

Sie haben sich damals nach oben entwickelt, weil wir eine richtige Reformpolitik gemacht haben. Diese war im Ansatz richtig. Sie ist vielleicht spät oder auch zu spät begonnen worden. Möglicherweise war sie für den einen oder anderen zu zögerlich. Aber eines ist richtig – da stimme ich meinem Vorredner ausdrücklich zu –: Wir haben es offensichtlich nicht fertiggebracht – vielleicht von der Sprache her –, den Menschen deutlich zu machen, weshalb wir unsere Reformen machen und weshalb sie letztlich für die Menschen von Vorteil sind, die heute und auch damals von Arbeitslosigkeit betroffen sind und waren.

Der Chefökonom von Goldman Sachs, die wohl führende Investmentbank in der Welt, hat im vergangenen Jahr eine quasi schon hellseherische Prognose gemacht. Er hat gesagt: Die Rücknahme der Reformen, das Zurückdrehen der Reformpolitik, wird Deutschland in ein Loch zurückwerfen. Was er vorhergesehen hat, ist richtig. Wir alle können heute feststellen, daß diese Entwicklung in der Tat eingetreten ist. Ich bin froh darüber, daß wir zunehmend zu dem

Konsens gekommen sind, daß dies nicht eine Politik ist, die wir unterstützen können, sondern die im Gegenteil bekämpft werden muß.

Wolfgang Schäuble hat in einer Veröffentlichung im vergangenen Jahr dazu angemerkt, daß die Auffassung, daß mehr staatliche Einflüsse bessere Ergebnisse auf dem Arbeitsmarkt, für die soziale Sicherheit und für wirtschaftlichen Wohlstand bringen, aus der Steinzeit eines interventionistischen, allzuständigen Staatsglaubens stammen müsse. Ich denke, daß diese Auffassung völlig richtig ist.

Deshalb ist es wichtig – das zeigen die Erfurter Leitsätze –, daß eine große Übereinstimmung in der Union dahin gehend herrscht, daß die Reformpolitik fortgesetzt werden muß. Denn nur dadurch kann der Prozeß einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung und Erneuerung nachhaltig beschleunigt werden.

Ich will hier auf die Einzelheiten nicht eingehen. Aber es scheint mir wichtig, folgendes festzuhalten: Die Probleme, die wir in der Beschäftigung haben, sind überwiegend hausgemacht. Der deutsche Arbeitsmarkt ist der größte Gewinner der Globalisierung. Ich begrüße ausdrücklich, daß wir in unseren Leitsätzen keine ängstliche, defensive Haltung einnehmen, sondern daß wir darauf hinweisen, daß die Globalisierung Chancen bietet, die wir nutzen müssen. Bei uns ist der Anteil der internationalen Wettbewerb stehenden Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl wesentlich höher, als dies in anderen Ländern, zum Beispiel in den USA, der Fall ist. Das heißt, daß wir offensichtlich hinterfragen müssen, wo die Ursachen für unsere Beschäftigungsprobleme liegen. Sie liegen hier bei uns zu Hause.

In den USA hat sich seit Anfang der 60er Jahre die Zahl der Beschäftigten mehr als verdoppelt, und zwar auf 130 Millionen. Davon sind 80 Millionen im Dienstleistungsbereich. Das sind einfache Dienstleistungen. Aber das sind sehr qualifizierte Dienstleistungen, wovon wir uns alle sehr viel mehr in Deutschland wünschen würden.

Eines ist richtig: Die Mehrheit derjenigen, die in den letzten 15 Jahren im Dienstleistungsbereich einen Arbeitsplatz gefunden haben, sind solche mit überdurchschnittlich hoher Bezahlung. Es kann also keine Rede davon sein, daß es nur um sogenannte Billigjobs geht.

Was können wir daraus lernen? Auch wir haben keinen Mangel an Arbeit. Aber wir haben offensichtlich einen Mangel an Arbeitgebern. Da sich herumgesprochen hat, daß keine Regierung mehr Arbeit schaffen, sondern höchstens Arbeitsplätze vernichten kann und daß nur Unternehmer Beschäftigung organisieren können, müssen daraus einige Konsequenzen gezogen werden. Es kommt dabei der Rolle des Unternehmers eine besondere Bedeutung zu. Wichtig wäre nicht, daß wir eine unternehmerfreundliche Politik betreiben, sondern eine Politik, die junge Menschen ermuntert, sich selbständig zu machen, weil sie dann Beschäftigung für andere organisieren können. Es wäre wichtig, Hindernisse zu beseitigen angesichts der großen Risiken, die sie dabei eingehen.

Bei uns liegt der Anteil der Selbständigen nach wie vor unter dem Durchschnitt der OECD-Länder, also der westlichen Industrieländer. Ich meine, daß die wichtigsten Punkte in diesem Zusammenhang sind, diese Hindernisse zu beseitigen, Übergänge zu erleichtern, Risikokapital, und zwar privates Risikokapital, zu mobilisieren und steuerliche Diskriminierung zu beseitigen.

Eines bedauere ich: In den Erfurter Leitsätzen kommt das Wort „Unternehmer“, soweit ich es feststellen konnte, auch im Wirtschaftsteil nicht ein einziges Mal vor. Im Entwurf vom Februar dieses Jahres war es enthalten. Es ist dahin gehend geändert worden, daß es in der Ziffer 21 nicht mehr von einer „unternehmer- und innovationsfreundlichen Politik“ gesprochen wird. Es heißt jetzt: „eine unternehmens- und innovationsfreundliche Politik“. Wir alle ahnen, weshalb man das Wort „Unternehmer“ durch „Unternehmen“ ersetzt hat. Ich verstehe das. Das ist möglicherweise in der Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen ein Kampfwort. Aber ich denke, wir müssen uns dazu bekennen. Einmal kommt das Wort „unternehmerisch“ vor. Es kommt aber nur als Adjektiv vor, und zwar vor dem Wort „Risiko“, aber nicht dann, wenn darauf hingewiesen wird, welche Wirkungen dadurch auf die Beschäftigung entstehen.

Norbert Blüm hat soeben gesagt, es könne keine Gesellschaft geben, so wie es unsere ist, in der jeder nur für sich selbst sorgt. Da sind wir uns völlig einig. Ich stimme mit ihm überein, daß das größte Problem der Beschäftigung die Minderqualifizierten sind. In diesen Bereich liegen bei uns die Arbeitslosenquoten weit über 20 Prozent, während wir in den Bereichen mittlerer und höherer Qualifizierung eine Arbeitslosigkeit von 3 bzw. 4 Prozent haben. In manchen Bereichen werden händeringend Mitarbeiter gesucht, insbesondere in den innovationsfreundlichen Bereichen der Computertechnologie und im Softwarebereich, um nur einige zu nennen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es nicht wichtig – ich wiederhole das –, daß eine Politik für Unternehmer gemacht wird. Aber es ist wichtig, daß die Politik die Rolle der Unternehmer im Strukturwandel versteht und daß das in den vorliegenden Leitsätzen zum Ausdruck kommt. Auch wenn dies nicht ausdrücklich so genannt wird, finde ich dies einen außerordentlich erfreulichen Fortschritt.

Meine Damen und Herren, die Politik nutzt die Unternehmer und soll sie noch stärker nutzen, um Beschäftigung zu organisieren und den Wohlstand zu mehren.

Lassen Sie mich ein kleines Beispiel aus den USA nennen, bevor ich zum Ende komme. Wir können von den USA eine Menge lernen. Vor zwei Jahren haben auch manche von uns gesagt, wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse. Natürlich, dort ist nicht alles toll, aber wenn sie jetzt im zehnten Jahr Wachstumsraten von 3 bis 4 %, eine Arbeitslosenquote von 4,6 % und in vielen Bereichen eine Knappheit an Arbeitskräften haben, dann frage ich mich, ob wir davon nicht doch lernen können.

Gerade zum Bereich der Gründung von jungen und hochinnovativen Unternehmen, zur Internet-Entwicklung, die ja in den letzten Wochen auch bei uns sehr viel stärker in den Mittelpunkt gerückt ist, will ich nur zwei Zahlen anführen. Vor vier Jahren gab es vier Unternehmen des Internet-Bereichs, die an der amerikanischen Börse notiert waren. In diesem Jahr sind es inzwischen 100. Die damalige Börsenkapitalisierung betrug zwei Milliarden Dollar. Jetzt liegt sie bei 230 Milliarden; das ist fast unser Bundeshaushalt. Diese Entwicklung zeigt, welche Dynamik in solchen Bereichen liegt, wenn es uns gelingt, ein Klima für die Gründung von Unternehmen zu schaffen.

Meine Damen und Herren, das berühmteste Beispiel ist Microsoft. Wir alle hören ja immer wieder die Geschichte, daß ein Bill Gates in Deutschland nie hätte erfolgreich sein können, weil er in der Garage nicht beginnen durfte. Wegen der Brandschutzvorschriften darf eine Garage

kein Fenster haben. Ein Arbeitsplatz aber muß Fenster haben. Also kann bei uns in der Garage keiner ein Unternehmen gründen, jedenfalls nicht, wenn er dabei jemanden beschäftigt.

Dieses Unternehmen, das in den 70er Jahren gegründet worden ist, hat inzwischen eine Börsenkapitalisierung, die größer ist als die der folgenden deutschen Unternehmen zusammengekommen: Telecom, Daimler-Chrysler, Mannesmann, SAP, Bayer, Metro, Siemens und Hoechst. Wenn Sie jetzt noch die Deutsche Bank dazutun, dann schaffen die es gerade, die Börsenkapitalisierung dieses hochtechnologischen und innovativen Unternehmens zu erreichen, das in den 70er Jahren von jungen Leuten gegründet worden ist.

Ich denke, diese Vorstellung von Entrepreneurship stammt eigentlich aus Deutschland, aus dem deutschsprachigen Raum, von Schumpeter, der allerdings auf Englisch publiziert hat, weil er nach England emigriert ist. Vielleicht kommt diese Vorstellung wieder zu uns zurück, und wenn uns das gelingt, wird auf Dauer nicht mehr der Satz gelten: Wenn du Arbeitsplatzsicherheit haben willst, dann mußt du nach Deutschland gehen, aber wenn du Arbeit haben willst, dann mußt du in die USA gehen. – Meine Damen und Herren, diesen Zustand müssen wir ändern, und in diesem Sinne begrüße ich außerordentlich den Ansatz dieses Leitantes. – Vielen Dank.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jungen.

Ich rufe nun Herrn Fritz Niedergesäß auf. – Ich erinnere noch einmal an die Redezeitbegrenzung.

Fritz Niedergesäß: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal möchte ich Eckhardt Rehberg, der hier als Präsident des 1. FC Hansa Rostock gesprochen hat, wünschen, daß er es noch schafft und daß er die Punkte noch zusammenkriegt, damit die einzige Mannschaft aus dem Osten in der Bundesliga bleibt.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wolfgang Schäuble hat vorhin gesagt, daß wir in Zeiten der Globalisierung und der revolutionären Veränderungen unserer Arbeitswelt Vollbeschäftigung nicht aus dem Auge verlieren wollen. Leider ist es nun dazu gekommen, daß die CDU am 27. September abgewählt worden ist; denn die Ansätze, die wir zumindest im letzten Jahr durch die Bundestagsfraktion und durch die Regierung hatten, waren ja doch positiv, und der Trend war zumindest richtig, obwohl er ein paar Jahre zu spät gekommen ist. Was die Sozialdemokraten zur Zeit in Bonn leisten, das wird alles nach hinten losgehen, und wir werden die Schwelle der Arbeitslosigkeit nicht herunterholen.

Eines aber möchte ich hier anmahnen, und da will ich vor allem an unsere Bundestagsabgeordneten appellieren, die schon eine Initiative ergriffen haben, daß beispielsweise der Mittelstand im Bauwesen und in anderen Bereichen schneller zu seinem Geld kommt. Gott sei Dank habe ich vor ein paar Tagen in der „Frankfurter Allgemeinen“ gelesen, daß es dazu jetzt einen Antrag gibt, der endlich mit dem Spuk ein Ende macht, daß Leute, die ehrliche Arbeit abliefern, jahrelang auf ihr Geld warten müssen. Erfreulicherweise bewegt sich da jetzt etwas, damit der Mittelstand wieder besser ausgestattet wird.

Heiner Geißler hat hier vorhin gesagt: Gerechtigkeit schafft Frieden. Was sich derzeit im Bauwesen im Tarifbereich abspielt, kann ich als Mensch, der 35 oder 40 Jahre im Bauwesen arbeitet, nur noch als eine Katastrophe ansehen. Das wird in den westlichen Ländern nicht ganz so kraß sein wie in Berlin und in den östlichen Ländern. Wir haben derzeit den Zustand, daß sich die Gewerkschaften mit ihren Tarifpartnern ständig streiten, daß sie um Prozente und um sonstige Dinge feilschen, aber es spricht kein Mensch davon, daß sich im Endeffekt keiner mehr an die ausgehandelten Tarifverträge hält.

Wir haben den Zustand, daß der gesamte Bereich der Schwarzarbeit und der Dumpinglöhne gewaltige Formen angenommen hat. Ich schätze, 20 bis 30 % – das sagen auch die Fachverbände so – erhalten noch Tariflohn, alle anderen Lohn weit darunter. Jetzt brauchen wir uns über Arbeitslosigkeit gar nicht mehr zu wundern, wenn der Arbeitsmarkt jahrelang mit solchen ungerechten Attacken ausgehöhlt wird und wir überhaupt keinen Ansatz dafür sehen, daß das einmal besser werden könnte.

Ich wünsche mir daher, daß die Initiativen, die hierzu von unserer Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht werden, letztendlich dazu führen, daß das Tarifrecht wieder ein Recht wird, das man auch wirklich Recht nennen kann. Denn derzeit ist es mehr ein Spuk, der dazu dient, die Leute in irgendeiner Form zu befriedigen und den Gewerkschaften vielleicht die Genugtuung zu verschaffen, daß sie für die relativ hohen Gehälter, die die Funktionäre dort kriegen, auch wirklich etwas gemacht haben. Das kann aber auf Dauer nicht dazu führen, daß wir Arbeit für alle und damit auch Wohlstand für alle schaffen.

Meine Damen und Herren, zumindest im Berliner Raum ist es so, daß von 1000 Leuten, die als Schwarzarbeiter aufgegriffen werden, schließlich zwei strafrechtlich verknackt werden. Die ganze Hetzjagd, die nach diesen Leuten gemacht wird, könnten wir uns eigentlich sparen, denn dann, wenn wir nur zwei verknacken und wenn 998 nichts passiert, dann wird sich an diesem ganzen Zustand nichts ändern; da brauchen wir uns doch nichts vorzumachen.

(Zustimmung)

Ich bin der Meinung, daß das Tarifrecht in eine höhere Form des Gesetzesrechts gekleidet werden muß. Das Strafrecht muß für Leute eingeführt werden, die diese Rechte wissentlich unterlaufen und die den schwer arbeitenden Bauarbeiter letztlich zum Bettler machen. Was kommt denn am Ende dabei heraus? Die Schnittstelle liegt doch irgendwo bei 15 Mark. Wenn einer weniger verdient, sagt er: Na ja, dann kann ich auch in die Arbeitslosigkeit und in die Arbeitslosenhilfe gehen – mit allem, was sich dann hinten anschließt. Das führt letzten Endes dazu, daß unser Arbeitsmarkt in Deutschland von denen unterlaufen wird, die auch für vier oder sechs oder acht oder zehn Mark arbeiten, und das kann doch wohl auf Dauer kein gesunder Zustand sein.

Daß das in anderen Bereichen der Wirtschaft ähnlich abläuft, will ich hier nur erwähnen. Ich plädiere aber dafür, daß wir wieder dazu kommen, daß die Bauarbeiter mit ihrer harten Knochenarbeit anständig entlohnt werden.

Angela Merkel hat vorhin gesagt, daß familiengerechte Jobs geschaffen werden müssen. Meine Damen und Herren, es ist kein familiengerechter Job mehr, wenn man einen Bauar-

beiter vielleicht mit 12 Mark nach Hause schicken will. Der hat nach Tarif entlohnt zu werden; dann werden sich viele Probleme, die wir insbesondere im Bauwesen haben, von ganz alleine lösen, und wir alle brauchen nicht mehr diese Heuchelei vor uns herzutragen, daß wir wegen der niedrigen Tarife auch niedrige Preise haben, wie es der Vertreter der Bundesbaudirektion in Berlin beim Reichstag und bei den anderen Bauten zugegeben hat. Er hat glattweg zugegeben, wenn er Tarif zahlen müßte, würde das Bauen teurer. Er war wenigstens noch ehrlich. Aber es kann doch nicht unser Ansinnen, das der CDU sein, daß wir den hart arbeitenden Menschen das Geld aus der Tasche ziehen und den Ganoven und den Gangstern, die davon profitieren, das Feld überlassen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Ich bitte nun Frau Regina Trösch aus dem Landesverband Baden-Württemberg ans Mikrofon.

Regina Trösch: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich bin Stadträtin in Mannheim, der zweitgrößten Stadt in Baden-Württemberg, und dort, seit es das Thema „Ausländerbeauftragte“ bei der CDU gibt, als Ausländerbeauftragte der Stadt tätig. Ich spreche, wie Sie unschwer erkennen können, zu der Nr. 28 des Leitantrages, nämlich zum Thema „Ausländer und Integration“.

Ich habe mich mit diesem Thema 1991 intensiv an Hand einer Asylbewerberunterkunft in meinem Stadtteil befassen müssen, einer sehr ungeliebten Unterkunft. Wir konnten immerhin verhindern, daß es in einer liberalen Stadt wie Mannheim zu einem Brand in einer solchen Unterkunft gekommen ist. Dadurch kam ich dann zum Thema. Fast gleichzeitig hatten wir in Mannheim zu entscheiden, ob wir die größte Moschee in Deutschland bauen wollten, und zwar im Zentrum der Stadt und nicht in irgendeinem Außenbezirk.

Ich beschäftige mich seit sehr langer Zeit mit dem Thema und war hin- und hergerissen, als unsere Unterschriftenaktion am Himmel auftauchte. Ich habe sie dann aber mit Vehemenz vollinhaltlich unterstützt, weil ich der Auffassung bin, daß die Problematik, die mit dem hohen Ausländeranteil in manchen unserer Städte und insgesamt in Deutschland zusammenhängt, an Bedeutung gewinnt. Ich habe die Aktion unterstützt und begründet. Ich will, daß endlich die Diskussion darüber geführt wird, wie wir mit diesem Thema umgehen. Ich bin froh, daß es die CDU in dieser Art und Weise gemacht hat und das Thema Integration ganz oben auf ihre Fahnen geschrieben hat. Ich bin froh, daß es jetzt diesen Leitantrag gibt und möchte gern zwei Punkte herausgreifen, wobei ich die Punkte im wesentlichen vollinhaltlich mittragen kann und werde.

Mit dem Punkt, in dem es heißt, wir wollen die Neukonzeption des muttersprachlichen Unterrichts und die Einbindung in den Regelunterricht, habe ich ein Problem. Aus meiner Kenntnis heraus dürfen nicht die Lehrer aus der Türkei, die des Deutschen nicht mächtig sind, diesen Unterricht erteilen.

(Beifall)

Das heißt, es muß darauf hinauslaufen, daß Kinder, die hier in Deutschland groß werden, zweisprachig groß werden können und nicht zweimal halbsprachig groß werden. Die Kinder

müssen ihre eigene Muttersprache lernen, und sie müssen die zweite Sprache ebenso korrekt erlernen können.

Der zweite Punkt: Daß wir den Zuzug begrenzen wollen, ist natürlich eine Zukunftsvorstellung, aber ich sehe an meiner Tätigkeit, daß dies eine sehr schwierige Aufgabe sein wird. Ich sage auch, Deutschland ist kein Einwanderungsland, aber wir müssen eine Migrationspolitik betreiben, die sehr gezielt von uns gesteuert wird.

Ich möchte noch auf etwas hinweisen, das mich in dem Zusammenhang tief beunruhigt. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ war ein Artikel von Herrn Professor Dr. Herwig Birk über die Bevölkerungsentwicklung. Ich fordere von der CDU, daß sie die Bevölkerungspolitik der Zukunft wesentlich mitgestaltet. Unser Thema kann nicht nur Ausländerpolitik heißen, sondern die Frage muß lauten: Wie wollen wir die Bevölkerungspolitik in unserem Lande in Zukunft steuern? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Trösch. Ich möchte noch einmal an die Tagungsdisziplin erinnern und würde die Delegierten bitten, möglichst wieder hereinzukommen.

(Zuruf: Das Präsidium ebenfalls!)

Das schließt das Präsidium natürlich mit ein. – Als nächster spricht Siegfried Kauder. Ich bitte dann Frau Rönsch, sich bereitzuhalten.

Siegfried Kauder: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ist uns der Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität nicht so viel wert, daß wir ihn als Programmpunkt in ein zukunftsorientiertes Programm und die Leitsätze von Erfurt aufnehmen?

Kriminalitätsbekämpfung zählt zu den vorrangigsten Aufgaben des Staates. Seit dem Bestehen der Prozeßordnung aus dem Jahre 1877 galt der staatliche Strafanspruch nahezu unangefochten. Gerade jetzt aber, wo Parteien die Regierungsverantwortung im Bund tragen, die glauben, den staatlichen Strafanspruch aufweichen zu müssen, gilt es wieder einmal im Bereich der inneren Sicherheit programmatisch Flagge zu zeigen.

Kriminalität ist dort, wo wir leben und wohnen und verstärkt dort, wo unsere Kinder sich aufhalten. Kriminalität ist mitten in unserem Leben, aber bezeichnenderweise geringer in Ländern, die von der CDU regiert werden. Die CDU ist kompetenter Ansprechpartner der Bürger auch im Bereich der inneren Sicherheit, weil die Bürger wissen, daß Werte in unserer Partei Vergangenheit und Zukunft haben.

Meine Damen und Herren! Der Landesverband Baden-Württemberg hat einen Antrag unter A 317 gestellt, der Thesen zur inneren Sicherheit zu Leitsätzen von Erfurt erhebt. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an einen Bundesausschuß zu verweisen. Meine Damen und Herren, das, was in diesen Anträgen steht, haben wir nahezu inhaltsgleich schon in Leipzig verabschiedet. Sollen wir uns durch eine Verweisung an einen Bundesausschuß von dem Bereich der inneren Sicherheit verabschieden? Das darf nicht sein. Deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen und den Antrag der Antragskommission insoweit abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren! Flankierend zu diesem Antrag zur inneren Sicherheit haben wir unter Antrag 4 der Initiativanträge eine Ergänzung angeregt, denn zur Kriminalitätsbekämpfung gehört auch unsere Hinwendung zum Tatopfer. Gerade das Opfer hat besonderen Anspruch auf staatlichen Schutz und Fürsorge nach einem traumatisierenden Tatgeschehen.

Zur Fürsorge gehört auch das Recht des Opfers auf Schadensausgleich im Strafverfahren. Das derzeit hier vorhandene Instrumentarium der Strafprozeßordnung darf deshalb nicht eingeschränkt werden, es muß vielmehr opferorientiert ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren! Noch nie seit Verkündung des Opferschutzgesetzes im Jahre 1986 wurden mehr Opferschutzvorschriften erlassen als unter einer CDU-Regierung in der letzten Legislaturperiode. Ich verbinde deshalb meine Bitte, unserem Initiativantrag 4 – Opferschutz – als Ergänzung zu Antrag A 317 zuzustimmen, auch mit einem Dank an die CDU-Bundestagsfraktion. Aber, meine Damen und Herren, auch das, was Sie unter diesem Initiativantrag wiederfinden, haben wir nahezu inhaltsgleich beim Bundesparteitag in Leipzig schon beschlossen. Was soll also eine Verweisung an einen Bundesausschuß?

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren! Soll ich in der nächsten Woche nach Mainz zu einer der größten Opferschutzorganisationen mit einer Mitgliederzahl von fast 70 000 und einem jährlichen Volumen von 20 Millionen Mark fahren und sagen: Die Opfer sind der CDU nicht einmal einen Satz in einem Parteiprogramm wert? Dem, der dies meint, empfehle ich, in der Zeitschrift für Rechtspolitik im März 1999 nachzulesen. Herr Geis, den ich sehr schätze, beschreibt dort den Istzustand des Opferschutzes. Wenige Seiten später finden Sie etwas zu zukunftsorientierter Opferschutzpolitik, allerdings nicht unter dem Namen der CDU, sondern unter dem einer anderen Partei. Deswegen sind wir aufgerufen, heute, jetzt und hier in den Leitlinien etwas zur inneren Sicherheit und zum Opferschutz auszusagen. Deshalb bitte ich Sie, für den Antrag A 317 und den Initiativantrag 4 zu stimmen. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kauder. – Bevor ich jetzt Frau Rönsch das Wort gebe, möchte ich darauf hinweisen, daß uns zu dem wichtigen Thema „Familienpolitik“ zahlreiche weitere große Anträge vorliegen. Der Bundesvorstand hat deshalb beschlossen, im Herbst einen Bundesausschuß speziell zu diesem Thema durchzuführen. Wir möchten aber an dieser Stelle die Konturen der unterschiedlichen Anträge sichtbar machen und bitten bereits jetzt, für die Christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft Herrn Eppelmann, für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Herrn Rauen, für die KPV Herrn Friedrich Wilhelm Wehrmeyer, für die Frauen-Union Frau Professor Süßmuth und für die Senioren-Union Herrn Bernhard Worms sich bereitzuhalten zu einem kurzen Podiumsgespräch, das die Generalsekretärin moderieren wird.

Da wir inzwischen noch weitere Wortmeldungen bekommen haben, bitte ich um Ihr Einverständnis, die Rednerliste jetzt zu schließen. Gibt es zu diesem Vorschlag Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann schließen wir hiermit die Rednerliste, und ich bitte Frau Rönsch ans Mikrophon.

Hannelore Rönsch: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im ausgehenden 20. Jahrhundert sind unsere Familien ganz erheblichen Veränderungen unterworfen. Familien werden kleiner, und die familiären Lebensformen sind wesentlich vielfältiger geworden. Es stellen sich uns heute vier zentrale Fragen.

Erstens: Wollen denn die jungen Menschen überhaupt noch in Familie leben? Hier können wir nach Untersuchungen, die im vorvergangenen Jahr gemacht wurden, eindeutig sagen: Über 80 Prozent der 18- bis 27jährigen jungen Männer und Frauen sagen ja zur Familie.

Sie wollen eine Familie gründen. Sie wollen allerdings später heiraten. Sie wollen in ihren Lebensentwürfen auch Kinder. Sie treffen diese Entscheidungen heute wesentlich bewußter als früher und auch in Abwägung gegenüber anderen Lebensformen. Der Stellenwert der Familie ist bei den jungen Menschen allerdings nach wie vor ungebrochen. Sie wollen in verlässlichen Formen in der Familie in Geborgenheit leben. Die Familien sollen auch auf Dauer angelegt sein. So weit die Untersuchungen. So stellt sich der Wunsch der allermeisten jungen Leute dar.

Die zweite Frage lautet: Ist denn der Wunsch nach Kindern überhaupt noch vorhanden? Auch diese Entscheidung wird heute bewußter getroffen als früher. Man will Kinder, aber man will sie später. Zu Beginn und auch zur Zeit der Eheschließung besteht bei den jungen Leuten ursprünglich noch der Wunsch, zwei Kinder zu haben. Später merken sie auf Grund der Lebenserfahrung und auch durch den Vergleich mit anderen Lebensgemeinschaften, die sich entschlossen haben, ohne Kinder zu leben, daß sie mit zwei Kindern erhebliche Wettbewerbsnachteile haben. Der ursprüngliche Wunsch, zwei Kinder zu haben, wird zurückgestellt. Es wird ein Kind realisiert. Bei allem Wandel hat Familie in den Lebensentwürfen der jungen Menschen aber nach wie vor einen herausragenden Platz.

Dritte Frage: Wie ist eigentlich der Stellenwert der Familie in der Gesellschaft? Wir alle sind uns sicher einig – unser Vorsitzender hat es heute morgen in eindrucksvoller Weise noch einmal gesagt –: Ohne Familie hat Gesellschaft keine Zukunft, und es entsteht keine Mitmenschlichkeit. Die Leistungen der Familie für uns alle sind immens und unverzichtbar. Es gilt allerdings für uns in der Gesellschaft auch immer noch als selbstverständlich, daß Familien Leistungen zu erbringen haben, für die die Gesellschaft dann nicht finanziell herangezogen wird. Die Familie hat Wettbewerbsnachteile. Sie werden hingenommen. Konrad Adam, der große Familienforscher, hat von den sogenannten strukturellen Rücksichtslosigkeiten in unserer Gesellschaft gesprochen, die es abzubauen gilt. Dies sind strukturelle Rücksichtslosigkeiten im Arbeitsleben, im Bildungswesen, am Wohnungsmarkt und hinsichtlich der finanziellen Verfügbarkeit, jeweils beim Vergleich von Familie und anderen Lebensentwürfen.

Die vierte Frage: Welche finanzielle Unterstützung braucht denn die Familie? Diesbezüglich haben wir durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes als Familienpolitiker das erste Mal feste Vorgaben. Dafür sind wir dankbar. Wir alle, die wir auf vielen Parteitagen Familienpolitik für die CDU gestalten konnten, hätten uns auch in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer eine wesentlich bessere finanzielle Ausgestaltung vorstellen können. Wir waren dazu nicht in der Lage. Wir sind in den 16 Jahren unserer Regierungszeit, so denke ich, erheblich weitergekommen. Ich nenne hier nur Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, die Erwei-

terung der Kinderfreibeträge und auch die Erhöhung des Kindergeldes. Trotzdem haben junge Menschen, die sich für Kinder entschieden haben, im Vergleich zu jedem Single-Haushalt erheblich mehr finanzielle Schwierigkeiten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat uns nun vor schöne Aufgaben gestellt und auch Vorgaben gemacht. Diese Vorgaben gilt es nun umzusetzen. Jetzt sind wir in der etwas komfortablen Situation, daß Finanzpolitiker nicht immer mit Haushaltsvorbehalten kommen können, denn jetzt wurden konkrete Beträge genannt. Wir haben heute hier zwar nicht zur Beratung, wohl aber zur Kenntnisnahme – die Beratung wird auf dem kleinen Parteitag im Herbst erfolgen – unterschiedliche Entwürfe vorliegen, wie wir die Leistungen für die Familie in der Zukunft finanziell ausgestalten können. Ich will Ihnen heute ganz kurz vortragen, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit ihren Familienpolitikern entworfen hat: ein Modell für Familiengeld. Ich sage dies deshalb etwas vorsichtig, weil wir dieses Modell für Familiengeld jetzt in einer Studie zur Berechnung in Auftrag gegeben haben. Wir wollen mit diesem Familiengeld sicherstellen, daß wir auch dann, wenn wir übermorgen die Regierung übernehmen müßten, auf Mark und Pfennig das, was die Fraktion erarbeitet hat, finanzieren könnten. Wir wollen solide Politik machen und uns deutlich von dem absetzen, was die Sozialdemokraten jetzt vorgelegt haben. Sie haben vielleicht die Diskussion über den ersten Entwurf eines Kindergrundfreibetrages verfolgt. Dieser Kindergrundfreibetrag benachteiligt Familien, je mehr Kinder sie haben. Dies kann ja wohl das Ziel nicht sein. Was Sozialdemokraten sich jetzt mit der Ökosteuer, die die Familien am meisten belastet, geleistet haben, ist, daß sie den Familien das Geld einerseits aus der Tasche nehmen und dann nach dem Versprechen im Wahlkampf mit einer großzügigen Geste andererseits das Kindergeld erhöhen. Hier sind die Sozialdemokraten gefordert. Wir werden ihnen durchaus bei der Bewältigung der anstehenden Aufgabe helfen und unser Modell entgegenstellen.

Familiengeld, so wie wir es angedacht und vorgesehen haben, heißt, daß wir unsere alten Institutionen Kindergeld, Kinderfreibetrag und Erziehungsgeld weiter fortführen wollen und daneben das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes umsetzen wollen, indem wir den Betreuungsfreibetrag und den Haushaltsfreibetrag noch hinzunehmen. Dieses Familiengeld soll als Bruttoentgelt unabhängig von der Erwerbstätigkeit gezahlt werden, so daß man berufstätig sein kann oder auch nicht. Selbstverständlich wird auch ein Rentenbeitrag gezahlt. Es handelt sich um eine Transferleistung plus eine Steuerentlastung.

Wir haben dazu eine Studie in Auftrag gegeben, die im Sommer vorliegen wird. Wir freuen uns auf die Diskussion beim kleinen Parteitag, die wir über das hier dargestellte Modell ebenso wie über die anderen Modelle, die heute hier vorgestellt werden, führen werden. Wir werben für unser Familiengeld, weil es die alten Instrumente der CDU, nämlich Kindergeld, Kinderfreibetrag und Erziehungsgeld, weiter fortführt, weil es einen Ausbau darstellt und Familien in der Zukunft entlastet.

Lassen Sie uns bei dem kleinen Parteitag im Herbst gemeinsam um die besten Lösungen streiten. Wir brauchen unsere Familien. Wir brauchen sie in ihrer Ausgestaltung, in ihrer Struktur. Wir müssen sie allerdings auch finanziell unterstützen, damit junge Männer und Frauen sich für Kinder, für Familie und für das Leben in der Familie entscheiden.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Rönsch. Ich bitte nun die Teilnehmer an der Diskussionsrunde nach hier oben. Das sind Herr Friedrich-Wilhelm Wehrmeyer, Herr Rainer Eppelmann, Herr Peter Rauen, Frau Rita Süßmuth, Herr Bernhard Worms und Frau Angela Merkel.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Damit klar ist, was jetzt hier passiert, sei folgendes gesagt. Zum Thema Familie liegen uns die interessantesten und auch die detailliertesten Anträge vor. Jeder weiß, daß die Diskussion zu diesem Thema mit dem heutigen Tag eröffnet werden soll. Hannelore Rönsch hat uns eben zwar eine Einführung gegeben, aber auch die verschiedenen Vereinigungen haben sich sehr wohl intensive Gedanken über das Thema gemacht. Das findet in den Anträgen unter Abschnitt C auch seinen Niederschlag. Damit die unterschiedlichen Vorstellungen nicht zusammenhanglos nebeneinanderstehen, wollen wir jeder Vereinigung nunmehr die Möglichkeit geben, ihre Position hier darzustellen. In der Kürze liegt manchmal die Würze. Angesichts dieser kurzen Darstellungen ergibt sich auch die Möglichkeit, Vergleiche zu ziehen. Wir werden heute bewußt noch keine Antworten geben. Vielmehr wollen wir Ihnen die Breite dessen, was bei uns in der Partei zu diesem Thema angedacht wird, vorstellen. Im Herbst muß dann entschieden werden. Dann schlägt die Stunde der Wahrheit. Wir haben lange überlegt, wer als erster Stellung nehmen soll. Wir haben uns dafür entschieden, daß die Kommunalpolitiker als erste das Wort erhalten. Am 13. Juni sind viele Kommunalwahlen. Stellen Sie deshalb jetzt bitte zunächst das dar, was die KPV sich überlegt hat.

Friedrich-Wilhelm Wehrmeyer: Herzlichen Dank, Frau Dr. Merkel. Ich freue mich, daß wir als erste sprechen dürfen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen, daß das Papier, das Ihnen heute als Antrag C 18 unter dem Stichwort „Familienpolitik 2000“ vorliegt, seine ersten Konturen bereits im Jahre 1994 gefunden hat. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1994 das Jahr der Familie begangen wurde. Wir haben seinerzeit als Kommunalpolitiker schon deutlich gemacht, daß im Bereich der Familie viele Leistungen, die wir auch aus dem Bereich der Kommunalpolitik erbringen, gar nicht sichtbar werden. Ich nenne nur das Beispiel der Kindergärten. Wir haben dort Elternbeiträge, die sich zwischen 200 und 300 DM bewegen. Die Kosten in diesem Bereich liegen aber unendlich höher. Sie liegen bei 800 bis 1000 DM im Monat. Das sind Leistungen, die die Kommunen für die Familien erbringen.

Als ich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gelesen habe, hatte ich den Eindruck, daß die Herren Verfassungsrichter, die man durchaus besonders ernst nehmen muß, derartige Leistungen, die wir für die Familie erbringen, gar nicht gesehen haben.

Wir haben damals gesagt: Um das den Familien deutlich zu machen, müßten wir ganz anders herangehen. Wir müßten dem sogenannten Bruttoprinzip Geltung verschaffen. Wir müßten den Eltern das Geld in die Hand geben und ihnen dann die Entscheidungsfreiheit lassen, ob sie ihr Kind in den Kindergarten geben wollen oder ob sie die Kindererziehung auf andere Weise, beispielsweise durch Tagesmütter, sicherstellen wollen. Deswegen gab es schon seinerzeit den Vorschlag, das Kindergeld auf sage und schreibe 1 000 DM zu erhöhen, dann aber kostendeckende Kindergartenbeiträge zu nehmen.

Ich will ganz deutlich sagen: Für uns ist nicht nur die finanzielle Seite der Familien entscheidend. Vielmehr müssen wir vier Bereiche ernst nehmen. Zum ersten geht es um den Bereich

der Kinder. Zum zweiten geht es um die Jugendlichen – Sie lesen tagaus, tagein, was in dieser Altersgruppe passiert –, die uns große Sorgen machen. Herr Oberbürgermeister Ruge sagte heute morgen: Wer Sport treibt, der wirft nicht mit Steinen. Das bezieht sich im wesentlichen auf die Jugendlichen. Insofern müssen wir uns da mehr einfallen lassen. Zum dritten geht es natürlich um den Bereich der Eltern. Und zum vierten ist der Bereich der Großeltern angesprochen. Die Großfamilie im herkömmlichen Sinne gibt es nicht mehr, was dazu führt, daß die Großeltern immer mehr ausgegrenzt werden. Zum Teil haben sie keine Kinder, zum Teil werden sie von ihnen nicht mehr betreut.

Diese große Linie habe ich nachgezeichnet, um einen Einstieg zu bringen. Ich kann in der Diskussion die Einzelpositionen sicherlich noch ergänzen. Lassen Sie mich noch einen Punkt herausgreifen, der im Bereich der Jugend wichtig ist: Auf die offene Jugendarbeit – ein Thema, das in der CDU immer besonders umstritten war –, so haben wir gesagt, müssen wir ein besonderes Augenmerk legen. Sie bietet die Chance, stärker auf den Jugendlichen zuzugehen, und zwar nicht in der traditionellen Form, daß man Jugendfreizeitstätten schafft, die dann durch Sozialarbeiter, die uns in der Regel politisch auch nicht nahestehen, betreut werden, sondern im Wege der Einbeziehung der verbandsgebundenen Jugendarbeit in die offene Jugendarbeit. Das heißt, in Zukunft sollten nur noch dann Angebote in Jugendfreizeitstätten gemacht werden, die von Sportvereinen, von Pfadfindern oder ähnlichen Gruppen unterbreitet werden. Das bietet eine Chance für die Zukunft, die offene Jugendarbeit weitaus besser zu gestalten, als das in der Vergangenheit geschehen ist. – Herzlichen Dank.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Herzlichen Dank, Herr Wehrmeyer. Sie haben für die Kommunalpolitiker deutlich gemacht, was es schon gibt und was man in der Zukunft – gerade in der Kombination von Kindergeld und Betreuungskosten – machen könnte. – Auch unsere Mittelständler haben sich Gedanken über die Familienpolitik gemacht. Peter Rau, Sie haben das Wort, um deren Position darzustellen.

Peter Rau: Frau Merkel, wir sind der Auffassung, daß das Karlsruher Familiengerichtsurteil zügig, schnell und ohne Wenn und Aber umgesetzt werden muß. In bezug auf das Verhalten unserer Partei dazu muß eine Grundfrage geklärt werden, nämlich ob wir grundsätzlich davon ausgehen, daß sich der einzelne Mensch nicht selbst helfen kann, daß er betreut werden muß und Hilfe von anderen braucht. Wenn das so ist, dann kann es nur die Möglichkeit der staatlichen Transferzahlungen geben –, oder ob wir davon ausgehen, daß sich der Mensch in aller Regel selbst helfen kann, daß er leistungsfähig ist und eigenverantwortlich handelt, daß er arbeiten geht und sich und seine Familie selbst ernährt. Wenn wir von letzterem, dem Regelfall, ausgehen, dann spricht alles dafür, dem Familiengerichtsurteil über Freibeträge gerecht zu werden – dergestalt, daß das Existenzminimum die Kosten für Kinderbetreuung, für Kindererziehung und den zusätzlichen Wohnraumbedarf berücksichtigt und somit durch entsprechende Freibeträge von jeglicher Steuer freigestellt wird.

Das Karlsruher Familienurteil hält im Kern fest, daß in den vergangenen Jahren die normal zusammenlebenden Ehepartner gegenüber den Alleinerziehenden diskriminiert waren, weil sie im Gegensatz zu diesen die Kinderbetreuungskosten und die Haushaltsfreibeträge nicht absetzen konnten. Legt man dies zugrunde, spricht verfassungsrechtlich eigentlich überhaupt

nichts dagegen, das Problem im Wege der Freibeträge zu lösen. Jedoch müssen wir bei diesem Thema die unselige Neiddiskussion überwinden. Dabei geht es um die Frage, ob das Kind desjenigen, der weniger verdient. Die Schlußfolgerungen, die daraus oftmals gezogen wurden, waren falsch, sind falsch und bleiben auch falsch. In einem Steuersystem, bei dem die Steuersätze mit wachsendem Einkommen steigen, ist es ein Akt der horizontalen Steuergerechtigkeit, denjenigen, der steuerlich progressiv belastet wird, bei Freibeträgen progressiv zu entlasten.

Die Unternehmen des Mittelstandes wissen, daß in der Organisation von Arbeit noch viel getan werden muß und viel getan werden kann, um Familie und Erwerbsarbeit besser zu verbinden und aufeinander abzustimmen. Die Förderung der Familie mit Kindern kann unserer Überzeugung nach nur im Gesamtzusammenhang von Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gelöst werden. Ein staatlich garantiertes Familiengehalt, so wie von der CDA gefordert, das seiner Höhe nach sogar an die Stelle von Erwerbseinkommen treten können soll, lehnen wir grundweg ab. Wir halten diese maßlose Ausweitung des Sozialstaates für unbezahlbar und gesellschaftspolitisch für einen Schritt in die falsche Richtung. Wir brauchen zukünftig mehr Eigenverantwortung und stärkere Anreize zu privaten Initiativen, dagegen weniger staatliche Fürsorge und weniger Betreuer in einer immer mehr betreuten Gesellschaft.

Ich will schließen: Wenn wir, wie es unser Parteivorsitzender heute ausgeführt hat, „Arbeit für alle“ wollen, dann müssen wir, so wie in den Erfurter Leitsätzen gefordert, die Ausgaben des Staates an der Summe, die wir alle erarbeiten, am Bruttoinlandprodukt, auf 40 Prozent reduzieren. Dazu paßt ein Familiengehalt überhaupt nicht. Wir sind hier in einem klaren Zielkonflikt, den wir nur im Gesamtzusammenhang lösen können – und nicht nur isoliert über die Familienpolitik. – Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Herzlichen Dank, Peter Rauen. Sie haben sich auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil konzentriert, auf das Motto „Arbeit für alle“ bezug genommen und Ihrer Sorge Ausdruck gegeben, daß nicht bezahlbare Forderungen der Familie letztlich nicht weiterhelfen. Es fügt sich gut, daß als nächster Rainer Eppelmann dran ist. Für die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft ist, dem Subsidiaritätsprinzip folgend, das Thema Familie ja ganz, ganz wichtig. Also, Rainer Eppelmann, was hat sich die CDA in Familienfragen gedacht?

Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, liebe Angela, daß ich hier reden darf. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, uns – das heißt, nicht nur der CDA; der sächsische Sozial- und Familienminister und seine Freunde haben an einem ähnlichen Entwurf gearbeitet – geht es darum, auf dem Feld der Familienpolitik die anerkannte Sachkompetenz zurückzugewinnen, die wir über viele, viele Jahre aufweisen konnten, nun aber verloren haben. Lassen Sie mich das zunächst parteipolitisch sagen: Mit Heiner Geißler und Rita Süßmuth stellten wir zwei Minister, die Geschichte geschrieben haben und deren Familienpolitik noch heute anerkannt wird.

Vielen Familien in der Bundesrepublik Deutschland geht es nicht um 20 oder 30 DM mehr Kindergeld, sondern darum, die Familien teilhaben zu lassen, ihnen Achtung entgegenzubringen

und die Arbeit, die sie vollbringen, zu würdigen. Uns geht es zudem darum, daß Familienarbeit gegenüber traditioneller Erwerbsarbeit ideell und materiell aufgewertet wird. Man hat den Eindruck, daß die Arbeit des Autobauers, des Juristen oder des Ingenieurs sehr viel mehr Beachtung erfährt als die Kindererziehung durch den Vater oder die Mutter. Vor diesem Hintergrund sind wir auf den Gedanken gekommen, an dieser Stelle mit dem möglicherweise provokanten Begriff „Familiengehalt“ zu arbeiten. Aber uns geht es – ich hoffe, daß das deutlich wird – nicht um Begriffe, sondern um Inhalte.

Wie wollen wir das erreichen? Wir hoffen, daß es uns gelingt, innerhalb der Union eine Mehrheit für die Überlegung zu finden, daß Familienarbeit anerkannt und in unserer Gesellschaft ideell und materiell aufgewertet wird.

Wir müssen uns zusammensetzen und zum Beispiel bei einem kleinen Parteitag intensiv darüber reden. Ich hoffe und bin überzeugt, daß es uns gelingen wird, an dieser Stelle eine Lösung zu finden, zu der eine Mehrheit in unserer Partei ja sagen kann.

Bei uns ist das Erziehungsgehalt als eine qualitative Weiterentwicklung des Erziehungsgeldes konzipiert. Es geht uns im Kern um eine Transferleistung, die von der Geburt bis zur Einschulung gezahlt wird, und zwar unabhängig davon, ob Vater und Mutter erwerbstätig sind, voll oder teilweise erwerbstätig sind oder ob sie in der Zeit, in der die Kinder da sind, zu Hause sind. Deutlich, weil wir uns da offensichtlich auch Mißverständnissen ausgesetzt haben, möchte ich formulieren: Es geht uns um keine „Heim an den Herd“-Kampagne, sondern um eine echte Wahlfreiheit. Vater und Mutter sollen entscheiden können, ob sie die Erziehung selbst übernehmen oder teilweise an andere übertragen wollen. Es soll die Möglichkeit einer wirklich freien Entscheidung zwischen Vater und Mutter geben, und es soll nicht wie bisher in fast allen Fällen heißen: Frau, das machst du. – Wir wollen noch einmal deutlich machen, daß das keine Abschaffung oder Negierung von Krippen und ähnlichen Einrichtungen sein soll. Wir sind sogar der Meinung, daß durch ein solches Konzept, wie wir es uns vorstellen, die Kindererziehung außer Haus aufgewertet wird.

Wir liegen mit unserem Konzept, wenn wir es richtig sehen, ganz im Geiste des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom Januar dieses Jahres, das auch eine höhere Anerkennung und Honorierung von Familienarbeit haben und die Wahlfreiheit erhöhen möchte.

Ein letzter Satz von mir. Wenn wir tatsächlich davon überzeugt sind, daß unsere Kinder unsere Zukunft sind und daß Erziehungsarbeit mit Kindern Investitionen in unsere Zukunft ist, dann ist dies nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine gesamtpolitische, unter anderem auch eine wirtschaftspolitische Aufgabe. Darum bin ich sicher, daß wir uns einigen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Danke schön, Rainer Eppelmann. Hier ist also ein Begriff entstanden, der, wie das Begriffe so an sich haben, Widersprüche auslöst. Die einen sagen, es muß alles finanzierbar bleiben. Eine andere Sache wurde schon angesprochen – dazu nimmt Rita Süßmuth noch Stellung –: Heim an den Herd. – Dies kann mit Sicherheit nicht das Ziel sein. Aber bevor wir die Position der Frauen-Union hören, möchte ich

Bernhard Worms für die Senioren-Union das Wort geben. Die, wenn ich es so sagen darf, Großeltern machen sich Gedanken nicht nur um die Elterngeneration, sondern auch um die Enkelgeneration. Was sagt die Senioren-Union?

Dr. Bernhard Worms: Vielen Dank, Frau Dr. Merkel, daß Sie mir das richtige Stichwort gegeben haben. In der Senioren-Union haben wir uns zunächst mit den gesellschaftspolitischen Defiziten befaßt. Es geht um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir sprechen hier zwei große Teilbereiche an. Sie haben es in Ihrer großen Rede heute auch gesagt: Es geht um familienfreundliche Jobs. Das Fachstichwort heißt hier „Teilzeitarbeit“. Dafür haben wir uns schon in der Vergangenheit eingesetzt, und dafür werden wir uns auch künftig einsetzen. Wir möchten mit der Kommunalpolitischen Vereinigung auf die Städte und Gemeinden in Deutschland einwirken, die Betreuungsangebote, Krippen und Kindergärten auszubauen. Ganz besonders übernehmen wir auch die Forderung einer Schulzeitgarantie für die Kinder in den Grundschulen. Wohlgedemerk, wir möchten dies privatwirtschaftlich organisieren und nicht durch den Staat. Insofern treffen wir uns hier wieder mit der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung. Auf der anderen Seite gehen wir davon aus, daß die damit verbundenen Kosten gemäß des Bundesverfassungsgerichts steuerlich absetzbar sind.

Ein zweiter großer Schwerpunkt liegt auf der Wertediskussion. Wir setzen uns vehement dafür ein, daß Art. 6 des Grundgesetzes, „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates“, in keiner Form aufgeweicht wird. Das ist uns das erste und wichtigste Anliegen. Wir betrachten homophile Lebensgemeinschaften als mit Ehe und Familie nicht gleichstellbar.

(Beifall)

Das dritte, verehrte Damen und Herren, das für uns eine Rolle spielt – ich fuße auch wieder auf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts –: Im Bereich der Steuerreform setzen wir uns dafür ein, daß das Einkommen der Steuerpflichtigen im Umfang des Existenzminimums auch steuerfrei bleibt. Nach unserem Verständnis gilt dies für alle, die sich in der Familie aufhalten und zur Familie zählen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Vielen Dank, Bernhard Worms. Das sind einmal ganz andere Gedanken gewesen. Neben der Eltern- und Kindergeneration an die Großelterngeneration zu denken, ist angesichts der Tatsache, daß die Menschen heute eher älter werden, leider aber oft früher aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden, ganz spannend.

Rita Süßmuth, die Frauen-Union hat sich nun seit Jahr und Tag Gedanken über die Familie und gerade auch über Frauen in den Familien gemacht. Nicht immer hatte die Familie Konjunktur, wie auch die Frauenpolitik nicht immer Konjunktur hatte. Insofern sind wir natürlich ganz besonders gespannt auf die Diskussion mit der Frauen-Union. Ich weiß, ihr habt euch viele Jahre Gedanken gemacht.

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Was die hier Sitzenden und intern Diskutierenden verbindet, ist die Auffassung, wir brauchen weitere Verbesserungen für die Familien. Denn eine CDU, die zu Recht sagt: Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, kann diesen Teil vergessen,

wenn sie nicht gründlich in Familien investiert. Wie sich das in Deutschland entwickelt oder nicht entwickelt, ist die zukunftsentscheidende Frage.

(Beifall)

Wir dürfen nicht außer acht lassen: Im Augenblick wird jede dritte Ehe geschieden. Zwei Drittel der Scheidungsanträge gehen von Frauen aus. Ohne daß ich das jetzt bewerte, ist das ein Hinweis auf massive Konflikte. Ich lasse jetzt die Dinge außen vor, die im Bereich Kindergeld, Grundfreibetrag, Haushaltsfreibetrag und Ansatz der Kinderbetreuungskosten liegen. Ganz entscheidend ist, daß wir von vornherein offensiv dagegen angehen, was schon jetzt in der Diskussion ist, das Erziehungsgeld in die Masse zur Finanzierung des Verfassungsgerichtsurteils von Karlsruhe zu geben. Das wäre das Ende dessen, was wir an Familienkompetenz hatten.

(Beifall)

Ich sage ganz offen: Die Frauen-Union ist für eine Weiterführung des Familienlastenausgleichs – heute: Familienleistungsausgleichs. Das heißt, neben dem Kindergeld das Erziehungsgeld zum Familiengeld weiterzuführen. Wir sind gegen ein Erziehungsgehalt. Viele in den Vereinigungen sprechen auch vom Bruttoansatz. Wir möchten kein Verhältnis von Familie zu Staat, das durch Gehaltszahlungen charakterisiert ist.

(Beifall)

Das heißt, der Staat kann nicht der erste Kontrolleur von Arbeitsverhältnissen sein. Daran ist auch nicht gedacht. Aber der Begriff des Gehalts legt es nahe. Umgekehrt müssen wir lernen, nicht mehr von „Erziehungsurlaub“ zu sprechen. Es ist Familienzeit und nicht Urlaub. Es wird immer so gesehen, als ob dort nichts passiert.

(Beifall)

Zu den Größenordnungen, die mit 1 200 oder 1 600 DM auf den ersten Blick erheblich scheinen, sagen wir: Wir sind strikt dagegen, daß dies das Einkommen ist, das uns die Familienarbeit wert ist. Der liegt sehr viel höher als bei 1 200 und 1 600 DM. Beim Ansatz eines Familienlastenausgleichs haben wir das auch nie gesagt. Wir haben einen Teil ausgeglichen und Familienarbeit aufgewertet.

Wir können Kompetenz zurückgewinnen, wenn wir das, was wir nicht geschafft haben, das Erziehungsgeld weiterzuentwickeln, als erstes und wichtigstes tun. Ich nenne eines: Dadurch, daß wir diese Einkommensgrenzen gesenkt haben, sind 40 Prozent der jungen Familien nach dem sechsten Monat herausgefallen. Dann ist es nicht mehr attraktiv. Hier muß in einem ersten Schritt angesetzt werden. Das zweite ist, daß wir seit 1985 das Kindergeld nie erhöht haben. Uns ist ganz wichtig, wie immer auch eine Neuregelung aussieht, daß wir bei den Rentensprüchen der Frauen nicht hinter das zurückfallen, was wir bisher erreicht haben. Mit inzwischen 100 Prozent des Durchschnittseinkommens ist dies weit mehr, als ansonsten erreicht würde. Das ist ganz wichtig für die Frauen.

Ein weiterer Punkt. Achten wir darauf, daß wir jetzt nicht sagen: „Wir geben den Familien 1000 DM“ und daß sie dann entscheiden, ob das Kind in den Kindergarten geht oder nicht.

(Beifall)

Da sind wir – ganz wie Herr Worms es gesagt hat – der Auffassung: Wir brauchen gerade im Westen der Republik einen Ausbau der Betreuungsangebote und mehr Familienfreundlichkeit bei Kindergärten und Schulen, nicht umgekehrt.

(Beifall)

Einen letzten Punkt möchte ich anführen. Bei allem Geld, das wir ihnen zur Verfügung stellen, sage ich: In den Familien sind die Konflikte zum Teil sehr beträchtlich. Wir müssen in Familienbildung und begleitende Beratung investieren; denn manche Familie könnte gerettet werden, wenn wir ihnen nicht nur Geld geben würden, sondern wenn wir auch ihre Erziehungskraft stärken würden. Denn darauf kommt es an.

(Beifall)

Sehr einverstanden bin ich damit, daß wir durchaus darüber nachdenken sollten, Familien nicht zu Abhängigen von Sozialhilfe und lauter staatlichen Institutionen zu machen. Vielmehr kommt es darauf an, Leistungen zu bündeln und die Familien eigenverantwortlich handlungsfähiger zu machen. – Das sind in Kürze die Positionen der Frauen-Union.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Herzlichen Dank, liebe Rita Süssmuth. Herr Wehrmeyer hat zwar gesagt, wir könnten jetzt noch eine ganze Weile miteinander diskutieren. Ich glaube, daß wir schon jetzt einen Überblick bekommen haben und daß wir gemeinschaftlich feststellen können: Der Bundesverfassungsgerichtsbeschuß ist der Ausgangspunkt einer Diskussion, die mit Sicherheit breiter angelegt sein muß. Er sollte uns natürlich dazu bringen, daß wir einmal das erfüllen, was gefordert ist, aber daß wir uns auch darauf besinnen, was unsere Kompetenz ausgemacht hat.

Ich finde es spannend, daß gerade die Kommunalpolitiker, gerade auch die Vertreter der Senioren-Union uns ein wenig über die Eltern/Kind-Beziehung hinausgeführt haben und gesagt haben: Laßt uns einmal an die Großeltern denken; laßt uns einmal an die Jugendarbeit denken; laßt uns an das denken, was schon gemacht wird. Ich finde, daß es fast zum Selbstverständnis der beiden Vereinigungen gehört, daß CDA und MIT Positionen dargestellt haben, die vielleicht am weitesten auseinanderliegen. Ich glaube, jeder in seinen Sorgen muß sich wiederfinden können.

Ich finde es spannend, daß es diesen Konflikt zwischen den Begriffen gibt, der ja doch vielleicht auch ein bißchen über das Verständnis dessen aussagt, was wir unter Erziehung verstehen. Wenn ich mich einmal auf die Seite der Frauen-Union schlagen darf, möchte ich sagen: Das mit dem „Gehalt“ ist aus meiner Sicht eine ganz gefährliche Kiste.

Diese Bandbreite der Meinungen sollte zeigen: Es gibt viele konkrete Vorstellungen in der Union zum Thema Familie. Wir müssen sie alle aufgreifen, damit wir überhaupt beschlußfähig werden. Wir sind es im Augenblick noch nicht. Wir dürfen natürlich die allgemeine Finanzlage nicht vergessen; wir dürfen die praktischen Nöte nicht vergessen. Darüber hinaus müssen wir immer wissen: Wir werden hinsichtlich dessen, was wir in das Grundsatzprogramm schreiben, auch an dem gemessen, was bei uns konkret im Programm steht. Das ist gerade bei Familien so. Denn sie haben die Wahrheit jeden Tag ziemlich konkret auf dem Tisch.

Ich lade Sie alle dazu ein, daß wir auf einem Kleinen Parteitag im Herbst entscheidungsfähig werden. Manch einer hat gesagt: Das mit dem Kleinen Parteitag haben sie sich wieder richtig ausgedacht.

(Teilweise Beifall)

Da gibt es kaum Delegierte; er findet fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Da wollen Sie das nun beschließen.

Liebe Freunde, wir haben beim Thema Familie nicht mehr unendlich viel Zeit. Wir können nicht unentwegt Parteitage veranstalten. Ich verspreche Ihnen aber zwei Dinge. Das eine ist: Die Diskussion wird breit eröffnet. Es wird ein Antragsverfahren geben, bei dem – die Delegierten des Kleinen Parteitages werden entscheiden – wir Anträge in einer Kommission auch miteinander beraten werden. Zum zweiten: Wir werden uns auch noch einmal den Praxisbezug vornehmen müssen. Wir werden also vielleicht noch einen Kongreß, eine Anhörung – wir wollen einmal schauen, was – machen, auf dem wir mitten aus dem Leben die gesellschaftlichen Kräfte insgesamt zu Wort kommen lassen.

Es hängt ein wenig davon ab, wie Sie sich alle beteiligen, ob wir im Herbst vernünftige Beschlüsse fassen können, die auch nach draußen zeigen: Familie, das ist die Sache der Union; da liegt die Kompetenz. – Ich lade Sie alle ein, mitzumachen, und bedanke mich heute ganz herzlich dafür, daß wir einmal die vielen Bemühungen sehen konnten. Im Detail werden wir heute nicht abstimmen. Vielmehr starten wir jetzt mit der Diskussion.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank der Diskussionsrunde, vielen Dank, Frau Dr. Merkel. Ich rufe als nächsten Redner Dr. Hans Geisler, Staatsminister für Soziales im Freistaat Sachsen, auf.

Dr. Hans Geisler: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde der Union! Ich bin ja durch den Begriff „Erziehungsgehalt“ bekannt. Es ist heute nicht mein Ziel, dies zu erklären. Rainer Eppelmann hat das Wesentliche dazu gesagt.

Ich wollte einen Punkt vortragen, der von uns in den neuen Ländern bewältigt werden muß. Er läßt sich daran festmachen, daß die Ausgangsbedingungen bei uns und in den anderen Ländern unterschiedlich sind. Er läßt sich auch daran festmachen, daß bei uns noch 88 Prozent ungekürztes Erziehungsgeld bekommen. Dagegen stehen die 40 Prozent, die Frau Professor Süsmuth jetzt genannt hat.

Was ich noch einmal besonders deutlich machen will, möchte ich mit folgenden Worten charakterisieren: Die Betreuungsmöglichkeiten für die Drei- bis Sechsjährigen im Kindergartenbereich sind im Grunde im Osten 100prozentig. Für die Ein- bis Dreijährigen ist der Bedarf gedeckt und liegt zwischen 30 und 40 Prozent. Für die Sechs- bis Zehnjährigen liegt er zwischen 40 und 50 Prozent und ist teilweise höher als zu DDR-Zeiten. Diese Bereiche werden zu erheblichen Teilen durch das Land und die Kommunen finanziert. Ich will Ihnen angesichts des Bundesverfassungsgerichtsurteils deutlich machen, daß hier Ungleichheiten zu bewältigen sind. Unser Ausgangspunkt war: Eigenverantwortung, Freiheit und Gerechtigkeit zu fördern.

Dabei hänge ich nicht an dem Begriff „Gehalt“, um es einmal kurz zu sagen.

Tatbestand ist, daß wir in Sachsen für die Krippen, also für die Kinder bis zum dritten Lebensjahr, durch Kommunen und Land 1 100 DM zur Verfügung stellen. Dagegen gibt es für Kinder, die im häuslichen Bereich erzogen werden, in den ersten zwei Lebensjahren das Bundeserziehungsgeld in Höhe von 600 DM. Was das dritte Lebensjahr angeht, beträgt das Erziehungsgeld in Sachsen 600 DM, aber in anderen Ländern beträgt es null DM. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil besagt eindeutig, daß sich der Staat davon verabschieden soll. Er soll sich hüten, Einfluß auf die Wahl der Form der Kinderbetreuung zu nehmen. Wenn er 1 100 DM ausgibt, nimmt er Einfluß. Ich sehe hier die Schwierigkeit, Gerechtigkeit – sprich: das gleiche für diejenigen, die häusliche Erziehung durchführen, die 60 bis 70 Prozent ausmachen, zu gewähren – zu erreichen. Wir müssen also die Differenz zwischen 1 100 DM und 600 DM oder null DM bedenken.

Dieses wollte ich ergänzend dem hinzufügen, was bis jetzt zu den Fragen der Familienförderung und des Familienleistungsausgleichs gesagt worden ist. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Geisler. Ich erteile nun das Wort der Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, Frau Dr. Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan: Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Wolfgang Schäuble und Angela Merkel haben heute vormittag ein bildungspolitisches Grundsatzprogramm der CDU für das Jahr 2000 angekündigt. Wie ein roter Faden hat sich heute durch die Gesprächsbeiträge der Satz gezogen: Bildung, Ausbildung, Erziehung brauchen einen höheren Stellenwert, als sie ihn in unserer Gesellschaft haben. Das freut eine Kultusministerin. Ich finde, es ist aber jetzt auch Zeit, daß wir aus der Rhetorik herauskommen und zu Taten schreiten.

(Beifall)

Deshalb möchte ich uns einladen, die Zeit bis zum Bundesparteitag 2000 zu nutzen – zu nutzen in den Städten, Gemeinden und Ländern, in denen wir regieren können und also selbst Bildungspolitik machen können, aber auch in den Regionen, in denen wir in der Opposition sind.

Eltern, Schüler und Schülerinnen erwarten erstens, daß wir damit aufhören, alle vier Wochen eine Schüलगeneration der Öffentlichkeit vorzuführen, Tests zu fordern und keine Konsequenzen zu ziehen. Das tun die Sozialdemokraten unentwegt,

(Beifall)

aber Konsequenzen aus irgendeinem Test ziehen sie nicht.

Zweitens. Wir müssen eine Bewegung für Kinder in unserer Gesellschaft, für größere Lebensräume und für mehr Beständigkeit in den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Gang setzen.

Drittens. Wir müssen aufhören, nur zu reden, wie es die Sozialdemokraten tun. Wir müssen vielmehr für die 10 bis 15 Prozent Jugendlichen mit schwachem oder keinem Schulabschluß Initiativen ergreifen.

(Beifall)

Regina Görner hat uns zigfach darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht sein darf, daß in einer Generation 10 bis 15 Prozent zu Modernisierungsverlierern erklärt werden. Alle Globalisierung und alle Modernisierung können nicht zur Konsequenz haben, daß wir diesen Jugendlichen sagen: Wir brauchen euch nicht.

(Beifall)

Viertens. Das Durchschnittsalter eines Lehrlings in Deutschland liegt bei 18 Jahren, das Durchschnittsalter eines Abiturienten bei 20,7 Jahren, das Durchschnittsalter beim Studienbeginn bei 22 Jahren, und das durchschnittliche Examensalter liegt bei über 29 Jahren. Deshalb diskutieren wir nicht theoretisch über kürzere Schul- und Studienzeiten. Wir müssen diese Pläne, beginnend bei der Einschulung bis hin zur flächendeckenden Einführung des Abiturs nach 12 Jahren, umsetzen.

(Beifall)

Diese Politik muß sich an unseren Hochschulen fortsetzen. Wir brauchen strukturierte Studiengänge. Wir müssen es als CDU schaffen, jungen Menschen klarzumachen: Wir diskutieren nicht Bildungspolitik im Interesse der Institutionen und Verbände, sondern wir diskutieren Bildungspolitik im Interesse und aus den Sichtweisen junger Menschen. Darin liegt unsere Chance. Die junge Generation ist an uns interessiert. Die Umfragen zeigen, daß sie an unseren Themen und an Gesprächen mit uns interessiert sind. Hören wir also auf, über diese Jugend zu schimpfen! Suchen wir das Gespräch!

(Beifall)

Hören wir auf die Ideen junger Menschen! Gestalten wir Schule und Hochschule so um, daß daraus Zukunftschancen für die junge Generation erwachsen!

Liebe Parteifreunde, die Zeit bis zu diesem Bundesparteitag ist begrenzt. Ich wünsche mir, daß wir in dieser Zeit viele Länder für unsere Vorstellungen gewinnen, in denen wir etwas tun können. Ich wünsche mir aber auch, daß wir zu einem Konsens kommen; denn auch in unserer Partei gibt es im Detail noch viel zu wenig Konsens, was Inhalte wie Schulzeit und Struktur anbelangt.

Schaffen wir also in den nächsten Monaten einen Grundkonsens über das, was christdemokratische Bildungspolitik in der Zukunft sein soll! Schaffen wir eine Weiterentwicklung von Schule und Hochschule, die wirklich zukunftsfähig ist, die international wettbewerbsfähig ist und – vor allem – von der die Menschen sagen: Bei den Christdemokraten stehen nicht Theorie, Wettbewerb und Globalisierung im Vordergrund, sondern tatsächlich junge Menschen mit ihren Stärken und Schwächen und mit ihren Perspektiven. Ich möchte dazu einladen, daß wir die Partei für die Bildungspolitik in Deutschland werden.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Schavan. Ich gebe nun dem Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Volker Kauder, das Wort und bitte Herrn Albert Rathjen, sich bereitzuhalten.

Volker Kauder: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte mich zunächst einmal mit einem Hinweis an die Generalsekretärin wenden. Frau Merkel, Sie haben eine bemerkenswerte Rede gehalten. Der Beifall hat gezeigt, wie gut Sie mit Ihrer Rede angekommen sind.

(Beifall)

Ich kann gut nachempfinden, was es bedeutet, auf einem Parteitag eine solche Rede zu halten. Dennoch möchte ich eine ganz kleine kritische Anmerkung machen. Ihr Satz „Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen“ trifft zu für die Situation der CDU in Deutschland, aber nicht für die Situation der CDU in Baden-Württemberg. Das möchte ich klarstellen, damit es in diesem Punkt keine Mißverständnisse gibt.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte zu einem von mehreren Anträgen, die wir aus Baden-Württemberg gestellt haben, kurz zu sprechen kommen. In den Erfurter Leitsätzen heißt es gleich zu Beginn:

Die Erfurter Leitsätze beschreiben den Ausgangspunkt unserer Arbeit in diesem Jahr und die Themenschwerpunkte für unsere Arbeit in den nächsten Jahren.

Es heißt dann weiter:

Die Erfurter Leitsätze sind keine umfassende Beschreibung unserer Positionen in allen Themenbereichen ... Sie konzentrieren sich vielmehr auf wesentliche Aufgabenstellungen, ...

Das heißt, es wird mit diesem Programm der Versuch unternommen, die Union in wichtigen thematischen Fragen zu positionieren. In diesem Zusammenhang bin ich der Meinung, Frau Generalsekretärin, daß in einem solchen Programm ein zentrales Thema der Union, bei dem wir in den Augen der Bevölkerung die volle Kompetenz besitzen, nicht fehlen darf, nämlich die innere Sicherheit.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen darf die Antragskommission mit ihrem Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse, also eine Beerdigung dritter Klasse, nicht durchkommen. Das wäre ein ganz falsches Signal.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen plädiere ich eindringlich dafür, daß das Thema innere Sicherheit aufgenommen wird. Wir haben uns in unserem Antrag an die Systematik der Erfurter Leitsätze gehalten, also erst eine kurze Beschreibung und dann Vorschläge zur Weiterentwicklung. Das gilt auch für unsere Anträge zum Opferschutz und zu Europol.

Ich habe die herzliche Bitte, daß unser Anliegen aufgegriffen wird und daß Sie sich dafür einsetzen. Sie, meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde, sollten durch ihr Abstimmungsverhalten deutlich machen: Die Erfurter Leitsätze sollen auch zu einem zentralen The-

ma christdemokratischer Politik etwas aussagen, nämlich zu dem Thema innere Sicherheit. Ich bitte Sie deshalb, den Vorschlag der Antragskommission abzulehnen und dem Antrag der CDU Baden-Württemberg zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kauder. Jetzt hat Herr Albert Rathjen vom Kreisverband Hannover das Wort. Ich bitte, daß sich Herr Volkmar Klein aus Nordrhein-Westfalen bereithält.

Albert Rathjen: Frau Präsidentin! Meine lieben Unionsfreundinnen und Unionsfreunde! Der Bundesvorstand und auch die Antragskommission haben sich mit der Erstellung der Erfurter Leitsätze ohne Zweifel viel Mühe gegeben. Trotzdem bin ich der Meinung, daß man die Empfehlungen der Antragskommission – ich will es einmal vorsichtig ausdrücken – hinterfragen sollte.

Es ist für den Bezirksverband Stade, dessen Antrag ich hier vertrete, nicht ganz verständlich, daß die Antragskommission die Empfehlung abgegeben hat, den Antrag A 2 aus systematischen Gründen abzulehnen. Im Sinne der Präambel des Leitantrages sind auch wir der Meinung, daß wir uns auf wesentliche Aufgabenstellungen in der politischen Arbeit der CDU zu konzentrieren haben. Zu diesen wesentlichen Aufgabenstellungen gehören unter anderem die Weiterentwicklung der Agrarpolitik, die Sicherung der Existenz landwirtschaftlicher Betriebe und die Sicherung und Verbesserung der Lebensfähigkeit ländlicher Räume. Gerade die Delegierten aus den neuen Bundesländern können von den Problemen der ländlichen Räume ein Lied singen.

Mit Blick auf die Beschlüsse des Agrarministerrates und des Europäischen Rates in Berlin zur Agenda 2000 können wir die Probleme der Landwirtschaft und die des ländlichen Raumes in unserem Leitantrag nicht einfach ignorieren. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, daß unser Antrag in die Erfurter Leitsätze hineingehört.

Ich erinnere an den Redebeitrag von Heinrich-Wilhelm Ronsöhr vom Landesverband Braunschweig. Wenn wir morgen nach Hause fahren und in die Kreis- und Bezirksverbände zurückkehren, dann können wir gegenüber den Landwirten und gegenüber den Menschen im ländlichen Raum nicht sagen, die Landwirtschaft habe nicht die entscheidende, sondern nur eine periphere Rolle gespielt. Ich bitte um Annahme dieses von uns gestellten Antrages. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für Ihren Redebeitrag, Herr Rathjen. Die Antragskommission wird gleich während der Antragsberatung auf diesen Punkt zurückkommen. Es liegen nur noch zwei Wortmeldungen vor. Die Antragsberatung wird also in wenigen Minuten starten. Ich bitte jetzt Herrn Volkmar Klein ans Mikrofon und abschließend Herrn Dr. Bernhard Worms für die Senioren-Union.

Volkmar Klein: Ich möchte etwas zum christlichen Fundament unserer Arbeit sagen, das mir in unseren Leitsätzen eigentlich ein wenig zu kurz gekommen scheint. Damit keine Zweifel entstehen: Unsere Erfurter Leitsätze werden uns die nächsten Jahre sehr erfolgreich beglei-

ten. Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir jedes Papier mit einem Glaubensbekenntnis beginnen müssen. Wenn wir aber unsere ganze Arbeit heute unter die Überschrift „Wo Werte Zukunft haben“ stellen und im Papier darüber schreiben, daß wir uns einen Rahmen für notwendige Entscheidungen setzen wollen, dann sollten wir schon etwas klarer auf unsere christliche Verantwortung in unseren Erfurter Leitsätzen hinweisen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Antragskommission hat den ursprünglichen Text ja schon etwas verbessert. Das ist mir aber noch nicht deutlich genug. Der mahnende Hinweis auf die Verantwortung der Kirchen für die Wertorientierung der Menschen ist – leider – sicher sehr berechtigt. Uns geht es aber doch in erster Linie um unsere Zuständigkeit und unser Handeln. Da ist mir der lapidare Hinweis, der zweimal im Papier enthalten sein soll, daß wir uns vom christlichen Bild des Menschen bzw. vom christlichen Verständnis des Menschen geleitet fühlen, zu wenig. Ich würde es gerne sehen, daß wir Sätze einfügen wie: Wir gestalten Politik aus christlicher Verantwortung und wissen um die Begrenztheit menschlichen Handelns. Das gilt gerade nach dem Gottesdienst von heute morgen. Dieser Satz ist im Antrag A 28 aus Thüringen enthalten. Ich würde mich freuen, wenn die Antragskommission eine Möglichkeit sehen würde, diesen Satz einzufügen. Ich halte es für notwendig, wie auch immer, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, beim neuen Aufbruch. Die CDU muß die Christlich Demokratische Union bleiben.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Klein. Ich bitte nun Herrn Dr. Bernhard Worms ans Mikrofon.

Dr. Bernhard Worms: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Im Untertitel der Erfurter Leitsätze steht: Aufbruch '99. Ich habe die herzliche Bitte, daß Sie in Ihren Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden zwei Einrichtungen unterstützen, die untrennbar etwas mit dem Aufbruch '99 zu tun haben.

Dank der Unterstützung unserer Partei, insbesondere unserer Generalsekretärin, haben wir Anfang Februar dieses Jahres eine Senioren-Akademie ins Leben rufen können. Ihr Besuch lohnt sich. Wir beschäftigen uns dort mit allen Fragen im Zusammenhang mit dem Altern in unserer Gesellschaft. Das ist bekanntlich keine Frage, die sich erst mit 50, 60 oder 70 Jahren stellt.

Eine zweite Einrichtung können wir dank hervorragender Vorarbeit und Eigenexistenz im Landesverband Berlin unser eigen nennen. Mit dem Union-Hilfswerk haben wir jetzt auf Bundesebene eine caritative Organisation im Vorfeld unserer Partei ins Leben gerufen. Sie können sich draußen am Stand sachkundig machen.

Für beide Einrichtungen, verehrte Anwesende, gilt, daß wir kein Geld von der Partei wollen, sondern daß wir uns bemüht haben, beide Einrichtungen aus eigener Kraft zu finanzieren. Wir benötigen aber Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Worms. Uns liegen jetzt keine Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache mehr vor, so daß wir zu den Erfurter Leitsät-

zen überleiten können. Ich danke für die Aufmerksamkeit und gebe den Vorsitz weiter an Christoph Böhr.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 12.1 auf:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES „ERFURTER LEITSÄTZE – AUFBRUCH '99“

Sie finden diesen Antrag zusammen mit den aus den antragsberechtigten Gliederungen gestellten Ergänzungs- und Abänderungsanträgen sowie den Empfehlungen der Antragskommission im ersten Teil der Antragsbroschüre. Ich schlage vor, daß wir die Beratungen und die jeweilige Beschlußfassung in der Ordnung vornehmen, wie sie durch die Ziffern des Antrages des Bundesvorstandes vorgegeben sind. Wir behandeln also alle zu einer Ziffer gestellten Anträge gemeinsam. Wenn kein weitergehender Antrag aus dem Plenum des Parteitages gestellt worden ist, lasse ich grundsätzlich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, wie es unserer Geschäftsordnung entspricht.

Ich rufe zunächst die Anträge auf, die ohne Ziffernbezug gestellt worden sind. Dies sind die Anträge A 1 bis A 5. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 1 und 2 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte, Friedbert Pflüger.

Dr. Friedbert Pflüger, Antragskommission: Ich möchte auf das eingehen, was eben der Bezirksverband Stade vorgeschlagen hat, nämlich den Antrag A 2 in den Text aufzunehmen. Der Text A 2 enthält ein Plädoyer für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Diese Zielsetzung ist in der CDU natürlich völlig unstrittig. Es würde inhaltlich wenig dagegen sprechen, ihn aufzunehmen. Wir haben ihn aber aus systematischen Gründen abgelehnt, weil wir in unserem Antrag zum Beispiel auch nichts zum Thema innere Sicherheit oder Außenpolitik gesagt haben. Die Erfurter Leitsätze haben ja nicht den Anspruch, sozusagen als inhaltliches Grundsatzzprogramm alle Bereiche abdecken zu wollen. Wenn der Bezirksverband argumentiert – das können wir von seiten der Antragskommission nachvollziehen –, man wolle zu Hause sagen können, man habe etwas für den ländlichen Raum getan, so verweise ich auf Seite 129 und den morgigen Antrag zur Europapolitik, in dem ein sehr deutliches und klares Plädoyer für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume im Zusammenhang mit der Europapolitik enthalten ist. Aus diesem Grunde bleibt die Antragskommission bei ihrer Empfehlung, aus systematischen Gründen diesen gutgemeinten Antrag abzulehnen.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger. Wird von weiterer Seite das Wort zu den Anträgen A 1 bis A 5 gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 1 bis A 5 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Auf das erste Votum entfiel die Mehrheit. Damit ist der Parteitag den Empfehlungen der Antragskommission gefolgt.

Ich rufe den Antrag A 6 des Bundesvorstandes auf. Dies ist die Ziffer 1 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 2 und 3. Zu dieser Ziffer 1 gehören die Anträge A 7 bis A 10. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 6 bis A 10 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? - Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe den Antrag A 11 des Bundesvorstandes auf. Dabei handelt es sich um die Ziffer 2 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 3 und 4. Dazu gehören die Anträge A 12 und A 13. Dazu liegt mir keine Wortmeldung vor. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 11 bis A 13 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? - Damit wurde einstimmig so beschlossen wie von der Antragskommission empfohlen.

Ich rufe den Antrag A 14 des Bundesvorstandes auf. Das ist die Ziffer 3 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 4 und 5. Dazu gehören die Anträge A 15 bis A 22. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 14 bis A 22. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es wird einstimmig so beschlossen, wie von der Antragskommission empfohlen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 23 auf. Das ist identisch mit der Ziffer 4 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 6 und 7. Die dazugehörenden Anträge A 24 bis A 36 werden mit aufgerufen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 23 bis A 36 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? Es wird einstimmig so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 37 auf. Das ist identisch mit Ziffer 5 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 10 und 11. Es werden mit aufgerufen die Anträge A 38 bis A 45. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 37 bis A 45. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei fünf Gegenstimmen wird ansonsten so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 46 auf. Das ist die Ziffer 6 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 12. Ich rufe mit auf die Anträge A 47 bis A 54. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 46 bis A 54. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das

Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zwei Enthaltungen wird ansonsten so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 55 auf. Das ist die Ziffer 7 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 14 und 15. Ich rufe mit auf die Anträge A 56 bis A 65. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 55 bis A 65. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wird ansonsten so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 66 auf. Das ist identisch mit der Ziffer 8 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 17 und 18. Ich rufe mit auf die Anträge A 67 bis A 83. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 66 bis A 83. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen wird ansonsten so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 84 auf. Das ist Ziffer 9 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 21 und 22. Ich rufe mit auf die Anträge A 85 bis A 88. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 84 bis A 88 folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei sechs Gegenstimmen und zwei Enthaltungen wird ansonsten so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 89 auf. Dies ist die Ziffer 10 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 23. Ich rufe mit auf die dazu gehörigen Anträge A 90 bis A 99. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 89 bis A 99. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen wird ansonsten so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 100 auf. Das ist die Ziffer 11 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 25. Ich rufe mit auf die dazugehörigen Anträge A 101 bis A 106. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist erkennbar nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen ab über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 100 bis A 106. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei fünf Gegenstimmen und keiner Enthaltung wird ansonsten so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 107 auf. Das ist die Ziffer 12 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 27. Ich rufe die dazugehörigen Anträge A 108 bis A 114 mit auf. Es liegt eine Wortmeldung vor. – Herr Habibi.

Massoud Habibi: An und für sich wollte ich etwas Grundsätzliches zu den Erfurter Leitsätzen sagen. Aber ich nehme jetzt nur zu den zur Abstimmung vorliegenden Anträgen Stellung. Ich als Nicht-EU-Ausländer finde es schade, daß kein Wort darüber verloren worden ist, daß auch die ausländischen Bürger in diesem Land etwas zu sagen haben sollten, daß sie mitbestimmen und mitgestalten sollten. Es wird immer nur über die Kinder der ausländischen Bürger und über die EU-Ausländer gesprochen. Angesichts der 4,5 Millionen Ausländer, die hier in Deutschland leben, ist das etwas zu wenig. Ich war über die vorliegenden Anträge überrascht. Eigentlich wollte ich aber etwas Grundsätzliches sagen.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Sie können das an dieser Stelle tun, Herr Habibi. Wenn Sie zu diesem Thema grundsätzlich etwas sagen wollen, dann können Sie das an dieser Stelle tun.

Massoud Habibi: Gut, dann werde ich es einmal versuchen: Meine Arbeit betrifft eigentlich die Mittelstandspolitik und nicht die Ausländerpolitik. Das Problem ist, daß es, wie es einmal gesagt wurde, nicht zu einer Einbahnstraße, sondern zu einer Zweibahnstraße kommen sollte. Das heißt, die ausländischen Mitbürger müssen einen Beitrag leisten können. Das heißt, sie müssen beteiligt werden. Zu jedem Thema hat man ja eine Meinung. Wir können nicht einfach sagen: Wenn es euch nicht paßt, dann könnt ihr nach Hause gehen. Das geht nicht.

Zu verschiedenen Themen bzw. Problemen hat man ja schon Überlegungen dahin gehend angestellt, wie man zu deren Lösung beitragen könnte. Es wäre schade, wenn man auf diesem Parteitag als Ausländer und Delegierter nichts sagen würde. Grundsätzlich besteht ja Hoffnung auf eine Veränderung. Frau Merkel hat dies angedeutet. Ob man etwas erreichen kann oder nicht, ist eine andere Frage.

Ich habe die Hoffnung natürlich noch nicht aufgegeben, daß eines Tages in der CDU eine Plattform entstehen kann, und zwar in Form eines Arbeitskreises, einer Ausländer-Union oder in einer sonstigen Form. Es muß auf jeden Fall dazu beigetragen werden, daß ein Gespräch zustande kommt, so daß wir nehmen und geben können. Es sollte nicht immer nur über unsere Köpfe hinweg entschieden werden. Wir wollen vielmehr mit eigenen Ideen beitragen und mitgestalten.

Seit etlichen Jahren sind Ausländerprobleme vorhanden. Wenn wir in der CDU nicht die Kraft haben, die Probleme auf den Tisch zu legen, dann werden das die anderen Parteien übernehmen, allerdings unter anderen Vorzeichen. Zu welchem Ergebnis das führen wird, weiß jeder.

Die Grünen wollten drei Millionen Ausländer durch Anordnung per mufti einbürgern, praktisch damit sie Wähler gewinnen können. Das lehne ich grundsätzlich ab. Es geht nicht darum, daß generell einfach die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt wird. Es geht um anderes, und es geht um mehr. Es geht darum, daß auch wir unseren Beitrag leisten können und daß wir nicht allein stehen.

Ich komme zum Ende. Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. Ich habe die Hoffnung, daß sie auch die Partei der Integration wird, und ich denke, daß sie das auch ist. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Habibi. – Für die Antragskommission Dr. Friedbert Pflüger.

Dr. Friedbert Pflüger, Antragskommission: Wir finden den Wortbeitrag völlig berechtigt, sind allerdings der Auffassung, daß in dem Antrag des Bundesvorstandes, der ja auf Grund verschiedener Änderungsanträge verändert worden ist, jedenfalls der größte Teil von dem, was eben angesprochen worden ist, umgesetzt wird, zumindest daß doch ein erheblicher Fortschritt gemacht wird.

Schauen wir uns das an, was die CDU jetzt sagt. Das muß dann natürlich vor Ort umgesetzt werden, aber es wird doch auch vor Ort oft schon seit einiger Zeit umgesetzt. Es sollen die Kontakte mit Ausländerbeiräten und mit Vereinen von Ausländern vertieft werden. Anliegen und Probleme von Ausländern sollen stärker als bisher in unsere Arbeit einbezogen werden. In Regionen mit hohem Ausländeranteil sollte ein Mitglied des Kreisvorstandes die Funktion des Ausländerbeauftragten bekommen. Das sind doch jedenfalls erste und deutliche Schritte in diese Richtung.

Ich denke an meinen eigenen Kreisverband Hannover oder an den Kreisverband Bonn. Da haben wir doch bereits ausländische Mitbürger auf unseren Listen für die Bezirksräte und für die Stadträte.

Zusätzlich zu diesem Antrag bei den Erfurter Leitsätzen darf ich Sie vielleicht auf unseren Europa-Antrag hinweisen, und zwar auf die Seiten 151 bis 155, wo wir uns zu den EU-Ausländern, den Unionsbürgern, im Detail äußern und sagen, daß für sie nicht mehr das Ausländerrecht gelten soll, sondern daß ihre Rechtsstellung der der deutschen Staatsangehörigen anzugleichen ist. Dann schlagen wir eine Reihe von ganz konkreten Maßnahmen vor.

Ich finde also, wenn wir uns die Praxis in unseren Kreisverbänden gerade in den großen Städten ansehen, dann sind wir sehr viel weiter als das, was die Wortmeldung eben nahegelegt hat. Daß wir noch mehr tun müssen, um die ausländischen Mitbürger, gerade die EU-Mitbürger, zu integrieren und sie auch in unserer Parteiarbeit zum Tragen kommen zu lassen, ist, glaube ich, hier in diesem Saal keine Frage.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger. Liebe Freunde, Herr Habibi hat keinen konkreten Änderungsantrag gestellt, sondern den Leitantrag kommentiert und eine Reihe von Anregungen gegeben. Das hat zur Folge, daß ich jetzt mit Einverständnis des Redners über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lasse.

Wir stimmen also über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 107 bis A 114 ab. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei drei Gegenstimmen und vier Enthaltungen ist so beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 115 auf. Das ist die Ziffer 13 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 28 und 29. Dazu gehören die Anträge A 116 bis A 120.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, und zwar bezüglich der Anträge A 115 bis A 120. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Dann ist bei zwei Gegenstimmen so beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 121 auf. Das ist die Ziffer 14 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 31. Dazu gehört der Antrag A 122.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 121 und A 122. Wer der Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei vier Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist so beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 123 auf. Dieser Antrag ist mit der Ziffer 15 der Erfurter Leitsätze identisch. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 32. Es gehören dazu die Anträge A 124 bis A 128.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung auf der Grundlage der Empfehlung der Antragskommission. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 123 bis A 128 zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 129 auf. Dies ist die Ziffer 16 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 33. Es gehören dazu und werden mit aufgerufen die Anträge A 130 bis A 134.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung auf der Grundlage der Empfehlung der Antragskommission. Wer dieser Empfehlung zu den Anträgen A 129 bis A 134 folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei drei Gegenstimmen ist beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 135 auf. Das ist die Ziffer 17 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Ihnen vorliegenden Antragsmappe auf den Seiten 35 und 36. Es gehören dazu die Anträge A 128, A 131 und A 136 bis A 154.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, und zwar zu den Anträgen A 128, A 131 und A 135 bis A 154. Wer mit Blick auf diese Anträge der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 155 auf. Das ist die Ziffer 18 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 40. Dazu gehören die Anträge A 156 bis A 159.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung auf der Grundlage der Empfehlung der Antragskommission, und zwar zu den Anträgen A 155 bis A 159. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 160 auf. Das ist Ziffer 19 der Erfurter Leitsätze. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 41. Es gehören dazu und werden mit aufgerufen die Anträge A 161 bis A 171.

Es liegt eine Wortmeldung vor, nämlich die von Christian Nienhaus.

Christian Nienhaus: Der Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald und der Kreisverband Freiburg beantragen, daß man bei den Petersberger Steuerbeschlüssen zwar ansetzt; aber uns gehen die nicht weit genug für eine wirkliche Steuerreform, weil sie sich in erster Linie mit der Einkommensteuer befassen. Wir sind der Meinung, daß anders als zu Zeiten, wo mit den Petersberger Steuerbeschlüssen – richtigerweise – einfach Regierungspolitik gemacht werden sollte, eine Partei, wenn es um ein Parteiprogramm geht, auch ein paar Sätze zur Steuerklarheit und zur Steuergerechtigkeit in ein solches Programm „Mitten im Leben“ hineinschreiben sollte.

Wir bitten deswegen darum, unseren Antrag nicht abzulehnen. Den Vergleich mit anderen Steuerarten – dazu der Verweis auf Bagatellsteuern mit ganz niedrigem Aufkommen; es gibt über zehn Steuerarten, die noch nicht einmal ein Steueraufkommen von 100 Millionen DM haben –, sollten wir hier nicht einfach ablehnen. Ich bitte deswegen, die Anträge von Breisgau-Hochschwarzwald und Freiburg anzunehmen. - Danke.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Nienhaus. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Nein. Gibt es weitere Wortmeldungen zu den hier aufgerufenen Anträgen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst abstimmen über den Antrag, den Christian Nienhaus gestellt hat, nämlich den Antrag 162 gegen das Votum der Antragskommission anzunehmen. Der Antragsteller hat beantragt, über diesen Antrag einzeln abzustimmen. Wer dem Antrag von Christian Nienhaus - Antrag 162 – folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Danke schön. Gegenprobe! – Eine überwältigende Mehrheit. Enthaltungen? – Dann ist der Antrag 162 vom Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald so beschlossen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Rest des Antrages mit Ausnahme dessen, was in Antrag 162 eben mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Wer in den übrigen Teilen der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Im übrigen einstimmig beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 172 auf - Ziffer 20 der „Erfurter Leitsätze“. Wir finden den Antrag auf den Seiten 44 und 45 der Sammlung der Anträge. Dazu gehört der Antrag 173. Ich darf fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung auf der Grundlage der Empfehlungen der

Antragskommission zu den Anträgen A 172 und A 173. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 174 – das ist die Ziffer 21 der „Erfurter Leitsätze“ auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 45 und 46. Dazu gehören die Anträge A 175 bis A 187 und der Initiativantrag 6. – Es gibt keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 174 bis A 187 und zum Initiativantrag 6. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 188 – Ziffer 22 der „Erfurter Leitsätze“ – auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 49 und 50. Es gehört dazu der Antrag A 189. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung auf der Grundlage der Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 188 und A 189. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. Danke schön. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei fünf Gegenstimmen im übrigen so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe auf den Antrag des Bundesvorstandes A 190 - Ziffer 23 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag auf Seite 50 der Sammlung der Anträge. Dazu gehören die Anträge A 191 bis A 206. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission A 190 bis A 206. Wer den Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 207 auf. Er ist identisch mit der Ziffer 24 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden ihn in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 53 folgende. Dazu gehören die Anträge A 208 bis A 220 und der Antrag A 222. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Edith Grupp: Eine Nachfrage: Ich nehme an, daß die Initiativanträge 7 und 8, die zusätzlich ausgedruckt wurden, jetzt auch mit dem Bildungskapitel verhandelt werden. Ist das richtig?

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Nicht an dieser Stelle. Der kommt in Zusammenhang mit der Ziffer 25.

Edith Grupp: Dann wird das zurückgestellt.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Keine weiteren Wortmeldungen? – Dann lasse ich abstimmen auf der Grundlage der Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 207 bis A 222. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei sechs Gegenstimmen im übrigen so beschlossen, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 221 – Ziffer 25 der „Erfurter Leitsätze“ auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 57 und 58. Dazu gehören die

Anträge A 197, A 202, A 222 bis A 262 sowie die Initiativanträge 7 und 8. Dazu gibt es eine Wortmeldung. Bitte schön.

Edith Grupp: Im zweiten Anlauf klappt es besser. Ich möchte mich melden zum Initiativantrag 8, zu dem von der Antragskommission wohlwollend beschieden wurde, ihn an den Bundesausschuß Bildungspolitik zu überweisen. Wir sind mitten in der Diskussion der „Erfurter Leitsätze“ und wollen hier eine neue Diskussionskultur beweisen. Ich glaube, es ist nicht gut, wenn wir strittige Punkte, wie wir das immer wieder praktiziert haben, dann in Bundesfachausschüsse überweisen.

(Beifall)

Davon abgesehen gibt es natürlich auch zwei inhaltliche Argumente, die dafür sprechen, diesen Antrag in der vorliegenden Form anzunehmen. Uns geht es darum, der verstaubten Hochschulpolitik etwas frischen Wind einzuhauchen. Wir bemängeln immer wieder, daß der Austausch zwischen Wirtschaft und Hochschulen nur sehr mangelhaft funktioniert, und wir glauben, daß eine Berufung von Professoren auf Zeit durchaus dazu beiträgt, sowohl die Konkurrenzfähigkeit unserer Hochschulen und unserer Absolventen auf dem Markt zu verbessern als auch die Attraktivität der Vorlesungen zu erhöhen. Ich selber habe vor nicht allzu langer Zeit die Uni verlassen und denke mit Erschrecken daran, welch geringen Stellenwert die Lehre hat. Ich glaube, es tut manch einem unserer Professoren gut, wenn eine regelmäßige Überprüfung der Forschungs- und der Lehrleistung stattfindet, und die ist nur dann gewährleistet, wenn wir nicht auf Dauer Beamtenstellen vergeben.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission Maria Böhmer!

Dr. Maria Böhmer, Antragskommission: Das Argument, das eben gebracht worden ist, daß die Lehre im Hochschulbereich zum Teil sehr unbefriedigend ist, ist sicherlich ein Punkt, über den wir sehr intensiv sprechen müssen, denn vieles im Hochschulbereich ist verbesserungswürdig. Es geht in den Hochschulen eben nicht nur um Forschung und Weiterführung von Forschung, sondern ganz zentral ist die Lehre. Aber wenn hier die Hoffnung daran geknüpft wird, daß, wenn Professuren auf Zeit vergeben werden, und zwar ausschließlich – so ist ja die Formulierung in dem Initiativantrag 8 –, und Hochschullehrer nicht mehr als Beamte eingestellt würden, also auch ausschließlich, dies sozusagen automatisch eine Verbesserung im Bereich der Lehre nach sich ziehen würde, muß ich sagen, das ist vielleicht eine Überlegung, dürfte aber nicht der ausschließliche Schlüssel zu dem Problem sein.

Deshalb haben wir gesagt, wir würden diesen Antrag gerne an den Bundesausschuß Bildungspolitik überweisen, weil mehr Maßnahmen notwendig sind, um in diesem Bereich tatsächlich Verbesserungen zu erzielen. Es ist auch von anderer Seite bei uns in der Vergangenheit die Frage der dienstrechtlichen Stellung von Hochschullehrern erörtert worden. Eine Möglichkeit wäre, hier eine partielle Loskoppelung vom Beamtentum vorzunehmen. Eine entsprechende strikte Loskoppelung wäre aber sicherlich keine gute Möglichkeit. Deshalb empfehlen wir nach wie vor, diesen Antrag unter dem Aspekt wichtiger und intensiv zu führender Diskussionen dem Bundesausschuß Bildungspolitik zu überweisen.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Maria Böhmer. Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Bitte schön.

Dr. Dirk Notheis: Wir haben heute eine engagierte Rede unserer Generalsekretärin gehört. Sie hat ihre Rede mit dem Gedanken von mehr Mut zum Risiko begonnen. Dies sollte wirklich ein Grundwert unserer zukünftigen Politik sein. Ich meine, es ist nicht zuviel verlangt, wenn man auch den Lehrenden ein Stück weit mehr Risiko zumutet.

(Beifall)

Unsere Hochschulen stehen in einem internationalen Wettbewerb. Der Wettbewerbsdruck muß zu einer Veränderung an den Hochschulen führen, und zwar nicht nur bei denjenigen, die das Gut Bildung aufnehmen, nämlich bei den Studierenden, sondern auch bei den Lehrenden. Deswegen ist es nur recht und billig, deren Leistung auch regelmäßig zu überprüfen. Ich glaube, es kann nicht sein, daß mit der Aufnahme in eine Ordinierung dem Professor die Möglichkeit gegeben wird, von der einen Ecke seines Büros zur anderen Ecke eine Hängematte zu spannen, weil er einen sicheren Arbeitsplatz hat, der keiner Überprüfung mehr standzuhalten hat. Ich denke, wir müssen heute Leistungsprinzipien auf der Basis von Zeitverträgen auch gegenüber unseren Professoren einführen.

(Beifall)

Lassen Sie uns deshalb nicht so verfahren, daß dieser Antrag eine Beerdigung dritter Klasse erfährt. Lassen Sie uns vielmehr hier und heute eine Diskussionskultur prägen und über den Antrag abstimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dirk Notheis. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Bitte schön.

Dr. Klaus Schüle: Ich möchte zu Antrag A 254 sprechen. Soll ich das jetzt oder später tun?

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Antrag A 254 ist jetzt mit aufgerufen worden. Sie können jetzt dazu Stellung nehmen.

Dr. Klaus Schüle: Vielen Dank. Ich hatte eine Wortmeldung dazu abgegeben. Deshalb war ich etwas verwirrt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beziehe mich auf den dritten Spiegelstrich in Antrag A 221. Dort heißt es:

Eine kindgerechte Heranführung an eine erste Fremdsprache soll bereits in der Grundschule erfolgen.

Dazu hat der Kreisverband Freiburg einen Änderungsantrag vorgelegt, den Antrag A 254. Unsere Forderung ist, ordentlichen Fremdsprachenunterricht bereits in der ersten Grundschulklasse zu erteilen. Die Generalsekretärin Angela Merkel und auch Annette Schavan haben in ihren Reden heute deutlich gemacht, daß wir gerade auch junge Kinder nicht nur fördern, sondern auch fordern sollten. Das gilt gerade auch für den Fremdsprachenunterricht. Wir wissen

heute, daß Kinder bis zum zehnten Lebensjahr Fremdsprachen am besten lernen. Diese Phase sollten wir nutzen. In Baden-Württemberg wird der Fremdsprachenunterricht ab der ersten Grundschulklasse flächendeckend ab dem Jahr 2001 eingeführt.

Meine Damen und Herren, morgen diskutieren wir über das Thema Europa. Wir haben einen enger werdenden Binnenmarkt, gerade auch mit der Einführung des Euro. Es kommt für unsere Kinder in der Ausbildung ganz entscheidend auf die Sprachkompetenz in Europa an. Deswegen fordern wir ab dem ersten Grundschuljahr nicht nur eine kindgerechte Heranführung an die erste Fremdsprache, sondern einen ordentlichen Fremdsprachenunterricht in der Grundschule und darüber hinaus im Gymnasium, also ein Unterrichtsfach in einer Fremdsprache. Ich bitte insoweit um Zustimmung zu dem Antrag des Kreisverbandes Freiburg, also insoweit um getrennte Abstimmung und um Ablehnung des Votums der Antragskommission. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dr. Klaus Schüle. Sie haben völlig recht gehabt: Ihre Wortmeldung lag hier schriftlich vor. Sie ist nur um eine Position weitergerutscht. Ich bitte ausdrücklich um Entschuldigung dafür. Die Wortmeldung war jedenfalls korrekt abgegeben. Es gibt eine weitere Wortmeldung. Bitte schön.

Hartmut Möllring: Ich verstehe nicht, warum wir jetzt in der Opposition alles wieder in die Ausschüsse verweisen.

(Beifall)

Es liegt ein Antrag vor, über den wir abstimmen können. Wenn er angenommen wird, steht der entsprechende Text im Programm, wenn nicht, steht er nicht im Programm. Ich darf auch daran erinnern, daß wir heute einen Bericht haben, wie die Parteitagebeschlüsse vom November letzten Jahres abgearbeitet worden sind, zum Beispiel was die Finanzkommission betrifft. Diese Kommission hat einfach nicht getagt. Deshalb gibt es zu diesen Beschlüssen keine Beschlußfassung. Das halte ich für ein unmögliches Verfahren.

(Beifall)

Hier sind konkrete Anträge gestellt. Dazu kann man dieser oder jener Meinung sein. Wir sollten über diese Anträge heute auch abstimmen. Die Damen und Herren Professoren mögen durchaus der Meinung sein, daß sie weiterhin Beamte sein müßten. Wir müssen nicht gleich in dem Sinne votieren, daß sie nicht mehr verbeamtet werden. Wir könnten hinter dem Begriff „Beamter“ aber den Begriff „auf Zeit“ einfügen. Auf diese Weise könnten wir sicherlich einen Kompromiß finden. Ich bitte jedenfalls, über den vorliegenden Antrag abzustimmen.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Außer der Wortmeldung der Antragskommission liegt mir jetzt keine weitere Wortmeldung vor. Ich frage noch einmal ausdrücklich, ob weitere Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Dann hat Maria Böhmer für die Antragskommission das Wort.

Dr. Maria Böhmer, Antragskommission: Ich will noch einmal auf den Initiativantrag 8 eingehen. Nachdem nochmals Argumente vorgebracht worden sind, haben wir in der Antragskommission erneut beraten. Wir empfehlen Ihnen jetzt die Annahme des Initiativantrages 8 mit einer kleinen Modifikation. Ich nenne Ihnen diese Modifikation. Wir schlagen vor, im letzten Satz des Initiativantrages 8 wie folgt zu formulieren:

Wir wollen deshalb, daß Professuren zukünftig auch auf Zeit vergeben und Hochschullehrer nicht mehr ausschließlich als Beamte eingestellt werden.

Mit dieser Formulierung hätten wir die Öffnung, die hier angestrebt wird, abgedeckt.

(Vereinzelt Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Maria Böhmer. – Dirk Notheis!

Dr. Dirk Notheis: Vielen Dank für Ihren Kompromißvorschlag. Ich meine, daß wir präzise sein müssen, wenn wir Wahlen gewinnen wollen.

(Beifall)

Deshalb wehre ich mich gegen jede Bremsschaumrhetorik in diesem Zusammenhang. Ich möchte, daß über den Initiativantrag 8 in der von uns vorgeschlagenen Fassung abgestimmt wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dirk Notheis. Die Generalsekretärin, Frau Dr. Merkel, hat sich zu Wort gemeldet.

(Oh-Rufe)

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Auch Generalsekretäre sind Menschen. – Liebe Freunde! Weil jetzt unentwegt in Berufung auf meine Rede heute hier argumentiert wurde, will ich nur einmal zu bedenken geben, daß es zwischen den Positionen „Risiko statt Sicherheit“ und „Das Kind mit dem Bade ausschütten“ noch einen gewissen Spielraum gibt.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, daß der vorliegende Antrag sicherlich mutig ist und auch in die richtige Richtung weist.

(Beifall)

Ich weiß nur nicht, ob es als Botschaft für den Beginn einer bildungspolitischen Debatte, die wir im Jahre 2000 abschließen wollen, gerecht ist, wenn wir jetzt apodiktisch sagen, Professuren sollten zukünftig auf Zeit vergeben werden, und alle Hochschullehrer sollten nicht mehr als Beamte eingestellt werden, aber nichts zu den Lehrern sagen, sondern uns nur auf eine Gruppe beziehen und dieser gewissermaßen zeigen, was eine Harke ist – wir wollen ja konkret sein. In dieser Hinsicht habe ich meine Zweifel.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Angela Merkel. – Es gibt eine weitere Wortmeldung.

Hartmut Möllring: Wir haben doch so viele Professoren hier. Keiner von denen ist ans Mikrofön gegangen, um zu begründen, warum die Professur lebenslang vergeben werden muß. In Amerika ist es selbstverständlich, daß sie auf Zeit vergeben wird,

(Beifall)

und auch in anderen Bereichen ist dies der Fall. Wenn wir das in Sonntagsreden fordern, sollten wir schon den Mut haben, das auch in die Programme hineinzuschreiben.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Rupert Scholz, bitte.

Prof. Dr. Rupert Scholz: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Freunde! Daß sich niemand von den Professoren meldet, lassen die natürlich nicht auf sich sitzen. Das wäre ja auch noch schöner.

(Vereinzelt Beifall)

Gestatten Sie mir ein Votum, und sagen Sie nicht gleich, da spreche jemand als Partei – weil er einem bestimmten Berufsstand, um den es hier geht, angehört.

Selbstverständlich ist unsere Wissenschaftslandschaft in vielfältiger Hinsicht verkrustet. Denken wir daran, daß schon oft der Versuch unternommen wurde – dies ist bildungspolitisch für die Zukunft ganz entscheidend –, einen engeren Zusammenhang zwischen der akademischen Forschung und Lehre einerseits und der Praxis andererseits herzustellen. Leider ist dies in unserem Land durch die Enge des Beamtenrechts viel zu wenig gelungen, was in Amerika ganz anders ist. Aber – darauf darf ich auch hinweisen – hat unser System die universitäre Wissenschaft und die universitäre Lehre durchaus leistungsfähig gehalten.

(Vereinzelt Beifall)

Man kann zum Beispiel darüber streiten, wie es um den Sachverhalt steht, ob eine Habilitation auch zukünftig generelle oder regelmäßige Voraussetzung sein soll. Es gibt gute Gründe für die Habilitation. Aber auch dieses Thema muß man sorgfältig diskutieren. Das Problem in Deutschland ist – dies ist zu bedenken, wenn man die generelle Habilitation auch für die Zukunft fordern will –, daß Habilitationen erst mit Ende 30, Anfang 40 abgeschlossen werden. So hat man Wissenschaftler, die man mit Sicherheit nicht bekommt, wenn man eine Einstellung auf Zeit zum Regelatbestand macht. Das kann nicht richtig sein.

Deshalb finde ich den Vorschlag, den die Antragskommission gemacht hat – eine Öffnung des Systems, um flexibler reagieren zu können, was bei der Professur auf Zeit ja der Fall wäre –, gut. Dies könnte zu einer zweiten Schiene in unserem System werden. Jetzt können Sie einwenden: Der ist auf Lebenszeit verbeamtet, der kann das sagen. Aber ich halte das wirklich für gut und richtig. Nur, man sollte die Problematik nicht auf den Kopf stellen und den Regelatbestand von heute sozusagen über Bord werfen. Nur noch das andere anzustreben ist – ich sage das in aller Offenheit – wirklich falsch.

(Beifall)

Deshalb werbe ich sehr für den Vorschlag, den die Antragskommission eben formuliert hat. Das ist ein Schritt nach vorne. Er ist besonnen und richtig, und er bringt etwas. Deshalb bin ich dafür.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Als nächster hat sich Dr. Georg Gölder gemeldet.

Dr. Georg Gölder: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Ich bin kein Hochschullehrer, aber ich war in einem deutschen Bundesland, in Rheinland-Pfalz, einmal zehn Jahre Kultusminister. Denjenigen, die sich noch an den Berliner Parteitag 1993 erinnern, möchte ich zu bedenken geben, daß die Frage, wie wir mit der Struktur des Amtes der Hochschullehrer umgehen, schon damals eine große Rolle gespielt hat. Um dieses umfassende bildungspolitische Programm, das wir 1993 beschlossen haben, haben sich in der Partei nicht viele gekümmert; manche erinnern sich daran auch gar nicht. Schon damals, im Berliner Programm, haben wir Flexibilität in dieser Frage beschlossen. Insofern ist schon damals diese Richtung eingeschlagen worden.

Dieser Initiativantrag hat einen Nachteil: Er tut so, als sei die Frage „Beamter oder Angestellter?“ für die Struktur des Amtes und für die Leistungsfähigkeit von erheblicher Bedeutung. Ob jemand fünf Jahre Angestellter auf Zeit ist oder fünf Jahre Beamter auf Zeit ist, ist insofern völlig nebensächlich. Die Frage ist: Verbeamtung auf Lebenszeit – ja oder nein? Auch ich habe Sympathie dafür, das einmal anzugehen und nicht alles zu vertagen. Aber ich meine: Ein Beschluß, wonach Hochschullehrer generell nur als Professoren auf Zeit definiert werden, wird – so nicht weiter diskutiert und heute schnell beschlossen – der Union nicht guttun.

(Beifall)

Er würde beispielsweise dem ganzen Bereich der medizinischen Versorgung nicht guttun. Wir können uns schlecht vorstellen, daß beispielsweise große Universitätskliniken generell von Professoren auf Zeit geleitet werden – was nicht heißt, daß es keine Korrekturen geben darf, beispielsweise wie sie die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz vorgeschlagen hat, zum Teil nach großem Widerstand der Hochschullehrerverbände. Präsident Landfried bemüht sich ja sehr um eine Öffnung in dieser Frage. Ich rate, heute dem Kompromißvorschlag der Antragskommission zuzustimmen, aber diese Frage im Vorfeld des nächsten Parteitages noch einmal zu diskutieren. – Vielen Dank.

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Noch eine Wortmeldung, und dann sollten wir uns, so schlage ich vor, allmählich der Abstimmung nähern. - Bitte schön.

Hartmut Möllring: Das eine Argument verstehe ich nicht: Wenn sich ein Professor fünf Jahre bewährt hat, wird er doch wiedergewählt.

(Beifall)

Das ist das gleiche Prinzip wie in der Politik. Wir wollen, daß der Bundeskanzler in vier Jahren abgewählt wird. Wenn er gut ist, wird er wiedergewählt. Das gleiche gilt für die Wirtschaft. Auch wenn ich mich entschieden habe, GmbH-Geschäftsführer zu werden, muß ich mich nach fünf Jahren bewährt haben; sonst fliege ich raus. Das gleiche gilt für den Vorstand einer Aktiengesellschaft. Ich verstehe nicht, warum wir nicht den Mut haben sollten, diesen Initiati-

vantrag zur Abstimmung zu stellen, sondern versuchen, ihn auf allen Schultern zu tragen. Ich meine, wir sollten darüber abstimmen, dann sehen wir, wo unter den 1 000 Delegierten die Mehrheit ist. Die anderen müssen das Ergebnis dann eben ertragen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Cristoph Böhr, Tagungspräsidium: Ich will nur bemerken, daß gegen das Argument der generell vorausgesetzten Wiederwahl der 27. September des vergangenen Jahres spricht. – Jetzt noch einmal kurz Herr Dr. Gölter.

Dr. Georg Gölter: Das Problem ist nicht, daß er dann, wenn er gut ist, nicht wiedergewählt wird, sondern daß er in vielen Fällen überhaupt nicht kommen wird.

(Beifall)

Das Problem ist, daß der hochbegabte Chemiker dann den viel besser bezahlten Job bei Bayer, Hoechst oder BASF annimmt und gar nicht an die Hochschule kommt. Das heißt, wir müssen sehen, daß wir angesichts der ungeheuren Belastung vieler Professoren heute und der öffentlichen Kritik gegenüber den Hochschulen, die in vielen Fällen ungerecht ist – schließlich haben wir immer noch ein ordentliches Ergebnis –, mit einem generellen Beschluß viele gute Leute verprellen. Das heißt nicht, daß ich für das heutige, manchmal betonierte System plädiere. Deshalb bin ich für den Vorschlag der Antragskommission.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Georg Gölter. – Professor Roland Salchow.

Prof. Roland Salchow: Das Problem ist doch, daß der Vorschlag der Antragskommission mit den Worten „auch auf Zeit“ von vielen, die an den Hochschulen etwas Neues haben wollen, für zu schwach erachtet wird. Denn aus unserer Parteitagslinguistik wissen wir, daß das Wort „auch“ bedeutet, daß am Ende nichts weiter passieren wird. Wenn die Antragskommission mit einem anderen Begriff – „vornehmlich“ oder ähnliches – operieren könnte, dann könnte man sich dem ja anschließen. Nur, das Wort „auch“ wird – das kenne ich von vielen Parteitagen – am Ende versanden.

Ein weiteres: Sehr häufig gab es auf Parteitagen Willensbekundungen, die nachher nicht eins zu eins in Gesetzesformulierungen übertragen wurden.

Insofern meine ich, daß man mit einer Formulierung, wie sie im Initiativantrag Nr. 8 steht, sehr wohl leben kann. Wie man das nachher konkret ins Gesetz umsetzt, ist eine andere Sache.

Das dritte ist: Auch wir Politiker müssen uns nach soundso viel Jahren für das, was wir getan haben, neu bestätigen lassen. Jetzt frage ich mich, warum die Kollegen an den Universitäten nicht auch unter diesen Druck gesetzt werden können. Bisher, glaube ich, ist es doch eindeutig so, daß die Leute, die gut sind, meistens, jedenfalls an den Universitäten, dann in diesem Amt verbleiben können. Ich kenne allerdings auch viele Professoren, die nur ein Drittel der Zeit in der Woche überhaupt da sind. Es war bisher unmöglich, auf sie einen Druck auszuüben. Wenn wir überall Evaluierungen usw. machen, dann, meine ich, muß sich das auch ir-

gendwo einmal in Hardware umsetzen. Darum würde jedenfalls ich dem Initiativantrag Nr. 8 zustimmen, es sei denn, die Antragskommission kommt in der letzten Sekunde noch mit einer etwas schärferen Vokabel als dem „auch“. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch Dr. Christoph Bergner und hier vorne noch eine Wortmeldung. Darf ich davon ausgehen, daß wir dann die Rednerliste definitiv schließen können? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann noch diese zwei Wortmeldungen. Dr. Christoph Bergner.

Dr. Christoph Bergner: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe ein wenig die Sorge, daß wir jetzt zu einer Beschlußlage kommen, die bei denen, die im Lande von Hochschulpolitik etwas verstehen, als Bilderstürmerei empfunden wird und uns langfristig schadet.

(Beifall)

Ich mache auf eines aufmerksam, was die Universitäten und Hochschulen in den neuen Ländern betrifft. Wer dort einmal erlebt hat, wie schwer es sein kann, in Konkurrenz zur freien Wirtschaft West und in Konkurrenz zu renommierten Hochschulstandorten West gute Professoren zu bekommen, und welche Klimmzüge allein in Ausstattungsfragen gemacht werden, der wird sich wundern, daß wir uns mit einem solchen Rigorismus vorwagen.

Ich will ferner darauf aufmerksam machen, daß man sich im Sinne der Evaluierung von Hochschullehrern durchaus noch andere Lösungen vorstellen kann. Wir hatten im Programm der Landespartei Sachsen-Anhalt im Landtagswahlkampf eine Lösung der regelmäßigen Evaluierung der Hochschullehrer und der Bemessung der Ausstattungsfonds für die von ihnen verantworteten Arbeitsfelder in Abhängigkeit von der Evaluierung. Das heißt, es gibt eine Vielzahl von Lösungen, und man muß hier nicht Bilderstürmerei betreiben.

Auch ich bin für den Vorschlag der Antragskommission. – Danke.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christoph Bergner. – Bitte schön.

Dr. Ulrich Born: Ich bin stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern.– Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich gibt es auch schlechte Richter und auch schlechte Hochschullehrer. Aber wenn wir einen Tatbestand regeln wollen, dann dürfen wir nicht vom Mißbrauch oder von den Zusammenhängen, wo etwas nicht funktioniert, ausgehen. Wenn wir ein Höchstmaß an Leistung haben wollen, dann müssen wir da anknüpfen, wo die Voraussetzungen dafür liegen, daß Höchstleistungen erbracht werden können.

Es gibt zwei Punkte, warum wir an den Hochschulen in Deutschland hervorragende Leute haben. Erstens, weil die Habilitation als Regelvoraussetzung nach wie vor gilt. Daß Leute auch im Alter von über 40 habilitieren, erreichen Sie nur, wenn diese eine entsprechende berufliche Absicherung haben. Das zweite – worüber überhaupt noch nicht gesprochen worden ist – ist die Freiheit von Forschung und Lehre. Stellen Sie sich einmal vor, daß Sie einen höchstquali-

fizierten Menschen an die Hochschule berufen, der vielleicht auch sehr unbequeme Dinge sagt und veröffentlicht und genau weiß, daß nach fünf Jahren der Kultusminister darüber entscheidet, ob er wiederberufen wird. Ich weiß nicht, ob wir uns damit einen Dienst erweisen. Deswegen ist es sehr vernünftig, wenn wir sagen, daß dies entsprechend dem Votum der Antragskommission von den Fachleuten noch einmal sehr gründlich beraten werden soll, bevor wir hier etwas aufgeben, was sich in Deutschland sehr wohl bewährt hat.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Born. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Wenn ich den Antragsteller des Initiativantrags Nr. 8, Dirk Notheis, richtig verstanden habe, wird der Antrag aufrechterhalten. – Ja. Dann stimmen wir zunächst über den Initiativantrag Nr. 8 in seiner ursprünglichen Form ab. Das ist der weitergehende Antrag. Alternativ stimmen wir über den Vorschlag der Antragskommission zu Initiativantrag Nr. 8 ab, wie er zuletzt mündlich vorgetragen wurde. Wer für den Initiativantrag Nr. 8 in seiner ursprünglichen Fassung stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeichen mit der Karte. – Wer alternativ für den Antrag der Antragskommission, wie er mündlich vorgetragen wurde, stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeichen mit der Karte. – Letzteres ist eindeutig die Mehrheit.

(Beifall)

Dann ist Initiativantrag Nr. 8 in der Fassung der Antragskommission, wie er mündlich vorgetragen wurde, mit Mehrheit beschlossen.

Wir kommen dann, liebe Freundinnen und Freunde, zur Einzelabstimmung über den Antrag A 254, Kreisverband Freiburg. Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung bzw. die Empfehlung der Antragskommission stehen alternativ zur Abstimmung. Der weitergehende Antrag ist der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung. Wer dem Antrag A 254, Kreisverband Freiburg, Seite 66 in der Antragsmappe, in seiner ursprünglichen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Wer alternativ der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Letzteres war eindeutig die Mehrheit. Dann ist die Empfehlung der Antragskommission mit Mehrheit beschlossen.

Wir kommen zur der Abstimmung über die jetzt nicht einzeln abgestimmten Teile des Antragspakets, nämlich die Anträge A 197, A 202, A 221 bis A 262 sowie Initiativantrag Nr. 7. Ich bitte alle diejenigen, die den Empfehlungen der Antragskommission zu den aufgerufenen Anträgen einschließlich Initiativantrag Nr. 7, soweit nicht durch Einzelabstimmung eben verändert, zustimmen wollen, um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Im übrigen einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Damit wir heute abend auch zu unserem Thüringer Abend kommen,

(Beifall)

denke ich, daß wir die hervorragende Tagesleistung von Christoph Böhr und Ihr phantasti-

sches Verhalten weiterführen können. Deshalb kommen wir jetzt zu Ziffer 26.

(Heiterkeit)

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 263 auf. Es ist die Ziffer 26 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 68. Dazu gehören die Anträge A 264 bis A 275. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 263 bis A 275 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 276 auf. Dies ist Ziffer 27 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 71 und 72. Dazu gehören die Anträge A 169, A 273, A 277 bis A 301 sowie C 16 bis C 20 und C 22. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist anscheinend nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 169, A 273, A 276 bis A 301 sowie C 16 bis C 20 und C 22 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei drei Enthaltungen im übrigen so beschlossen. – Vielen Dank.

Damit kommen wir zu dem Antrag des Bundesvorstandes A 302. Dies ist die Ziffer 28 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 79 und 80. Dazu gehören die Anträge A 303 bis A 306. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das kann ich nicht erkennen. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 302 bis A 306 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 307 auf. Dies ist die Ziffer 29 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 81 und 82. Dazu gehören die Anträge A 308 bis A 311. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission, so wie Sie es in Ihrer Antragsbroschüre finden, abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 312 auf. Das ist die Ziffer 30 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 83. Dazu gehören die Anträge A 313 bis A 315. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist anscheinend nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 312 bis A 315 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei drei Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 316 auf. Dies ist die Ziffer 31 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 85. Dazu gehören die Anträge A 317 und A 318 sowie der Initiativ-Antrag Nr. 4. Dazu liegt mir eine Wortmeldung von

Herrn Volker Bandmann vom Landesverband Sachsen vor.

Volker Bandmann: Frau Tagungspräsidentin, ich bitte darum, daß wir den Antrag A 317 des Landesverbandes Baden-Württemberg hier direkt abstimmen.

(Beifall)

Das, was drinsteht – null Toleranz gegenüber Rechtsbrechern; wir wollen eine bürgernahe, präsenste Polizei –, ist unser Thema. Wir bekommen beim Thema innere Sicherheit von der Bevölkerung das höchste Zutrauen.

(Beifall)

Ich denke, das, was der Landesverband Baden-Württemberg formuliert hat, verdient unsere Unterstützung hier auf dem Parteitag.

(Beifall)

Wir unterstützen damit die Arbeit des Bundesgrenzschutzes. Wir sprechen uns in diesem Punkt ganz deutlich für Europol aus. In Sachsen ist eben das neue Polizeigesetz beschlossen worden. Im wesentlichen ist darin dieses Programm enthalten, das hier formuliert wird. Ich sehe überhaupt keinen Anlaß dafür, daß wir das vertagen sollten. Innere Sicherheit sollte sofort auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall)

Es soll heute beschlossen werden. Ich bitte Sie um Unterstützung.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bandmann. Möchte die Antragskommission dazu das Wort nehmen? – Das ist nicht der Fall. – Es scheint noch eine weitere Wortmeldung vorzuliegen. Lieber Volker Kauder, das nächste Mal melde dich bitte etwas früher. Ich war ja schon fast in der Abstimmung.

Siegfried Kauder: Ich darf meinen Bruder in Schutz nehmen. Wer spricht, das ist der Siegfried.

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Entschuldigung. Aber Sie sehen ihm sehr ähnlich.

(Heiterkeit)

Siegfried Kauder: Wir sind nun einmal Brüder, und manchmal sind wir auch einer Meinung. Deswegen erlaube ich mir, an das zu erinnern, was ich zum Initiativ-Antrag Nr. 4 gesagt habe. Ich bitte auch, über diesen zu befinden. Es geht um den Opferschutz, und Opferschutz gehört zur inneren Sicherheit. Deswegen: Ja zu diesem Antrag und Ablehnung des Vorschlags der Antragskommission. – Danke.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Möchte die Antragskommission zu Initiativ-Antrag Nr. 4 noch Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über Initiativ-Antrag Nr. 4 und über den Antrag A 317 abstimmen. – Die Antragskommission möchte nicht Stellung nehmen; dann kann ich nur so verfahren, daß ich hier über den Antrag A 317 abstimme. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag A 317 zustimmen möchten, um das Handzeichen. – Gegenprobe bitte! – Enthaltungen? – Das ist eindeutig die Mehrheit.

(Beifall)

Es ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Ich komme dann zu dem Initiativ-Antrag Nr. 4, der hier vorher vorgestellt worden ist. Die Antragskommission nimmt keine Stellung. Ich darf auch über den Initiativ-Antrag Nr. 4 abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Initiativantrag Nr. 4 bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen angenommen.

(Beifall)

Ich darf dann über den Rest der Ziffer 31 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dem jetzt noch bestehenden Rest zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist auch dieses einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 319 auf. Dies ist die Ziffer 32 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 86 und 87. Dazu gehören die Anträge A 320 und A 321. Wird dazu noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall, wie ich sehe. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 322 auf. Das ist die Ziffer 33 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 88. Dazu gehören die Anträge A 323 bis A 327. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte.

Christian Nienhaus: Meine Wortmeldung liegt schriftlich vor. Ich spreche für den Antrag A 325, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Es geht um Volksbegehren, und zwar darum, daß wir am Rande der Hessenwahl – nicht nur in Hessen, sondern in ganz Deutschland – gezeigt haben, daß die Kampagnenfähigkeit einer Partei und ihre Kampagne nichts mit billigem Populismus zu tun haben. Ich bin der Meinung, daß, wenn man sich zum Beispiel überlegt, was wir gegen das 630-Mark-Gesetz oder gegen die Regelung zur Scheinselbständigkeit machen könnten – wenn es das Instrument des Volksbegehrens auch auf Bundesebene geben würde –, deutlich wird, daß wir in einem Kapitel, in dem wir uns mit Bürgerbeteiligung auseinandersetzen, an dieser Frage nicht vorbeikommen und das nicht einfach überweisen können.

Vielmehr müssen wir uns dafür einsetzen, daß wir auch auf Bundesebene ein Volksbegehren und einen Volksentscheid einführen können.

Es gibt viele Länder, die damit positive Erfahrungen gemacht haben. Ich denke zum Beispiel an Nordrhein-Westfalen. Ich kann mich daran erinnern, daß wir als Schüler-Union die koope-

rative Schule in NRW verhindert haben. Die SPD hat damals mit der Arroganz der Macht gesagt: Wir haben die Mehrheit und setzen diese Maßnahme um. Es ist einfach wichtig, daß in unserer aufgeklärten Mediengesellschaft eine Partei die Möglichkeit hat, mit einem Volksbegehren oder mit einem Volksentscheid eine Entscheidung einer parlamentarischen Mehrheit bezüglich einer Sachfrage, für die es im Volk keine Mehrheit gibt, zu kippen. Deswegen bitte ich um Zustimmung.

Elke Wülfing, Antragskommission: Vielen Dank, Christian Nienhaus. Für die Antragskommission spricht jetzt Friedbert Pflüger.

Dr. Friedbert Pflüger, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Dieser Antrag, über den man sehr intensiv diskutieren müßte, hat schon eine wesentliche Bedeutung. Es gibt eine Reihe von gewichtigen Gegenargumenten, die die Christlich Demokratische Union bisher in dieser Frage geprägt haben, zum Beispiel die Argumente, daß bei einer direkten Demokratie aktive Minderheiten sehr leicht herrschen könnten, daß man fast alle komplexen Fragen in der heutigen Gesellschaft kaum auf ja oder nein reduzieren kann und daß parlamentarische Entscheidungen abgewertet werden und das Parlament geschwächt wird, wenn wir Volksentscheide und Volksbegehren auf Bundesebene einführen. Unsere Verfassungsväter und Verfassungsmütter haben ganz bewußt wegen der Erfahrungen von Weimar darauf verzichtet. Ob es jetzt klug ist, durch einen solchen Antrag sozusagen unser gesamtes Grundgerüst bezüglich repräsentativer Demokratie umzuwerfen, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall)

Deshalb haben wir uns entschlossen, daß wir uns überlegen wollen, wie die Bürgerinnen und Bürger auf verschiedenen politischen Ebenen noch besser in die demokratische Verantwortung einbezogen werden können. Angela Merkel hat gerade versprochen, für den nächsten Parteitag ein umfassendes Konzept vorzulegen, wie wir Bürgerbeteiligung auf den verschiedenen Ebenen stärken wollen. Deswegen schlage ich an dieser Stelle ausnahmsweise vor, diesen Antrag aus Freiburg abzulehnen und den nächsten Parteitag abzuwarten.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagespräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag A 325 ist der weitergehende Antrag. Deswegen stimmen wir über ihn zuerst ab. Wer dem Antrag A 325 in der Fassung auf Seite 89 in der Sammlung der Anträge in der ursprünglichen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen! – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig abgelehnt.

Damit kommen wir zur Beschlußfassung über die Ziffer 33 in der Fassung der Empfehlung der Antragskommission. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es bei einigen Gegenstimmen mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 328 auf. Dies ist die Ziffer 34 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 90. Dazu gehören die Anträge A 329 bis 332 und C 8. Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Götz, bitte.

Peter Götz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Bei diesem Antrag geht es darum, wie wir in Zukunft mit der kommunalen Selbstverwaltung umgehen. Wenn wir den Föderalismus reformieren wollen, sollten wir die Gelegenheit dieses Parteitages nutzen, auch im Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung ein deutliches Zeichen zu setzen. Wir wissen, daß im föderalen Aufbau die Städte und Gemeinden die wesentliche Säule sind. Die CDU ist die Kommunalpartei. Wir sollten daher die Chance nutzen, dies nach außen zu tragen.

Im Leitantrag ist eine Bestimmung über das Konnexitätsprinzip aufgenommen worden. Das heißt vereinfacht ausgedrückt: Wer bestellt, bezahlt. Das große Leid vieler Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ist, daß sie am Gängelband der höheren Ebene geführt werden. Wir sollten diesen Leitantrag um eine konkretere Aussage ergänzen. Die Worte „soll grundsätzlich“ sind uns zuwenig. Wir hätten gerne eine deutliche Aussage darüber, daß das Konnexitätsprinzip eingeführt werden muß.

Unser konkreter Antrag lautet daher, daß die Worte „soll grundsätzlich“ durch das Wort „muß“ ergänzt werden sollen. Dann haben wir eine Chance, gegenüber der SPD und anderen Parteien, die sich in der Vergangenheit nie kommunalfreundlich gezeigt haben, ein deutliches Zeichen zu setzen. Ich denke, wir haben dann ferner die Chance, daß dem Anliegen vieler Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in unserem Land wieder mehr Rechnung getragen wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Götz. Möchte die Antragskommission dazu Stellung nehmen? – Das ist anscheinend nicht der Fall. Sie finden den Antrag C 8, zu dem Peter Götz gesprochen hat, auf der Seite 161 in der Sammlung der Anträge. Ich denke, daß dies der weitergehende Antrag ist. Deswegen lasse ich über ihn zuerst abstimmen. Wer dem Antrag des KPV-Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist diesem Antrag mehrheitlich entsprochen worden.

Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 328 bis A 332 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 333 auf. Dies ist die Ziffer 35 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 91. Dazu gehören die Anträge A 334 bis A 339. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist anscheinend nicht der Fall. – Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 334 bis A 339 abstimmen. – Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 340 auf. Dies ist die Ziffer 36 der „Erfurter Leitsätze“. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 93. Dazu gehören die Anträge A 341 und A 342. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 343 und A 344 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei Ihnen für die hervorragende Diskussion. Wir können jetzt zur Schlußabstimmung kommen. Zuvor möchte ich Ihnen allen herzlich danken. Ich denke, mit den Erfurter Leitsätzen gibt sich die CDU Deutschlands ein umfangreiches und ambitioniertes Arbeitsprogramm, das wir in den vor uns liegenden Monaten mit Elan und Fleiß abarbeiten können. Ich bin sicher, daß wir damit in einer neuen Weise mehrheitsfähig werden.

Wer den Erfurter Leitsätzen in der durch die Einzelabstimmungen jetzt festgelegten Fassung insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Ich sehe keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Damit sind die Erfurter Leitsätze einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Ich bedanke mich herzlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist unsere offizielle Tagesordnung für den heutigen Tag abgeschlossen. Ich darf Sie im Namen unseres Parteivorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble herzlich zum Thüringer Abend einladen, der jetzt in Halle 3 stattfindet. Sie alle haben sicherlich schon den Weg dorthin gefunden. Sie können Ihre Parteitagsunterlagen auf den Tischen liegen lassen. Alles, was unter den Tischen liegt, wird abgeräumt. Die Generalsekretärin läßt Ihnen bestellen, daß Sie morgen früh um 9 Uhr pünktlich wieder hier sein mögen.

Ich wünsche Ihnen von Herzen alles Gute für den heutigen Abend und gute Unterhaltung. - Herzlichen Dank.

(Schluß: 20.43 Uhr)

Dienstag, 27. April 1999

2. Plenarsitzung

Beginn: 9.02 Uhr

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie heute morgen recht herzlich begrüßen. Ich wünsche Ihnen einen wunderbaren guten Morgen. Ich freue mich, daß es einige geschafft haben, den Thüringer Abend gut zu überstehen und schon hier zu sein.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

BERATUNG SONSTIGER ANTRÄGE

Sie finden diese Anträge und die Empfehlungen der Antragskommission in der Antragsbrochure ab Seite 157.

Wir kommen zunächst zu Antrag C 1 des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den nächsten Parteitag. – Das Wort dazu hat Frau Christa Thoben gewünscht. Bitte schön.

Christa Thoben: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern hat der Parteitag in seinen Erfurter Leitsätzen unter anderem beschlossen – ich zitiere –:

Wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht, sind Tabus und Denkverbote fehl am Platz. Niemand muß sich für seine Überzeugung oder Meinung entschuldigen ...

Diesen Beschluß nehmen wir ausgesprochen ernst. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen will mit seinem Antrag hinsichtlich der Verankerung des Tierschutzes in der Bundesverfassung die Position der CDU nicht verändern, sondern verdeutlichen. Auf der anderen Seite möchten wir vermeiden, daß wir mit diesem Antrag in den Verdacht geraten, wir wollten auf diesem Parteitag eine andere Debatte, nämlich die über die menschenverachtende Politik im Kosovo, überlagern.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns darauf verständigt – denn wir wollen eine inhaltliche Debatte und kein Verschieben der Diskussion an die Bundestagsfraktion –, auf diesem Parteitag auf die inhaltliche Beratung zu verzichten. Wir kündigen sie aber – so wie ich es sehe im Einvernehmen mit dem Präsidium – für den nächsten Bundesparteitag an. – Danke schön.

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Thoben. – Wird von der Antragskommission das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag C 1 abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, diesen Antrag auf dem nächsten Parteitag wieder aufzurufen, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Bevor ich zum nächsten Antrag komme, möchte ich unter uns ganz herzlich Herrn Geyer, den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, begrüßen. Herzlich willkommen bei uns.

(Beifall)

Ich rufe den Antrag C 2 auf. Sie finden ihn auf den Seiten 157 und 158 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung des Antrages an den Bundesfachauschuß Innenpolitik. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag C 2 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, daß entsprechend der Empfehlung der Antragskommission so beschlossen wurde.

Ich rufe den Antrag C 3 auf. Sie finden diesen auf Seite 158 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag C 3 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wird einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 4 auf Seite 159 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages C 4 in der vorliegenden Fassung. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Sie um das Erheben der Stimmkarte bitten, wenn Sie diesem Antrag zustimmen möchten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag bei einer Enthaltung so angenommen.

Ich rufe den Antrag C 5 auf Seite 159 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung dieses Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag C 5 abstimmen. Wer diesem Antrag in der vorliegenden Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen ist er so angenommen.

Ich rufe den Antrag C 6 auf den Seiten 159/160 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Antrag C 6 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei zwei Gegenstimmen entsprechend der Empfehlung der Antragskommission so angenommen.

Ich rufe den Antrag C 7 auf den Seiten 160 und 161 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages des Landesverbandes Saar. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Jürgen Presser: Zum gleichen Antrag liegt ein Initiativantrag vor mit dem Ziel, auch die Scheinselbständigkeit einzubeziehen. Hierzu müßte ein Votum der Antragskommission vorliegen.

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Hierzu liegt ein Votum der Antragskommission vor: Die Antragskommission hat empfohlen, Initiativantrag 5 anzunehmen.

Jürgen Presser: Dann erübrigt sich die Wortmeldung. Danke.

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Ich möchte noch einmal verdeutlichen: Es wird empfohlen, beide Anträge, sowohl den Antrag C 7 als auch den Initiativantrag 5, anzunehmen. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Dann darf ich Sie um die Abstimmung bitten. Wer diesen beiden Anträgen seine Zustimmung geben möchte, bitte ich, das Kartenzeichen zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit wird er einstimmig so angenommen.

Ich rufe den Antrag C 8 auf. Er ist bereits im Zusammenhang mit den Erfurter Leitsätzen behandelt worden, und darum erübrigt sich das. Ich rufe dann den Antrag C 9 auf. Sie finden ihn auf Seite 161 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag C 9 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, erhebe bitte seine Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe den Antrag C 10 auf Seite 161 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag C 10 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, erhebe bitte die Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Ich rufe den Antrag C 11 auf Seite 161 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages der Senioren-Union. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag C 11 abstimmen. Wer ihm im Wortlaut zustimmen möchte, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag C 12 auf Seite 162 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung über den Antrag C 12. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, erhebe bitte die Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe nun den Antrag C 13 auf. Sie finden ihn auf den Seiten 162 und 163 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung des Antrages an den Bundesausschuß Umwelt- und Energiepolitik. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag C 13 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine; somit ist die Empfehlung der Antragskommission einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag C 14 auf Seite 163 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag C 14. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine; somit einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag C 15 auf. Sie finden ihn auf den Seiten 163 und 164 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu Ihrerseits das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung über den Antrag C 15. Wer der Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zustimmen möchte, den bitte ich, die Karte zu erheben. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Somit ist die Empfehlung der Antragskommission einstimmig angenommen.

Da die Anträge C 16 bis C 20 bereits im Zusammenhang mit den Erfurter Leitsätzen behandelt wurden, rufe ich jetzt den Antrag C 21 auf. Sie finden ihn auf den Seiten 176 und 177 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag C 21 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Zwei. Enthaltungen? – Keine. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Der Antrag C 22 ist bereits bei Ziffer 27 der Erfurter Leitsätze behandelt worden. Aus diesem Grunde kommen wir zur Behandlung des Antrages C 23 auf Seite 177 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie bitten, Ihre Stimmkarte zu erheben, wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Somit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe den Antrag C 24 auf den Seiten 177 und 178 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag C 24. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, erhebe bitte die Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Eine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 25 der Jungen Union auf Seite 178 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Bundesfinanzkommission mit der Maßgabe, dem nächsten Parteitag eine Handlungsempfehlung vorzulegen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung zum Antrag C 25. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. – Gegenstimmen? – Eine Enthaltungen? – Keine. Somit ist auch hier der Empfehlung der Antragskommission gefolgt worden.

Ich rufe den Antrag C 26 auf. Sie finden ihn auf den Seiten 178 bis 181 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Generalsekretärin. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Editha Limbach: Ich bitte um Auskunft der Antragskommission, was diese neuartige Form „Überweisung an die Generalsekretärin“ in der Praxis und der Realität zu bedeuten hat.

(Beifall)

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Wird von der Antragskommission das Wort gewünscht? – Frau Thoben hat das Wort.

Christa Thoben, Antragskommission: Wir haben uns gestern bei den Erfurter Leitsätzen auch ein Arbeitsprogramm gegeben, und wir gehen davon aus, daß wir mit der Überweisung an die Generalsekretärin von ihr erwarten, daß sie Vorschläge für die Umsetzung und die Art der Behandlung innerhalb der Partei auf der Grundlage der Erfurter Leitsätze macht. Nicht mehr und nicht weniger ist damit vorgeschlagen.

Was die Form betrifft, in der das stattfinden kann, sollte man eher ein Vorschlagsrecht einräumen, damit die inhaltliche Behandlung weitergeht.

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Thoben. Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung über den Antrag C 26. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. – Gegenstimmen? – Elf. Stimmenthaltungen? – Zwei. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen worden.

Ich rufe auf den Antrag C 27 auf den Seiten 181 und 182 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt auch bei diesem Antrag die Überweisung an die Generalsekretärin. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag C 27 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, möge die Stimmkarte erheben. – Gegenstimmen! – Drei. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag so angenommen.

Ich rufe auf den Antrag C 28 auf Seite 182 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall, dann komme ich zur Abstimmung über den Antrag C 28. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen! – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Damit ist auch dieser Antrag angenommen.

Ich rufe auf den Antrag C 29 auf Seite 182 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag in der ausgedruckten Neuformulierung anzunehmen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung zum Antrag C 29. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. – Damit einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Antrag C 30 auf Seite 182 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundesfinanzkommission mit Berichtspflicht auf dem nächsten Parteitag. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung über den Antrag C 30. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möch-

te, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? Ebenfalls keine. Somit einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Antrag C 31 auf Seite 182 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Generalsekretärin. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön.

Eberhard Baumbusch: Wir sind jetzt genug auf dem Schwein geritten und sollten die Sau nun anhalten, um wenigstens einmal nach dem gesunden Menschenverstand einem Antrag zuzustimmen. Was soll denn das: Die Antragskommission empfiehlt den Antrag an die Generalsekretärin zu überweisen? Sind wir nicht Manns genug, darüber zu entscheiden, ob wir in unsere Mitgliedsanträge hineinschreiben: Wir wünschen keine Mitglieder der Scientology-Sekte?

(Beifall)

Ich spreche also dafür, diesen Antrag des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg in der vorliegenden Fassung anzunehmen.

(Beifall)

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Danke schön. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Bitte schön, Frau Thoben.

Christa Thoben, Antragskommission: Die Antragskommission hat sich das Votum sehr wohl überlegt. Wir haben nichts gegen den Inhalt des Antrages, aber ich bitte die Antragsteller zu überlegen, ob sie ganz sicher sind, daß wir dann nicht noch weitere Mitgliedschaften auf-führen müßten, die wir unter vergleichbaren Gesichtspunkten ebenfalls für unvereinbar halten. Da man dann nicht weiß, wo man landet, haben wir gesagt, mit Berichtspflicht der Generalsekretärin ist zu prüfen: Ist es machbar, nur eine einzige Organisation zu erwähnen, oder löst man damit eine völlig andere Debatte aus, wo man noch nicht weiß, wie unser Aufnahmeantrag hinterher aussehen wird.

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Thoben. Wird weiter das Wort gewünscht?

Ursula Röper: Ich plädiere auch dafür, den Antrag anzunehmen. Wir haben seit vielen Jahren den Unvereinbarkeitsbeschluß der Partei hinsichtlich der Scientology-Organisation. Das ist eine Organisation, die seit über einem Jahr vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Über andere Organisationen kann man sich immer noch unterhalten. Wenn wir nur schieben, kommen wieder andere Organisationen darauf. Von daher möchte ich bitten, unseren Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Danke schön. Wird weiterhin zu diesem Antrag das Wort gewünscht? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Der weitergehende Antrag ist der Antrag des Landesverbandes Schleswig-Flensburg. Wir kommen damit zur Abstimmung des ursprünglichen Antrages als erstem. Wer diesem in der

ursprünglichen Fassung folgen möchte, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. – Danke schön. Gegenstimmen? – Das ist eindeutig die Minderheit.

(Beifall)

Damit ist der Antrag in der ursprünglichen Fassung angenommen worden.

Ich rufe auf den Initiativantrag 3. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Frau Johanna von Westphalen vor. Bitte schön.

Johanna von Westphalen: Ich bitte Sie, hierzu genauso zu verfahren wie beim Antrag C 31. Ich finde es schon deshalb unsinnig, das an die Fraktion zu überweisen, weil die Antragsteller zum Teil Mitglieder der Fraktion sind. Aber wichtiger ist die Frage, die auch vorhin gestellt wurde: Sind wir nicht Manns genug, über eine so schreckliche Sache hier selbst zu entscheiden? Es handelt sich hierbei um ein Tötungsmittel. Es wurde n u r zum Töten entwickelt, entgegen den Vernichtungsmitteln im Dritten Reich. Die Zulassung wurde von Frankreich in Berlin beantragt. Ich sehe nicht ein, warum wir uns von Frankreich Menschentötungsmittel einführen lassen sollen.

(Beifall)

Außerdem ist es kein Methodenstreit. Wenn es die CDU als Methodenstreit betrachten sollte, dann frage ich die CDU: Wie will sie sich demnächst gegen ein Euthanasie-Mittel wehren? Das geht ja dann weiter. Also ich bitte um ein Votum des Parteitages, daß wir hier darüber entscheiden und nicht überweisen.

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Danke schön. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Bitte schön, Frau Nolte.

Claudia Nolte: Frau Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Von der Antragskommission wird sehr wohl die Problematik gesehen, daß durch ein solches Präparat der Druck auf die Frau größer werden könnte.

(Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ehrenvorsitzender der CDU, betritt unter anhaltendem Beifall der Delegierten den Saal.)

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Ich begrüße Helmut Kohl ganz herzlich unter uns. Wir freuen uns, daß Sie zu uns gekommen sind und diesen Vormittag mit uns verbringen, an dem wir noch einige Anträge zu beraten haben, und daß Sie zum Thema Europa Ihren Sachverstand mit einbringen können. Vielen Dank, daß Sie da sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nun hat Frau Nolte wieder das Wort.

Claudia Nolte, Antragskommission: Noch einmal kurz zu dem Votum der Antragskommission. Wir sehen die Problematik, daß durch solch ein Präparat der Druck auf die Frau größer werden könnte. Wir sagen aber auch: Man darf nicht vergessen, daß jede Abtreibung mit dem Tod des Fötus endet. Aus diesem Grunde haben wir es vermieden, uns zu bestimmten Me-

thoden zu äußern und etwa zu sagen: Dies ist die bessere bzw. die schlechtere Methode. Eine solche Äußerung ist für eine politische Partei, eine politische Institution eigentlich nicht angeraten. Es gibt Institutionen, die solche Präparate nach sonstigen Kriterien prüfen. Die Entscheidung gehört in den Bereich des Arzneimittelamtes. Wir haben aber mit diesem Thema aller Wahrscheinlichkeit nach auch in der Bundestagsfraktion weiterhin zu tun. Deshalb halten wir es für richtig, daß das, was zu diesem Thema in unserer Partei an Vorschlägen, an Meinungen und an Inhalten eingebracht wird, der Fraktion für entsprechende Debatten zur Verfügung gestellt wird. Wir bleiben also bei unserem Votum, den Antrag der Bundestagsfraktion zu überweisen.

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Nolte. Es liegt eine weitere Wortmeldung vor.

Hubert Hüppe: Ich möchte darauf hinweisen, daß zur Zeit ein Vorschlag auf Änderung der Gesetzgebung im Bereich des Arzneimittelrechtes dem Deutschen Bundestag vorliegt. Das Bundesinstitut hat nur noch wenige Tage, um überhaupt innerhalb der Frist über RU 486 zu entscheiden. Ich halte es nicht für richtig, daß unser Parteitag heute entscheidet, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen, die zeitlich gar nicht mehr in der Lage ist, entsprechend zu entscheiden. Wir sollten uns als Partei vielmehr den Mut nehmen, zu sagen: Liebe Fraktion, das ist unser Standpunkt; entscheidet bitte nach unserem Standpunkt.

(Beifall)

Ich möchte ein Weiteres sagen und damit auch auf das Inhaltliche zu sprechen kommen. Es geht nicht nur um den Methodenstreit. Dieses Präparat ist nicht mit einer Kürette oder mit irgendeinem anderen Abtreibungsmittel zu verwechseln. Es geht darum, daß das Präparat RU 486, dieses Tötungsmittel für ungeborene Kinder, besondere Implikationen hat. In Frankreich muß man zum Beispiel, bevor man dieses Mittel nimmt, eine Unterschrift für den Fall leisten, daß dieses Mittel versagt. „Versagt“ heißt in diesem Zusammenhang, daß das Kind weiterlebt. Viele Frauen bereuen möglicherweise schon im Laufe der Einnahme des Mittels die schlimme Prozedur, die ihnen eventuell bevorsteht, daß sie später trotzdem noch abtreiben müssen, weil das Kind möglicherweise behindert ist. Dies ist mit unserer Gesetzgebung nach §§ 218 ff StGB nicht in Einklang zu bringen. Ich bitte im Sinne eines Signals für die Selbständigkeit unserer Partei, diesen Antrag nicht zu überweisen, denn wir wissen, daß eine entsprechende Entscheidung gar nicht mehr bewirkt werden kann. Wir sollten entweder ja oder nein sagen und damit ein Signal setzen. Dafür möchte ich plädieren.

(Beifall)

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Danke schön. Wird weiterhin das Wort gewünscht? – Es liegt eine weitere Wortmeldung vor.

Editha Limbach: Ich bitte, dem Votum der Antragskommission ausnahmsweise zu folgen, weil es wenig Sinn macht, daß der Parteitag im Schnellgalopp, ohne sich mit der Problematik eingehender zu befassen, hier eine Entscheidung trifft.

(Beifall)

Ich will auch begründen, warum. Wir haben ein Gesetz, das eine Abtreibung unter ganz bestimmten Umständen zwar nicht erlaubt, aber straffrei stellt. Ich glaube nicht, daß der Parteitag jetzt spontan in der Lage ist, zu entscheiden, daß es nicht der Arzt und die betroffene Frau sind, die gemeinsam entscheiden müssen, welche Methode die richtige ist. Ich halte es nicht für richtig, daß der Parteitag eine Entscheidung über die Methode trifft.

(Beifall)

Ich halte es für richtig, die Anstrengungen zu verstärken, daß möglichst viele Frauen – am besten alle – in die Lage versetzt werden, zu einem Kind, das kommen wird, ja zu sagen. Auf diese Fragen sollten wir uns konzentrieren, nicht auf die Frage der Methode. Wenn wir nämlich über die Methode reden, müssen wir auch darüber reden, ob die Kürette vielleicht auch einmal verboten werden muß, denn sie dient unter anderem – allerdings nicht nur – auch der Tötung ungeborener Kinder. Ich bin der Meinung, die Partei sollte sich auf die Anstrengungen konzentrieren, die den Frauen das Ja zum Kind erleichtern. Wir sollten nicht eine Diskussion über die Methode führen. Deshalb halte ich den Vorschlag der Antragskommission für richtig.

(Beifall)

Steffie Schnoor, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Initiativantrag 3 abstimmen. Der weiterführende Antrag ist derjenige in der Fassung der Antragsteller. Ich rufe diesen Antrag zuerst zur Abstimmung auf. Wer ihm zustimmen möchte, gebe bitte das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Das ist eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag in der ursprünglichen Form abgelehnt.

Wer der Überweisung an die Bundestagsfraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – 30 Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Vorschlag der Antragskommission angenommen.

Ich rufe Initiativantrag 5 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung über Initiativantrag 5. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Der Antrag ist damit einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagungsordnungspunkt 13 – Beratung sonstiger Anträge – abgeschlossen. Im Namen des Tagungspräsidiums bedanke ich mich bei Ihnen für die zügige und konstruktive Mitarbeit und übergebe die Tagungsleitung nun an Herrn Schönbohm.

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE IN DER
EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS,
PROF. DR. GÜNTER RINSCHKE

Nachdem das Plenum gut gefüllt ist, können wir uns gemeinsam den Bericht unseres Freundes Professor Dr. Günter Rinsche anhören. Herr Kollege Rinsche!

Prof. Dr. Günter Rinsche: Herr Tagungspräsident! Herr Bundesvorsitzender, lieber Wolfgang Schäuble! Herr Ehrenbürger der Europäischen Union, lieber Helmut Kohl!

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Vor wenigen Wochen veröffentlichte die „Wirtschaftswoche“ eine Zustandsdiagnose der Europäischen Union unter der Überschrift „Schwerkranke Riese“. In einer Zusammenfassung hieß es wörtlich:

Eine Woche vor dem EU-Gipfel steckt Europa in seiner schwersten politischen Krise. Ernstzunehmende Reformen der europäischen Finanzordnung werden immer unwahrscheinlicher ... Hätte Ratspräsident Schröder früher auf die Korruptionsvorwürfe reagiert, wäre das Debakel möglicherweise zu verhindern gewesen.

Wie ist die Wirklichkeit? Was war geschehen? Was ist nunmehr zu tun?

Im März 1998 diskutiert das Europäische Parlament den Bericht von James Elles, Mitglied der EVP-Fraktion, zum Haushalt 1996. Auf der Grundlage des Elles-Berichtes verweigerte das Europäische Parlament die Entlastung der EU-Kommission und forderte diese auf, bis zum 15. September 1998 einige wichtige Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen, um die Entscheidungshindernisse zu beseitigen. Das Parlament hat mit Recht darauf gedrängt, daß die Europäische Kommission eine Reihe von wichtigen Reformen einleitet. Sieben Monate später, im Oktober 1998, verabschiedete das Europäische Parlament, unter maßgeblicher Beteiligung der EVP-Fraktion, eine Entschließung, in der unter anderem die Unabhängigkeit, die Aufgaben und der Status der Betrugsbekämpfungseinheit der Kommission sowie die Schaffung eines unabhängigen Amtes für dieselbe Aufgabe gefordert und beschrieben wurden. Nachdem die Europäische Kommission nicht oder nicht rechtzeitig reagierte, hat das Europäische Parlament die Kommission noch einmal darauf hingewiesen, daß die Entlastung nicht erteilt werden könne. Daraufhin reichte die Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, Pauline Green, einen Mißtrauensantrag gegen die Kommission ein, um, wie sie im Namen ihrer Fraktion ausdrücklich erklärt, durch Ablehnung des eigenen Mißtrauensantrags der Kommission das Vertrauen auszusprechen.

Hier handelt es sich nicht nur um offenkundigen Mißbrauch eines parlamentarischen Instruments, sondern auch um eine totale politische Fehleinschätzung der Sozialistischen Fraktion, die glaubte, auf diesem Wege den besonders belasteten sozialistischen Kommissaren einen Persilschein für gute Führung ausstellen zu können. Obwohl er um die Mißstände in der Kommission hätte wissen müssen, spricht im Januar 1999 der neue Ratspräsident Gerhard Schröder – ohne Rücksprache mit den Fraktionen des Europäischen Parlaments – der Kommission sein volles Vertrauen aus.

Die CDU/CSU-Gruppe des Europäischen Parlaments beschritt einen anderen Weg: Auf Grund ihrer Initiative forderte die EVP-Fraktion nach der Nicht-Entlastung die Kommission auf, bis zum 1. Januar 2000 ein Arbeitsprogramm zur Erneuerung und Modernisierung der Kommission zu erstellen. Das von der EVP-Fraktion vorgeschlagene Programm enthält unter anderem die Forderungen: Änderungen in den Personalbestimmungen, Beschlußfassung

über einen neuen Verhaltenskodex für die Ernennung hoher Kommissionsbeamter, Erklärung der Kommissionsmitglieder über ihre finanziellen Interessen.

Nach einigen taktischen Winkelzügen der Sozialistischen Fraktion billigte dann das Europäische Parlament in einer besonderen Aktion die Einsetzung einer sogenannten Kommission unabhängiger Sachverständiger, die feststellen sollten, in welchem Ausmaß die Kommission als Kollegium oder einzelne Kommissionsmitglieder spezifische Verantwortung für die jüngsten Fälle von Betrug, Mißmanagement oder Günstlingswirtschaft tragen, die in den vorangegangenen Debatten zur Sprache kamen. Vor fünf Wochen legte dieser Ausschuß dann einen Bericht vor, der die Untersuchungen und Feststellungen des Haushaltskontrollausschusses bestätigt. Die Auffassung und die konsequente Haltung der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament werden damit eindeutig als richtig und notwendig unterstrichen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einmal festhalten: Die erfolgreiche Arbeit im Haushaltskontrollausschuß, wie übrigens auch im Europäischen Rechnungshof, ist vor allem der verantwortungsbewußten und intensiven Arbeit deutscher Christdemokraten zu verdanken. Das herauszustellen ist wichtig, weil das Europäische Parlament im Sinne unserer Bürger, unserer Steuerzahler eine große Verantwortung in der Haushaltskontrolle und in der Kontrolle der Effizienz der Europäischen Kommission hat und haben muß.

(Beifall)

Noch in der Nacht nach Vorlage des Berichtes verkündet der Kommissionspräsident Jacques Santer den Rücktritt aller 20 EU-Kommissare, die damit kollektiv die Verantwortung für das Mißmanagement einzelner, insbesondere sozialistischer Kommissare übernehmen.

Meine Freunde, was ist jetzt zu tun? In seinem „Politischen Testament“ aus dem Jahre 1752 schrieb Friedrich der Große:

Bei der Unvollkommenheit aller menschlichen Dinge sehen wir die besten Einrichtungen entarten. Daher muß von Zeit zu Zeit, wo es nötig ist, die besernde Hand angelegt werden, damit die Einrichtungen ihren Zweck wieder erfüllen.

Der Rücktritt der 20 EU-Kommissare ist Teil eines demokratischen Selbstreinigungsprozesses in der Europäischen Union, der durch das Europäische Parlament unter maßgebender Mitwirkung insbesondere der CDU/CSU in Gang gesetzt wurde und jetzt die Chance eröffnet, die Kommission transparenter, effizienter und bürgernäher zu gestalten. Das Europäische Parlament und hier vor allem die Parteien der politischen Mitte haben in diesem Prozeß bewiesen, daß die demokratische Kontrolle der EU-Verwaltung wirkungsvoll ausgeübt werden kann.

In jeder Krise steckt die Chance, aufbauende Kräfte freizusetzen und grundlegende Verbesserungen zu erzielen. Klaus-Dieter Frankenberger sagt dazu:

Die Krise wird das Kräftegleichgewicht im Institutionendreieck zwischen Kommission, Parlament und Ministerrat verändern – und zwar zugunsten des Parlaments ... Die Parlamentarisierung der Gemeinschaft und die Unterwerfung der Kommission unter die üblichen parlamentarischen Regeln

zeichnen sich deswegen schon jetzt als Entwicklungsperspektiven ab, wenn nicht in der vertraglichen Praxis, so doch in der politischen Praxis. So könnte die Krise etwas Gutes bewirken: daß sie die Demokratisierung in der Union beschleunigt und sie zur konstitutionellen Klärung der Verantwortlichkeiten beiträgt.

Eine wichtige Konsequenz aus diesem verfassungsentwickelnden Prozeß ist die steigende Bedeutung der Europawahl. Die realen Vorgänge der letzten Woche beweisen und illustrieren die Notwendigkeit: Es kommt jetzt nicht nur darauf an, wählen zu gehen; jetzt kommt es entscheidend darauf an, richtig zu wählen. Es reicht nicht aus, Europa zu machen. Europa muß man richtig machen.

(Beifall)

Hauptziel der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlaments ist es jetzt, die gegenwärtige Krise für einen wirklichen Neuanfang und für zukunftssichernde Reformen der EU-Institutionen zu nutzen. Mit der von der CDU/CSU befürworteten Nominierung Romano Prodis für das Amt des Kommissionspräsidenten besteht nunmehr die Chance, daß die – auch durch das ineffiziente Verhalten des Ratspräsidenten Schröder entstandene – Vertrauenskrise zwischen den EU-Institutionen überwunden wird. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Rat, Parlament und Kommission können aber nur dann einer dringend erforderlichen neuen Dynamik der europäischen Integration nutzbar gemacht werden, wenn das Verhalten und die Politik der EU-Institutionen richtig und effizienter gestaltet werden. Diese Forderung richtet sich nicht zuletzt an den Rat, der die berechtigte Kritik des Europäischen Parlamentes auf sich zog.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß wir gestern abend eine Nachricht erhielten, nach der der Rat gestern – ohne entsprechende Kontaktaufnahme mit den Vertretern des Europäischen Parlamentes – ein Abgeordnetenstatut beschlossen hat, das nach den uns vorliegenden Informationen die Macht des Parlamentes in vertragswidriger Weise einschränkt und schließlich dazu führt, daß die Rechte des Europäischen Parlamentes geschmälert werden, daß sich die Arbeitsweisen verengen, und im Endergebnis einen antiparlamentarischen Affront darstellt.

Zur unverzichtbaren Effizienzsteigerung der europäischen Integration gehört eben nicht zuletzt die Vermeidung von Reibungsverlusten, die durch ungeschickte Verhaltensweisen des Rates und der Ratsbürokratie entstanden sind. In der Kommission sind neben den notwendigen personellen Veränderungen vor allem auch Struktur- und Organisationsverbesserungen mit den Zielsetzungen Effizienz, Transparenz und klarer Verantwortungsabgrenzung erforderlich. Zu den einzelnen Maßnahmen und Reformschritten gehören: ein leistungsorientiertes Verfahren für die Ernennung höherer Beamte, eine drastische Reduzierung der Projekte und Programme, eine Verschlankung und Verkürzung der Entscheidungsstränge zur systematischen Verbesserung der Zeitökonomie und damit zur Verhinderung bürokratischer Bummel sowie zur Realisierung transparenter Kontrollverfahren.

Anpassungsbedarf besteht aber auch im Europäischen Parlament, das sich vom „Deklamationenverein“ und „Resolutionenproduzenten“ jetzt zur Kontrollinstanz und damit zum europäischen Machtfaktor entwickelt und deshalb im ureigenen Interesse der Europäer ernst-

genommen werden sollten. Das Europäische Parlament hat – im Unterschied zur abwertenden Beurteilung durch einige Verfassungstheoretiker – politische Macht im Sinne von bewirkender, kontrollierender, initiativer und integrativer Kraft. Es kommt aber nunmehr darauf an, wie und mit welcher Zielsetzung diese Kraft eingesetzt wird. Hierüber entscheiden, liebe Freunde, nicht zuletzt die deutschen Wählerinnen und Wähler in der Europawahl am 13. Juni 1999.

Wir haben in der CDU/CSU eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, die wir im nächsten Parlament – wenn wir auf Grund der Mehrheit die Möglichkeit dazu haben – verwirklichen wollen. Die Erfordernisse der Reform ergeben sich aus den Änderungen des Umfeldes, aus den neuen Aufgaben der Europäischen Union, aber auch aus Fehlentwicklungen, Konstruktionsmängeln und aus dem Beharrungsvermögen der europäischen Institutionen. Nicht übersehen werden darf aber auch die Tatsache, daß es gerade die Erfolge der europäischen Einigung sind, die einen Anpassungsbedarf entstehen lassen. Hier gilt das Wort des englischen Dichters Chesterton: „Fortschritt ist die Mutter von Problemen“. Aber auch für diese Probleme müssen Problemlösungskapazitäten geschaffen und genutzt werden.

Abschließend noch einige Worte zum Europäischen Gipfel in Berlin. Es ist offenkundig: Es war ein Gipfel im Schatten; die Kosovo-Krise überschattete den EU-Gipfel. Krieg auf dem Balkan, menschenverachtende Untaten politischer Despoten, Reaktionen unangemessener Art in Moskau, die Gefahr „importierter Bürgerkriege“ – diese Gegebenheiten und Gefährdungen beweisen mehr als viele andere Einigungsgründe, daß die europäische Integration von existentieller Bedeutung für die Zukunft der Europäer ist und bleibt. Entspricht unter diesen Aspekten die Berliner Gipfelkonferenz und ihr Ergebnis den Erfordernissen der europäischen Gegenwart und Zukunft? Richtig ist, daß man sich geeinigt hat. Aber wie? Vergleicht man das Ergebnis mit den Erfordernissen oder auch nur mit den vollmundigen Ankündigungen des deutschen Ratspräsidenten, so ist das Prädikat „ungenügend“ sehr wohl angebracht. Schon vor Beginn der Berliner Konferenz haben Sachkenner die dilettantische Vorbereitung durch die deutsche Ratspräsidentschaft kritisiert.

(Beifall)

„Einem Jongleur gleich, hat Deutschland versucht, möglichst viele Bälle in der Luft zu halten“, schrieb der Journalist Andreas Middel. Aber genausowenig wie der Nachfolger des Reichskanzlers Otto von Bismarck in der Lage war, mit mehreren Bällen zu operieren, genausowenig verstand es der Nachfolger des Bundeskanzlers Helmut Kohl, die wichtigsten Erfordernisse auf einen Nenner zu bringen.

In den Zeiten dynamischer Europapolitik des Bundeskanzlers Helmut Kohl wurden Gipfeltreffen nach den Integrationsfortschritten beurteilt. Auch damals gab es schwerwiegende unterschiedliche Interessen. Aber der Beitrag zur gemeinsamen Sache wurde höher bewertet als die Vertretung partikularer Interessen.

Im Europäischen Rat fehlen jetzt Integratoren, die – wie Helmut Kohl das erfolgreich gestaltet hat – mit Überzeugungskraft darauf hinweisen, daß die gemeinsamen Interessen größer sind als die partikularen Wünsche. Die europäische Integration ist kein Nullsummenspiel, bei dem der eine nur auf Kosten der anderen gewinnen kann. Vielmehr ist sie eine jahrzehntelang er-

folgreich gestaltete politische Innovation, die gemeinsame Werte schützte, die Ressourcen und den Wohlstand der Europäer vermehrte und ihre Lebenschancen erweiterte – zum Vorteil für alle.

(Teilweise Beifall)

Der EU-Gipfel 1999 zeigte: Es gibt viele Vertreter partikularer Interessen und zu wenige Anwälte für die gemeinsame Sache. Im übrigen werden auch die berechtigten nationalen Interessen zu kurzfristig definiert. In der europäischen Politik führen Kurzfristen und Eintagsfliegenmentalität zur Verringerung von Zukunftschancen.

Vor 100 Jahren sagte Werner von Siemens in Berlin: „Für den augenblicklichen Vorteil verkaufe ich die Zukunft nicht!“ Dieser Satz war nicht die Leitlinie für Gerhard Schröder in der Berliner Konferenz 1999.

(Beifall)

Die Berliner Konferenz hatte die Aufgabe, erstens einen soliden Finanzrahmen für den Zeitraum 2000 bis 2006 mit möglichst gerechter Lastenverteilung zu erstellen und zustimmungsfähig zu machen – es ging um die Finanzierungsfähigkeit der Europäischen Union; dies ist auf dem Gipfel nicht gelungen –, zweitens Problemlösungsvorschläge zur Erneuerung und Effizienzsteigerung der EU-Institutionen vorzulegen – hier geht und ging es um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union; auch hier gibt es keine in sich schlüssigen Konzepte – und drittens die Voraussetzungen für die Integration der beitragswilligen europäischen Länder zu definieren, das heißt die politischen Grundlagen für Frieden, Sicherheit und Stabilität in ganz Europa zu schaffen. Dies ist die große Aufgabe der Erweiterungsfähigkeit. Aber auch in dieser Beziehung gab es auf dem Gipfel mehr Fragen als Antworten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, kein Kenner der komplexen Materie konnte erwarten, daß diese gewaltigen Aufgaben in einem einzigen Anlauf bewältigt werden würden. Möglich wäre aber gewesen, nach intensiver Vorbereitung die Ansätze zur Lösung dieser Aufgaben so zu gestalten, daß eine Eigendynamik entfacht und so die europäische Integration eine neue Schubkraft erhalten hätte. Die rot-grüne Bundesregierung als Ratspräsidentschaft hat diese Herausforderung nicht gemeistert. Sie war und ist hier genauso überfordert wie in anderen vitalen Fragen der Zukunftssicherung.

(Beifall)

Wenn wir wollen, daß unsere Kinder und Kindeskinde in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können, dann muß die Einheit ganz Europas geschaffen werden, und dann muß man Europa richtig machen. Die übergeordnete Zielsetzung unserer Europapolitik besteht jetzt darin, die politischen Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben der Europäer im 21. Jahrhundert zu schaffen und zu sichern, damit die Europäische Union nicht zuletzt auch in die Lage versetzt wird, ihrer weltweiten Verantwortung gerecht zu werden. Hier liegen die ureigenen Aufgaben der deutschen Europapartei, der Christlich Demokratischen Union. Unser Leittrag zur Europapolitik zeigt: Wir wollen Europa richtig machen, und wir können Europa richtig machen. Wir haben die Möglichkeit, auf die europäische Herausforderung die richtige Antwort zu geben. Und wir werden die richtige Antwort geben. Die kommenden Generationen werden

uns eines Tages fragen: Habt ihr richtig gedacht? Habt ihr rechtzeitig gehandelt? Meine Freunde, laßt uns die europäische Politik so gestalten, daß wir auf diese Fragen mit einem klaren Ja antworten können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Jörg Schönbohm, Tagungspräsidium: Herr Professor Rinsche, ich möchte Ihnen auch im Namen der Delegierten danken und in diesen Dank die Anerkennung für die Arbeit einschließen, die Sie und die Kollegen im Europäischen Parlament geleistet haben. Wir hoffen, daß diese Arbeit nunmehr bei der kommenden Europawahl gewürdigt wird. Denn die Union ist die Partei der europäischen Einheit. – Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erwarten jetzt unseren Gast. Bis er eintrifft, nutze ich die Gelegenheit – da der Saal gefüllt ist –, um folgendes mitzuteilen: Der Volkswagen und die Druckmaschine für Cap Anamur und für Neudeck sind noch nicht voll finanziert. Sie können auch heute noch Spenden an dem Spenden-Desk in der Lobby abgeben. Ich möchte diejenigen, die das noch nicht getan haben, darum bitten, daß sie mit der Möglichkeit dazu schaffen, daß der Parteitag diese zwei Wünsche von Herrn Neudeck erfüllt.

Im übrigen hätte ich gern ein Zeichen, ob mit dem Einflug des Gastes zu rechnen ist oder ob wir hier weitermachen sollen. – Ich rufe zunächst weitere Diskussionspunkte auf. Wie ist das mit Herrn Rathjen aus dem Kreisverband Rotenburg/Wümme? Ist er im Saal? – Herr Rathjen, können Sie bereits vor Herrn Rühle Ihre Wortmeldung zu Antrag B 2 abgeben? Dann würde ich bitten, daß Sie ein Saalmikrofon aufsuchen. Sie haben das Wort.

Alfred Rathjen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht in meinem Redebeitrag nicht nur um den Initiativantrag Nr. 2, aber er ist integriert. Es geht eigentlich um den Antrag B 2. Die Antragskommission hat ursprünglich Annahme dieses Antrags empfohlen, aber auch vorgeschlagen, den Text von Antrag B 100 zu übernehmen. Inzwischen haben wir mitbekommen, daß ein Initiativantrag Nr. 2 gestellt worden ist, der ähnlich ist. Damit sollten die Anträge B 2 und B 100 eigentlich erledigt sein.

Der CDU-Kreisverband Rotenburg/Wümme ist der Auffassung, daß der Initiativantrag Nr. 2 sicherlich gut ist, allerdings haben die Elemente Finanzmittel, Förderprogramme, EU-Beihilfekontrolle, also fiskalische und ökonomische Elemente, ein sehr großes Gewicht und stehen im Vordergrund. Der CDU-Kreisverband Rotenburg/Wümme ist dagegen der Auffassung, daß die Förderung des ländlichen Raumes nicht nur eine Sache der Fiskalpolitik ist. Ökologische Aspekte, der Heimatbegriff, Bezüge zur Kommunalpolitik und auch die Infrastruktur sind Elemente, die darin enthalten sein müssen.

(Beifall)

Aus diesem Grunde schlage ich - -

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Parteitagspräsident möchte sich gern den Delegierten anschließen und den eben eingetroffenen Gast Edmund Stoiber sehr herzlich auf diesem Parteitag begrüßen.

(Beifall)

Herzlich willkommen, lieber Edmund Stoiber, auf dem Parteitag der CDU Deutschlands, aber auch herzlich willkommen beim Nachbarn, herzlich willkommen im Freistaat Thüringen!

(Beifall)

Es ist das erste Mal, daß der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber auf einem CDU-Bundesparteitag spricht. Die Rede des CSU-Vorsitzenden steht in einer großen Tradition, in der Tradition von Theo Waigel und Franz Josef Strauß.

(Beifall)

Ich freue mich, daß sich mit Edmund Stoiber Michael Glos, der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion, und der Generalsekretär der CSU, Herr Goppel, der schon gestern bei uns war, angekündigt haben. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Herrn Glos und den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landesgruppe in der Bundestagsfraktion der Union herzlich zu danken. Ich sage allen Kollegen der CSU in der Bundestagsfraktion aus Anlaß dieses Tages einen Dank.

(Beifall)

Lieber Edmund Stoiber, die Union bricht im Jahre 1999 in das Wahljahr 1999 auf. Die Europawahl, sechs Landtagswahlen und acht Kommunalwahlen stehen bevor. Die Union bricht mit der Ermutigung des hessischen Wahlergebnisses auf, aber auch im Wissen, daß uns der Erfolg nur gemeinsam gelingen kann. Nicht nur CDU und CSU müssen kämpfen, die ganze Union in Deutschland muß kämpfen. Deswegen freuen wir uns, daß jetzt Edmund Stoiber das Wort hat.

Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU: Lieber Wolfgang Schäuble! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen! Meine sehr verehrten Herren!

Herzliche Grüße aus München, aus Bayern an die CDU und an alle Delegierten und Gäste des Parteitages. Ich freue mich, daß ich das erste Mal als Vorsitzender der CSU die Grüße der Schwesterpartei CSU überbringen kann und daß wir heute gemeinsam zeigen: Die Union ist die Kraft, die Deutschland und Europa bewegt.

Leider ist die Freude, heute bei Ihnen zum erstenmal als Parteivorsitzender sprechen zu dürfen, nicht ungetrübt, weil die schrecklichen Ereignisse in Jugoslawien derzeit natürlich niemanden unberührt lassen. Ich unterstreiche nachdrücklich das, was gestern in einer beeindruckenden Rede Ihr Parteivorsitzender Wolfgang Schäuble und sein Stellvertreter Volker Rühle dazu gesagt haben. Wir haben in vielen Punkten – ich würde sagen, in 95 Prozent, in 96 Prozent aller wesentlichen Sachfragen – eine nahtlose Übereinstimmung, in dieser Frage schon gleich dreimal. Deswegen will ich noch einmal unterstreichen: In diesem Krieg haben wir auch als Opposition eine hohe Verantwortung. Die CSU trägt die Beteiligung Deutschlands am Einsatz der NATO im Kosovo voll mit.

In dieser außenpolitisch dramatischen Situation hätten auch wir grundsätzlich nicht anders gehandelt, wenn wir die Bundesregierung stellen würden. Ich sage: grundsätzlich. Daß es Nuancierungen gegeben hätte oder geben würde, ist eine andere Frage. Opponieren, nur um politische Punkte zu sammeln, würde der staatspolitischen Verantwortung der Opposition, so wie wir sie verstehen, nicht gerecht.

Meine Damen, meine Herren, mit unseren Gedanken – ich will das nachdrücklich unterstreichen – sind wir bei den Soldaten der Bundeswehr.

(Beifall)

Das Risiko ihres Einsatzes wird einem, der in der politischen Mitverantwortung steht, klar, wenn man – so wie ich es getan habe – mit Piloten von Lager Lechfeld spricht und sich deren Situation vergegenwärtigt. Mit unseren Gedanken sind wir bei den Soldaten, die ihren schwierigen Auftrag im Krisengebiet erfüllen. Sie nehmen größte – nicht nur große – persönliche Risiken auf sich. Ich sage auch hier: Wir, CDU und CSU, stehen zur Bundeswehr. Wir standen schon zur Bundeswehr, als andere auf der Straße geschrien haben: „Soldaten sind Mörder“.

(Beifall)

Ich kann es mir kaum vorstellen, aber es ist so, daß heute im Deutschen Bundestag – ich kritisiere dies nicht, ich stelle es nur fest – Politiker der Grünen von soldatischen Tugenden sprechen. Verzeihen – ja, aber vergessen werde ich es nie, daß der frühere Sprecher der Grünen und heutige Bundesumweltminister im Sommer des letzten Jahres - das sage ich in aller Deutlichkeit – mit linkem Gesindel in Berlin ein öffentliches Gelöbnis von wehrpflichtigen Bundeswehrsoldaten gestört und die Bundeswehr in einen Zusammenhang mit dem Faschismus gestellt hat. Das ist unerträglich.

(Lebhafter Beifall)

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß Gerhard Schröder, Rudolf Scharping und Joschka Fischer heute gegen ihre langjährige sicherheitspolitische Überzeugung handeln und zu den militärischen Interventionen der USA und der NATO stehen. Rudolf Scharping hat vor noch nicht einmal vier Jahren in der Diskussion um den Einsatz deutscher Tornados in Bosnien wörtlich erklärt:

Alles, was in der Luft passiert, gefährdet das Leben der Menschen auf der Erde. Man kann nicht in der Luft kämpfen und auf dem Boden Frieden herbeiführen wollen.

Meine Damen und Herren, jeder kann natürlich seine Meinung ändern. Aber in so grundsätzlichen Fragen ist dies problematisch. Bundeskanzler Helmut Kohl hätte es sich gewünscht, wenn wir in vielen Fragen vom NATO-Doppelbeschluß bis zum Einsatz in Bosnien-Herzegowina eine so verantwortungsvolle Opposition gehabt hätten, wie wir sie heute darstellen.

(Lebhafter Beifall)

Diese Überzeugung, von der ich gerade gesprochen habe, hat der heutige Verteidigungsminister Gott sei Dank inzwischen aufgegeben. Er vertritt heute das Gegenteil. Von den Wandlungen eines Gerhard Schröders oder gar eines Joschka Fischer will ich hier gar nicht reden.

Wenn es in Zukunft um das Thema Bodentruppen geht – ich unterstreiche, was Wolfgang Schäuble gestern zum Einsatz von Kampftruppen in Jugoslawien gesagt hat –, dann können wir nur hoffen, daß konvertierte Pazifisten nicht plötzlich zu Aktivisten einer Stahlhelmfraktion werden und schließlich den Vorrang politischer Optionen aus den Augen verlieren.

(Beifall)

Ich frage mich schon, wie verlässlich künftig eine Regierung ist, deren Kanzler, Außenminister und Verteidigungsminister sich in der Vergangenheit in elementaren Sicherheitsfragen so geirrt haben und heute das Gegenteil dessen tun, was sie früher vertreten haben. Dieser radikale Kurswechsel – heute so und morgen so – läßt offen, wohin die genannten Herren morgen unser Land in existentiellen Fragen führen werden.

Das gilt zum Beispiel auch für das Thema Flucht und Vertreibung. Zu Recht verurteilt die Bundesregierung angesichts der unvorstellbaren Not von Bürgerkriegsflüchtlingen im Kosovo die Vertreibung aufs Schärfste. Wo aber – so frage ich den Bundeskanzler – war seine Sensibilität in diesen Fragen am 8. März 1999 gegenüber dem Vertreibungsunrecht an den Sudetendeutschen beim Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten in Bonn?

(Beifall)

Schröder erklärte, er wolle im deutsch-tschechischen Verhältnis Fragen aus der Vergangenheit überhaupt nicht mehr ansprechen. Zu Recht hat die tschechische Zeitung „Lidove Noviny“ dieser Tage festgestellt, daß eine ethnische Säuberung – dies ist ein schreckliches Wort – auch die Sudetendeutschen erlitten hätten. Ich meine: Wer berechtigterweise heute gegen die Vertreibung im Kosovo vorgeht, der muß auch mehr Sensibilität für das entwickeln, was Deutsche bei ihrer Vertreibung erlitten haben.

(Beifall)

Die SPD wird sich auch entscheiden müssen, ob sie mit der PDS – der „fünften Kolonne Belgrads“, wie sie Gerhard Schröder genannt hat – noch länger koalieren kann und will. Hier zeigt sich überdeutlich, wes Geistes Kind die SED-Nachfolgepartei immer noch ist. Wer wie die SPD glaubwürdig für Menschenrechte eintreten will, der darf nicht allein um der Macht willen mit der PDS – still oder offen – koalieren. Dieses Verhalten ist unglaublich.

(Beifall)

Die Demokraten in Deutschland sind sich darüber einig: Mit dem militärischen Lufteinsatz müssen wir Mord und Vertreibung stoppen. Aber nur mit den Mitteln der Politik können wir Frieden im Kosovo schaffen. Dazu brauchen wir selbstverständlich die Vereinigten Staaten und die NATO. Dazu brauchen wir in ganz entscheidender Weise aber auch Rußland. Diesen Punkt hat die Bundesregierung phasenweise aus den Augen verloren. Daß es in dieser Frage kein „Entweder-oder“ geben darf, haben auch die Gespräche, die Kollege Lamers und ich vor 14 Tagen in Moskau führen konnten, deutlich gemacht. Ich will diesen Punkt sehr vorsichtig ansprechen, muß aber sagen: Ich bin in Moskau – Kollege Lamers hat dies schon oft dargestellt – immer wieder darauf angesprochen worden, daß man natürlich verunsichert ist, weil Helmut Kohl die außenpolitischen Verhältnisse nicht mehr entscheidend prägen und fortentwickeln kann.

Wir haben in den letzten 10 Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und nach der Wiedervereinigung gute, zum Teil sehr gute und exzellente Beziehungen zu Rußland aufgebaut. Das Verdienst hierfür kommt in besonderem Maße dem Bundeskanzler Helmut Kohl zu. Das muß man hier noch einmal deutlich darstellen.

(Beifall)

Dieser Erfolg darf nicht in Frage gestellt werden. Wir Deutsche dürfen niemals in eine Situation kommen, in der wir uns zwischen absoluter Solidarität mit den anderen Partnern innerhalb der NATO und besseren Beziehungen zu Rußland entscheiden müssen. Die Diplomatie und die Politik müssen uns dies ersparen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Man muß alle gut behandeln.

(Beifall)

Der Krieg im Kosovo ist für Europa der Ernstfall; er ist ein Ernstfall für die Durchsetzung von Menschenrechten, ein Ernstfall für die Sicherung von Frieden und Freiheit. Er wird und muß – dazu wird Volker Rühle nach mir sicherlich die Positionen der CDU deutlich machen – zu einer wesentlichen Stärkung unserer Europapolitik führen. Wir müssen Europa als einen politischen Friedensfaktor, der es von Anfang an war, handlungsfähiger machen. Wir brauchen die Erweiterung der Europäischen Union auf die osteuropäischen Staaten, um so die europäische Friedenszone zu verbreitern und zu festigen. Die Europäische Union stellt sich im Grunde genommen für die Generation, für die auch ich stehe, die die Nachkriegszeit ganz bewußt erlebt hat, als Friedensgemeinschaft dar. Für jeden von uns ist es immer noch ein enormer Glücksfall, daß er, wenn er von München über Mittenwald nach Meran oder von Mailand nach Frankreich fährt, keine Grenzhäuschen mehr passieren muß. Daran wird sozusagen offenkundig, was hier geschaffen worden ist.

Entscheidend ist aber, daß diese Friedensgemeinschaft auch nach Osten hin ausgedehnt werden muß. Die westeuropäische Friedensgemeinschaft, ein ungeheurer Glücksfall in der zweiten Hälfte des ausgehenden Jahrhunderts, muß natürlich verstärkt werden. Hierfür müssen wir neue und enorme Anstrengungen erbringen. Ich halte es für sehr bedenkenswert, was mir Jawlinskij in Moskau erzählt hat. Er sagte mir: Sicherlich ist Rußland heute in einer schwierigen Situation; ihr müßt uns stabilisieren, denn der Osten kann den Westen destabilisieren, wenn der Westen den Osten nicht stabilisiert. Diese Worte gewinnen, meine Damen und Herren, durch diesen Krieg eine ganz besondere Bedeutung. Das möchte ich nachträglich unterstreichen.

(Beifall)

In erster Linie brauchen wir mehr Gemeinsamkeit zwischen den EU-Staaten in der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Staaten Europas selber müssen mehr Verantwortung übernehmen. Sie sind ihren Bürgerinnen und Bürgern ein professionelleres Krisenmanagement schuldig. Der Amsterdamer Vertrag von 1997 läßt zwar mehr Koordination der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu. Die Kosovo-Krise zeigt aber wieder: In diesen Bereichen gibt es noch zu wenig wirklich gemeinsame EU-Politik. Die Vertreibungen im Kosovo machen deutlich, daß zu den großen Aufgaben der Europäischen Union auch die Durchsetzung einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik gehört. Die Hilfe für die geschundenen Flüchtlinge aus dem Kosovo ist ein Akt der Menschlichkeit und ist unbestritten geboten. Allerdings ist auch in diesen Fragen eine faire Lastenverteilung ein Gebot europäischer Solidarität.

(Vereinzelt Beifall)

Jedes Land muß einen angemessenen Teil der Flüchtlinge übernehmen. Deutschland darf nicht wieder mehr als alle anderen zusammen aufnehmen. Wenn von 13 000 ausgeflogenen Kosovaren 10 000 alleine nach Deutschland kommen, dann kann ich nur feststellen, daß es mit der europäischen Solidarität in humanitären Fragen noch nicht so gut bestellt ist, wie es sein müßte.

(Beifall)

Europäische Waffenbrüderschaft alleine genügt nicht. Wir brauchen auch Solidarität in humanitären Fragen.

Deswegen frage ich auch heute erneut und immer wieder: Welches Europa wollen und brauchen wir eigentlich? Welche politische Union wollen wir? In Maastricht mag die Zeit für eine Antwort auf diese elementaren Fragen noch nicht reif gewesen sein. Heute müssen wir sie langsam klären. Die Europäische Währungsunion und die bitteren Erfahrungen im Kosovo zwingen uns, der deutschen Europapolitik ein klares Ziel zu geben und uns in der Tat mehr mit Fragen der Finalität auseinanderzusetzen. Wollen wir in der Tat einen europäischen Bundesstaat, wie ihn Joschka Fischer im Europäischen Parlament gefordert hat, mit zwei Kammern, dem Europäischen Parlament und einer zweiten Kammer, deren Mitglieder von den Parlamenten der Mitgliedstaaten gewählt werden? Ist das das Europa von morgen, das wir wollen? Oder wollen wir mehr ein Europa der Vielfalt und der Regionen? Darum müssen wir ringen, um auch in der Bevölkerung eine noch stärkere Diskussion über die Fragen der Finalität Europas zu erreichen.

(Beifall)

Ich komme auf die Agenda 2000 zu sprechen. Ich weiß, daß das alles zur Zeit ein bißchen untergeht. Der Kosovo-Konflikt ist eine existentielle Frage, aber deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß alle anderen Themen, die uns betreffen und die die Menschen berühren, völlig zweitrangig behandelt werden. Die Agenda 2000 ist das in Zahlen gefaßte Integrations- und Regierungsprogramm der Europäischen Union bis zum Jahre 2006. Sie sollte vor allem die Voraussetzungen für den Beitritt der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas schaffen. Dies ist heute um so dringender, weil die Konsequenz aus dem Krieg im Kosovo eine Ausdehnung der Friedensgemeinschaft Europa sein muß.

Ich sage es deutlich, meine Damen und Herren: Der Berliner Gipfel muß vor dem Hintergrund der Entwicklungen der letzten Wochen insgesamt noch einmal neu überdacht werden. Beim Berliner Gipfel wurde der Dramatik der Ereignisse, die sich in den nächsten Wochen abspielten, nicht genügend Rechnung getragen. Gerhard Schröders Ankündigungen für den europäischen Gipfel in Berlin waren natürlich vollmundig: Reduzierung der deutschen Nettzahlungen aus Gründen der Gerechtigkeit und eiserne Haushaltsdisziplin. Bei allen Fragen, die für Deutschland und für Europa wichtig sind, hat die Bundesregierung nichts erreicht. Vom Sparen in der Europäischen Union kann keine Rede mehr sein. Es steht ja in allen Papieren der Kommission: Der europäische Haushalt steigt entgegen den Ankündigungen zum Sparen von 164 Milliarden DM 1998 auf voraussichtlich 206 Milliarden DM im Jahre 2006, ohne Berücksichtigung der Inflation.

Die Gerechtigkeitslücke innerhalb des Finanzierungssystems der Europäischen Union besteht weiter. Natürlich wissen wir alle, daß Deutschland als größtes und starkes Land in Europa aus Solidaritätsgründen Nettozahler bleiben wird. Die Bundesregierung hätte aber eine merkliche Korrektur der eigentlich von allen als ungerecht empfundenen Nettobelastungen und -zahlungen erreichen müssen. Helmut Kohl und Theo Waigel haben 1992 – ich will das noch einmal ins Gedächtnis rufen – einen Schlüssel in Edinburgh vereinbart, der zu einer Senkung des Nettobeitrages von 27 Milliarden DM im Jahre 1994 auf 22 Milliarden DM im Jahre 1998 geführt hat. Das ist innerhalb von vier Jahren eine Reduzierung um 5 Milliarden DM. Schröder hat angekündigt, das sei ein Klacks. Er werde den Europäern erst einmal richtig Mores lehren. Nach Angaben der Europäischen Kommission – es ist für mich eine neue Erfahrung, daß das überhaupt nicht beachtet wird – liegt die Nettobelastung Deutschlands im Jahre 2006 ohne Berücksichtigung der Kosten für die Osterweiterung um 300 Millionen DM höher als im Jahre 1999.

Es kann also überhaupt keine Rede davon sein, daß in der Tendenz die Kurve der deutschen Nettozahlungen gestoppt oder umgedreht wird. Die Behauptung der Bundesregierung, Schröder habe erreicht, daß wir im Jahre 2006 weniger zahlen müßten, ist falsch. Die Berechnungen der Europäischen Kommission widerlegen die des Bundesfinanzministeriums, das katastrophal ist, seit Lafontaine bzw. Eichel das Sagen hat.

(Beifall)

Die Bundesregierung hat die Chancen der Osterweiterung nicht gefördert, sondern verbaut. Die für die Osterweiterung vorgesehenen Mittel sind unrealistisch niedrig. Meine Damen und Herren, wer die Osterweiterung wirklich will, aber im Jahre 2006 insgesamt nur 3,4 Milliarden Euro für die Landwirtschaft ausgeben will, der schafft die Osterweiterung nicht, der gibt zu erkennen, daß er darauf keine echte Priorität setzt. Wenn ich die Osterweiterung wirklich will, dann muß ich dafür mehr Geld aufwenden, als ich es für den Kohäsionsfonds tue. Sonst bin ich gerade in den bestehenden Zeiten in meiner politischen Aussage nicht glaubwürdig.

(Beifall)

Das definitive Ende des Kohäsionsfonds wurde von der Bundesregierung nicht erreicht. Der Kohäsionsfonds sollte möglichst viele Mitgliedstaaten fit machen für die Währungsunion. Jetzt sind die EU-Länder zum großen Teil dabei, trotzdem läuft er beinahe in alter Höhe weiter. Das bedeutet: Das für die Osterweiterung notwendige Geld wurde nicht eingespart. Die Osterweiterung, und damit die wichtige Ausdehnung der europäischen Friedensgemeinschaft nach Osten, wird auf die lange Bank geschoben. Im Interesse des Friedens in Europa wären mehr politischer Mut und Durchsetzungskraft der Bundesregierung nötig gewesen. Auch hier Fehlanzeige!

Deswegen bitte ich Sie sehr eindringlich, in den nächsten Wochen im Europawahlkampf neben der Diskussion über die Krise im Kosovo die Fehler der Bundesregierung, gerade was die Architektur Europas für das Jahr 2006 betrifft, nicht untergehen zu lassen. Die Menschen haben am 13. Juni dieses Jahres die Chance, dazu ja oder nein zu sagen. Ein Ja zur CSU, ein Ja zur CDU bedeutet ein Ja zu Europa, zu einem gerechteren Europa und auch zu einer politischen Friedensgemeinschaft im Osten.

(Beifall)

Auch eine wirkliche Reform der Agrarpolitik blieb auf dem Berliner Gipfel aus. Das Verhandlungsergebnis bedeutet mehr Bürokratie, sinkende Einkommen und den Verlust von weiteren zehntausenden von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Schröder hat seine Versprechungen nicht erfüllt. Er hat die Chance zu einer großen Reform vertan. Die Bundesregierung hat in Berlin so verhandelt, wie sie in Bonn regiert: schlecht. Das müssen wir deutlich machen.

(Beifall)

Was wollen wir? Wir wollen ein Europa der Vielfalt, in dem die Eigenverantwortung der Staaten, der Regionen und der Bürger gefördert wird. Wir wollen kein zentralistisches Europa, kein bürokratisches Europa, kein Europa der Gleichmacherei. Wir wollen deshalb keine europäische Verfassung, die auf einen Staat hinauslaufen würde, sondern eine Charta der Europäischen Union auf verfassungsvertraglicher Grundlage, die die Grundprinzipien und Kompetenzen der Europäischen Union klar definiert. Dazu gehören eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den Regionen, den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union sowie eine Regelung der Aufgaben der Organe und der politischen Entscheidungsfindung.

Wir, CDU und CSU, wollen ein Europa der Vielfalt. Der europäische Kontinent ist im Vergleich zu anderen Kontinenten von einer Vielfältigkeit der Kultur, der Sprache und der Entwicklung gekennzeichnet. Die wollen wir dort, wo sie wertvoll ist, bewahren. Den kulturellen Reichtum, den wir Deutsche in Europa einbringen können und einzubringen haben, können wir, lieber Bernhard Vogel, gerade hier in Thüringen deutlich spüren. Hier zwischen Werra und Saale, zwischen Wartburg und Kyffhäuser konnte sich eine kulturelle Blüte entwickeln, die auf Deutschland und Europa ausstrahlte. Dieses vielfältige kulturelle Erbe wollen wir erhalten und in Europa einbringen.

Für mich, für uns, für meine Partei, die CSU, steht fest: Nur mit Vielfalt und Wettbewerb, mit Nationalstaaten und Regionen wird Europa in der Welt Erfolg haben. Für diesen Wettbewerb in Europa und darüber hinaus müssen wir uns fit machen. Das bedeutet: Deutschland muß seine Probleme aus eigener Kraft angehen. Wie soll das mit einer Bundesregierung geschehen, die auf ihrem Schlingerkurs nicht die Kraft zu notwendigen Reformen findet?

Ich will einen anderen Bezug herstellen. Wir sprechen heute bereits von einem Marshallplan für Südosteuropa. Natürlich brauchen wir, wenn wir unsere Friedensgemeinschaft in den Osten erweitern wollen, eine Art Marshallplan für die vielen südosteuropäischen Länder. Aber dazu brauchen wir natürlich Geld. Dieses Geld wird nicht der afrikanische oder der südamerikanische Kontinent aufbringen können, sondern in entscheidendem Maße der europäische. Auch wir Deutsche werden uns daran beteiligen müssen. Aber wir können uns nur beteiligen, wenn wir die notwendige Kraft entfalten, wenn die deutsche Volkswirtschaft wettbewerbsfähig und stark ist, wenn sie in der Lage ist, die Gelder für einen solchen Marshallplan aufzubringen. Unter diesen Gesichtspunkten stelle ich fest: Wer Reformen im eigenen Lande versäumt, wird nicht in der Lage sein, einen solchen Marshallplan zu finanzieren und damit die notwendige Friedensleistung zu erbringen.

(Beifall)

Der Konflikt im Kosovo darf nicht überdecken, daß die Bundesregierung auf die großen Herausforderungen Deutschlands und die Sorgen von Millionen von Bürgern keine Antwort hat. Was hindert denn eigentlich die Herren Müller und Riester, sich um die wirklichen Probleme der Menschen und der Wirtschaft zu kümmern und eklatante Fehler der Bundesregierung zu korrigieren, die doch in jeder Zeitung nachzulesen sind? Meine Damen, meine Herren, täuschen wir uns nicht! Lesen Sie nur die Zeitungen. Heute vielleicht nicht auf der ersten oder der zweiten Seite, aber natürlich in Massivität in kleinen Anzeigenblättern, in Regionalzeitungen und im Wirtschaftsteil auch der großen Zeitungen wird auf folgendes hingewiesen – ich lese einmal vor, was am Samstag letzter Woche im Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen“ gestanden hat –:

Tausende von geringfügig Beschäftigten haben schon gekündigt.

Weiter ist zu lesen:

Das Korrekturgesetz zur Scheinselbständigkeit gefährdet tausende Existenzen.

In diesem Artikel heißt es weiter:

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger hat dem Bundeskanzleramt Namen von 8 900 Zustellern übergeben, die ihre Arbeit aufgegeben haben.

Ich vermute: Darunter befinden sich wohl auch die Zeitungszusteller von Herrn Riester und Herrn Müller. Denn offenbar gelangt ihnen nicht mehr zur Kenntnis, was in den Zeitungen steht.

(Beifall)

Wir als Opposition haben eigene Konzepte. Wir müssen unsere Alternativen zur Regierungspolitik – darum wird hier und nicht nur hier und heute, sondern auch in den nächsten Wochen und Monaten in der CDU gerungen – deutlich machen:

Erstens: Wir brauchen eine wirksame Politik für mehr Beschäftigung. Deutschland muß im Zeitalter der Globalisierung auf seine Stärken setzen und bestehende Schwächen im internationalen Wettbewerb um Märkte und Absatzchancen konsequent durch Reformen abbauen.

Meine Damen und Herren, die Grenzen verlieren ihren trennenden Charakter. Das war die Politik aller Regierungen, vor allen Dingen der Unionsregierungen von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl. Heute haben sie ihren trennenden Charakter verloren, und wir sind darüber glücklich und darauf stolz. Aber damit verliert natürlich auch der Staat, der Nationalstaat, ein Stück seiner Schutzfunktion, weil er nicht mehr so eingreifen kann, wie er es getan hat, als die Grenzen noch ihren trennenden Charakter und damit auch ihren Schutzcharakter hatten.

Das kann ich nicht ausgleichen, indem ich – wie Oskar Lafontaine – auf zentralistische Weise sage, ich mache aus Europa einen Staat, und ich harmonisiere alles. Dann gehe ich noch an Ziel-Zwei-Zonen heran und mache so eine Art Weltregierung. Meine Damen und Herren, das hat Klein Oskar ja geglaubt, bis er von Herrn Greenspan ausgelacht worden ist. Vielleicht ist

das mit ein Grund dafür gewesen, daß er sich dann auf eine Art und Weise getrollt hat, die man letzten Endes nicht akzeptieren kann. So geht man nicht aus einem Amt, in das man hineingewählt worden ist!

(Lebhafter Beifall)

Also müssen wir natürlich bei aller Solidarität im Wettbewerb stehen. Das, was im Deutschen Bundestag und im Bundesrat entschieden wird, steht heute in Konkurrenz zu dem, was im Kongreß in Washington entschieden wird, in Konkurrenz zu dem, was in der französischen Nationalversammlung oder im italienischen Parlament entschieden wird. Wir stehen heute in bestimmten Fragen in Konkurrenz zu anderen politischen Entwürfen.

Deswegen ist es heute so entscheidend, daß wir den Wettbewerb annehmen. Der Internationale Währungsfonds hat recht, wenn er in seinem Sonderbericht letzte Woche zu dem Ergebnis kommt – ich zitiere –:

Nur durch eine Kombination umfassender struktureller Reformen und makroökonomischer Begleitmaßnahmen kann ein nachhaltiger Abbau der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit in Europa erreicht werden.

Eine solche Kombination ist von der Bundesregierung nicht zu erwarten. Denn bei dieser Bundesregierung herrscht leider die Kombination von umfassenden strukturellen Fehlleistungen und mikroökonomischen Nachbesserungen. Meine Damen, meine Herren, einer solchen Regierung gehört gekündigt, damit wieder mehr Menschen eingestellt werden können. Das ist unsere Aufgabe!

(Lebhafter Beifall)

Als Reaktion auf den weltweiten Modernisierungs- und Wettbewerbsdruck brauchen wir vor allem – und dazu können auch die Bundesländer einen entscheidenden Beitrag leisten – mehr Innovation bei Hochtechnologien und modernen Dienstleistungen. Wir brauchen erstklassige Schulen und Hochschulen. Wir brauchen mehr Leistungsanreize auch durch eine drastische Senkung von Steuern, und wir brauchen trotz aller Schwierigkeiten auch mehr Eigenverantwortung und mehr Sozialverantwortung.

Rot-grün lullt die Deutschen ein und verspricht das Blaue vom Himmel: „Es kann alles beim alten bleiben“, hat Gerhard Schröder gesagt. „Wir ersparen euch die Härten des globalen Wettbewerbs!“ Deswegen haben sie alle strukturellen Entscheidungen der Regierung aus CDU/CSU und FDP aufgehoben mit verhängnisvollen Folgen, die morgen und übermorgen noch gespürt werden. Unsere Gesetze für mehr Beschäftigung haben nachweislich den Krankenstand gesenkt und die Mobilität des Arbeitsmarktes erhöht. Mit der Rücknahme dieser maßvollen Reformen sind neue Arbeitsplätze bestimmt nicht entstanden; im Gegenteil: Das wird Arbeitsplätze kosten.

Die Ursachen unserer Beschäftigungskrise sind überwiegend struktureller Art und hausgemacht. Ich gehe ja gar nicht auf die Vereinigten Staaten von Amerika ein, aber warum hat denn Großbritannien eine viel niedrigere Arbeitslosigkeit als wir? Oder um ein kleineres Land zu nehmen: Warum herrscht denn in Holland beinahe Vollbeschäftigung? Und warum haben wir

auch in Deutschland ein so großes Ungleichgewicht bei der Arbeitslosigkeit zwischen Norden und Süden? Das hat natürlich auch ein bißchen mit der Politik zu tun. Manche Länder haben eben ihre Hausarbeiten gemacht.

Der Aufwärtstrend, den wir in Deutschland beim Wirtschaftswachstum noch 1998 zu verzeichnen hatten, ist beendet. Rot-grün hat ein Arbeitsplatzverhinderungsprogramm gestartet. Ich glaube, darüber müssen wir im Interesse der aufgebrachten Menschen, deren Existenz zum Teil entscheidend beeinträchtigt ist, reden. So müssen wir über die Neuregelung der 630-DM-Jobs und über das Gesetz gegen die Scheinselbständigkeit sprechen.

Die Neuregelung der 630-DM-Jobs kostet Arbeitsplätze, fördert die Schwarzarbeit und treibt Unternehmen, die auf diese Kräfte angewiesen sind, in den Ruin. Meine Damen und Herren, ich will überhaupt nicht bestreiten – wir selber waren ja mitten in den Überlegungen zu einer Konzeption, mit der wir das Problem lösen können –, daß natürlich bei vier oder fünf Millionen Arbeitsplätzen durch 630-DM-Arbeitsverhältnisse auch Mißbrauch getrieben worden ist. Das ist auch eine Folge unseres eng regulierten Arbeitsmarktes. Das muß man ja alles sehen; deswegen ist das ja auch als eine Art Filter betrachtet worden. Aber wie hat die Bundesregierung dieses Problem gelöst? Ich will jetzt nicht die ganzen Fälle aufzeigen, die damit verbunden sind. Ich will auch nicht weiter auf den bürokratischen Aufwand eingehen. Da muß einer – ich erlebe das ja – zum Finanzamt gehen und fragen: „Geben Sie mir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung?“ – Gegenfrage: „Hast du Einkünfte?“ – Da sagt er: „Nein.“ – Darauf der Finanzbeamte: „Aber hast du vielleicht ein Sparguthaben?“ – Da sagt der: „Ja, ich habe 2000 Mark auf dem Sparguthaben.“ – Antwort: „Dann kann ich dir die Bescheinigung nicht geben, denn du hast Zinseinkünfte und damit Nebeneinkünfte.“ – Dann geht der Mann, der auf die Regierung vertraut hatte, nach Hause und weiß nicht, was er tun soll. Das sind die Probleme, die Tausende und Zehntausende von kleinen Leuten bewegen!

(Lebhafter Beifall)

Wen trifft man denn damit entscheidend? Die kleinen Leute! Man trifft doch nicht die großen. Man zerstört mühsam aufgebaute Existenzen.

Das Schlimmste – für mich noch gravierender, weil es strukturell völlig fehlerhaft – sind die realitätsfernen Regelungen gegen die Scheinselbständigkeit. Sie ersticken viele Unternehmensgründungen bereits im Keim. Meine Damen und Herren, was für ein Problem haben wir denn in Deutschland? Wir haben das Problem, daß wir heute in Deutschland insgesamt nicht einmal mehr einen Anteil von 10 % Selbständigen an den Berufstätigen haben. Wir brauchen mehr Selbständige. Wir brauchen mehr selbständige Existenzen. Dafür tun viele Länder etwas. Erwin Teufel, Kurt Biedenkopf, der Kollege Vogel und andere, wir bemühen uns, die Selbständigenquote nach oben zu bringen, wir bemühen uns, es attraktiv werden zu lassen, daß man sich selbständig macht. Wir bemühen uns darum, daß nicht mehr 90 % der Absolventen von Hochschulen gar nicht daran denken, sich selbständig zu machen. Wir brauchen mehr Selbständige, um mehr Arbeitsplätze zu bekommen.

(Beifall)

Bei aller Wertschätzung für BMW, für Mercedes und Chrysler: Den Schwerpunkt der Arbeitsplätze bieten doch die kleinen und mittelständischen Unternehmungen, bieten die neuen Existenzgründer, die anfangen.

(Lebhafter Beifall)

Nun reden wir alle von mehr Selbständigkeit, von mehr Mut zur Selbständigkeit. Dann fängt einer an, vielleicht als Fliesenleger oder als Designer. Der macht es alleine, der hat den Mut, und er hat einen Auftraggeber. Mit dem kommt er zunächst einmal über die Runden, und dann will er die Existenzgrundlage legen, um morgen zwei oder drei oder vier oder fünf Auftraggeber zu bekommen. Aber was sage ich diesem Mann in der jetzigen Situation? Der verzweifelt doch, denn auf Grund von zwei Kriterien ist er Scheinselbständiger, und damit soll er in die Sozialversicherung. Der Auftraggeber sagt ihm: dann nicht. Was ist die Konsequenz? Die selbständige Existenz geht zu Ende und zugrunde. Es ist genau die falsche Denkweise, die Herr Riester hat. Der glaubt das!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da wird gesagt – jetzt fangen auch die Roten und die Grünen an, so zu reden –: Wir brauchen mehr Bill Gates. Dazu kann man stehen, wie man will, aber das ist natürlich ein Symbol für Selbständigkeit in Amerika. Doch unter den jetzigen Bedingungen gibt es niemals einen Bill Gates in Deutschland.

Deswegen muß das Gesetz weg, und die müssen weg, damit wir wieder richtig gestalten können.

(Anhaltender Beifall und Bravorufe)

Hier geht es – ich sage das noch einmal mit allem Nachdruck – um Zehntausende, ja um Hunderttausende Existenzen, die den Mut haben, sich aufzuschwingen, sich selbständig zu machen, und von der Politik Knüppel zwischen die Beine geworfen bekommen. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, bei aller Bedeutung vieler Probleme – ich will nichts von den Problemen im Kosovo usw. wegreden –: Das erregt die Leute draußen, und wir müssen uns mit aller Kraft dazu zu Wort melden, damit über den Kosovo nicht die Fehler dieser Bundesregierung verdeckt werden. Das muß aufgedeckt werden!

(Starker Beifall)

Was ist die Antwort der SPD auf unser Beschäftigungsproblem? – Europäischer Beschäftigungspakt. Als Ministerpräsident von Niedersachsen hat Schröder die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit in seinem Land als angeblich makroökonomisches Problem noch nach Bonn zur früheren Bundesregierung geschoben. Jetzt trägt er als Bundeskanzler die von ihm beschworene makroökonomische Verantwortung – und prompt will er das Problem nach Brüssel schieben. Wenn es da auch nicht funktioniert, dann kann man darauf warten, daß er Kofi Annan einlädt, meine Damen und Herren, und das Problem von der UNO lösen lassen will.

(Gelächter und Beifall)

Das ist doch der Punkt. Die Ursachen unserer Beschäftigungskrise liegen entscheidend in Deutschland selbst und nicht in der Europäischen Union. Politik für mehr Arbeitsplätze muß deshalb in Deutschland gemacht werden und nicht in erster Linie in Brüssel.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens: Wir verfolgen eine Ausländerpolitik, die die Integration fördert und fordert. Probleme auf dem Arbeitsmarkt für Deutsche und langfristig in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer bringt auch die Zuwanderung. Schon deshalb müssen wir diese begrenzen. Wir wollen eine Ausländerpolitik, die zur Integration, nicht zur Aufspaltung in ein Nebeneinander und ein Gegeneinander von Multi-Kulti führt. Rot-Grün – jedenfalls deren Repräsentanten – will eine multikulturelle Gesellschaft. Die Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger will so etwas nicht.

(Beifall)

Sonst hätten sich, meine Damen und Herren, auch nicht so viele Menschen – fast 5 Millionen – an unserer Unterschriftenaktion beteiligt. Das blieb nicht ohne Eindruck auf die Bundesregierung. Was Rot-Grün jetzt beim Staatsbürgerschaftsrecht ändern will, ist trotz einiger Korrekturen letztlich die Einführung des Doppelpasses durch die Hintertür. Die Beratungen dieses entscheidenden und einschneidenden Gesetzes zur Änderung des Staatsbürgerschaftsrechtes sollten von der Bundesregierung gerade auch mit Blick auf die Auseinandersetzungen in Jugoslawien und die großen Flüchtlingsströme nach Deutschland ausgesetzt werden. Wolfgang Schäuble hat mit dem, was er vorgeschlagen hat, völlig recht.

(Beifall)

Das mindeste, was man verlangen kann, ist zu sagen: Wir sind bereit, darüber zu reden. Ihr habt Euren ersten Entwurf wegen unserer Kraft zurückgezogen. Wir sind bereit, mit Euch darüber zu reden. Aber diese immer noch falsche gesetzliche Grundlage durchzupeitschen, das ist nicht sachgerecht. Wir sind in den entscheidenden Fragen wirklich eine nationalverantwortliche Opposition. Aber dann können wir auch verlangen, daß die Regierung bei solchen entscheidenden Maßnahmen nicht über den Willen der Mehrheit der Bevölkerung und über den Willen der Opposition so locker hinweggeht. Das müssen wir immer wieder deutlich machen.

(Starker Beifall)

Drittens: Wir stehen für eine soziale Politik. Rot-grüne Sozialpolitik versteht sich auch im Zeichen der Globalisierung als Umverteilungspolitik zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arm und Reich. Reine Umverteilungspolitik aber verschwendet Ressourcen und verspielt die Zukunft unseres Landes. Wer heute nur auf Umverteilung setzt, der wird bald nichts mehr zum Umverteilen haben.

Moderne Sozialpolitik muß Startchancen verbessern, muß Lebensperspektiven eröffnen und Teilhabe an der Wissens- und Informationsgesellschaft ermöglichen. Sie muß den Grundsatz der Eigenverantwortung und der Eigeninitiative wieder stärken. In all unseren Aussagen, in den wissenschaftlichen Abhandlungen der Stiftungen, in unseren politischen Diskussionen

stellen wir fest: Die klassische Industriegesellschaft, begonnen im ausgehenden 19. Jahrhundert, voll in der Blüte im 20. Jahrhundert, beginnt sich dramatisch zu verändern. Wir entwickeln uns zunehmend in eine Informations-, in eine Wissensgesellschaft hinein. Hier müssen wir sagen: Kapital kann man umverteilen, Wissen kann man nicht umverteilen. Ich muß den jungen Menschen die entsprechenden Startchancen geben.

Meine Damen und Herren, ich spreche hier aus eigener Erfahrung. Ich komme selbst aus – wie sagt man so schön? – kleinen Verhältnissen. Ich bin das dritte Kind meiner Eltern und konnte – was meine beiden Schwestern in dieser Weise noch nicht tun konnten – die Chance wahrnehmen, in Rosenheim aufs Gymnasium zu gehen. Ich hatte die Chance, dann auch studieren zu dürfen – nach Ableistung der Bundeswehr natürlich.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich hatte damit auch die Gewißheit, daß ich einen Abschluß erwerbe, der wettbewerbsfähig ist. Das ist mein Problem: Heute entsteht zunehmend und gerade in den nördlichen Ländern – aber nicht allein – eine private Ausbildungseinrichtung nach der anderen bis hin zu privaten hochschulähnlichen Ausbildungen mit Semestergebühren von 40 000 bis 50 000 DM. Die Institute müssen zum Teil Zugangssperren anordnen. Das bedeutet, meine Damen und Herren: Wenn es in der Bildungspolitik so weitergeht – ich verweise hierzu auf das, was die Rot-Grünen gerade in ihren Ländern bezüglich der Gesamtschule und allem, was damit zusammenhängt, gemacht haben –, dann fördert das nicht den Leistungsgedanken, und es schafft letzten Endes Ungleichheit. Wer Geld hat, kann sich eine private Ausbildungseinrichtung leisten, der andere kann es sich nicht leisten.

(Starker Beifall)

Für mich ist ein wesentlicher Teil der modernen Sozialpolitik auch eine enorme Reformbereitschaft in der Grundschule, in der Hauptschule, in der Realschule, in der Berufsschule, in der Universität. Wir müssen nicht nur die Schwachen fördern, sondern wir müssen auch die Starke fördern, denn ohne Starke bringen wir nichts zustande, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Letzter Punkt: Wir setzen auf eine nachhaltige Politik. Das Prinzip der Nachhaltigkeit hat seinen Ursprung in der Umweltpolitik. Nachhaltige Entwicklung heißt: Wir dürfen nicht von der Substanz leben, sondern müssen das, was uns wertvoll ist, von Generation zu Generation weitergeben: eine artenreiche Natur, naturnahe Landschaften, Wälder, Lebensräume für Menschen, Tiere und Pflanzen. Auch kommende Generationen haben einen Anspruch auf die natürlichen Lebensgrundlagen. Wenn wir ganz ehrlich sind, betrachten wir soziale Gerechtigkeit vorwiegend auf die lebende Generation bezogen, auf jung und alt, Mann und Frau, Arm und Reich. Soziale Gerechtigkeit und Gerechtigkeit an sich gibt es nur für die derzeit auf der Welt Lebenden, aber soziale Gerechtigkeit muß auch eingelöst werden gegenüber denen, die morgen und übermorgen geboren werden.

(Beifall)

Das verlangt auch unser christliches Bekenntnis, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben auch ein „C“ in unserem Parteinamen. Nachhaltigkeit ist ein zutiefst christliches Element, wenn ich es einmal sehr hoch angebunden ausdrücken darf.

(Beifall)

Eine Politik des blanken Materialismus und egoistischen Gegenwartskonsums zerstört unsere Lebensbasis für die Zukunft. Unsere Verantwortung für die Schöpfung geht weit über das Heute hinaus. Das unterscheidet uns auch fundamental von anderen Parteien.

Wir müssen uns bei allem, was wir tun, immer wieder fragen: Verbauen wir durch unsere Politik die Chancen künftiger Generationen? Lassen wir den Jungen genug Freiraum für die Zukunft?

Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist deswegen ein Maßstab für alle Politikfelder und muß auf allen politischen Entscheidungsebenen mehr Beachtung finden – gerade auch in der Finanzpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen halte ich das für großartig, was ihr vorschlagt. Als Politiker will man natürlich Probleme lösen, und wenn man zuwenig Geld dafür hat, geht man notfalls in die Verschuldung, um in der Gegenwart Probleme lösen zu können. Mit der Verschuldung kauft man sich gewissermaßen Zeit ein. Aber letzten Endes, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir ganz ehrlich sind, gilt: Wenn wir über unsere Verhältnisse leben, wenn wir uns mehr leisten, als wir leisten, muß das, was wir uns leisten, die nächste Generation bezahlen. Deswegen gehört natürlich auch die Nachhaltigkeit nicht nur zur Umweltpolitik, sondern sie gehört in hohem Maße auch zur Finanzpolitik und zu vielen anderen Bereichen, auch wenn sie dort vielleicht nicht so attraktiv ist, wie sie es im Bereich der Umweltpolitik ist.

(Beifall)

Ich sage noch einmal: Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit gegenüber den künftigen Generationen müssen in noch stärkerem Maße ein Element unserer gesamten Politik sein, angefangen bei der militärischen Situation bis hin zur zivilen Situation. Ich will das sehr deutlich aussprechen.

Ich freue mich, daß die CDU in ihrem Leitantrag fordert, mittelfristig müsse in Deutschland ein Bundeshaushalt ohne Nettokreditaufnahme angestrebt werden. Das zeigt: CDU und CSU ziehen auch in dieser elementaren Frage am gleichen Strang. Ich bin überzeugt: Wir liegen auch hier richtig. Die Bürger werden dafür Verständnis haben.

Meine Damen, meine Herren, wir brauchen eine zukunftsfähige und verlässliche Politik in Deutschland und für Europa. Wir brauchen eine Politik, die das bewegt, was die Menschen bewegt. CDU und CSU stehen gemeinsam vor der historischen Aufgabe, die bürgerliche Mitte zu bündeln und zu neuer politischer Kraft zu formieren. Diese Kraft müssen wir im föderalen Deutschland natürlich sowohl im Bundestag als vor allen Dingen auch über die Länder mobilisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage auch das: Es gab in der CDU und in der CSU – ich habe vieles miterlebt – Höhen und Tiefen in der Zusammenarbeit. Deswegen mein ganz, ganz herzlicher Dank an Ihren Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble, der sich in die-

ser Aufgabe, alle sozusagen mit zu integrieren, aufreibt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir haben ein außerordentlich enges politisches und freundschaftliches Verhältnis im Laufe der Jahrzehnte entwickeln können, auch wenn wir uns oft einmal gestritten haben, er als Bundesinnenminister und ich als bayerischer Innenminister oder er als Chef des Kanzleramtes bei Helmut Kohl und ich als Leiter der Staatskanzlei von Franz Josef Strauß. Da hat es natürlich hin und wieder einmal gekracht und auch gerauscht.

Wir leben heute leider in einer Situation, lieber Wolfgang Schäuble und lieber Helmut Kohl, in der das bürgerliche Lager in Europa zerstritten ist. Wir erleben das gerade in Frankreich. Jospin kann nur deswegen so sicher den Wahlen entgegengehen, weil das bürgerliche Lager leider zerstritten ist. In Italien haben wir leider keine Formation des bürgerlichen Lagers; das können weder Berlusconi noch Dini sein. Wir haben in Skandinavien das Dilemma, daß das bürgerliche Lager zerstritten ist. Wenn in Deutschland als dem Motor Europas das bürgerliche Lager – und das sind nur CDU und CSU, meine sehr verehrten Damen und Herren –

(Beifall)

zerstritten ist, wäre dies das Ende.

(Lebhafter Beifall)

Nach der für die CDU und die CSU so bitteren Niederlage bei der Bundestagswahl am 27. September gab es in der veröffentlichten Meinung und darüber hinaus zahlreiche höhnische Stimmen, die der Union den Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit prophezeiten. Heute, sieben Monate danach, können wir sehr realistisch und ohne Überheblichkeit feststellen: Keine Regierung zuvor hat derart stark und derart rasch Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern eingebüßt wie die Regierung Schröder. CDU und CSU haben dagegen – das kam gestern auch in den Beiträgen von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und vielen anderen zum Ausdruck – rasch wieder Tritt gefaßt. Ich sage es noch einmal: Wir verdanken das ganz wesentlich Wolfgang Schäuble, dem ich für seinen Mut, seinen Offensivgeist und seine kluge politische Führung die Anerkennung der Schwesterpartei sehr deutlich aussprechen möchte.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben hier eine ganz hervorragende Grundlage, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mit Norbert Blüm verbindet mich seit vielen Jahrzehnten gemeinsamer Kampfgeist. Mit Frau Schavan als Ihrer Stellvertreterin ergibt sich im Süden mit gemeinsamer Bildungspolitik natürlich automatisch eine ganz hervorragende Kooperationsmöglichkeit. Christian Wulff und ich kennen uns seit Jahren, um nicht zu sagen seit Jahrzehnten. Wir werden es das nächste Mal auch schaffen; er wird dann dort sitzen, wo heute Koch sitzt.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir ziehen gemeinsam an einem Strang. Rot-Grün hat in Hessen verloren. Die CDU mit Roland Koch an der Spitze hat dort fulminant gewonnen.

(Beifall)

Das ist ein Aufbau. Ihr Erfolg, lieber Roland Koch, hat gezeigt: Wer ein offenes Ohr für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger hat, der wird gewinnen. Gerade hier in Thüringen haben die Wählerinnen und Wähler am 12. September eine wichtige Richtungsentscheidung zu treffen. Lieber Bernhard, wenn Thüringen heute bei vielen, um nicht zu sagen: bei nahezu allen wirtschaftlichen Kennziffern im Kreis der fünf neuen Länder vorne liegt – bei der Beschäftigung, beim Export, in der Investitionspolitik, bei der Qualität von Hochschulen –, dann ist das maßgeblich auf die kluge Weichenstellung auch Deiner Regierung zurückzuführen.

(Anhaltender Beifall)

Diesen Erfolg wollen die Menschen hier im Lande für die Zukunft. Wir schreiten dabei Seite an Seite mit der CDU. Wir wollen unseren kleinen Beitrag dazu leisten, daß all das, was wir uns hier wünschen, auch in Erfüllung geht.

Liebe Freunde, vor zehn Jahren begann eine neue Phase in der Geschichte unserer Nation. Die Menschen hier in Erfurt, in Thüringen, in den neuen Ländern schafften mit ihrem Mut und ihrer Besonnenheit etwas, was es in der Geschichte unseres Landes noch nicht gegeben hat: eine friedliche Revolution. Das Unterdrückerregime der SED wurde hinweggefegt und die Mauer fiel. Heute kandidiert gegen Eberhard Diepgen in Berlin jemand, der am 10. November 1989, als Helmut Kohl mit seinem Punkte-Programm die Wiedervereinigung eingeleitet hat, noch gesagt hat: „Ach, es geht hier nicht um Wiedervereinigung; es geht hier nur um ein Wiedersehen.“ Wir sollten das alles nicht vergessen. So lange ist das noch nicht her. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit solchen Sozialdemokraten wäre die Einheit nicht gelungen.

(Lebhafter Beifall)

Hier sage ich deswegen mit einer Nachdrücklichkeit, die mir hoffentlich heute gegeben ist, dies: Die Union ist die Partei der Einheit. Helmut Kohl ist der Kanzler der Einheit. Wolfgang Schäuble ist der Architekt der Einheit. Die CSU unter Franz Josef Strauß hat mit dem Gang nach Karlsruhe 1972 einen Grundstein für die Einigung gelegt, die nicht so leicht gewesen wäre, wenn wir dieses Bundesverfassungsgerichtsurteil nicht gehabt hätten, wenn wir an die Entwicklungen im Jahre 1989 denken. CDU und CSU sind die Parteien der Einheit. Wir haben niemals gewankt und niemals gewackelt. Wenn ich in diesem Zusammenhang an andere denke, könnte ich Ihnen hier gewissermaßen Legionen erzählen. Das muß man den Menschen sagen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, deswegen sage ich aus dem südlichsten Lande Deutschlands, das sich immer als föderalistisch, aber zugleich auch immer als ein harter Verfechter der nationalen Einheit verstanden hat, dies:

Wir sind stolz auf die Einheit Deutschlands. Die Menschen hier in den neuen Ländern haben Großartiges geleistet. Sie haben aus eigener Kraft Freiheit und Demokratie errungen. Das muß man auch den Menschen bei uns, in den alten Ländern, immer wieder deutlich sagen. Die Union war in der Stunde der Einheit die gesamtdeutsche Kraft. Wir sind diese Kraft auch heute und bleiben sie in Zukunft. Das müssen wir den Menschen jeden Tag aufs Neue vermitteln. Wir müssen die Menschen dort abholen, wo sie sind. Wir müssen ihre Sprache sprechen und die Köpfe und Herzen der Menschen erreichen.

CDU und CSU sind Volksparteien im besten Sinne des Wortes. Dafür steht die Union: für die Interessen der Menschen, vor allem auch der kleinen Leute. Ich betrachte gerade die CDU und meine Partei als Interessenswahrer der kleinen Leute. Ich bin stolz – das darf ich, so glaube ich, sein –, daß bei den Landtagswahlen in Bayern nicht nur 50 Prozent der 18- bis 21jährigen CSU gewählt haben, sondern auch 47 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und fast 40 Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies müssen wir für ganz Deutschland erreichen.

(Lebhafter Beifall)

Die Union steht für deutsche Interessen in Europa. Die Union steht für ein Europa der Bürger und der regionalen Vielfalt. Die Union steht für soziale Marktwirtschaft, sie steht für das liberal-konservative Menschen- und Familienbild, und sie steht für den Zusammenhalt der Schicksals- und Solidargemeinschaft in Heimat und Nation. Die Menschen wollen eine verlässliche und ehrliche Politik. Sie wollen eine Politik, die ihre Sprache spricht, und Persönlichkeiten, denen sie vertrauen können. Das bietet die Union.

Liebe Freunde, 1999 ist ein wichtiges Wahljahr. Das wird Schröder zunehmend zu spüren bekommen. Wie sagte Herberger? „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.“ Nach der Wahl am 27. September ist vor der Wahl. Rot-Grün hat in Hessen verloren – aber Deutschland hat gewonnen!

(Beifall)

Laßt uns gemeinsam kämpfen, damit es am Ende dieses Jahres heißen wird: Hessen war nur der Anfang. Gemeinsam können wir es packen.

Am 13. Juni, bei den Europawahlen, muß eine klare Mehrheit der CDU gegenüber der SPD her. Wir sind die Partei, die europäische und deutsche Interessen gerecht bündelt. Das müssen wir an die Menschen herantragen.

(Beifall)

Ich werde bei all den Wahlen meinen Beitrag leisten. Denn auch Bayern geht es letzten Endes nur gut, wenn Bonn wieder anders regiert wird. Deswegen muß ich mich einsetzen.

(Beifall)

Am 6. Juni in Bremen mit Hartmut Perschau! Am 5. September – eine ganz interessante Wahl – müssen wir es mit Jörg Schönbohm schaffen, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen. Im Saarland werden wir mit Peter Müller in die Wahl ziehen. Wer kandidiert eigentlich für die SPD im Saarland? Ist es Herr Klimmt, oder ist es Herr Lafontaine? Wer regiert da eigentlich? Dort kommt man aus dem Ruhestand zurück und geht wieder in den Ruhestand, anschließend kommt man noch einmal wieder. Das alles kann man ändern, wenn man die CDU im Saarland zur stärksten Partei macht. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Auf den 12. September, die Wahl in Thüringen mit Bernhard Vogel, habe ich schon abgehoben. Und am 19. September wollen wir - ich bin ja nicht despektierlich - alles dazu tun, daß König Kurt König Kurt bleibt.

(Beifall)

Damit man König sein kann, braucht es eine eigene Mehrheit. Am 10. Oktober geht es mit Eberhard Diepgen um die Bundeshauptstadt Berlin.

Dann kommen zwei große Finale im Jahr 2000. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen geht es letzten Endes um ganz entscheidende Weichenstellungen. Ich sage: Hier haben wir optimale Chancen. Ich wünsche Dir, lieber Volker Rühle, alles Gute. Wenn Du meine Hilfe brauchst, dann werde ich, wie ich nur kann, sie Dir zur Verfügung stellen.

(Beifall)

Ich wünsche, daß Du die Riege der Ministerpräsidenten für die CDU erweiterst. Ich wünsche Dir alles Gute. Und dann noch der Kollege Rüttgers! Das ist so ein Traum, den ich habe: eine kräftige Regierungsbank im Bundesrat.

(Lebhafter Beifall)

Das muß unser Ziel sein in diesem und im nächsten Jahr: die Bundesratsbank entscheidend zu verändern, sie mit attraktiven Köpfen zu besetzen, die auch etwas in den Köpfen drin haben.

(Lebhafter Beifall)

Mein Schlußsatz: Rot-Grün und PDS machen eine Politik von gestern. Den Unionsparteien, den bürgerlichen Parteien – mit all ihrer Flexibilität – gehört die Zukunft. Wir sind die moderne Kraft in den Ländern. Wir sind die moderne Kraft für Deutschland. Und wir sind die moderne Kraft für Europa. Die kleine Schwester will alles dazutun, daß die kleine und die große Schwester zusammen die entscheidende Kraft in Deutschland und in Europa werden bzw. wieder werden.

Alles Gute und herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Lebhafter langanhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Edmund Stoiber, die Köpfe und die Herzen erreichen – du hast die Köpfe und die Herzen der Delegierten erreicht. Herzlichen Dank für diese klaren Worte, für die Nachhaltigkeit deiner Rede und herzlichen Dank für den Schulter-schluß der beiden Schwestern!

(Beifall)

Ja, der Kosovo bedrängt uns. Wir müssen darüber sprechen. Wir danken dir, daß du in Moskau warst. Wir danken dir, daß du auch an andere Themen erinnert hast. Wir müssen uns um den Frieden sorgen, aber wir müssen uns auch um die Zukunft unseres Landes sorgen. Herzlichen Dank im Namen aller, die du angesprochen hast, für die Zusage der Hilfe der CSU und deine persönliche Hilfe! Herzlichen Dank für deine Worte zu Thüringen und den anderen Ländern! Wir sind dankbar, daß du gekommen bist. Im Geiste dessen, was Wolfgang Schäuble gestern und du heute gesagt hast, wollen wir gemeinsam die Zukunft packen.

(Beifall)

Die Zukunft beginnt in Europa. Deswegen beginnt die Zukunft mit Volker Rühle und seinem Beitrag in der Einführung „Europa muß man richtig machen“.

(Beifall)

Volker Rühle: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!

Es gibt kein Europa ohne die Gotik von Krakau und Prag, ohne den Dresdner Zwinger, ohne die Brücken von Budapest und ohne Leipzig, das früher die Hauptstadt des europäischen Buches war. Die Westeuropäer erlagen einer süßen und ziemlich bequemen Täuschung, daß Big Ben, die Gassen von Siena, die Anhöhe von Montmartre, der Dom von Worms genügen, um die Geschichte, die Tradition und Kultur Europas für die Zukunft zu erhalten. Wir waren in diesem europäischen, politischen Osten nicht taub und blind. Wir hörten Big Ben in London läuten, wir sahen von einer weiten Entfernung die Kolonnade von Bernini und den Eiffelturm und die alten Häuser von Lübeck.

Sie können verstehen, daß ich den letzten Punkt aus dieser Rede von Andrzej Szczypiorski besonders schätze.

(Beifall)

Wir werden mit unserer Politik in den nächsten Jahrzehnten nur dann Kurs halten, wenn wir uns von diesem Grundton der europäischen Politik leiten lassen und uns nicht in tagespolitischen Fragen verlieren.

Andrzej Szczypiorski sagte weiter:

Um ein wirklich integriertes Europa aufzubauen, brauchen wir etwas mehr als das, was heute allgemein im Westen vorhanden ist. Wir bedürfen etwas mehr der Reflexion über das menschliche Schicksal, etwas weniger Hetzerei nach materiellem Wohlstand, etwas mehr Trauer über die menschliche Unreife, etwas weniger Sicherheit, daß alles erreichbar sei. Denn viel bedeutet nicht alles.

Wenn man diese Worte des großen europäischen und polnischen Schriftstellers hört und sich fragt: Wäre das eigentlich denkbar gewesen, daß jemand in Berlin auf dem Kongreß so etwas gesagt hätte?, dann muß man sagen: Die Klarheit über das, was Europa wirklich ist, kommt vielleicht stärker von denjenigen, die bisher außen gestanden haben, die aus der Kälte kommen. Ich glaube, das ist etwas, was wir begreifen müssen: daß wir uns nicht in Nebensächlichkeiten und im Tagesgeschäft verlieren.

(Beifall)

Szczypiorski schloß mit den Worten:

Ich danke dem deutschen Volk dafür, daß es sich vereinigte, um für das vereinigte Europa der Zukunft zu arbeiten, um dieses Europa zu gestalten. Aus der Sicht eines östlichen Nachbarn wird die existentielle Verbindung zwischen Deutschlands Einheit und der Einigung und Gestaltung Europas deutlich gemacht.

Wer in den 80er Jahren in Polen war und mit den Vertretern der Solidarnosc gesprochen hat, wird sich erinnern, daß dort klare Worte zur deutschen Wiedervereinigung gesprochen wurden: Wir wollen die deutsche Wiedervereinigung, weil wir nur dann zu einem direkten Nachbarn der westeuropäischen Demokratien werden. – Das war eine klarere Aussage als manches, was wir damals in der Bundesrepublik Deutschland gehört haben. Deshalb sage ich: Die deutsche Wiedervereinigung ist auch durch die weitsichtigen polnischen Europäer gekommen, und sie haben sie immer als den ersten Schritt in Richtung der europäischen Wiedervereinigung verstanden. Die steht jetzt auf der Tagesordnung, wenn es um die Erweiterung der Europäischen Union geht:

(Beifall)

„Europa muß man richtig machen“ – unter dieser Überschrift steht unser Leitantrag. Wie notwendig das ist, haben die vergangenen sechs Monate rot-grüner Europapolitik in zum Teil erschreckender Weise gezeigt. Denn das hat noch keine Bundesregierung fertiggebracht: ein großes europäisches Erbe anzutreten, dann aber innerhalb kürzester Zeit mit populistischen Entgleisungen reihenweise unsere Partner in der Europäischen Union und auch in Ost- und Mitteleuropa zu brüskieren, Zweifel an der europäischen Verlässlichkeit Deutschlands aufkommen zu lassen und dann auch noch das strategische Ziel aus den Augen zu verlieren mit dem Ergebnis, daß beim Berliner Gipfel vor lauter nationalem Egoismus Europa schließlich der Verlierer war. So kann man das Erbe von Helmut Kohl und Theo Waigel nicht mehren, so kann man Europa nicht voranbringen! Deswegen muß die Antwort am 13. Juni bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gegeben werden.

(Beifall)

Auch die letzten Wochen haben gezeigt: Die CDU ist die deutsche Europa-Partei. Stets hat sie Visionen und Kompetenzen miteinander verbunden. Europa – das ist nicht die Flucht aus der Nation, es darf auch nicht der Buhmann an den Stammtischen sein. Ich finde, wir schulden in diesem Zusammenhang ein Wort des Dankes an diejenigen, die häufig vergessen werden. Das sind unsere Europaabgeordneten, denn sie haben sich rechtzeitig, deutlich und entschieden gegen Fehlentwicklungen der Europäischen Kommission gewandt. Verhindert haben das nationalen Regierungen, nicht die Europaparlamentarier. Deswegen ein Wort des Dankes und der Anerkennung für diese große Leistung.

(Beifall)

Im übrigen, die CDU hat nie vergessen: Europa ist der Ausdruck des vitalen Interesses deutscher Politik. Unsere Interessen als Nation, die völlig legitim zu vertreten sind, können wir am besten im europäischen Rahmen wahrnehmen. Wie wichtig die bisher erreichte europäische Einigung für die Sicherheit in Europa und in Deutschland ist, führt uns der Krieg im Kosovo täglich vor Augen. Unser Land kann seit 1945 in Frieden und Freiheit leben und ist heute nur noch von Freunden umgeben. Dies wurde möglich, weil es Konrad Adenauer und die Union waren, die die Richtungsentscheidung für die Westintegration gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt haben, und weil es Helmut Kohl und die CDU waren, die zur NATO und zum NATO-Doppelbeschluß standen und die europäische Integration maßgeblich vorangebracht haben.

Aber der Krieg im Kosovo zeigt auch, daß eine westeuropäische Friedensordnung nicht ausreicht, daß wir eine gesamteuropäische Friedensordnung, gesamteuropäische Stabilität brauchen. Deshalb ist er auch eine bittere Bestätigung für die Richtigkeit der Aussage von Helmut Kohl, daß die europäische Integration eine Frage von Krieg und Frieden ist.

In der Agrarpolitik – lieber Edmund Stoiber, es macht mir Freude, daß ich als angehender Landespolitiker über Agrarpolitik rede, die du in deiner Rede diesmal weggelassen hast, obwohl ich weiß, wie wichtig sie für dich ist – bedeuten die Verhandlungsergebnisse der deutschen Präsidentschaft höhere Ausgaben, sinkende Einkommen der Bauern und eine weiter steigende Abhängigkeit der Landwirte von Beihilfen und Subventionen und damit mehr Bürokratie. Keinem anderen Teil unserer Bevölkerung muten wir vergleichbar hohe Belastungen zu. Deshalb ist es erst recht falsch und unverantwortlich, dieser Bevölkerungsgruppe durch nationale Maßnahmen wie durch die Steuerreform, durch die Ökosteuer und durch die Verkürzung der Zuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung zusätzliche Einkommensverluste in einer Größenordnung von 1,8 Milliarden DM aufzuerlegen. Das ist gegenüber unseren Landwirten schlicht unsolidarisch und ungerecht.

(Beifall)

Wenn dieser Bevölkerungsgruppe durch die Reform der europäischen Agrarpolitik schon zusätzliche Belastungen zugemutet werden müssen, dann wäre es nur fair, die Auswirkungen für die Betroffenen durch nationale Maßnahmen zu mindern, statt sie zusätzlich zu verstärken.

Wir werden die Probleme der europäischen Agrarpolitik – auch mit Blick auf die Erweiterung – besser lösen können, wenn wir im Bereich der Einkommensbeihilfen das Subsidiaritätsprinzip durch nationale Kofinanzierung stärker verwirklichen. Deshalb muß diese Frage auf der Tagesordnung bleiben.

(Teilweise Beifall)

So jedenfalls ist in Europa noch nie verhandelt worden, daß eine Bundesregierung am Anfang vor Kraft kaum laufen konnte und dann drei Wochen vor dem Gipfel die wichtigste Verhandlungsposition – die Einführung der nationalen Kofinanzierung – ohne Not und ohne Gegenleistung selbst vom Tisch fegte.

(Beifall)

Diese Bundesregierung besitzt weder den europapolitischen Sachverstand noch das diplomatische Geschick oder die Hartnäckigkeit ihrer Vorgänger, Eigenschaften, die nötig sind, um Deutschlands Interessen im Konsens mit den Partnerländern erfolgreich wahrzunehmen.

Edmund Stoiber hat die Frage der Beitragsgerechtigkeit angesprochen. Wir müssen aufpassen, daß es hier nicht zu einer Legendenbildung kommt, wonach die Entwicklung unter der Regierung Helmut Kohl dahin gegangen sei, daß Deutschland das Geld nach Brüssel geradezu geschaufelt habe, wie Schröder behauptet.

Wahr ist, daß Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Waigel bei der letzten Reform der Eigenmittel eine Umstellung der Beitragsbemessung erreicht haben und dadurch der deutsche Nettobeitrag seit 1994 von 27 Milliarden auf 22 Milliarden DM zurückgegangen ist.

Wahr ist auch, daß als Ergebnis der deutschen Präsidentschaft in den nächsten beiden Jahren unsere Nettobelastung wieder ansteigen wird, ehe es in den darauf folgenden Jahren zu einer leichten Entlastung kommen wird, durch die allerdings nicht einmal die höheren Zahlungen Deutschlands auf Grund der jährlichen Haushaltssteigerung ausgeglichen werden.

Deshalb ist dies keine Trendumkehr, wie es die Regierung Schröder unseren Bürgern weismachen will, sondern das ist die Zementierung der strukturellen Ungerechtigkeiten im Beitragssystem zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland und anderer Beitragszahler. Deswegen bleibt die Frage einer gerechten Beitragsordnung auf der europäischen Tagesordnung.

(Teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, dies alles zeigt, daß diese rot-grüne Regierung keine tragende Strategie in der Europapolitik hat. Die Regierung Schröder hat die strategische Bedeutung der Agenda 2000 für die künftige Entwicklung der Europäischen Union nicht verstanden. Deshalb wurde am Ende nur mehr um Geld gefeilscht, so als sei das beste Europa dasjenige, wo man am wenigsten bezahlen muß, aber am meisten herausholen kann.

Wie fahrlässig die Regierung Schröder mit unserem großen europäischen Erbe umgeht, zeigt sich in der Frage der Osterweiterung. Deutschland wurde unter der von uns gestellten Regierung in den Staaten Mittel- und Osteuropas als der zuverlässige Anwalt für deren baldigen EU-Beitritt angesehen. Heute jedoch gibt es in den mittel- und osteuropäischen Staaten niemanden mehr, der sich auf die Regierung Schröder als Anwalt verlassen wollte. Auch wenn Schröder und Fischer noch so häufig behaupten, sie wollten die Erweiterung nicht verzögern: Ihre Taten sprechen dagegen. Denn das, was sie in Berlin zustande gebracht haben, hat die Erweiterung nicht leichter, sondern deutlich schwerer gemacht.

Dennoch darf die Osterweiterung nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es geht darum, die Stalinsche Teilung Europas endgültig zu überwinden. Die Völker Polens, Ungarns und all die anderen Völker Mittel- und Osteuropas können doch nichts dafür, daß sie nach dem zweiten Weltkrieg das Joch des Kommunismus tragen mußten, daß sie keine Chance hatten, sich zu entwickeln, wie wir sie nach dem zweiten Weltkrieg hatten. Deshalb darf es jetzt keinen falschen westeuropäischen Egoismus geben.

(Beifall)

Wir sollten im übrigen einmal über unsere eigene Geschichte nachdenken. Zehn Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurde – das angesichts all der Schuld, die Deutschland auf sich geladen hatte – jedenfalls Westdeutschland der Weg in die Gemeinschaft der europäischen Völker geöffnet. Unsere politische Stabilität, die sich daraus entwickelt hat, und unser wirtschaftlicher Aufschwung waren ganz wesentlich dieser Bereitschaft unserer europäischen Nachbarn zu verdanken, Deutschland diese Chance zu geben. Heute leben wir zehn Jahre nach 1989, nach der europäischen Revolution. Wir haben es nicht mit Völkern zu tun, die Schuld auf sich geladen haben, sondern wir haben es mit Völkern zu tun, die im zweiten Weltkrieg gelitten haben und die danach noch über Jahrzehnte in der kommunistischen Gefangen-

schaft gehalten wurden. Welches Recht haben wir, ihnen zehn Jahre nach der Revolution in Europa den Weg in die erfolgreiche Gemeinschaft der Europäischen Union nicht zu öffnen?

(Beifall)

Wir brauchen eine klare zeitliche Perspektive. Nur dann wird es möglich sein, den Mobilisierungseffekt in der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Deswegen kann und muß das Zieldatum weiter das Jahr 2002 bleiben. Den Menschen im Osten Europas muß doch Mut gemacht werden gegen die Angst, diese Erweiterung, diese Öffnung ihnen gegenüber, könnte zu langsam stattfinden; den Menschen bei uns, den Menschen im Westen muß die Angst genommen werden, die Erweiterung könnte einen zu hohen Preis erfordern.

Bis es soweit sein wird, muß die Europäische Union durch eine Reform ihrer institutionellen Strukturen erweiterungsfähig werden. Ab dann könnten erste mittel- und osteuropäische Staaten beitreten, wenn sie die dafür erforderlichen Reformen verwirklicht haben.

Dies ist nicht nur eine Frage der europäischen Stabilität, und es geschieht auch nicht aus Altruismus, sondern das geschieht auch aus wohlverstandenen deutschen Eigeninteresse. Durch die Osterweiterung lassen sich neue Märkte erschließen und damit Arbeitsplätze in Deutschland sichern; illegale Zuwanderung und organisierte Kriminalität werden dann erfolgreicher bekämpft werden können. Vorhandene Umweltprobleme können gemindert und grenzüberschreitende Umweltrisiken besser entschärft werden, und schließlich können die Herausforderungen der zunehmenden Globalisierung erfolgreicher bewältigt werden.

Richtig ist allerdings auch, daß es durch eine baldige Osterweiterung auf Grund des Wohlstands- und Lohngefälles zu politischen und ökonomischen Problemen kommen könnte, wenn dieser Prozeß nicht sorgfältig gehandhabt wird. Aber die Antwort kann doch nicht sein, die Beitrittsländer so lange außen vor zu halten, bis sie ein bestimmtes Lohn- und Wohlstandsniveau erreicht haben. Die Antwort muß vielmehr lauten, sie so bald wie möglich aufzunehmen, zugleich aber die notwendigen Übergangsfristen in den entscheidenden Bereichen vorzunehmen.

(Beifall)

Vor einer Erweiterung müssen wir die institutionellen Strukturen reformieren. Die Europäische Union arbeitet heute noch immer mit dem System, das für die sechs Gründungsstaaten geschaffen wurde. Kein Wunder, daß sie immer schwerfälliger zu ihren Entscheidungen kommt. Viel zu häufig noch kann das Vetorecht angewendet werden, um nationale Interessen durchzudrücken oder sich Kompromisse teuer abkaufen zu lassen. Deshalb muß jetzt die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit verbessert werden, oder wir werden eine Erweiterung auf zwanzig oder noch mehr Mitglieder nicht verkraften. Auf einen Nenner gebracht: Wir brauchen mutige Entscheidungen für möglichst weitreichende Reformen. Je mehr Staaten künftig der Europäischen Union angehören werden, desto schwieriger wird es, die bisher noch einstimmig zu beschließenden Vertragsänderungen zu erreichen.

Meine Damen und Herren, die bisherige Entwicklung Europas bis hin zur Währungsunion und die bevorstehende Erweiterung erfordern vor allem auch eine vertiefte Auseinandersetzung über das Selbstverständnis Europas und letztlich über das Ziel des europäischen Einigungs-

prozesses. Allein die Diskussion über die Frage, was denn die Europäische Union sein oder was sie nicht sein soll – ein „Staatenbund“, ein „Staatenverbund“, ein „Bundesstaat“, ein „Superstaat“, die „Vereinigten Staaten von Europa“ –, zeigt, wie notwendig es ist, dieser diffusen Debatte Struktur zu geben und ihr die Richtung zu weisen.

Edmund Stoiber, niemand wird versuchen, die Vereinigten Staaten von Amerika zu kopieren.

Die Vereinigten Staaten besitzen eine Geschichte von gerade einmal 200 Jahren. Europa hat aber eine längere und auch ganz andere Geschichte. Aber schon heute ist Europa sehr viel mehr als ein Staatenbund.

(Beifall)

Deswegen bin ich ganz sicher: Wir werden eine eigene Rechtsstruktur entwickeln. Niemand kann heute präzise voraussagen, wie diese Struktur aussehen wird.

(Beifall)

Man kann Europa aber nicht richtig machen, wenn vor allem über „Milchquoten“, „Basissätze für obligatorische Flächenstilllegungen“, „Bevölkerungsplafonds“ oder „Beitragsbemessung nach Kaufkraftstandards“ geredet wird, so wichtig diese Fragen im Detail auch sind. Wir dürfen die Menschen nicht überfordern; wir müssen sie mitnehmen. Indem wir die geistigen Fundamente wieder klar herausstellen, müssen wir ihnen die Grundlage und den Zweck der europäischen Einigung immer wieder deutlich machen, nämlich daß Europa mehr ist als ein Markt und auch mehr ist als ein Währungsraum und daß die europäische Einigung nicht eine Reaktion auf den Ost-West-Konflikt darstellt, sondern aus sich selbst heraus begründet werden kann.

(Beifall)

Die Zustimmung der Bevölkerung zum europäischen Einigungsprozeß werden wir nur gewinnen, wenn über rein wirtschaftliche und funktionale Aspekte hinaus klar wird, daß Europa eine Wertegemeinschaft ist, die über ein gemeinsames kulturelles Erbe und über eine gemeinsame kulturelle Tradition vereint ist.

Wenn uns jemand, der bisher außen vor stand, den Spiegel vorhält, dann zeigt dies die Fehlentwicklung in der Europäischen Union, nämlich daß wir vergessen haben, was die Ursprungsidee gewesen ist. Deswegen sind die neuen Mitglieder keine Belastung, sondern eine Bereicherung. Sie haben in den Jahrzehnten der Entbehrung und der Gefangenschaft unter dem Stalinismus nie vergessen, was die Grundidee Europas ist. Sie sind deshalb eine Bereicherung für uns alle.

(Beifall)

Wir brauchen eine große Debatte über die Frage, worum es in Europa eigentlich geht. Dies wollen wir durch eine breit angelegte Diskussion über einen Verfassungsvertrag erreichen, der folgende Fragen beantworten muß: Welche grundlegenden Werte und Interessen verbinden eigentlich uns Europäer? Wie soll unsere gesellschaftliche Ordnung gestaltet sein? Wer ist für was zuständig im Verhältnis von Europäischer Union, den Nationen, den Regionen und

– wo es sie gibt – den Bundesländern? Wie kann die demokratische Legitimation und die Kontrolle in der Europäischen Union am besten gestaltet werden? Welche Rolle sollte Europa in der Welt spielen?

Grundlage für eine solche Debatte muß ein klarer und für die Bürger verständlicher Text sein. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, dem Europäischen Rat den Vorschlag zu unterbreiten, eine unabhängige Gruppe herausragender Persönlichkeiten mit der Erarbeitung der Grundlinien für einen solchen europäischen Verfassungsvertrag zu beauftragen. Ein solcher Verfassungsvertrag muß auch dazu dienen, durch eine klare Kompetenzverteilung das Subsidiaritätsprinzip zu stärken. Wir müssen eine Verständigung darüber finden, wieviel Einheitlichkeit nötig, aber auch wieviel Unterschiedlichkeit möglich und wünschenswert ist. Wir brauchen also eine Verständigung darüber, welche Fragen auf europäischer Ebene und welche Fragen durch die Mitgliedstaaten, die Regionen oder die Kommunen zu regeln sind.

Insofern geht es bei dem Verfassungsvertrag nicht um Machtzuwachs und Kompetenzerweiterung für das Zentrum in Brüssel, sondern es geht im Gegenteil um das Ziel, die vorhandene Tendenz zu mehr Zentralismus zu beenden. In dieser Frage standen wir immer hundertprozentig hinter den Bayern und hinter Edmund Stoiber, der gegen den falschen europäischen Zentralismus gekämpft hat.

(Beifall)

Edmund, wenn ich es geschafft habe, als Verantwortlicher in Schleswig-Holstein ein Kollege von Dir zu werden,

(Beifall)

dann kannst du dich darauf verlassen, daß wir in Schleswig-Holstein wissen: Die Entscheidung, ob Dithmarschen oder Nordfriesland, ob Schleswig, Flensburg oder Plön zu fördern sind, gehört nicht in die Zentrale der europäischen Bürokraten. In dieser Frage werden wir sehr gut zusammenarbeiten.

(Beifall)

Es muß sichergestellt sein, daß Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Die Menschen werden nur dann noch stärker für das gemeinsame Europa gewonnen werden können, wenn die Entscheidungsabläufe für sie nachvollziehbar und auch durchschaubar sind. Sie werden Entscheidungen auf europäischer Ebene nur dann akzeptieren, wenn sicher ist, daß Regelungen auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene nicht in ausreichender Weise getroffen werden können, und wenn zugleich klar ist, daß eine Entscheidung auf europäischer Ebene unbedingt erforderlich ist. Deswegen ist richtig, was Wolfgang Schäuble gestern gesagt hat: Es gibt viele Aufgaben in Europa, aber nicht alle Aufgaben in Europa sind auch Aufgaben für Europa. Die wichtige Rolle der Nationen und Regionen bleibt bestehen.

(Beifall)

Regionalpolitik darf den Regionen nicht entzogen werden. Um aber einem Mißverständnis vorzubeugen: Es geht nicht um Renationalisierung in der Europapolitik. In manchen Bereichen ist zwar ein Weniger an Europa notwendig durch Abschichtung in die Nationen und Re-

gionen. In anderen Bereichen aber brauchen wir ein stärkeres Europa und damit ein Mehr an Europa, zum Beispiel in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

(Beifall)

– das spüren wir alle in diesen Wochen schmerzhaft –, in der Migrations- und Asylpolitik oder in der Politik für eine wirkungsvolle Verbrechensbekämpfung.

Worum es also geht, ist eine klarere Abgrenzung der Aufgaben und dabei zugleich die Prüfung, ob die heutige europäische Regelungsdichte wirklich den Erfordernissen der Zukunft entspricht. Am Ende gilt: Die Europäische Union muß handlungsfähig, transparent, effizient und bürgernah sein.

Die Überschrift unseres Leitantrages gilt ganz speziell für die Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Arbeitsmarktpolitik. Wir blicken mit Stolz auf das, was CDU und CSU an soliden Fundamenten und dauerhaften Schutzregeln für ein marktwirtschaftliches Europa geschaffen haben. Es wird für uns zum Ausgangspunkt für eine zukunftsfähige, europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie.

An dem, was wir im Vertrag von Maastricht und im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt fest verankert haben, wird sich Rot-Grün die Zähne ausbeißen. An dieser Stelle gilt deswegen mein ganz besonderer Dank Theo Waigel. Als er diese Stabilitätspolitik durchgesetzt hat, hat er zwar mehr an die Italiener und andere gedacht, geschützt hat er uns aber vor Lafontaine. Deswegen ein großes Dankeschön an Theo Waigel und diese Stabilitätspolitik.

(Beifall)

Es gibt kein Abrücken vom Prinzip der freiheitlichen und sozialen Marktwirtschaft in Europa. Sie ist in zahlreichen Artikeln des EU-Vertrages völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben. Es gibt keinen Jota Spielraum bei der Unabhängigkeit und der Stabilitätsverpflichtung der Europäischen Zentralbank. Dafür stehen die Europäische Währungsverfassung, Wim Duisenberg, der Stabilitätsstandort in Frankfurt und die Union in Deutschland. Es gibt auch keine europäische Schuldenmacherei. Alle sozialistischen Träume vom Geldausgeben werden durch die harte Realität des Waigelschen Stabilitätspaktes beendet.

Derjenige – ich habe es eben angedeutet –, der ein anderes, sozialistisches Europa wollte, ist schon nach gut vier Monaten gescheitert und hat Hals über Kopf die Flucht ergriffen. Jeder kann sehen: Mit Absprachen zur Unterdrückung des Wettbewerbs, mit starren Wechselkursen, mit Hochsteuerkartellen, mit inflationären Lohnempfehlungen und ähnlichen Werkzeugen aus der ökonomischen Mottenkiste der 70er Jahre lassen sich Wachstum und Beschäftigung in Europa nicht aus der Reserve locken. Europäische Wirtschaftspolitik war immer erfolgreich, wenn sie Grenzen und Vorschriften beseitigt hat. An diesem Erfolgskonzept werden wir festhalten.

Natürlich brauchen wir auch Regeln der Fairneß: Regeln für den Wettbewerb, damit Marktbherrscher, Absprachen und ungerechte Subventionen unterbleiben; Regeln für die Steuerpolitik, damit nicht einige Länder uns mit verlockenden Steueroasen die Einnahmehasis durchlöchern, sich aber gleichzeitig ihre Infrastruktur durch unsere Nettotransfers finanzieren lassen; Regeln für die Arbeitnehmer, damit zum Beispiel die Arbeitssicherheit und die Gleichheit von Männern und Frauen nicht unter die Räder des Konkurrenzkampfes kommen.

Der entscheidende Punkt ist aber: Wir brauchen Regeln für den Wettbewerb, nicht Regeln gegen den Wettbewerb, so wie sie die Sozialisten in Deutschland und in Europa immer wieder durchzusetzen versuchen.

(Beifall)

Deshalb muß der Wettbewerb um günstige Standortbedingungen aufrechterhalten und ausgeweitet werden. Nur so wird es in Europa niedrige Steuersätze, weniger Bürokratie, weniger Erhaltungssubventionen und mehr Investitionen in Forschung und Human Capital geben.

Aus Deutschland sind im letzten Jahr 146 Milliarden DM für Auslandsinvestitionen abgeflossen. Auf der Habenseite stehen nur 35 Milliarden DM. Der Nettoabfluß von rund 110 Milliarden DM entspricht fast einer halben Million Arbeitsplätze. Davon bliebe uns aber kein einziger Arbeitsplatz erhalten, wenn wir Europa einheitlich ungünstige Standortbedingungen aufzwingen würden. Nur das Gegenteil kann wirken: runter mit den Steuersätzen, mit den Lohnnebenkosten, den Bürokratiekosten und weg mit allem, was Betriebe und Selbständige in Deutschland und in Europa limitiert und stranguliert.

(Beifall)

Wir müssen auch auf europäischer Ebene gebündelte Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unternehmen: Straffung und Konzentration der Regional- und Strukturpolitik, übergreifende Forschungs- und Entwicklungsförderung, Koordinierung des Infrastrukturausbaus, um nur einige Stichworte zu nennen. Die Verantwortung für Beschäftigung, für Investitionen und Arbeitsplätze trägt aber jeder bei sich zu Hause. Wir werden nicht zulassen, daß sich die amtierende Bundesregierung mit einem Wall aus regionalen, nationalen und europäischen Bündnissen für Arbeit umgibt, um später hinter diesem Wall die Verantwortung für ihr absehbares Scheitern in der Beschäftigungspolitik abladen zu können.

Europa braucht einen erneuten Aufbruch aus dem in Europa selbstgeschaffenen Wachstumsgetto. Wir zählen etwas und sprechen mit in der Welt, wenn wir in Europa pro Jahr zwei Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze gewinnen, wenn wir bei den Patentanmeldungen aufholen und wieder Überschüsse in den Staatskassen aufweisen, so wie es uns die Amerikaner mit ihrer starken Wirtschaft vorgemacht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Eine solche starke Wirtschaft erreichen wir nur durch Individualität, Differenzierung, Vielfalt und Wettbewerb. Wer Europa dagegen als Mittel der Vereinheitlichung begreift, der gefährdet letztlich die Einheit Europas.

Meine Damen und Herren, die Diskussionen der letzten Wochen und der vorliegende Antrag zur Europapolitik haben es gezeigt: Die Union wird in ihrer Europapolitik Kontinuität zu der Politik bewahren, die wir erfolgreich und positiv für Europa unter dem Bundeskanzler Helmut Kohl betrieben haben. Diese Politik ist zu einem Markenzeichen der Union geworden. Dieses werden wir mit in die Zukunft nehmen.

(Beifall)

Wir werden die Mißstände, die es in Brüssel, Bonn oder künftig in Berlin gibt, scharf kritisieren. Vor allem werden wir jede Form der Erbschleicherei verhindern, wenn sich Kanzler Schröder als Erbe des großen Europäers Helmut Kohl in Szene zu setzen versucht, ohne vorher die notwendigen Entscheidungen auf den Kongressen durchgesetzt zu haben, die die Zukunft Europas absichern.

(Vereinzelt Beifall)

Wir, die Union, haben Visionen für das Europa von morgen; diese Visionen haben wir nicht verloren. Viele aus meiner Generation sind der Union wegen ihrer Europapolitik beigetreten. Wenn Sie sich einmal in der jetzigen schwierigen Lage Gespräche zwischen jungen Leuten über Europa anhören und die Sorgen zur Kenntnis nehmen, die gerade junge Menschen um ihre Zukunft haben, dann kommt man, wie ich glaube, zu dem Schluß, daß unsere Vision von Europa als einem großen Friedenswerk auch die richtige Vision für die Zukunft dieser jungen Generation ist. Visionen sind nicht altmodisch, sondern wir brauchen sie gerade auch am Ende dieses Jahrhunderts, sie sind moderner denn je, wenn sie in Verbindung mit fachlicher Kompetenz, im richtigen Stil und mit der richtigen Tonlage beim Umgang mit unseren europäischen Freunden vorgetragen werden.

In diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Leitantrag.

(Anhaltender Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Lieber Volker Rühle, der Parteitag dankt Ihnen ganz besonders herzlich mit diesem Beifall nicht nur für die Einführung in unseren Leitantrag „Europa muß man richtig machen“, sondern auch für Ihre engagierte Arbeit für Europa und für unser Land. Sie haben klar zum Ausdruck gebracht, daß wir zeigen können, wie Europa weitergebaut werden kann. Sie haben aber auch klargelegt, daß wir es weiterbauen wollen und wir wissen, wie man es richtig macht. Wir wollen es, wir können es, und für die Zukunft haben wir uns vorgenommen, das, was bereits unter Helmut Kohl angelegt worden war, weiterzuführen. Zu mehr Demokratie in Europa, mehr Vertretung für die Bürger im Europäischen Parlament und dadurch mehr Vertretungsmöglichkeiten in ihren Anliegen, kurz zu einem Europa der Bürgerschaften bietet auch die Wahl am 13. Juni zum Europäischen Parlament eine Chance. Sie haben dabei Ausblicke, wie sie im auch Leitantrag stehen, auf den Vorschlag der Erarbeitung eines Verfassungsvertrages und die Frage, wie wir Europa politisch weitergestalten können, gegeben. Noch einmal herzlichen Dank für diese engagierte Einführung.

Ich gebe jetzt das Tagungspräsidium an unseren Freund Bernd Neumann weiter.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 15.1 auf:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES „EUROPA MUSS MAN RICHTIG MACHEN“

Es liegen eine beträchtliche Anzahl von Wortmeldungen zunächst einmal zur allgemeinen Aussprache vor. Ich rege an, daß sich diese, damit wir alle Redner berücksichtigen können, auf nicht viel mehr als drei Minuten beschränken.

Dann gibt es einen Restanten. Tagungspräsident Bernhard Vogel hatte vorhin schon den Beitrag von Herrn Rathjen aufgerufen. Da er sich aber auf einen Einzelantrag bezieht, schlage ich vor, daß wir die Wortmeldung des Kollegen Rathjen, wenn er denn das Wort ergreifen möchte, bei der Beschlußfassung über den entsprechenden Antrag B 2 einschließlich Initiativantrag aufrufen. Ich sehe, daß Sie damit einverstanden sind.

Ich eröffne nun die allgemeine Aussprache. Als erstem erteile ich das Wort dem Mitglied des Europäischen Parlamentes, Herrn Dr. Konrad.

Dr. Christoph Konrad: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich zu zwei Themen ein paar Gedanken loswerden, erstens zum Thema Strukturpolitik und zweitens zum Thema europäische Verfassung.

Bei der Forderung, die Möglichkeiten der nationalen und regionalen Wirtschaftsförderung zu erweitern, die in diesem Antrag sehr deutlich beschrieben wird, geht es, wie ich glaube, um einen entscheidenden Punkt. Wir müssen dringend noch einmal darüber nachdenken, ob dieses wirklich unsere Absicht ist. Die europäische Strukturpolitik muß sich vor dem Hintergrund der Erweiterung der Europäischen Union verändern. Die Veränderungen müssen zu einem Rückgang führen.

Sie wird reduziert werden müssen. Ich glaube, das ist auch ganz vernünftig. Denn wir wollen die Erweiterung.

Wenn wir aber das, was dort zurückgenommen wird, durch regionale Subventionen kompensieren wollen, dann stellt sich für die CDU/CSU die Frage, ob das unser politisches Ziel ist. Denn unser Ziel war doch stets, auch Subventionen abzubauen. Im übrigen steht es uns gut an, den Subventionswettbewerb in Europa, der durch diese Politik entstehen könnte, im Auge zu behalten.

Meine Damen und Herren, im Antrag B 51 ist ferner von einem Verfassungsvertrag die Rede. Darauf ist Volker Rühle soeben ausführlich eingegangen. Damit ist die Frage gestellt: Welches Europa wollen wir? Was ist Europas Aufgabe? Diese Frage können wir jetzt nicht endgültig mittels einer Verfassung bzw. eines Verfassungsvertrages beantworten. Schon diese Wortwahl zeigt deutlich, daß ein Stück weit Unsicherheit dahintersteckt.

Wir sollten warten, bis Europa komplett geworden ist. Wenn die Mitglieder der Westeuropäischen Union Mitglieder der Europäischen Union geworden sind, sollten wir mit den Mitgliedern, die jetzt Beitrittskandidaten sind, diese Frage endgültig besprechen. Zwischenzeitlich sollten wir bei dem bleiben, was unsere Politik immer war.

Lassen Sie uns auf der europäischen Ebene diejenigen Politikfelder heranziehen, die besser zu regeln sind: die Europäische Währungsunion, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Felder, in denen die Nationalstaaten ihre Souveränität längst verloren haben, die Umweltpolitik und zum Beispiel auch die innere Sicherheit. Das sind Fragestellungen, die wir auf der europäischen Ebene tatsächlich behandeln und auch behandeln sollten. Aber das ist nichts Festes, sondern etwas Bewegliches. Genauso sollten wir zu der Überzeugung kommen, daß bestimmte Politikfelder nicht auf der europäischen Ebene behandelt werden sollten, zum Beispiel die Steuerharmonisierung im großen Umfang hin zu einer

Steuerunion oder zum Beispiel eine europäische Sozial- bzw. Beschäftigungspolitik, woraus eine Sozialunion kreiert werden soll. Das sollten wir weiterhin auf nationaler Ebene behandeln.

Ein Letztes: Ich glaube, daß wir gut beraten sind, stets im Auge zu behalten, daß dieser Prozeß beweglich bleibt und daß für uns die Überschrift lautet: Wir wollen ein Europa der Regionen und der Bürger. Das heißt, daß wir auf der europäischen Ebene keine Kopie des Nationalstaates wollen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat der Europaabgeordnete aus Hamburg, Dr. Jarzembowski, das Wort.

Dr. Georg Jarzembowski: Liebe Damen und Herren! Wir sollten unserem früheren Bundeskanzler noch einmal zu einer Errungenschaft ganz herzlich gratulieren. Denn am nächsten Samstag tritt der Vertrag von Amsterdam in Kraft. Dies ist ein Vertrag von enormer Bedeutung, der die Zuständigkeiten der Union richtiggestellt und erweitert und der das Parlament zum Mitentscheidungsgesetzgeber in vielen Fällen gemacht hat. Dafür sollten wir dem ehemaligen Bundeskanzler noch einmal danken.

(Beifall)

Mit dem Vertrag von Amsterdam wird das Europäische Parlament in 38 Sachgebieten zum Mitentscheidungsgesetzgeber. Das bedeutet: Die Europäische Gemeinschaft ist – sei es in der Wirtschafts-, der Verkehrs- oder der Umweltpolitik – längst bundesstaatlich organisiert. Wir sollten hier keine Verfassungsschlachten des letzten Jahrhunderts führen. Umwelt- bzw. Verkehrspolitik wird vielmehr betrieben, indem sich der Ministerrat und das Parlament auf ein Gesetz einigen. Dieses Gesetz gilt in allen Mitgliedstaaten, selbst wenn ein Mitgliedsland es nicht so gut findet. Für den Fall, daß irgend etwas schiefläuft, gibt es den Europäischen Gerichtshof, der die Verträge auslegt und entsprechend entscheidet. Wir haben längst eine föderale Union.

Deswegen haben wir Christdemokraten – mit Ausnahme meines Kollegen Konrad, der vor mir gesprochen hat – in der Gruppe der CDU/CSU einstimmig ein Verfassungspapier verabschiedet. Wir haben es ein bißchen anders formuliert: Wir wollten eine Vertragsverfassung und keinen Verfassungsvertrag. Aber das sind Haarspaltereien, über die wir uns nicht unterhalten wollen.

Volker Rühle hat zu Recht ausgeführt, wir müßten mit den Bürgern über die Kompetenzen der Gemeinschaft diskutieren und dann entscheiden. Es ist doch so: Wenn ich heute gefragt werde: „Was ist die Verfassung der Europäischen Union?“, dann könnte ich als Antwort auf den Amsterdamer Vertrag verweisen. Er ist jedoch eine Mischung von Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht und Zuständigkeitsanordnungen. Wenn man die Bürger – und auch manchen Abgeordneten – fragt: „Wofür ist die Europäische Union zuständig?“, dann bleiben deren Antworten oft sehr unklar.

Wir brauchen also eine klare Debatte mit den Bürgern darüber, was auf europäischer Ebene und was auf nationaler Ebene entschieden werden soll. Ich bin durchaus für Rückverlagerun-

gen. Aber ich bin auch für die Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene. Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens muß effektiver erfolgen. Auch das muß einmal gesagt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen einen Grundrechtskatalog mit der Möglichkeit der Grundrechtsbeschwerde. Ich will das wie folgt begründen: Die Handlungen der Europäischen Gemeinschaft, der Union, gegen die Bürger werden immer umfassender. Da muß es einen Rechtsschutz geben. Der Bürger muß wissen, welche Rechte er hat. Nur wenn dies im Grundrechtskatalog klar definiert wird, weiß er, welche Rechte er hat. Er muß zudem die Möglichkeit zu einer Grundrechtsbeschwerde haben.

Natürlich wird der Erfolg einer Grundrechtsbeschwerde ähnlich verlaufen wie eine solche beim Bundesverfassungsgericht. Sie wird aus drei Kriterien bestehen: formlos, kostenlos und aussichtslos. So ist es normalerweise. Aber, meine Damen und Herren, die Familienpolitik Deutschlands ist durch eine Verfassungsbeschwerde verändert worden, weil das Bundesverfassungsgericht eine entsprechende Beschwerde aufgegriffen hat. Das muß auch auf europäischer Ebene möglich sein.

Ich will nicht länger als drei Minuten sprechen. Deshalb nur noch eine Kleinigkeit: Wir sind froh, daß es ein bürgerliches Lager gibt. Das bürgerliche Lager hat seinen Kern in der Europäischen Volkspartei, wo wir als CDU und als CSU Mitglieder sind. Diese Europäische Volkspartei hat im Februar dieses Jahres einen großen Kongreß veranstaltet und sich die Forderung nach einer europäischen Verfassung auf die Fahnen geschrieben. Dies ist also keine deutsche Diskussion. Häufig hört man ja, Verfassungsfragen seien deutsche Eigentümeleien. Nein, auch die Parteien zum Beispiel aus Spanien und Griechenland sind der Auffassung: Die Kompetenzen der Union und den Mitgliedstaaten müssen auf europäischer Ebene klarer definiert und abgegrenzt werden. Die Bürger müssen wissen, worum es geht. Dazu benötigt man eine europäische Verfassung.

Insofern haben wir einen Einklang, nämlich die klaren Verfassungsforderungen auf dem Kongreß der EVP und jetzt die eindeutige Vorlage unserer Bundespartei für einen Verfassungsvertrag. Darin sollten wir uns einig sein. Wir sollten den Bürgern in Europa sagen: Die SPD weiß nicht, wohin sie will. Wir haben klare Antworten, und wir sind bereit, über diese klaren Antworten mit dem Bürger zu diskutieren. Wir sind die deutsche Partei des Föderalismus. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen. Dann werden wir am 13. Juni dieses Jahres gewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Elmar Brok, Europaabgeordneter aus Nordrhein-Westfalen.

Elmar Brok: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Europäische Union hat dadurch, daß das Europäische Parlament die Kraft aufgebracht hat, die Kommission zum Rücktritt zu zwingen, ihre Fähigkeit zur inneren Reform bewiesen. Die Europäische Union hat dies allein durch das Parlament zuwege gebracht. Als wir nämlich im Januar dieses Jahres die Unter-

stützung der Bundesregierung brauchten, hat sie der Kommission den Rücken gestärkt. Wir befänden uns nicht in der jetzigen institutionellen Krise, wenn Herr Schröder schon im Januar den Weitblick gehabt hätte, den er im März versucht hat herauszustellen.

Im Dezember des vergangenen Jahres ist der Bundeskanzler wie Wilhelm II. aufgetreten und hat gesagt: Wenn der deutsche Nettobeitrag nicht in drastischer Weise zurückgefahren wird, dann wird die Erweiterung verschoben, dann gibt es keinen europäischen Haushalt, und dann entsteht eine große Krise. Als er vom Berliner Gipfel zurückkam, kannte er nicht einmal die beschlossenen Zahlen. Er nennt sie bis heute nicht.

Wir sehen also, daß die unprofessionelle Politik, die im Inneren bisher gemacht wurde, auf europäischer Ebene genauso fortgesetzt wird. Wir dürfen in diesen Tagen, in denen alle anderen Dinge von der Krise im Kosovo überlagert sind, nicht vergessen, daß wir im letzten Winter die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gemeinsam mit Niederländern und Franzosen gegen einen deutschen Finanzminister verteidigen mußten. Daß dies notwendig war, ist, so glaube ich, ein Unikum.

Meine Damen und Herren, der Kollege Konrad und der Kollege Jarzembowski haben auf die Einführung des Vertrages von Amsterdam hingewiesen. Mit diesem Vertrag, mit den neuen Rechten des Parlaments in der Gesetzgebung, dadurch, daß die Kommission nur durch das Parlament in ihr Amt kommt, wird es möglich sein, die Reformen weiter voranzutreiben und die drei Punkte Demokratie, Effizienz und Transparenz zusammenzuführen, um die nötige Akzeptanz für die Europapolitik zu erhalten, und zwar dadurch, daß die Kommission dazu gezwungen wird, endlich zu einem Dienstleistungszentrum zu werden und sich nicht weiter vom Willen der Bürger abzukapseln.

Im Zusammenhang mit der Reform der Europäischen Union müssen wir auch zum Ausdruck bringen, daß es nach dem Vertrag von Amsterdam nur noch relativ wenige Dinge gibt, die wir vergemeinschaften müssen. Mir fällt da nahezu nichts mehr ein. Aber die Europäische Union muß über die notwendigen Instrumente verfügen, um die gegebenen Zuständigkeiten in einer vernünftigen Weise wahrnehmen zu können. Es nützt doch nichts, Zuständigkeiten nach Europa zu schieben, und anschließend scheitert Europa, weil man sich weigert, auch die notwendigen Instrumente dorthin zu geben.

Dies werden wir, so vermute ich, auf dem Kölner Gipfel erneut erfahren. Dort wird Gerhard Schröder als Ratspräsident einen großen Beschäftigungspakt ausrufen. Dort wird er auf die übliche zentralistische Weise der Sozialisten die Gründung eines europäischen Beschäftigungsamtes bekanntgeben. Wenn man keine Sachfrage lösen kann, eröffnet man ein Amt. Das einzige, was dabei geschaffen wird, sind 3000 neue Arbeitsplätze in der Behörde; aber zur Beschäftigungspolitik selbst wird nichts beigetragen. Hier wird bereits ein großes Alibi für die Bundestagswahl im Jahr 2002 vorbereitet; denn dann wird man sagen „Nun ist doch Europa zuständig“ und wird dann das eigene Versagen in der nationalen Beschäftigungspolitik dahinter verstecken. Europa kann dies nicht leisten, und wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, daß es das leisten kann und daß Gerhard Schröder sich dahinter verbergen kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Europäische Union ist eine Union der Sozialen Marktwirtschaft. Sie hat durch die Öffnung des gemeinsamen Marktes ungeheuer viel an Wachstums- und Innovationspotential freigemacht. Das hat entscheidend dazu beigetragen, daß wir auch bei uns im Inneren liberalisieren konnten. Es gäbe keine Liberalisierung der Telekommunikation und des Energiemarktes in unserem Lande, wenn dies nicht über die Europäische Union angestoßen worden wäre.

Weil dies nicht eine Freihandelszone, sondern ein Binnenmarkt ist, müssen wir aber gleichzeitig sagen, daß dieser Binnenmarkt auch der sozialpolitischen und umweltpolitischen Rahmenbedingungen und der entsprechenden Wettbewerbs- und Fusionskontrollmaßnahmen bedarf. Wir wollen kein Europa des Manchester-Liberalismus, aber wir wollen auch kein Europa der Regelungswut. Ich meine, daß wir dafür Sorge tragen müssen, daß wir uns auf die wesentlichen Interessen konzentrieren, die wir haben. Das heißt, daß wir die Fähigkeiten der Europäischen Union im Rahmen der Handelspolitik und beim Ausbau der Außen- und Sicherheitspolitik verbessern sollten. Ich glaube, letzteres braucht man angesichts von Kosovo nicht weiter zu erläutern.

Im Vertrag von Amsterdam steht auch, daß zwar die Bereiche der Asyl- und Flüchtlingspolitik, der Migrationspolitik und der Standards an den Außengrenzen vergemeinschaftet worden sind, daß dies aber für eine Übergangszeit von fünf Jahren noch in der Einstimmigkeit verbleibt. Wenn wir jetzt in diesen Tagen fordern – die Bundesregierung tut dies auch –, daß es bei den Flüchtlingen zu einer fairen Lastenverteilung innerhalb der Europäischen Union kommt, dann möchte ich die deutsche Ratspräsidentschaft auffordern, die Initiative zu ergreifen, daß in diesem Bereich sehr schnell das Prinzip der Mehrheitsentscheidung eingeführt wird, weil das der Ansatzpunkt dafür sein könnte, Entscheidungen im Sinne der Lastenverteilung zu treffen. Das heißt, man soll nicht nur davon tönen, sondern soll auch, wie ich vorhin sagte, die Instrumente zur Verfügung stellen, damit wir die Probleme entsprechend lösen können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Erweiterung der Europäischen Union wird in einer Reihe von Kandidatenländern bezweifelt. Gerhard Schröder sprach vom neuen Realismus der Erweiterung. Bei der Agenda 2000 ist man nicht so weit gekommen, wie es notwendig war. Schröder ist dort wie ein Löwe gestartet und wie ein Bettvorleger gelandet. Weil noch Nachbesserungen notwendig sind, entstehen jetzt Zweifel, ob die Erweiterungen zum entsprechenden Datum kommen.

Volker Rühe hat in seiner Rede richtigerweise auf die politischen, wirtschaftlichen und historischen Notwendigkeiten der Erweiterung hingewiesen. Ich möchte es so sagen, daß die Erweiterung die Absicherung der Kohlschen Einheit Deutschlands ist. Denn wenn es uns gelingt, unsere Nachbarn in Mittel- und Osteuropa in die Europäische Union hineinzubringen, dann wird es so sein, daß sie in derselben Rechtsordnung wie wir leben, dann wird es so sein, daß sie im selben Binnenmarkt und auf Dauer in der Währungsunion mit uns verbunden sein werden.

Dies bedeutet aber im Augenblick von Instabilitäten in Europa auch, daß es keine deutschen Außengrenzen mehr gibt, keine deutsche Außengrenze, die möglicherweise Kriegsgrenze sein könnte. Dies wäre in der Tat die Vollendung und Absicherung der deutschen Einheit –

oder, wie Konrad Adenauer es gesagt hat, ein Zustand, durch den Deutschland aus seiner geographischen Lage politisch herausgeholt wird. Wir haben diese Chance in den nächsten wenigen Jahren unmittelbar vor uns, und ich hoffe, daß diese Bundesregierung in der Lage sein wird, diese Chance aus historischer Verantwortung im Interesse unseres Landes wahrzunehmen.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. In diesem Leitantrag des Bundesvorstandes sprechen wir von einem Europa der Werte: des Christentums, der Demokratie, der Freiheit, der Aufklärung usw. Wir sprechen dort von der Gemeinsamkeit der Kulturen, und zu Recht sprechen wir auch von der Vielfalt der Kulturen. Wir sollten uns daran erinnern: Die Gemeinsamkeit unserer Kulturen ist viel größer als die Unterschiedlichkeit. Wir sollten nicht nur über die Unterschiede reden. Die Unterschiede machen den Reichtum, die Vielfalt aus. Dies ist gut so, und es muß so bleiben. Aber wenn wir nur über die Unterschiede reden, sind wir nicht in der Lage, das Gemeinsame zu sehen und aus diesem Gemeinsamen das Europa zu schaffen, das sich in der Welt durchsetzen kann und das uns den Frieden bringt. Ich meine, wenn wir die europäische Einheit in dieser Vielfalt mit ihrem Reichtum sehen, dann werden wir in der Lage sein, das Konzept durchzusetzen, die Kohlsche Einheit in Europa abzusichern. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Thomas Mann, Europa-Abgeordneter aus dem Land Hessen.

Thomas Mann: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Wenn wir jetzt in die Europawahlen gehen, werden die Menschen mit Sicherheit einen stärkeren Beitrag leisten können, weil sie spüren: Europa geht uns alle in viel stärkerer Weise an. In einem Bereich wird das mit Sicherheit gelingen, und das ist der Bereich der Währung. Der Euro ist genauso stabil, wie wir es haben wollten. Wir haben deutlich sehen können, daß bei uns in Hessen europäische Wirtschaftspolitik gemacht werden kann, weil dort die EZB ist. Daß die EZB nach Deutschland kommen konnte, ist keinem anderen zu verdanken als Helmut Kohl.

(Beifall)

Die Menschen werden ein Zweites spüren. Wir werden wirtschaftliche Voraussetzungen schaffen können, weil wir jede Menge an Entscheidungen getroffen haben, aber in einem Bereich haben wir noch ein Defizit, und das spüren die Menschen draußen, wenn sie die Frage stellen: Ist denn sozialpolitisch einiges vorangekommen?

Im Jahre 1989 gab es einen EU-Ratspräsidenten, der hat die soziale Dimension eingeführt, nicht durch große Worte, sondern durch Konkretisierungen unseres Regelwerks. Das war damals in Hannover, und der Ratspräsident der EU hieß Helmut Kohl.

Lieber Helmut Kohl, es gab ein weiteres Stadium. Als wir im Jahre 1994 frisch ins Europäische Parlament gewählt waren, gab es im Dezember das Ende einer höchst erfolgreichen EU-Ratspräsidentschaft, und es gab die Essener Leitsätze: Förderung von Investitionen in die berufliche Bildung, Steigerung der Beschäftigungsintensität, Senkung der Lohnnebenkosten, Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik und Maßnahmen zugunsten der von der Arbeitslosigkeit

betroffenen Gruppen. Diese Essener Leitsätze sind das erste Element einer koordinierten Beschäftigungsstrategie in Europa, aber bei Erhalt der Subsidiarität – also der Hausaufgaben bei den Mitgliedstaaten –, im Gegensatz zu dem, was die Sozialisten wollen, nämlich daß das von Europa geregelt wird. Auch dafür war der Ratspräsident Helmut Kohl zuständig.

Ein Drittes war genauso gravierend. Drei Jahre später, im Dezember 1997, hatten wir eine höchst erfolgreiche Ratspräsidentschaft des kleinen Landes Luxemburg. Unser christdemokratischer Freund Jean-Claude Juncker erreichte, daß ein Gipfel nicht Deklamationsorgan für irgendwelche flotten Reden war, sondern daß Ergebnisse erzielt wurden. Er hat gesagt, die Menschen nehmen uns nur ernst, wenn sie spüren, daß wir konkrete Leistungen erreichen wollen. Dabei haben sich alle Mitgliedstaaten erstmals klar dazu bekannt, daß sie allen Jugendlichen unter 25 innerhalb eines halben Jahres Maßnahmen für Arbeitsstellen, Ausbildungsplätze oder arbeitsmarktpolitische Hilfen nachweisen wollen. Das gleiche galt für Langzeitarbeitslose. Auch ging es darum, daß 20 % der Arbeitslosen durch Umschulungsmaßnahmen bessere Chancen bekommen sollten.

Dieser Luxemburger Beschäftigungsgipfel war ein vitales Element für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil konkrete Ergebnisse erreicht wurden, statt allgemeine Erklärungen abzugeben. Es war wieder einmal ein Christdemokrat, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Chance gegeben hat zu sagen: Wir wollen uns bekennen. Seit Luxemburg gibt es jedes Jahr einmal – wir haben es im Jahr 1998 erlebt – ein öffentliches Forum. Die Mitgliedsstaaten müssen sich bekennen, was sie im Kampf gegen Arbeitslosigkeit konkret erreicht haben. Die Kommission gibt Bewertungen ab, und dann tagen wir im Europäischen Parlament und bringen das an die Öffentlichkeit, um unsere Ergebnisse herüberzubringen.

Das, meine Damen und Herren, sind konkrete Leistungen gewesen im Gegensatz zu dem, was in Kürze passiert. Nach dem bereits von meinem Kollegen des Parlamentes deutlich angesprochenen miserablen Ergebnis des Kölner Gipfels, bei dem der Britenrabatt durchgesetzt wurde, die Beschlüsse zur Agrarpolitik überhaupt nicht eingehalten worden sind, wonach der Kohäsionsfonds besteht und wir leider immer noch der Nettozahler sind, ist nichts erreicht worden. Also hat der mediengeile Herr Schröder gesagt: Ich werde eine Woche vor der Europawahl antreten und ein riesengroßes Medienereignis schaffen, nämlich – was in Deutschland nicht gelungen ist – einen Gipfel für einen Pakt der Arbeit in Deutschland. Das will ich nach Europa transportieren. Eine Woche vor der Europawahl werde ich einen riesengroßen Bohai darstellen, werde allen mir geneigten Journalisten – wieso machen die das eigentlich immer mit? –

(Beifall)

die Gelegenheit geben, mich darstellen zu können, und werde dann kurz vor der Europawahl sagen: Wir haben dieses Bündnis für Arbeit auf europäischer Ebene durchgesetzt.

Wir, meine Damen und Herren, als CDU/CSU-Mitglieder des Europäischen Parlamentes sind darauf vorbereitet. Wenn Ergebnisse darin stehen, werden wir dies sehr wohl registrieren. Wir meinen aber, da wird das Übliche getan, was wir seit einem halben Jahr kennen: Große Dinge werden verkündet, Inhalte fehlen absolut. Das haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht verdient. Die Zukunft gehört uns, der Union. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Peter Liese, Europa-Abgeordneter aus Nordrhein-Westfalen, das Wort.

Dr. Peter Liese: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich mache es kurz – ich bin selbst lang genug. Am 13.6. ist Europawahl. Das haben wir im Saal hier mittlerweile verstanden, aber ich glaube, viele Bürgerinnen und Bürger im Land fragen sich: Warum soll ich da überhaupt hingehen? Was gibt es da überhaupt zu entscheiden? Ich glaube, wir sollten ganz konkrete Beispiele nennen, was sich ändert, wenn Christdemokraten statt Sozialisten im Europäischen Parlament bestimmen.

Ich will ein ganz konkretes Beispiel aus der letzten Legislaturperiode nennen. Damals hatten wir noch das Glück, daß wir in Bonn eine Regierung hatten, die im Ministerrat aufgepaßt hat, daß manch sozialistischer Unsinn, den uns die Sozialisten und die Grünen in die Beschlüsse hineingestimmt haben, noch aufgehhalten wurde, zum Beispiel beim europäischen Führerschein. Das ist etwas ganz Konkretes, betrifft jeden einzelnen Bürger. Wir haben den europäischen Führerschein seit Anfang des Jahres, haben aber Probleme, daß überhaupt jeder einen erhält, weil es sehr lange dauert, bis er ausgestellt wird. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament wollten, daß dieser europäische Führerschein in allen Ländern par ordre du mufti aus Brüssel alle zehn Jahre erneuert werden muß, nicht, um damit irgendeinen Sehtest oder eine Gesundheitsprüfung zu verbinden, sondern einfach so. Wir haben die Sozialdemokratin, die dafür zuständig ist und diesen Antrag eingereicht hat, gefragt, was das denn solle, ob das nicht nur Bürokratie sei und keinen Nutzen habe. Sie hat darauf geantwortet: Damit werden doch Arbeitsplätze bei den Behörden geschaffen. Das ist das Europa, das die Sozialdemokraten und Sozialisten wollen, und vielleicht erklärt das auch das Thema 630-Mark-Jobs. Arbeitsplätze bei den Behörden haben wir ja jetzt genug, nur keine mehr für die Leute, die sich etwas hinzuverdienen wollen. Da müssen wir also aufpassen. Damals haben wir mit Matthias Wissmann die Chance gehabt, dies im Ministerrat wieder zu korrigieren. In der zweiten Lesung haben die Sozialisten das nicht durchbekommen.

Wenn wir in Bonn eine rot-grüne Regierung haben, ist es um so wichtiger, daß solcher Unsinn gar nicht erst beschlossen wird, und deswegen müssen wir den kleinen Vorsprung, den die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben, bei der Europawahl in einen großen Vorsprung für uns umwandeln.

Nun kurz zum Leitantrag: Ich freue mich über diesen Leitantrag. Ich glaube, er ist eine wichtige Leitschnur für unsere Europapolitik, ein klares Bekenntnis zu Europa, aber auch eine deutliche Kritik an den Mißständen. Ich freue mich ganz besonders – das sage ich ganz deutlich, weil ich in den letzten Wochen auch andere Töne gehört habe –, daß auch die Rede von Edmund Stoiber genau in diese Richtung ging. Es war eine starke Rede. Er hat den Nerv getroffen, hat aber auch ein klares Bekenntnis zu Europa abgegeben, und er hat nicht die Mißstände in Europa, die wir kritisieren, damit verwechselt, daß Europa insgesamt eine kritikwürdige Einrichtung und ein kritikwürdiges Ziel ist. Ich freue mich, daß das heute so gewesen ist. Ich würde mich natürlich noch mehr freuen, wenn wir diesen Kurs gemeinsam als CDU/CSU weiter fahren könnten und wenn nicht immer wieder Interviews oder Bierzeltreden einen anderen Duktus erscheinen ließen.

(Beifall)

Wenn wir diesen Kurs halten, haben wir eine Chance. Kritik in der Sache, aber das gemeinsame Ziel vor Augen. – Sonst nehmen uns die Leute das auch nicht ab, daß wir in den letzten Jahren eine proeuropäische Partei waren und jetzt auf einmal alles anders machen. Wir haben beim Thema doppelte Staatsbürgerschaft gerade deshalb Erfolg gehabt, weil wir unseren Kurs gehalten und nicht etwas Neues beschlossen haben.

Ein Thema wird uns in der Antragsberatung gleich noch beschäftigen, und deshalb soll das mein letzter Punkt sein: Wir haben im Vorfeld in vielen Gremien, zum Beispiel auch im Landesverband Nordrhein-Westfalen, über die Frage der regionalen Beihilfen diskutiert. Da gibt es natürlich ein Spannungsfeld, beispielsweise bezüglich der regionalen Zuständigkeiten der Bundesländer, aber auch bezüglich der Gefahr eines europäischen Subventionswettkampfs, und ich glaube, der Leitantrag des Bundesvorstandes ist in diesem Punkt etwas einseitig. Wir alle sind der Meinung, daß die Bundesländer weiter über regionale Förderpolitik entscheiden dürfen. Das muß so bleiben, und wir lehnen die Politik von Frau Wulf-Matthies auch in diesem Punkt ab. Das ist ein Grund, warum ich sie nicht wieder als EU-Kommissarin haben möchte.

Aber wir müssen auch aufpassen, daß wir unsere Grundlage der sozialen Marktwirtschaft nicht verlassen, indem wir den Anschein erwecken, als wollten wir mehr Subventionen. Herr van Miert ist zwar bei einigen auch in Deutschland sehr unbeliebt, aber er ist nicht der Kommissar, den man am meisten kritisieren muß, sondern er hat dafür gesorgt, daß auch in Frankreich und Italien bestimmte Subventionen eingeschränkt wurden. Wir sind die Partei, die gegen Subventionen und für Subventionen kämpft, und deswegen finde ich es gut, daß der Initiativantrag 2 vorliegt, der hier ein besseres Gleichgewicht hineinbringt: Regionale Strukturpolitik ja, aber keinen Subventionswettkampf in Europa. Das im Grunde eine Politik, die mit der christlich-demokratischen Grundordnung, mit der sozialen Marktwirtschaft nicht in Einklang zu bringen ist, und deswegen bitte ich um Zustimmung für den Initiativantrag 2. – Vielen Dank.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Als letzter Redner erhält Peter Jungen das Wort. Danach möge sich bereits Herr Russo zu den einzelnen Anträgen bereithalten.

Dr. Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich wollte zu zwei Punkten in der allgemeinen Debatte etwas sagen, weil es wahrscheinlich wenig Sinn macht, nachher in der Antragsberatung noch im Detail auf Änderungen einzugehen.

Eine kurze Vorbemerkung: Es heißt in der Ziffer 7, daß der Euro in der Zeit der Währungskrisen sozusagen seine Bewährungsprobe bestanden hat. Das steht aber nicht im Wortlaut, sondern dort steht: „in den Wachstumsturbulenzen“. Ich bin sicher, daß die Verfasser das falsche Wort gewählt haben. Bei der Überprüfung wird die Antragskommission das vielleicht korrigieren. Es müßte in Ziffer 7 also statt „Wachstumsturbulenzen“ „Währungsturbulenzen“, in denen der Euro seine Prüfung bestanden hätte, heißen, sonst wäre die Aussage – in dem Zusammenhang jedenfalls – falsch.

Die Ziffer 7, die über strukturelle Mängel des Arbeitsmarktes spricht, ist gegenüber der ursprünglichen Fassung verbessert, und das ist auch richtig so, aber dann folgt wieder die Formulierung, „ein abgestimmtes Vorgehen der europäischen Staaten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei erforderlich“. Wenn das weiße Salbe sein soll, dann ist es vielleicht un-

schädlich, aber ich meine, wir müssen aufpassen, daß wir nicht Widersprüche in das Programm hineinformulieren, die dann auch Anlaß dafür sein könnten, uns anschließend in die Haft zu nehmen für Beschäftigungsprogramme auf europäischer Ebene, die wir nicht wollen. Ich denke, daß es wichtig ist, daß wir das hier klarstellen.

Der nächste Punkt: Es ist weiter die Rede davon, daß ein gemeinsamer sozialpolitischer Sockel entstehen müsse, und es wird dann behauptet, dieser führe zu mehr Gerechtigkeit. Da müssen wir uns doch die Frage vorlegen: Stimmt das einfach so? Denn die damit verbundene Erhöhung – heißt es weiter – des Standards anderer Länder in Richtung unseres Niveaus führt zu einer Verringerung wettbewerbsverzerrender Nachteile für unsere Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, hier werden eigentlich Ursache und Wirkung vertauscht, denn die Folge einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, eines erfolgreichen Wirtschaftssystems sind die Fähigkeit, sozialen Wohlstand zu schaffen, und auch Verteilungsmöglichkeiten zu haben, aber nicht umgekehrt. Ich glaube, daß auch dies einer Überprüfung bedarf. Glaubt denn jemand ernsthaft, auf Dauer könnten sich die Europäer dadurch im internationalen Wettbewerb behaupten, daß eine Anhebung auf das Niveau des Mitgliedslandes mit dem höchsten Niveau erfolgt? Wenn man es so macht, muß man aber auch fordern, daß gleichzeitig der Wettbewerb zu verstärken und zu fördern ist, daß Strukturen zu ändern sind, daß sie anzupassen sind, daß die Chancen der Einflüsse aus der Internationalisierung und der Globalisierung zu nutzen sind, wie dies Gott sei Dank in den gestern beschlossenen Leitsätzen enthalten ist. Glaubt jemand ernsthaft, daß wir auf Dauer diese Mauern bauen könnten?

Es wird, wie ich denke, deutlich, daß wir unser Modell der Sozialen Marktwirtschaft, die sehr erfolgreich war, auch auf die europäische Ebene konsequent und beharrlich auszudehnen versuchen müssen. Meine Damen und Herren, nicht die Effizienz dieses Wirtschaftssystems ist moralisch verdächtig – es ist die Grundlage für Gerechtigkeit und soziale Absicherung –, sondern die Ineffizienz ist verdächtig und sicherlich moralisch geringer als die Effizienz einzuschätzen. Ich meine, daß wir an dieser Stelle alles tun müssen, um bestimmten Tendenzen – auch in der Europäischen Volkspartei – entgegenzutreten, welche hinsichtlich des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems von völlig anderen Grundvorstellungen als denen ausgehen, die wir mit Erfolg in Deutschland haben umsetzen können. Das bedeutet, daß bei uns eine Reform der Sozialsysteme notwendig sein wird. Es sollte nicht der Versuch gemacht werden, das, was wir haben, auf andere zu übertragen oder andere dazu zu überreden, das hohe Niveau, welches wir haben – über ein Drittel unseres Bruttosozialprodukts wird auf die Sozialsysteme verteilt –, zu erreichen und die dahinterstehende Politik als die richtige Wirtschaftspolitik zu verkaufen. Das Umgekehrte ist der richtige Ansatz.

Ich meine, daß wir uns auch in der Union noch einmal darüber verständigen müssen, daß das Soziale an der Sozialen Marktwirtschaft der Wettbewerb ist, daß die Effizienz des Marktes die Grundlage für Gerechtigkeit ist und daß „sozial“ nicht nur das Verteilen, sondern vor allem das Schaffen von Wohlstand beinhaltet. Gelegentlich geht der Sinn dafür auch bei uns verloren. Ich meine, diese Chance, die wir haben, die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft auf Europa zu übertragen, müssen wir nutzen. Dabei besinnen wir uns auf die identitätsstiftenden Merkmale der Union. Sie liegen, was die Wirtschaftsordnung angeht, in zwei Grundtraditionen: in dem Zusammenfließen von christlicher Soziallehre auf der einen Seite und ordoliberalen

raler Tradition auf der anderen Seite. Ich meine, wir müssen Ernst damit machen, dies auf Europa zu übertragen. Wir sollten also nicht versuchen, Mauern zu bauen, die auf Dauer eh keinen Bestand haben. Es gibt ein wunderschönes chinesisches Sprichwort, das lautet: Wenn die Winde der Veränderung wehen, gibt es zwei Möglichkeiten: Die einen bauen Mauern, und die anderen bauen Windmühlen. – Meine Damen und Herren, in diesem Sinne rufe ich uns dazu auf, daß wir gerade in Europa nicht Mauern, sondern Windmühlen bauen und damit den Wind der Veränderung für uns nutzen. – Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Einzelberatung der Anträge. Meine Bitte ist, die jeweiligen Beiträge kurz und präzise zu halten. Die Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 95 bis 156.

Ich rufe die beiden ohne konkreten Ziffernbezug gestellten Anträge B 1 und B 2 auf. Die Antragskommission empfiehlt, Antrag B 1 abzulehnen und Antrag B 2 bei Ziffer 10 zu behandeln. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Es wird so verfahren, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 3 auf. Dies ist die Ziffer 1. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 95 und 96. Dazu gehören die Anträge B 4 bis B 11. Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor.

Ich lasse sodann über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 3 bis B 11 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen. Es wird so verfahren, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 12 auf. Dies ist die Ziffer 2. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 97 und 98. Dazu gehören die Anträge B 13 bis B 22. Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor.

Ich lasse nun über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 12 bis B 22 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist ebenfalls einstimmig entsprechend der Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 23 auf. Dies ist die Ziffer 3. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 101 und 102. Dazu gehören die Anträge B 24 bis B 28. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 23 bis B 28 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist ebenfalls einstimmig entsprechend dem Votum der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 29 auf. Dies ist die Ziffer 4. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 103 und 104. Dazu gehören die Anträge

B 30 bis B 36. Zu dem Antrag B 29 liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Russo aus Mönchengladbach in Nordrhein-Westfalen vor.

Salvatore Russo: Ich bin ein EU-Bürger aus Italien. Vorab möchte ich kurz sagen, daß ich in einer Bundesarbeitsgemeinschaft der EU-Bürger in der CDU mitarbeite und das Thema in diesem Kreis diskutiert worden ist. Ich freue mich, daß ich die Gedanken der EU-Bürger in dem Leitantrag des Bundesvorstandes der CDU wiedergefunden habe. Ich möchte hier ein Wort des Dankes nicht nur an den Bundesvorstand, sondern auch an Frau Hieronymi und Herrn Lehne sagen, die uns bisher wirklich sehr unterstützt haben. – Danke.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 29 bis B 36 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Vorschlag der Antragskommission wird einstimmig gefolgt.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 37 auf. Dies ist die Ziffer 5. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 106. Zu dieser Ziffer liegen keine weiteren Anträge vor. Das Wort hierzu wird auch nicht gewünscht.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen, Antrag B 37 anzunehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Antrag B 37 ist damit angenommen.

Ich komme zum Antrag des Bundesvorstandes B 38. Dies ist die Ziffer 6. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 106 und 107. Dazu gehören die Anträge B 39 bis B 52. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 38 bis B 52 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Empfehlung der Antragskommission wird einstimmig gefolgt.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 53 auf; dies ist die Ziffer 7. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 113. Dazu gehören die Anträge B 54 bis B 59. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 53 bis B 59 abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Vorschlag der Antragskommission wurde mit großer Mehrheit gefolgt.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 60 auf; dies ist die Ziffer 8. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 115 und 116. Dazu gehören die Anträge B 61 bis B 74. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 60 bis B 74 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antragskommission wird einstimmig gefolgt.

Nun rufe ich den Antrag des Bundesvorstandes B 75 auf; dies ist die Ziffer 9. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 119 und 120. Dazu gehören die Anträge B 76 bis B 79. Dazu liegt eine Wortmeldung von Frau Theato, Mitglied des Europäischen Parlamentes, aus Baden-Württemberg vor. Sie haben das Wort.

Diemut R. Theato: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. Sehr verehrte Delegierte! Ich möchte zu den beiden Anträgen B 79 und B 80 sprechen, die in den Kompromißantrag B 75 eingearbeitet sind. Dabei sind aus meiner Sicht zwei wichtige Passagen verlorengegangen. Ich möchte ersuchen, aus dem Antrag B 79 die beiden letzten Absätze in den Kompromißantrag des Bundesvorstandes einzubeziehen. Damit würde klar zum Ausdruck gebracht, daß wir die Meinungs- und Handlungsführerschaft in der Frage der Bekämpfung von Mißwirtschaft mit EU-Mitteln für uns beanspruchen und dies nicht anderen in der Weise überlassen, daß reklamiert wird, wogegen man im Parlament immer wieder stimmt. Wir sollten dies hier fest verankern und damit klarmachen, daß wir uns als Anwalt der Bürger zum Schutz der finanziellen Mittel in der Europäischen Union verstehen. Ich wäre sehr dankbar, wenn wir diesen konstruktiven Ansatz, mit dem wir die Schaffung neuer Strukturen verbinden wollen, um eine bessere Kontrolle, aber auch Prävention vor Mißbrauch zu schaffen, im Leitantrag verankern könnten.

Zum Antrag B 89 eine kleine Anmerkung. Im Leitantrag sind die Europäische Kommission, der Ministerrat und das Europäische Parlament als die vom neu zu schaffenden Amt für Betrugsbekämpfung – dessen Einrichtung weit vorangeschritten ist und aller Wahrscheinlichkeit nach seitens des Parlamentes in den Maiwochen verabschiedet werden – zu prüfenden Institutionen genannt. Ich möchte bitten, sich an den Text zu halten und nicht nur drei Institutionen herauszugreifen. Vielmehr sollte man sich, wie es dann auch im Gesetzestext heißen wird, auf alle Institutionen beziehen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Wir haben eine weitere Wortmeldung vorliegen, und zwar von Professor Hans-Gert Pöttering für die Antragskommission.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Antragskommission: Wenn jemand von den Dingen der Haushaltskontrolle etwas versteht, dann ist es Diemut Theato, die Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments.

(Beifall)

Sie hat in den letzten Monaten eine unglaublich gute Arbeit geleistet. Wir alle wissen ja, welches Ergebnis das hatte. Die Antragskommission stimmt dem, was Frau Theato beantragt hat, zu. Wir empfehlen deswegen, aus dem Antrag der Jungen Union B 79 die beiden letzten Absätze - Sie finden sie auf Seite 122 – in den Text auf Seite 121 vor dem Absatz, der mit „Die CDU fordert...“ beginnt, einzufügen. In den weiteren Zeilen sollen dann die drei genannten EU-Institutionen nicht namentlich erwähnt werden, sondern es soll heißen: „in allen EU-Institutionen“. Denn wir wollen, daß alle EU-Institutionen vernünftig arbeiten. Das soll mit diesem Antrag bewirkt werden. Deshalb empfehle ich die Annahme in der von der Antragskommission nun vorgeschlagenen Weise. Wir übernehmen, was Frau Theato uns vorgetragen hat.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur erweiterten Empfehlung der Antragskommission, wie von Herrn Professor Pöttering vorgetragen, und stimmen über die Anträge B 75 bis B 99 ab. Ich bitte um das Karrenzzeichen für die Zustimmung. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag des Bundesvorstandes B 100; das ist die Ziffer 10. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 127 und 128. Dazu gehören die Anträge B 2 und B 101 bis B 107 sowie der Initiativantrag Nr. 2, der Ihnen in der Sammlung der Initiativanträge vorgelegt worden ist. In diesem Papier befindet sich auch die Empfehlung der Antragskommission, auf die ich verweisen möchte. – Ich habe dazu eine Wortmeldung von Herrn Albert Rathjen aus dem Kreisverband Rotenburg/Wümme. Bitte sehr.

Albert Rathjen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat vorgeschlagen, den Antrag B 2 anzunehmen. Inzwischen gibt es einen Initiativantrag, der auch hier behandelt wird. Nach dem Vorschlag der Antragskommission sollen B 2 und B 100 damit erledigt sein.

Ich bitte um Verständnis, wenn der CDU Kreisverband Rotenburg/Wümme das etwas anders sieht. Wenn auch B 2 ursprünglich zur Annahme vorgeschlagen worden ist, so wollte man trotzdem den Text nicht übernehmen. Der Initiativantrag Nr. 2 ist in dieser Form aus unserer Sicht gut. Nur, er beschränkt sich auf die fiskalpolitische Förderung der Regionen und des ländlichen Raumes. Im Antrag des CDU-Kreisverbandes Rotenburg/Wümme steht der ländliche Raum insgesamt im Mittelpunkt. Wir meinen, daß ökologische Aspekte, die Bezüge zur Kommunalpolitik, die Sicherung der Infrastruktur und vor allem die der natürlichen Lebensgrundlagen inhaltlich eingearbeitet werden müssen.

Natürlich geht es nicht darum, den Initiativantrag Nr. 2 abzulehnen. Wir schlagen vor, diesen anzunehmen und ihn um die beiden letzten Absätze des Antrages B 2 zu ergänzen. Ich kann mir vorstellen, daß das ein guter Kompromiß, eine gute Brücke ist. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Rathjen. Bevor sich die Antragskommission dazu äußert, hören wir den Wortbeitrag von Herrn Rolf Berend aus dem Landesverband Thüringen.

Rolf Berend: Vielen Dank Herr Vorsitzender. – Ich bin mit dem Initiativantrag, so wie er jetzt formuliert ist, einverstanden. Aber ein wichtiger Satz des Landesverbandes Thüringen findet sich darin nicht wieder. Ich kann mir eigentlich nur vorstellen, daß die Antragskommission ihn übersehen hat. Denn auch die Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament sind meiner Ansicht, daß eine Gerechtigkeitslücke geschlossen werden muß dahin gehend, daß bei der Mitteldotierung für die Ziel-1-Gebiete, die am meisten förderungswürdigen Gebiete in der Europäischen Union, das Gleichheitsprinzip herrschen muß. Ein Portugiese, ein Grieche, ein Spanier oder ein Ire muß Mittelzuweisungen in der gleichen Höhe wie die Bürger der neuen deutschen Bundesländer bekommen. Das ist nicht der Fall, wenn man die nationalen Wohlstandskriterien zugrundelegt.

Hier müssen – dahingehend galt auch unser Antrag vom Landesverband Thüringen – die regionalen Wohlstandskriterien ausschlaggebend sein, damit eine Gerechtigkeitslücke geschlossen wird.

Im Klartext, Herr Vorsitzender, mache ich daher folgenden Vorschlag. Nach dem ersten Absatz ist folgender Satz einzufügen: „Für die Höhe der Mittelzuweisung müssen regionale und nicht nationale Wohlstandskriterien ausschlaggebend sein“.

Eine zweite Begründung: Wir Deutschen zahlen auf Grund unseres hohen nationalen Wohlstandskriteriums unseren Beitrag an die EU, werden aber dann, wenn dieser nationale Wohlstand als Maßstab für Regionen angewendet wird, praktisch doppelt bestraft. Das kann doch nicht stimmen. Deshalb bitte ich, diesen Satz einzufügen. – Danke schön.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Peter Hintze, bitte.

Peter Hintze, Antragskommission: Wir haben hier, liebe Freunde, zwei interessante Anregungen. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, daß wir beiden Anregungen Rechnung tragen. Beim Initiativantrag Nr. 2, der die endgültige Fassung der Ziffer 10 beschreibt, schlagen wir vor, dem Thüringer Anliegen im Antrag B 102 in der Form zu folgen, wie Kollege Berend es vorgeschlagen hat, also den ersten Absatz um den klaren Hinweis zu ergänzen, daß sich diese Förderung in Zukunft nach regionalen und nicht nach nationalen Wohlstandskriterien ausrichtet. Wir haben die Formulierung mitgeschrieben. Wir schlagen vor, als neuen vierten Absatz den vom Kreisverband Rotenburg/Wümme vorgelegten zweiten Absatz anzufügen. Der Text des Kreisverbandes Rotenburg/Wümme beschreibt sehr schön die Funktion des ländlichen Raumes. Den dritten Absatz können wir leider nicht übernehmen, obwohl es gewünscht wird, weil sich sonst Textdoppelungen mit anderen Passagen in unserem Antrag ergeben würden.

Wir schlagen vor, Herr Tagungspräsident, den Initiativantrag Nr. 2 mit diesen beiden Änderungen als neue Ziffer 10 des Gesamtpapiers so zu beschließen.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse jetzt über die erweiterte Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 2 und B 100 bis B 107 sowie zum Initiativantrag Nr. 2 abstimmen. Ich bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen zum Antrag des Bundesvorstandes B 108. Das ist Ziffer 11. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 129 und 130. Dazu gehören die Anträge B 109 bis B 112. Ich habe keine Wortmeldungen vorliegen. Ich lasse daher über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 108 bis B 112 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist auch dies einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 113 auf. Das ist Ziffer 12. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 131 und 132. Dazu gehören die Anträge B 114 bis B 118. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Christian von Bötticher, Landesverband Schleswig-Holstein, zum Antrag B 115 vorliegen.

Christian von Bötticher: Auch die Schleswig-Holsteiner pflegen wie unsere Parteifreunde Stoiber und Koch eine klare und deutliche Sprache zu verwenden. Beim Wort „Umwelt-FBI“ müssen wir, glaube ich, aber ein Stück innehalten und uns darüber klar werden, was wir mit dem Wort eigentlich sagen und meinen und was dahintersteckt.

Zunächst soll eine Umweltagentur ausgebaut werden. Das bedeutet für uns mehr Bürokratie in Europa, es bedeutet neue Verwaltungsmaschinereien und neue Apparate. Zudem muß dieses Vorgehen an dieser Stelle als extrem systemwidrig kritisiert werden. Was passiert denn mit den anderen Agenturen? Beim nächsten Mal kommen die Veterinäre und wollen auch eigene Exekutivfunktionen haben. Zum dritten – das halte ich für das Schwerwiegendste –: Wir erleben einen weiteren Gang in Richtung eines Demokratiedefizits. Wie soll denn diese neue Agentur kontrolliert werden? Wer hat da die Obacht, daß dort alles in den richtigen Kategorien verläuft? Nein, meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist eine neue Bürokratie das falsche Signal. Das richtige ist, mit den gegebenen Instrumenten dort effektiv einzuwirken. Das ist einzig und allein das Vertragsverletzungsverfahren. Wir fordern eine Beschleunigung, um dieses Mittel effektiv auswerten zu können.

Meine Damen und Herren, Effizienzsteigerung ist hier gefordert und nicht mehr Bürokratie.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Dazu erteile ich das Wort unserer Generalsekretärin.

Dr. Angela Merkel, Generalsekretärin der CDU: Liebe Freunde! Wir hatten uns bei dem Europa-Antrag gedacht, daß wir das Wort „FBI“ verwenden, damit klar wird, welche Funktion gemeint ist, nämlich die Kontrolle. Ich komme gleich zu dem Kompromißvorschlag. Ich will nur folgendes sagen. Diese Agentur gibt es schon. Eines der größten Defizite in Europa ist: Alle haben die gleichen Richtlinien, alle müssen diese Richtlinien in nationales Recht umsetzen. Niemand kontrolliert dann anschließend ausreichend, ob das auch eingehalten wird. Das ist ein großes Beschwerneis vieler Bürger, die den Eindruck haben, wir verklagen uns dauernd selbst. In anderen europäischen Ländern müßten doch die gleichen Gesetze gelten, aber letztlich werden sie längst nicht so durchgesetzt. In Deutschland haben wir viele Gruppen, die das eigene Land verklagen; damit kommt alles ans Tageslicht. In anderen Ländern kommt es nicht oder viel, viel seltener vor, daß man sich selbst verklagt, selbst wenn es unterschiedliche politische Gruppierungen gibt. Um diesen Unterschied auszugleichen, brauchen wir eine Struktur – es gibt diese Agentur schon –, die kontrolliert, ob die Umweltgesetze auch wirklich eingehalten werden. Es hat nämlich keinen Sinn, immer neue zu machen, um anschließend die Dinge nicht einheitlich durchzuhalten.

Jetzt mache ich dem Antragsteller den Vorschlag, daß wir das Wort „FBI“ ersetzen. Es war wirklich nur dazu da, dem Bürger, der das liest, deutlich zu machen, was gemeint ist. Statt dessen können wir sagen: Es muß eine effiziente Umweltkontrolle eingerichtet werden. – Wenn das ein Vorschlag wäre, mit dem Sie leben könnten, dann lassen wir das Wort „FBI“ weg.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Dann stelle ich das Einvernehmen fest und lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 113 bis B 118 abstimmen. Wer der

Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 119 auf. Dies ist die Ziffer 13. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf der Seite 134. Dazu gehören die Anträge B 120 bis B 129. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 119 bis B 129 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 130 auf. Dies ist die Ziffer 14. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 137 und 138. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 130 bis B 135 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist auch diese Ziffer einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 136 auf. Dies ist die Ziffer 15. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 139 und 140. Dazu gehören die Anträge B 137 bis B 144. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 136 bis B 144 abstimmen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Auch diese Ziffer ist einstimmig beschlossen worden.

Wir kommen dann zum Antrag des Bundesvorstandes B 145. Das ist die Ziffer 16. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 142. Dazu gehören die Anträge B 146 bis B 156. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse dann über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 145 bis B 156 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Diese Ziffer ist einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 157 auf. Dies ist die Ziffer 17. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 146. Dazu gehören die Anträge B 158 bis B 166. Zur Begründung des Antrages B 164 liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Christian von Bötticher, Landesverband Schleswig-Holstein, vor. Bitte sehr.

Christian von Bötticher: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, auch diesen Antrag, den der Bundesvorstand bzw. die Antragskommission als systemwidrig abgelehnt haben, anzunehmen, und zwar aus folgendem Grund: Wir alle debattieren immer über die größer werdende Gefahr der organisierten Kriminalität. Dieses Thema bewegt auch die Bürger. Man muß nicht in der unmittelbaren Nähe Hamburgs wohnen, um zu wissen, daß die organisierte Kriminalität auch und insbesondere ein Problem von illegal sich hier bewegenden Ausländern ist. Darum gehört dieses Thema natürlich nicht nur auf einen solchen Parteitag. Vielmehr gehören auch Stellungnahmen dazu in ein derart wichtiges Programm, wie wir es heute hier verabschieden.

Wir befinden uns mit diesem Antrag auf dem Wege, den wir im innenpolitischen Bereich schon häufig bejaht haben. Wir bewegen uns hier im Rahmen von geltenden Bundesparteitagsbeschlüssen. Insofern agieren wir hier völlig im Rahmen dessen, was wir immer gefordert haben. Ich finde es wichtig, an dieser Stelle diese Beschlüsse noch einmal deutlich zu machen und einmal zu verdeutlichen, was wir in diesem Bereich wollen, und dem Ganzen auch einen europäischen Ausblick zu geben.

Ich denke, das, was uns hier vom Bundesvorstand vorgelegt worden ist, greift deutlich zu kurz und entspricht in keiner Weise der Wichtigkeit dieses Punktes. – Vielen Dank.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Die Antragskommission läßt mich wissen, daß sie diese Anregung von Herrn von Bötticher übernehmen möchte. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse daher über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 157 bis B 166 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist diese Ziffer mit der vorgeschlagenen Ergänzung einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes B 167 auf. Dies ist die Ziffer 18. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 149. Dazu gehören die Anträge B 168 bis B 170. Mir liegt eine Wortmeldung von Herrn von Bötticher zur Begründung des Antrages B 169 vor. Bitte schön.

Christian von Bötticher: Meine Damen und Herren, ein allerletztes Mal. Ich glaube, uns allen ist im Rahmen dessen, was wir jetzt im Kosovo erleben, deutlich geworden, daß wir das bisherige Schema, in dem wir argumentiert haben, nämlich Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge in einem neuen System gleichmäßig auf Europa zu verteilen, nicht aufrechterhalten werden kann, weil es keinen Sinn hat. Ich glaube, wir müssen hier fein differenzieren zwischen Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen, zwischen solchen, von denen wir erwarten, daß sie auf Dauer – wenn sie anerkannt sind – auch im Lande und in Europa bleiben – das heißt, in den Ländern, in denen sie eben nicht heimisch sind –, und solchen, die auch wieder zurück wollen, die also in dieser Bürgerkriegssituation vertrieben sind. Ich denke, in dieser Beziehung ist dieser Antrag, wie ihn Schleswig-Holstein stellt, eine vernünftige Alternative. Sie bietet Gewähr dafür, daß wir nicht wieder eine ähnliche Situation erleben wie nach der Bosnien-Krise, als wir arge Probleme in Deutschland hatten. Ich bitte, der Überführung in den Bundesfachausschuß Europa deshalb nicht zuzustimmen, sondern diese wichtige Frage in diesem wichtigen Papier zu belassen und heute darüber zu entscheiden. – Vielen Dank.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Die Antragskommission hat mich wissen lassen, daß sie der Anregung nicht folgen möchte. Ich lasse daher über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 167 bis 170 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Die Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag bei einigen Gegenstimmen beschlossen worden.

Wir kommen dann zum Antrag des Bundesvorstandes B 171. Dies ist die Ziffer 19. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf Seite 171. Dazu gehören die Anträge B 172 bis B 181. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 171 bis B 181 abstimmen. Wer der Empfehlung

der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, damit sind die Einzelberatungen des Antrages „Europa muß man richtig machen“ abgeschlossen. Im Namen des Tagungspräsidiums danke ich Ihnen allen für die engagierten und kenntnisreichen Redebeiträge und für ein zügiges und diszipliniertes Abstimmungsverfahren.

Wir kommen damit zur Schlußabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstandes „Europa muß man richtig machen“ in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich nunmehr um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann darf ich mit Dankbarkeit feststellen, daß dieser Antrag einstimmig vom Bundesparteitag verabschiedet worden ist.

(Beifall)

Ich gebe damit das Wort weiter an unseren Tagungspräsidenten.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Dirk Fischer. Meine Damen und Herren, ein inhaltsreicher und arbeitsreicher Parteitag geht zu Ende. Es ist Anlaß zu danken.

Ich danke zunächst allen Delegierten, die mit viel Engagement und Sachverstand diesen Parteitag bereichert haben, und denen, die den ganzen Parteitag über hier im Saale waren, danke ich ganz besonders. Herzlichen Dank den Delegierten.

(Beifall)

Ich danke aber auch meinen Kolleginnen und Kollegen hier im Präsidium und denen, die uns zugearbeitet haben, dafür, daß sie in den letzten Tagen den Parteitag mit zum Erfolg geführt haben.

Dann danke ich den Repräsentanten von Presse, Rundfunk, Fernsehen und der Bildberichterstattung für ihre Anwesenheit, für ihr Interesse und für ihre Berichterstattung. Herzlichen Dank für die Arbeit, die sie geleistet haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, diese erst vor wenigen Monaten fertiggestellte Messe hat ihre Feuertaufe bei diesem Parteitag bestanden. Herzlichen Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Messe Erfurt für ihre Unterstützung und für ihre Hilfestellung.

(Beifall)

Die Polizei hat auf uns aufgepaßt; sie hat den Verkehr gelenkt, oder sie hat jedenfalls versucht, ihn zu lenken. Ich danke der Thüringer Polizei und den Beamten vom BKA für ihren Dienst in den letzten Tagen bei unserem Parteitag.

(Beifall)

Weil wir für Ordnung und Sicherheit sind, haben auch die Ordnungs- und Sicherheitskräfte unsere besondere Sympathie.

(Beifall)

Wir danken den Helferinnen und Helfern des Roten Kreuzes, die da waren und die hoffentlich nicht allzu oft gebraucht worden sind. Wir danken ihnen dafür, daß sie ihren Dienst gemacht haben.

(Beifall)

Es gab Aussteller und Sponsoren auf diesem Parteitag. Technologie und Innovation sind vermittelt worden. Herzlichen Dank an die, die dazu beigetragen haben.

(Beifall)

Was wären wir ohne das Konrad-Adenauer-Haus? Herzlichen Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses und den Helfern der CDU aus Erfurt.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei denen, die für das Auto und die Druckmaschine gespendet haben. Ich rufe denen, die es noch nicht getan haben, zu: Es ist nie zu spät; aber wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Bitte, helfen Sie, daß wir unser Versprechen, das wir Herrn Neudeck gegeben haben, erfüllen können! In diesem Zusammenhang will ich ausdrücklich sagen: Nicht nur Cap Anamur hat Dank verdient, sondern alle Hilfsorganisationen, die in den letzten Wochen und Monaten Hilfe zur Verfügung gestellt haben: Caritas, Innere Mission, Care Deutschland, die Junge Union und alle anderen Organisationen, die initiativ geworden sind.

(Beifall)

Zum Schluß. Die CDU Thüringen dankt dafür, daß dieser Parteitag hier stattgefunden hat und daß er so erfolgreich war. – Das Wort hat jetzt Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU: Herr Tagungspräsident! Lieber Bernhard Vogel! Verehrte Delegierte! Meine Damen und Herren! Bernhard Vogel hat sich schon bei fast allen bedankt. Ich mache mir diesen Dank zu eigen und schließe mich ausdrücklich seinen Ausführungen an. Dieses Vorgehen hat sich wegen meines Erkältungszustandes schon gestern abend bewährt, weil es uns nicht länger von dem Buffet des wunderschönen Thüringer Abends, den wir gestern gefeiert haben, abgehalten hat. Ich möchte mich für diesen wohlgelungenen Abend, den unsere Freunde für uns organisiert haben, herzlich bedanken.

(Beifall)

Ich habe natürlich auch dem Tagungspräsidium und dem Tagungspräsidenten Bernhard Vogel zu danken. Sie haben Ihre Sache prima gemacht, indem Sie diesen Parteitag mit seinen vielen intensiven Beratungen gut und ohne Streit über die Runden gebracht haben und Debatten in der Sache ermöglichten, ohne daß wir uns über Verfahren streiten mußten. Die Thüringer CDU mit ihrem Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Bernhard Vogel war ein prima Gastgeber für den 12. Parteitag der CDU Deutschlands. Auch dafür herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir sollten auch die Freunde in der Antragskommission erwähnen. Es ist immer eine Riesenarbeit, auf der einen Seite die Vielzahl von Anträgen so aufzubereiten, daß der Parteitag entscheiden kann, und auf der anderen Seite darauf zu achten, daß der Parteitag noch wirklich etwas zu entscheiden hat. Wir haben gestern bewiesen, daß diese Balance eingehalten worden ist. Für diese Arbeit möchte ich mich bedanken.

All diese Anstrengungen, liebe Freunde, haben dazu geführt, daß wir in diesen zwei Tagen einen ungewöhnlich guten und erfolgreichen Parteitag zustande gebracht haben. Dafür danke ich vor allen Dingen Ihnen, den Delegierten des 12. Parteitages der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Wir haben heute eine spannende Situation. Die einen sagen, wir zeigten zuviel Euphorie und wir sollten nicht glauben, daß wir uns selbstzufrieden zurücklehnen könnten, weil wir die Probleme schon gelöst hätten. Die anderen sagen, soviel Begeisterung habe es nicht gegeben. Wie soll denn die Situation auch anders sein? Die Realität bleibt bestehen, daß wir am 27. September 1998 von den Wählern in Deutschland beauftragt worden sind, eine gute Opposition zu sein. 16 erfolgreiche Jahre unter der Verantwortung von Bundeskanzler Helmut Kohl sind damit zu Ende gegangen. Deshalb will ich zum Schluß noch einmal ein besonderes Wort der Verbundenheit zu Helmut Kohl sagen.

(Beifall)

Wir haben diesen Oppositionsauftrag angenommen. Früher haben wir drei Jahre dazu gebraucht; am 27. September dauerte es keine 30 Minuten. Auch dies war ein großer Dienst von Helmut Kohl, den er für unsere Partei und für die Demokratie in unserem Lande geleistet hat. Auch daran muß man erinnern.

Wir haben uns jetzt auf den Weg gemacht. Für diesen Parteitag in Erfurt hatten wir uns vorgenommen – nach meiner Überzeugung ist es uns gut gelungen –, nicht alle Debatten zum Abschluß zu bringen. In einer Demokratie ist der ständige Prozeß der Diskussion, der Meinungsbildung und des Austausches von Argumenten ohnedies nie am Ende. Die „Erfurter Leitsätze“ sollen ein Arbeitsprogramm für die Union für die vier Jahre von 1998 bis 2002 darstellen. Wir haben uns über die Richtung vergewissert, die Schwerpunkte ausgewählt und uns Zeitpläne vorgegeben, in denen wir Entscheidungen treffen wollen.

Ich nenne drei Beispiele. Erstens Familienpolitik. Manche haben gefragt, ob wir diese Entscheidung nicht schon hätten gestern treffen sollen. Liebe Freunde, es zeichnet uns als CDU aus, daß wir gestern in der Debatte erst die unterschiedlichen Ansätze über die vor uns liegende Arbeit deutlich herausgearbeitet haben. Gleichzeitig nehmen wir uns aber vor, bis zum Ende des Jahres zu Entscheidungen zu kommen.

Mit dem Ende des Parteitages beginnt deshalb die Arbeit. Jetzt müssen wir auf der Ebene der Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbände und auf Ebene der Vereinigungen die Diskussion zur Familienpolitik aufnehmen, die gestern angestoßen worden ist, damit wir sie am Ende des Jahres auf dem kleinen Parteitag zum Abschluß bringen können. So entsteht programmatische Arbeit, die das berücksichtigt, was wir mit dem Motto „Mitten im Leben“ meinen, nämlich

Argumente und Positionen hinsichtlich der Bedenken mit anderen auszutauschen und allen Gruppen der Bevölkerung anzubieten, miteinander zu diskutieren.

Nur auf diese Weise wird es gelingen, die großen Veränderungen, die in unserem Land notwendig sind und notwendig bleiben, durchzusetzen. Im einzelnen kann das furchtbar schwierig sein. Wir konnten in den 16 Jahren, in denen Helmut Kohl Bundeskanzler war, gelegentlich ein Lied davon singen, wie stark die Widerstandskräfte sind. Wie gut wir gewesen sind, sieht man daran, wie schlecht die anderen in den ersten 100 Tagen waren. Aber darüber haben wir auf diesem Parteitag genug gesprochen. Nächste Woche, wenn nicht schon morgen, geht die Debatte weiter.

Die Veränderungen, die wir schaffen müssen, um das Ziel Arbeit für alle zu erreichen, bedürfen intensiver Beteiligung aller Gruppen der Bevölkerung, damit die Bevölkerung sie nicht ablehnt, nur weil sie nicht versteht, warum die Veränderungen sein müssen. Wer die Ökosteuer oder die Neuregelung der 630-Mark-Verträge nur als Abkassiermodell ohne jeden Sinn und Verstand verwendet, der wird natürlich nicht Innovationsbereitschaft, sondern nur Stillstand fördern. Deswegen müssen wir die Diskussion gründlich anlegen.

(Beifall)

Wir müssen im Rahmen des Ziels Arbeit für alle – dies gilt für alle Facetten von der Steuerpolitik bis zur Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme und der Flexibilisierung des Arbeitsrechts – bessere Schnittstellen zwischen Transfer- und Arbeitseinkommen schaffen. Anders geht es nicht. Leistung muß sich lohnen; man muß mehr Geld haben, wenn man arbeitet. So einfach ist die Wahrheit. Trotzdem ist es unendlich schwierig, entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Zweitens die Bildungspolitik. Annette Schavan, im Rahmen der Reform von Schule und Hochschule haben wir bis zum nächsten Jahr ebenfalls eine Menge vor.

Wir haben es ja gestern an der Debatte über die Hochschullehrer gesehen. Manche plädierten dafür, diese Frage gleich zu entscheiden, und fragten, ob wir nicht Manns genug dafür seien? Übrigens ist dieser Ausdruck „Manns genug“ auch problematisch; es müßte heißen Mann und Frau genug, um zu entscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Aber, liebe Freunde, vielleicht ist es der bessere Weg, daß wir den Mut zu entscheiden mit der Bereitschaft nachzudenken und mit allen in unserer Bevölkerung zu sprechen verbinden. Deswegen glaube ich, daß es richtig ist, daß wir mit den Erfurter Leitsätzen die Richtung vorgeben und uns die Themen, bei denen wir nach unserer Überzeugung schwerpunktmäßig unsere Programmatik und das Land voranbringen wollen, als Ziele zu setzen und den Zeitrahmen bis zur Verwirklichung dieser Ziele ausschöpfen, um so in unserer Partei darüber breit diskutieren und gemeinsam Lösungen erarbeiten zu können.

Auch ein Drittes halte ich fest: Weil wir in den Grundfragen einig sind, können wir mit großer Gelassenheit an die Sachfragen herangehen und unterschiedliche Meinungen austauschen, ohne gleich Angst haben zu müssen, das sei ein Zeichen von Zerstrittenheit. Zerstrittenheit ist etwas ganz Schlechtes für die Akzeptanz jeder politischen Gruppierung. Eine Partei, die sich ihrer Grundlagen sicher ist, und eine politische Gemeinschaft, die ihren Kompaß hat, kann sehr wohl um jede einzelne Frage leidenschaftliche Debatten führen. Das haben wir auf die-

sem Parteitag getan. Ich danke allen, die sich daran beteiligt haben, und allen Delegierten, die gestern und heute mit vorbildlicher Disziplin an diesen intensiven Beratungen teilgenommen haben. Ich bin stolz auf die CDU Deutschlands, auf diesen Parteitag und auf die Delegierten.

(Beifall)

Ich bin sehr froh über die heutige großartige Rede von Edmund Stoiber, meinem jüngeren Kollegen als Parteivorsitzender – ich habe es ja gestern gesagt, daß ich von den Vorsitzenden der großen Parteien in Deutschland derjenige mit der längsten Dienstzeit bin.

(Beifall)

Gegenüber denjenigen, die diesen Parteitag kommentieren und bewerten – das ist ja ein wichtiger Dienst in einer offenen und pluralistischen Demokratie –, halte ich fest, daß diejenigen, die die Sorge gehabt haben, die Union, CDU und CSU, könnte sich auf Grund der neuen Rolle als Opposition im Bund aus populistischen Gründen, aus Schwäche oder aus Dummheit von ihrer Grundsatzorientierung als der großen Partei der Westintegration und der europäischen Einheit entfernen oder CDU und CSU könnten in Streit, Eifersüchteleien oder Profilierungswettläufen untereinander ihre Kräfte verzetteln, gestern und heute eines Besseren belehrt worden sind. Die Einigkeit ist das beste Kapital, das wir haben.

(Beifall)

CDU und CSU haben nur gemeinsam als Union, als große Volksparteien, die sich von den Sozialausschüssen bis zum Wirtschaftsrat, von der Senioren-Union bis zur Jungen Union, vom Evangelischen Arbeitskreis bis zur Frauen-Union erstrecken – das ist jetzt keine Wertung – und zur Mitte hin integrieren, die Chance, wieder die bestimmende politische Kraft in Deutschland zu werden und in dem Wettlauf, wer die bestimmende Kraft in Deutschland sein wird, wettbewerbsfähig zu sein. Das erstere sind wir noch nicht. Wir stellen in Deutschland im Moment die Opposition. Aber wettbewerbsfähig um Platz eins in der deutschen Politik ist die Union schon ein paar Monate nach der Bundestagswahl wieder geworden. Wenn es noch einen Zweifel daran gegeben hätte, dann hat der Parteitag in Erfurt das Gegenteil bewiesen.

(Beifall)

Das ist ein hohes Gut und die wichtigste Voraussetzung dafür, daß wir unseren Auftrag weiterführen. CSU-Vorsitzende, lieber Edmund Stoiber, sind auf CDU-Parteitag immer freundlich behandelt worden. Das ist die Liebe der großen Schwester zur kleinen. Sie werden aber vielleicht auch gespürt haben, daß es nie besser war, als es heute war. Auch ich fühle mich umgekehrt bei der CSU immer sehr wohl. Vor ein paar Wochen waren wir ja erst in München auf dem großartigen Parteitag zusammen, auf dem Sie gewählt worden sind. Ich sage es jetzt ganz ruhig und mit Bedacht: Die inhaltliche Übereinstimmung zwischen CDU und CSU bei ihren Parteimitgliedern und auch in den Sachpositionen der Vorsitzenden war nie größer als am heutigen Tage. Auch dafür danke ich Edmund Stoiber.

(Beifall)

Liebe Freunde, nun haben wir nicht nur unsere Erfurter Leitsätze, sondern auch unsere Leitlinien für die Europawahl. „Europa muß man richtig machen“ – das ist wahr. Natürlich bedeutet

das eine Menge Arbeit, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger davon zu überzeugen, daß die Wahl des Europäischen Parlamentes für die Zukunft unseres Landes und für die Zukunft Europas ungeheuer wichtig ist. Im Ministerrat haben wir zur Zeit eher zu viel rot. Wie das in der künftigen Kommission aussehen wird, lasse ich noch einmal dahingestellt. Das Europäische Parlament wird wichtiger; es ist schon viel wichtiger, als es manche unserer Mitbürger wahrnehmen. Für den weiteren europäischen Weg wird es aber ganz entscheidend sein, daß die Politik der Union im künftigen Europäischen Parlament eine Mehrheit findet. Dafür müssen wir in den kommenden Wochen bis zum 13. Juni arbeiten. Es bleibt eine Menge zu tun.

Es ist viel gute Arbeit geleistet worden. Ich danke allen, die an der Formulierung und der Verabschiedung des Leitantes mitgewirkt haben, herzlich für diese Arbeit. Vor allem danke ich Volker Rühle, der uns unsere europäische Programmatik in ihrer grundsätzlichen Bedeutung heute vormittag klar vor Augen geführt hat. Da liegt unser Weg. Liebe Freunde, wir werden es schaffen.

(Beifall)

Die schrecklichen Ereignisse im Kosovo zeigen, wie wichtig es ist, daß wir die Ziele, die von den Gründungsvätern in den Konzentrationslagern der Nazi-Zeit vorgedacht worden sind und für die die Union nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden ist, nicht aus den Augen verlieren: Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu sichern und nie wieder Diktatur und Barbarei zuzulassen. Wenn wir dieses erreichen wollen, ist die weitere Arbeit an der Einigung Europas, die Schaffung eines Europas, in dem überall Frieden, Freiheit und Menschenrechte herrschen, die wichtigste Aufgabe für CDU und CSU am Ende dieses und an der Schwelle zum kommenden Jahrhundert. Dem bleiben wir treu.

(Beifall)

Es bleibt viel zu tun. Die letzten Tage mit den schrecklichen Erfahrungen im Kosovo zeigen es. Aber diese Ziele bleiben richtig und notwendig. Deswegen stehen CDU und CSU als politische Kraft klar zu diesen Zielen und ziehen gleichzeitig auch Grenzen. Unsere Parteien arbeiten daran, auf dem Weg der Einigung Europas das zu sichern, was den Menschen auf dem Balkan in diesen Tagen vorenthalten bleibt. Daraus wächst unsere Verantwortung. Weil bei uns aber über die Grundlinien und Grundwerte Klarheit herrscht, sind wir auch verläßlich. Deswegen wechseln wir unseren politischen Kurs und unsere Programmatik bei aller Bereitschaft zur Erneuerung nicht jeden Tag, wie andere Leute vielleicht die Unterwäsche, sondern halten klaren Kurs. Aus Vertrauen und Verläßlichkeit entsteht auch die Bereitschaft bei den Bürgern, diesen Weg mitzugehen. Auf diesem Weg sind wir in Erfurt ein gutes Stück vorangekommen. Dafür möchte ich danken. Es bleibt das Ziel, für Einheit, Frieden und Freiheit in Europa, in unseren wunderschönen Bundesländern und in dem besonders schönen Thüringen,

(Beifall)

aber auch in unserem vereinten deutschen Vaterland weiterzuarbeiten.

Es ist zu Recht daran erinnert worden: Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Solche Sätze haben wir immer mehr als Verpflichtung und Auftrag denn als Selbstlob verstanden. Im Rahmen dieser Verpflichtung und dieses Auftrages wollen wir auch weiterhin die Partei der deutschen Einheit sowie die Partei der europäischen Einigung bleiben.

Deswegen, liebe Freunde, lassen Sie uns diesen Parteitag – wie es große Tradition der Christlich Demokratischen Union Deutschlands ist – mit dem Lied der Deutschen schließen: Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland. – Herzlichen Dank.

(Beifall – Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

(Schluß: 13.32 Uhr)

A N H A N G

Beschlußprotokoll des 12. Parteitages der CDU Deutschlands, Erfurt, 26./27. April 1999

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
zugleich
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages
- 8.1 Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1997 gemäß § 23 Abs. 2
Parteiengesetz (wird schriftlich vorgelegt)
11. Bericht der Generalsekretärin der CDU Deutschlands
zugleich
12. Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes
„Erfurter Leitsätze – Aufbruch '99“
- 11.1 Aussprache zum Bericht der Generalsekretärin
- 12.1 Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes
„Erfurter Leitsätze – Aufbruch `99“
13. Beratung und Beschlußfassung über sonstige Anträge
14. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
des Europäischen Parlaments

- 15. Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes
„Europa muß man richtig machen“
- 15.1 Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes
„Europa muß man richtig machen“
- 16. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch den Parteivorsitzenden
Dr. Wolfgang Schäuble
Beschlußfassung über den Initiativantrag Nr. 1
„Frieden für den Kosovo“: einstimmig bei einer Enthaltung angenommen

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitages am
26.4.1999 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:	Dr. Bernhard Vogel MdL Vorsitzender des Landesverbandes Thüringen
Beisitzer:	
Diemut R. Theato MdEP	Landesverband Baden-Württemberg
Klaus Landowsky MdA	Landesverband Berlin
Jörg Schönbohm	Landesverband Brandenburg
Bernd Neumann MdB	Landesverband Bremen
Hartmut Perschau	Landesverband Bremen
Dirk Fischer MdB	Landesverband Hamburg
Otti Geschka	Landesverband Hessen
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	CDU in Niedersachsen
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB	Landesverband Braunschweig
Friedhelm Biestmann MdB	Landesverband Oldenburg
Steffie Schnoor MdL	Landesverband Mecklenburg- Vorpommern

Dr. Jürgen Rüttgers MdB	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Elke Wülfing MdB	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Christoph Böhr MdL	Landesverband Rheinland-Pfalz
Doris Pack MdEP	Landesverband Saar
Dr. Fritz Hähle MdL	Landesverband Sachsen
Andrea Hubrig MdL	Landesverband Sachsen
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL	Landesverband Sachsen-Anhalt
Peter Kurt Würzbach MdB	Landesverband Schleswig-Holstein
Marion Walsmann	Landesverband Thüringen
Antje Blumenthal MdHB	Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)
Jochen Borchert MdB	Evangelischer Arbeitskreis
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB	Frauen-Union
Christine Lieberknecht MdL	Frauen-Union
Hildegard Müller	Junge Union
Peter Götz MdB	Kommunalpolitische Vereinigung
Peter Harald Rau MdB	Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
Helmut Sauer	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
Dr. Bernhard Worms	Senioren-Union
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering	EVP-Fraktion
Prof. Dr. Günter Rinsche	EVP-Fraktion

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU für den 12. Parteitag bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzende: Dr. Angela Merkel MdB

Stellv. Vorsitzender:	Dr. Willi Hausmann
Weitere Mitglieder:	
Baden-Württemberg:	Dr. Annette Schavan Dr. Karl von Wogau Hans-Peter Repnik MdB
Berlin:	Prof. Dr. Rupert Scholz MdB
Brandenburg:	Rainer Eppelmann MdB
Bremen:	Ulrike Schreiber MdBBü
Hamburg:	Birgit Schnieber-Jastram MdB
Hessen:	Karin Wolff MdL Dr. Franz-Josef Jung MdL Otti Geschka
Mecklenburg-Vorpommern	Steffie Schnoor MdL
Niedersachsen:	Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP Dr. Friedbert Pflüger MdB Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Nordrhein-Westfalen:	Friedrich Merz MdB Christa Thoben Herbert Reul MdL Peter Hintze MdB Elmar Brok MdEP
Rheinland-Pfalz:	Dr. Maria Böhmer MdB Prof. Dr. Susanne Tiemann MdB
Saar:	Doris Pack MdEP Claudia Nolte MdB
Sachsen:	Dr. Michael Luther MdB Arnold Vaatz MdB
Sachsen-Anhalt:	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer MdL

Schleswig-Holstein:	Reimer Böge MdEP Dr. Johann Wadehul
Junge Union:	Hildegard Müller
Frauen-Union:	Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB
CDA:	Hermann-Josef Arentz MdL
KPV:	Peter Götz MdB
MIT:	Peter Harald Rauen MdB
OMV:	Helmut Sauer
SU:	Dr. Bernhard Worms
RCDS:	Mario Voigt
EAK:	Jochen Borchert MdB
Wirtschaftsrat:	Dr. Dieter Murmann

Zu TOP 5:

Die **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Andreas Minschke
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes Thüringen

Beisitzer: Klaus-Dieter Götz
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes Mecklenburg-
Vorpommern

Karl Rauber
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes Saar

Randolf Stamm
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes Sachsen

Susanne Verweyen-Emmrich

Landesgeschäftsführerin des
Landesverbandes Baden-Württemberg

Matthias Wambach
Landesgeschäftsführer des
Landesverbandes Berlin

Friedrich Claudius Schlumberger
Leiter der Hauptabteilung Organisation
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Zu TOP 6: In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender: Ulf Leisner
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzende: Hans-Joachim Woelke
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Bernhard Albrecht
Kreisgeschäftsführer Bonn

Beisitzer:

Winfried Adams	Kreisgeschäftsführer Vogelsberg
Carl Andresen	Kreisgeschäftsführer Schl.-Flensburg
Waldemar Bartels	Kreisgeschäftsführer Gifhorn
Jacqueline Baumgarten	Kreisgeschäftsstelle Gotha
Martina Becher	Kreisgeschäftsführerin Zwickau-Werdau
Matthias Biergans	Kreisgeschäftsführer Heinsberg
Olaf Bockholt	Kreisgeschäftsführer Rendsburg- Eckernförde

Lars Dietrich	Kreisgeschäftsführer Hamburg-Wandsbek
Uwe Dietrich	Kreisgeschäftsführer Bergstraße
Klaus Funnemann	Kreisgeschäftsführer Höxter
Wilma Gatzka	Kreisgeschäftsführerin Wetterau
Brunhilde Gerken	Bezirksgeschäftsführerin Stade
Christine Groer	Kreisgeschäftsführerin Saale-Orla-Kreis
Dietmar Haßler	Kreisgeschäftsführer Dresden
Gerhard Häusler	Kreisgeschäftsführer Magdeburg
Harald Hempel	Kreisgeschäftsführer Potsdam-Mittelmark
Wilfried Hennemuth	Kreisgeschäftsführer Rottweil
Andreas Johne	Kreisgeschäftsführer Löbau-Zittau
Karl-F. Kinting	Kreisgeschäftsführer Aachen-Stadt
Ursula Landau	Kreisgeschäftsführerin Lahn-Dill
Peter J. Mehringer	Kreisgeschäftsführer Groß-Gerau
Reinhold Meisel	Kreisgeschäftsführer Neckar-Odenwald
Claudia Mosblech	Kreisgeschäftsführerin Duisburg
Edgar Schmerbauch	Kreisgeschäftsführer Unstrut-Hainich-Kreis
Gerhard Schröck	Kreisgeschäftsführer Rheingau-Taunus
Gerda Stahl	Kreisgeschäftsführerin Limburg-Weilburg
Rosel Steinbrück	Kreisgeschäftsführerin Gotha
Werner Thies	Kreisgeschäftsführer Hamm
Hans-Jürgen Treuer	Kreisgeschäftsführer Baden-Baden
Peter Wettemann	Kreisgeschäftsführer Salzwedel
Bernd Wießel	Kreisgeschäftsführer Altmarkkreis-Salzwedel
Elke von Ziegner	Kreisgeschäftsführerin Harburg-Land
Werner Zimmermann	Kreisgeschäftsführer Neuwied
Klaus Zeeb	Kreisgeschäftsführer Esslingen

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8/8.1: Der 12. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und zugleich Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Dr. Wolfgang Schäuble MdB** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Mandatsprüfungskommission des 12. Parteitages erstattete am Montag, den 26. April 1999, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 14.00 Uhr von den 1.001 stimmberechtigten Delegierten des 12. Parteitages 924 anwesend.

Der 12. Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Andreas Minschke
- Vorsitzender -

gez. Klaus-Dieter Götz

gez. Karl Rauber

gez. Randolph Stamm

gez. Susanne Verweyen-Emmrich

gez. Matthias Wambach

gez. F.C. Schlumberger“

Zu TOP 10: Der 12. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsbericht 1997** gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11/11.1: Der 12. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Generalsekretärin der CDU Deutschlands Dr. Angela Merkel MdB** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12/12.1: Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes „Erfurter Leitsätze – Aufbruch `99“

Der 12. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die Anträge zu „**Erfurter Leitsätze – Aufbruch `99**“ in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge A 1 bis A 344 sowie der Anträge C 8, C 16 bis C 20 und C 22 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und des Initiativantrags Nr. 4 in der „Sammlung der Initiativ-Anträge“ abgedruckt.)

- A 1 Überweisung an die Generalsekretärin
- A 2 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 3 Erledigung
- A 4 Erledigung
- A 5 Ablehnung
- A 6 Annahme idF Antragskommission
- A 7 Annahme idF Antragskommission
- A 8 Annahme idF Antragskommission
- A 9 Annahme idF Antragskommission
- A 10 Annahme idF Antragskommission
- A 11 Annahme
- A 12 Ablehnung
- A 13 Ablehnung
- A 14 Annahme idF Antragskommission
- A 15 Annahme idF Antragskommission
- A 16 Annahme idF Antragskommission
- A 17 Annahme idF Antragskommission
- A 18 Annahme idF Antragskommission
- A 19 Annahme idF Antragskommission
- A 20 Annahme idF Antragskommission
- A 21 Annahme idF Antragskommission
- A 22 Annahme idF Antragskommission

A 23 Annahme idF Antragskommission
A 24 Annahme idF Antragskommission
A 25 Ablehnung
A 26 Annahme idF Antragskommission
A 27 Annahme idF Antragskommission
A 28 Annahme idF Antragskommission
A 29 Erledigung
A 30 Erledigung
A 31 Annahme idF Antragskommission
A 32 Ablehnung
A 33 Erledigung
A 34 Erledigung
A 35 Erledigung
A 36 Ablehnung
A 37 Annahme idF Antragskommission
A 38 Ablehnung
A 39 Ablehnung
A 40 Ablehnung
A 41 Ablehnung
A 42 Erledigung
A 43 Ablehnung
A 44 Ablehnung
A 45 Ablehnung
A 46 Annahme idF Antragskommission
A 47 Ablehnung
A 48 Annahme idF Antragskommission
A 49 Annahme idF Antragskommission
A 50 Annahme idF Antragskommission
A 51 Annahme idF Antragskommission

- A 52 Annahme idF Antragskommission
- A 53 Annahme idF Antragskommission
- A 54 Annahme idF Antragskommission
- A 55 Annahme idF Antragskommission
- A 56 Annahme idF Antragskommission
- A 57 Annahme idF Antragskommission
- A 58 Annahme idF Antragskommission
- A 59 Annahme idF Antragskommission
- A 60 Annahme idF Antragskommission
- A 61 Überweisung an die Generalsekretärin
- A 62 Annahme idF Antragskommission und Überweisung an die Generalsekretärin
- A 63 Ablehnung
- A 64 Überweisung an die Generalsekretärin
- A 65 Ablehnung
- A 66 Annahme idF Antragskommission
- A 67 Annahme idF Antragskommission
- A 68 Überweisung an die Generalsekretärin
- A 69 Ablehnung
- A 70 Erledigung
- A 71 Ablehnung
- A 72 Annahme idF Antragskommission
- A 73 Annahme idF Antragskommission
- A 74 Ablehnung
- A 75 Annahme idF Antragskommission
- A 76 Annahme idF Antragskommission
- A 77 Ablehnung
- A 78 Ablehnung
- A 79 Annahme idF Antragskommission
- A 80 Annahme idF Antragskommission

A 81 Ablehnung
A 82 Ablehnung
A 83 Ablehnung
A 84 Annahme idF Antragskommission
A 85 Annahme idF Antragskommission
A 86 Annahme idF Antragskommission
A 87 Ablehnung
A 88 Erledigung
A 89 Annahme idF Antragskommission
A 90 Annahme idF Antragskommission
A 91 Annahme idF Antragskommission
A 92 Annahme idF Antragskommission
A 93 Ablehnung
A 94 Erledigung
A 95 Annahme idF Antragskommission
A 96 Überweisung an die Generalsekretärin
A 97 Annahme idF Antragskommission
A 98 Ablehnung
A 99 Annahme idF Antragskommission
A 100 Annahme idF Antragskommission
A 101 Annahme idF Antragskommission
A 102 Annahme idF Antragskommission
A 103 Ablehnung
A 104 Annahme idF Antragskommission
A 105 Ablehnung
A 106 Überweisung an die Generalsekretärin
A 107 Annahme idF Antragskommission
A 108 Annahme idF Antragskommission
A 109 Ablehnung

- A 110 Ablehnung
- A 111 Annahme idF Antragskommission
- A 112 Überweisung an die Generalsekretärin
- A 113 Ablehnung
- A 114 Ablehnung
- A 115 Annahme idF Antragskommission
- A 116 Annahme idF Antragskommission
- A 117 Ablehnung
- A 118 Ablehnung
- A 119 Ablehnung
- A 120 Ablehnung
- A 121 Annahme
- A 122 Ablehnung
- A 123 Annahme idF Antragskommission
- A 124 Annahme idF Antragskommission
- A 125 Annahme idF Antragskommission
- A 126 Annahme idF Antragskommission
- A 127 Annahme idF Antragskommission
- A 128 Annahme idF Antragskommission
- A 129 Annahme idF Antragskommission
- A 130 Annahme idF Antragskommission
- A 131 Annahme idF Antragskommission
- A 132 Erledigung
- A 133 Ablehnung
- A 134 Erledigung
- A 135 Annahme idF Antragskommission
- A 136 Erledigung
- A 137 Erledigung
- A 138 Annahme idF Antragskommission

- A 139 Annahme idF Antragskommission
- A 140 Annahme idF Antragskommission
- A 141 Ablehnung
- A 142 Annahme idF Antragskommission
- A 143 Annahme idF Antragskommission
- A 144 Annahme idF Antragskommission
- A 145 Annahme idF Antragskommission
- A 146 Ablehnung
- A 147 Ablehnung
- A 148 Annahme idF Antragskommission
- A 149 Annahme idF Antragskommission
- A 150 Annahme idF Antragskommission
- A 151 Annahme idF Antragskommission
- A 152 Überweisung an die Senioren-Union als Material
- A 153 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 154 Annahme idF Antragskommission
- A 155 Annahme
- A 156 Ablehnung
- A 157 Ablehnung
- A 158 Ablehnung
- A 159 Ablehnung
- A 160 Annahme idF Antragskommission
- A 161 Annahme idF Antragskommission
- A 162 Überweisung als Material an den Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Finanzpolitik
- A 163 Ablehnung
- A 164 Ablehnung
- A 165 Ablehnung
- A 166 Ablehnung
- A 167 Ablehnung

- A 168 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 169 Überweisung an den Bundesvorstand
- A 170 Annahme idF Antragskommission
- A 171 Überweisung als Material an den Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Finanzpolitik
- A 172 Annahme idF Antragskommission
- A 173 Annahme idF Antragskommission
- A 174 Annahme idF Antragskommission
- A 175 Annahme idF Antragskommission
- A 176 Ablehnung
- A 177 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 178 Annahme idF Antragskommission
- A 179 Annahme idF Antragskommission
- A 180 Überweisung als Material an den Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Finanzpolitik
- A 181 Ablehnung
- A 182 Ablehnung
- A 183 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 184 Ablehnung
- A 185 Ablehnung
- A 186 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 187 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 188 Annahme
- A 189 Ablehnung
- A 190 Annahme idF Antragskommission
- A 191 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 192 Ablehnung
- A 193 Annahme idF Antragskommission
- A 194 Erledigung
- A 195 Ablehnung

A 196 Ablehnung
A 197 Erledigung
A 198 Ablehnung
A 199 Annahme idF Antragskommission
A 200 Ablehnung
A 201 Ablehnung
A 202 Erledigung
A 203 Annahme idF Antragskommission
A 204 Erledigung
A 205 Annahme idF Antragskommission
A 206 Ablehnung
A 207 Annahme idF Antragskommission
A 208 Annahme idF Antragskommission
A 209 Ablehnung
A 210 Ablehnung
A 211 Ablehnung
A 212 Ablehnung
A 213 Erledigung
A 214 Erledigung
A 215 Annahme idF Antragskommission
A 216 Ablehnung
A 217 Erledigung
A 218 Annahme idF Antragskommission
A 219 Ablehnung
A 220 Erledigung
A 221 Annahme idF Antragskommission
A 222 Annahme idF Antragskommission
A 223 Ablehnung aus systematischen Gründen
A 224 Ablehnung aus systematischen Gründen

A 225 Ablehnung aus systematischen Gründen
A 226 Ablehnung
A 227 Annahme idF Antragskommission
A 228 Annahme idF Antragskommission
A 229 Annahme idF Antragskommission
A 230 Annahme idF Antragskommission
A 231 Erledigung
A 232 Annahme idF Antragskommission
A 233 Annahme idF Antragskommission
A 234 Ablehnung aus systematischen Gründen
A 235 Annahme idF Antragskommission
A 236 Erledigung
A 237 Ablehnung
A 238 Ablehnung aus systematischen Gründen
A 239 Ablehnung aus systematischen Gründen
A 240 Erledigung
A 241 Erledigung
A 242 Erledigung
A 243 Ablehnung
A 244 Ablehnung
A 245 Annahme idF Antragskommission
A 246 Ablehnung aus systematischen Gründen
A 247 Ablehnung
A 248 Erledigung
A 249 Ablehnung
A 250 Ablehnung aus systematischen Gründen
A 251 Ablehnung
A 252 Ablehnung aus systematischen Gründen
A 253 Ablehnung

- A 254 Annahme
- A 255 Ablehnung
- A 256 Annahme idF Antragskommission
- A 257 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 258 Erledigung
- A 259 Erledigung
- A 260 Erledigung
- A 261 Erledigung
- A 262 Erledigung
- A 263 Annahme idF Antragskommission
- A 264 Annahme idF Antragskommission
- A 265 Ablehnung
- A 266 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 267 Ablehnung
- A 268 Ablehnung
- A 269 Annahme idF Antragskommission
- A 270 Ablehnung
- A 271 Annahme idF Antragskommission
- A 272 Ablehnung
- A 273 Überweisung an den Bundesvorstand
- A 274 Annahme idF Antragskommission
- A 275 Annahme idF Antragskommission
- A 276 Annahme idF Antragskommission
- A 277 Ablehnung
- A 278 Ablehnung
- A 279 Erledigung
- A 280 Ablehnung
- A 281 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 282 Ablehnung

- A 283 Erledigung
- A 284 Überweisung an den Bundesvorstand
- A 285 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 286 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 287 Ablehnung
- A 288 Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
- A 289 Erledigung
- A 290 Annahme idF Antragskommission
- A 291 Ablehnung
- A 292 Annahme idF Antragskommission
- A 293 Annahme idF Antragskommission
- A 294 Erledigung
- A 295 Annahme idF Antragskommission
- A 296 Erledigung
- A 297 Ablehnung
- A 298 Überweisung an den Bundesvorstand
- A 299 Überweisung an den Bundesvorstand
- A 300 Annahme idF Antragskommission
- A 301 Überweisung an den Bundesvorstand
- A 302 Annahme idF Antragskommission
- A 303 Annahme idF Antragskommission
- A 304 Annahme idF Antragskommission
- A 305 Annahme idF Antragskommission
- A 306 Annahme idF Antragskommission
- A 307 Annahme idF Antragskommission
- A 308 Annahme idF Antragskommission
- A 309 Annahme idF Antragskommission
- A 310 Annahme idF Antragskommission
- A 311 Annahme idF Antragskommission

- A 312 Annahme idF Antragskommission
- A 313 Annahme idF Antragskommission
- A 314 Ablehnung aus systematischen Gründen
- A 315 Annahme idF Antragskommission
- A 316 Annahme
- A 317 Annahme
- A 318 Ablehnung
- A 319 Annahme idF Antragskommission
- A 320 Annahme idF Antragskommission
- A 321 Ablehnung
- A 322 Annahme idF Antragskommission
- A 323 Annahme idF Antragskommission
- A 324 Ablehnung
- A 325 Ablehnung; zugleich Überweisung als Material an den BFA
Innenpolitik
- A 326 Annahme idF Antragskommission
- A 327 Ablehnung
- A 328 Annahme idF Antragskommission
- A 329 Ablehnung
- A 330 Annahme
- A 331 Annahme
- A 332 Ablehnung
- A 333 Annahme idF Antragskommission
- A 334 Erledigung
- A 335 Annahme idF Antragskommission
- A 336 Ablehnung
- A 337 Erledigung
- A 338 Ablehnung
- A 339 Überweisung an Bundesfachausschuß Innenpolitik
- A 340 Annahme

A 341 Erledigung

A 342 Erledigung

A 343 Annahme

A 344 Ablehnung

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 12. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 13: Beratung und Beschlußfassung über sonstige Anträge

Der 12. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die Sonstigen Anträge in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 31 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

C 1 vom Antragsteller zurückgezogen

C 2 Überweisung als Material an den Bundesfachausschuß Innenpolitik

C 3 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 4 Annahme

C 5 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 6 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 7 Annahme idF Initiativ-Antrag Nr. 5

C 8 Annahme

C 9 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 10 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

C 11 Annahme

C 12 Annahme

C 13 Überweisung an den Bundesfachausschuß Umwelt- und Energiepolitik als Material für ein energiepolitisches Konzept

C 14 Annahme

- C 15 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 16 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 17 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 18 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 19 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 20 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 21 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 22 Überweisung an den Bundesvorstand
- C 23 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 24 Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- C 25 Überweisung an die Bundesfinanzkommission mit der Maßgabe, dem 13. Parteitag eine Empfehlung zum Petikum des Antragstellers zuzuleiten
- C 26 Überweisung als Material an die Generalsekretärin
- C 27 Überweisung an die Generalsekretärin
- C 28 Ablehnung
- C 29 Annahme idF Antragskommission
- C 30 Überweisung an die Bundesfinanzkommission mit der Maßgabe, dem 13. Parteitag eine Empfehlung zum Petikum des Antragstellers zuzuleiten
- C 31 Annahme

- | | |
|-----------------------|---|
| Initiativantrag Nr. 2 | Annahme idF Antragskommission |
| Initiativantrag Nr. 3 | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion |
| Initiativantrag Nr. 4 | Annahme |
| Initiativantrag Nr. 5 | Annahme |
| Initiativantrag Nr. 6 | Ablehnung |
| Initiativantrag Nr. 7 | Annahme idF Antragskommission |
| Initiativantrag Nr. 8 | Annahme idF Antragskommission |

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 12. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 14: Der 12. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP**, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 15/15.1: Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstandes **„Europa muß man richtig machen“**

Der 12. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über den Antrag des Bundesvorstandes **„Europa muß man richtig machen“** und über dazu gehörende Änderungs- und Ergänzungsanträge in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge B 1 bis B 186 und des Initiativ-Antrags Nr. 2 ist in der „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ und in der „Sammlung der Initiativ-Anträge“ abgedruckt.)

- | | |
|------|-------------------------------|
| B 1 | Ablehnung |
| B 2 | Annahme idF Antragskommission |
| B 3 | Annahme |
| B 4 | Ablehnung |
| B 5 | Ablehnung |
| B 6 | Ablehnung |
| B 7 | Ablehnung |
| B 8 | Ablehnung |
| B 9 | Ablehnung |
| B 10 | Ablehnung |
| B 11 | Ablehnung |
| B 12 | Annahme idF Antragskommission |
| B 13 | Ablehnung |
| B 14 | Ablehnung |
| B 15 | Ablehnung |

- B 16 Annahme idF Antragskommission
- B 17 Annahme idF Antragskommission
- B 18 Ablehnung
- B 19 Ablehnung
- B 20 Ablehnung
- B 21 Ablehnung
- B 22 Ablehnung
- B 23 Annahme idF Antragskommission
- B 24 Ablehnung
- B 25 Annahme idF Antragskommission
- B 26 Ablehnung
- B 27 Ablehnung
- B 28 Ablehnung
- B 29 Annahme idF Antragskommission
- B 30 Ablehnung
- B 31 Ablehnung
- B 32 Annahme idF Antragskommission
- B 33 Annahme idF Antragskommission
- B 34 Annahme idF Antragskommission
- B 35 Ablehnung
- B 36 Annahme idF Antragskommission
- B 37 Annahme
- B 38 Annahme idF Antragskommission
- B 39 Ablehnung
- B 40 Annahme idF Antragskommission
- B 41 Ablehnung
- B 42 Überweisung als Material an den Bundesfachausschuß
Europapolitik
- B 43 Annahme idF Antragskommission
- B 44 Ablehnung

B 45 Annahme idF Antragskommission
B 46 Annahme idF Antragskommission
B 47 Ablehnung
B 48 Annahme idF Antragskommission
B 49 Ablehnung
B 50 Annahme idF Antragskommission
B 51 Erledigung
B 52 Ablehnung
B 53 Annahme idF Antragskommission
B 54 Annahme idF Antragskommission
B 55 Annahme idF Antragskommission
B 56 Ablehnung
B 57 Annahme idF Antragskommission
B 58 Annahme idF Antragskommission
B 59 Annahme idF Antragskommission
B 60 Annahme idF Antragskommission
B 61 Ablehnung
B 62 Annahme idF Antragskommission
B 63 Annahme idF Antragskommission
B 64 Annahme idF Antragskommission
B 65 Annahme idF Antragskommission
B 66 Annahme idF Antragskommission
B 67 Annahme idF Antragskommission
B 68 Annahme idF Antragskommission
B 69 Annahme idF Antragskommission
B 70 Annahme idF Antragskommission
B 71 Ablehnung
B 72 Annahme idF Antragskommission
B 73 Ablehnung

B 74 Annahme idF Antragskommission
B 75 Annahme idF Antragskommission
B 76 Ablehnung
B 77 Annahme idF Antragskommission
B 78 Ablehnung
B 79 Annahme idF Antragskommission
B 80 Erledigung
B 81 Annahme idF Antragskommission
B 82 Annahme idF Antragskommission
B 83 Annahme idF Antragskommission
B 84 Ablehnung
B 85 Annahme idF Antragskommission
B 86 Annahme idF Antragskommission
B 87 Annahme idF Antragskommission
B 88 Ablehnung
B 89 Annahme idF Antragskommission
B 90 Ablehnung
B 91 Annahme idF Antragskommission
B 92 Annahme idF Antragskommission
B 93 Ablehnung
B 94 Annahme idF Antragskommission
B 95 Annahme idF Antragskommission
B 96 Ablehnung
B 97 Ablehnung
B 98 Annahme idF Antragskommission
B 99 Ablehnung
B 100 Erledigung
B 101 Ablehnung
B 102 Erledigung

- B 103 Ablehnung
- B 104 Ablehnung
- B 105 Ablehnung
- B 106 Ablehnung
- B 107 Ablehnung
- B 108 Annahme idF Antragskommission
- B 109 Annahme idF Antragskommission
- B 110 Annahme idF Antragskommission
- B 111 Ablehnung
- B 112 Erledigung
- B 113 Annahme idF Antragskommission
- B 114 Annahme idF Antragskommission
- B 115 Annahme idF Antragskommission
- B 116 Annahme idF Antragskommission
- B 117 Überweisung an Bundesfachausschuß Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Überprüfung der welthandelsrechtlichen Implikationen des Antrages
- B 118 Ablehnung aus systematischen Gründen
- B 119 Annahme idF Antragskommission
- B 120 Ablehnung aus systematischen Gründen
- B 121 Erledigung
- B 122 Ablehnung aus systematischen Gründen
- B 123 Erledigung
- B 124 Annahme idF Antragskommission
- B 125 Ablehnung aus systematischen Gründen
- B 126 Annahme idF Antragskommission
- B 127 Annahme idF Antragskommission
- B 128 Ablehnung aus systematischen Gründen
- B 129 Ablehnung aus systematischen Gründen
- B 130 Annahme idF Antragskommission

- B 131 Annahme idF Antragskommission
- B 132 Ablehnung
- B 133 Ablehnung
- B 134 Ablehnung
- B 135 Ablehnung
- B 136 Annahme idF Antragskommission
- B 137 Annahme idF Antragskommission
- B 138 Ablehnung
- B 139 Erledigung
- B 140 Annahme idF Antragskommission
- B 141 Annahme idF Antragskommission
- B 142 Annahme idF Antragskommission
- B 143 Ablehnung
- B 144 Erledigung
- B 145 Annahme idF Antragskommission
- B 146 Ablehnung
- B 147 Annahme idF Antragskommission
- B 148 Annahme idF Antragskommission
- B 149 Annahme idF Antragskommission
- B 150 Ablehnung aus systematischen Gründen
- B 151 Annahme idF Antragskommission
- B 152 Ablehnung aus systematischen Gründen
- B 153 Ablehnung
- B 154 Annahme idF Antragskommission
- B 155 Annahme idF Antragskommission
- B 156 Annahme idF Antragskommission
- B 157 Annahme idF Antragskommission
- B 158 Ablehnung
- B 159 Erledigung

- B 160 Annahme idF Antragskommission
- B 161 Erledigung
- B 162 Annahme
- B 163 Ablehnung
- B 164 Annahme
- B 165 Annahme
- B 166 Annahme idF Antragskommission
- B 167 Annahme
- B 168 Ablehnung
- B 169 Überweisung als Material an die Bundesfachausschüsse
Innenpolitik und Europapolitik
- B 170 Ablehnung
- B 171 Annahme idF Antragskommission
- B 172 Annahme idF Antragskommission
- B 173 Ablehnung
- B 174 Annahme idF Antragskommission
- B 175 Annahme idF Antragskommission
- B 176 Ablehnung
- B 177 Ablehnung
- B 178 Annahme idF Antragskommission (neue Ziffer 5 / Beschluß C 0)
- B 179 Ablehnung
- B 180 Ablehnung
- B 181 Annahme idF Antragskommission

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 12. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 16: Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Dr. Wolfgang Schäuble MdB

Beschlüsse

Erfurter Leitsätze – Aufbruch '99

Präambel

1. Die Erfurter Leitsätze beschreiben den Ausgangspunkt unserer Arbeit in diesem Jahr und die Themenschwerpunkte für unsere Arbeit in den nächsten Jahren. Sie benennen in wichtigen Feldern die Fragen, auf die wir Antworten finden müssen, um im Jahre 2002 wieder auf Bundesebene Regierungsverantwortung übernehmen zu können, ganz nach der Devise: Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen.

Neue Antworten brauchen wir, weil sich die gesellschaftlichen Realitäten an der Schwelle zum 21. Jahrhundert rasant verändern. Die Erfurter Leitsätze bauen dabei auf unserem Grundsatzprogramm des Jahres 1994 auf, das wir als erste Partei nach der Deutschen Einheit als gesamtdeutsches Programm beschlossen haben. Sie schließen zudem an unser Zukunftsprogramm des Jahres 1998 an.

Die Erfurter Leitsätze sind keine umfassende Beschreibung unserer Position in allen Themenbereichen und schon gar nicht so etwas wie ein neues Grundsatzprogramm. Sie konzentrieren sich vielmehr auf wesentliche Aufgabenstellungen, in denen die Weiterentwicklung unserer Position erforderlich ist.

Bei aller Veränderung wird sich die CDU dabei von ihrem Koordinatensystem leiten lassen, das sich aus dem christlichen Bild vom Menschen und den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ergibt. Wir sind die Volkspartei, in der Werte Zukunft haben. So können wir dann auch eine Partei sein, die für eine Gesellschaft eintritt, in der Neues und Modernes, in der Veränderungen für die Menschen nicht Ängste und Sorgen bedeuten, sondern Geborgenheit, Heimat und Zukunft verkörpern.

Die Erfurter Leitsätze beschreiben die Wegstrecke, die vor uns liegt. Sie setzen den Rahmen für notwendige Entscheidungen sowohl für eine schlagkräftige Struktur der Partei als auch für unsere inhaltliche Weiterentwicklung. Sie beschreiben damit den Aufbruch '99.

I.

Wo Werte Zukunft haben:

Wir wollen gemeinsam die modernste Partei Europas werden

Die Opposition von heute ist die Regierung von morgen

2. Wir, die CDU Deutschlands, wollen die Mehrheit im Bund zurückgewinnen. Das Ergebnis der Bundestagswahl am 27. September 1998 hat uns die Oppositionsrolle zugewiesen. Wir haben diese Aufgabe angenommen und erfüllen sie in dem Verständnis, daß die Opposition von heute die Regierung von morgen ist.

1999 ist für die CDU das Jahr des Aufbruchs. Alle Ebenen und Gliederungen sind aufgefordert, dieses Signal mit ihrer Arbeit auszusenden und so die Voraussetzungen für die Zurückgewinnung der Mehrheitsfähigkeit zu schaffen. Dabei geht es zunächst darum, über Länder und Kommunen den politischen Einfluß der CDU wieder zu stärken. Als die deutsche Europapartei wollen wir bei den Wahlen zum Europäischen Parlament stärkste politische Kraft bleiben.

Wir geben neue Antworten auf neue Fragen

3. Der Sieg der freiheitlichen Grundordnung in weiten Teilen der Welt sowie neue technologische Möglichkeiten beschleunigen die Entwicklung zu modernen Informations- und Wissensgesellschaften, die dem einzelnen neue Freiheiten und Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Die Politik hat die Aufgabe, diesen Wandel mitzugestalten und ihm ein menschliches Gesicht zu geben.

Angesichts des raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels haben Fragen nach Geborgenheit, sozialer Sicherheit und Absicherung der individuellen Lebensplanungen eine neue Qualität erhalten. Nicht nur ältere Menschen sorgen sich, ob sie den Entwicklungen jederzeit folgen können. Sie suchen nach einer glaubhaften Verbindung von Heimat und Globalisierung, von Tradition und Fortschritt.

Diese neuen Fragen erfordern auch neue Antworten. Wir werden als CDU nur dann glaubwürdig agieren können, wenn wir die veränderte Wirklichkeit realistisch beschreiben und auf dieser Grundlage realistische Problemlösungen anbieten.

Bei uns haben Werte Zukunft

4. Bei der Suche nach Antworten lassen wir uns leiten vom christlichen Verständnis vom Menschen sowie von den im Grundsatzprogramm beschriebenen Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir sind der Überzeugung, daß dieser Wertekanon zu den unverzichtbaren Grundlagen unserer Gesellschaft gehört. Dies zu akzeptieren ist die Voraussetzung stabilen und erfolgreichen Wandels.

Den Kirchen kommt eine herausragende Bedeutung für die Wertorientierung der Menschen und für die Herausbildung ethischer Normen zu. Für uns ist das Gespräch mit den Kirchen wichtig. Im Einsatz für die unverletzliche Würde des Menschen sehen wir ein gemeinsames Anliegen der CDU und der christlichen Kirchen.

Politische Lösungen müssen von den Menschen als gelebte Grundwerte verstanden werden. Gerade in Zeiten von Veränderungen erwarten die Menschen zu Recht, daß Belastungen und Entlastungen gerecht verteilt werden.

Der Verweis auf die enormen Chancen und die positiven Folgen wirtschaftlicher Dynamik ist nicht ausreichend. Der Versuch von Rot-Grün, den Veränderungsprozessen vor allem durch einen Ausbau staatlicher Maßnahmen zu begegnen, führt in die Irre. Die Antwort auf die veränderte Wirklichkeit darf nicht darin bestehen, daß die Freiheit gegen die Gleichheit ausgespielt wird.

Wir werden unsere Politik nicht grundsätzlich neu bestimmen. Aber wir müssen verän-

derte Realitäten zur Kenntnis nehmen. Und wo sich über die Jahre widersprüchliche Inhalte eingeschlichen haben, wo Tabuzonen innerparteilicher Diskussion entstanden sind, muß jetzt ein Klärungsprozeß einsetzen. Bestehende Zielkonflikte müssen ehrlich diskutiert und nach breiter Meinungsbildung zu Entscheidungen auf Parteitag führen.

Die Kultur leistet einen wichtigen Beitrag zur Reflexion über Werte und Normen in einer Gesellschaft. Die CDU wird deshalb den Dialog mit all denen verstärken, die kulturell tätig sind.

Wir brauchen zukunftsfähige Konzepte einer nachhaltigen Politik. Die Zwänge des politischen Tagesgeschäftes dürfen nicht den Mangel an politischer Entscheidungskraft in den Fragen von Morgen rechtfertigen.

Wir sind die Volkspartei der Mitte

5. In dem Bewußtsein, daß Werte bei uns Zukunft haben, führen wir die Debatte um die Schaffung der modernsten Gesellschaft Europas. Die CDU versteht sich dabei als die große Volkspartei der Mitte. In ihr verbinden sich wertkonservative, christlich-soziale und liberale Überzeugungen. Sie ist Wertegemeinschaft und politische Heimat.

Wir haben die entscheidenden Weichenstellungen in der Nachkriegsgeschichte vorgenommen. Dabei hat die CDU wichtige Entscheidungen gegen den Widerstand des politischen Gegners durchsetzen müssen. Wiederaufbau, Wirtschaftswunder, Soziale Marktwirtschaft, Westintegration, Wiedervereinigung, vereintes Europa — die CDU hat die Bundesrepublik Deutschland wie keine andere Partei geprägt. Gesellschaftliche Grundströmungen zu prägen — dies bleibt auch unser Anspruch für die Zukunft.

Als Volkspartei sind wir dem Auftrag verpflichtet, Radikale von rechts und links gleichermaßen zu bekämpfen. Wir werden darüber hinaus dafür streiten, daß rechts von der Union keine andere Partei parlamentarische Legitimation erhält.

Wir machen Politik für das gesamte Deutschland

6. Den Anforderungen einer Volkspartei der Mitte werden wir uns gerade auch in den neuen Bundesländern stellen, wo wir uns zum Teil mit Mehrheiten von SPD und PDS konfrontiert sehen. Mit dem Versuch, sich zum Kronzeugen ostdeutscher Interessen zu machen, lenkt die PDS von ihren eigentlichen Zielen ab. Die PDS ist eine linksradikale Partei, die sich in der kommunistischen Tradition der SED befindet. Die PDS spaltet, sie lebt von den Problemen und Rückschlägen beim Aufbau Ost; sie bagatellisiert das DDR-Unrecht und betreibt damit Geschichtsklitterung. Sie ist weder mit schablonenhafter Abwehr noch mit Anbiederung zu bekämpfen. Wir werden uns mit ihrer Politik und ihren kommunistischen und linksradikalen Positionen und Zielen politisch auseinandersetzen.

Nach dem Scheitern der sozialistischen Planwirtschaft und angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage als Spätfolge ist es notwendig, daß wir die Menschen davon überzeugen, daß die Werte unserer freiheitlichen Grundordnung und die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft die tatsächlich beste menschenwürdige und demokratiefähige Alternative darstellen. Dieser Aufgabe werden wir uns vorrangig widmen. Deshalb wollen

wir den Aufbau der Volkspartei CDU und ihrer Vereinigungen in den neuen Ländern weiter voranbringen. Nur eine bürgernahe und aktive CDU wird die Menschen überzeugen.

Wir wollen Diskussion und Vielfalt

7. Eine lebendige und offene Diskussion soll auf allen Ebenen die Arbeit der Partei bestimmen. Zu sehr haben die Anforderungen der Regierungsarbeit nach Kompromißsuche und Koalitionstreue auch das Parteileben bestimmt. Wir begreifen die Opposition deshalb auch als Chance, die Parteiarbeit wieder lebendiger werden zu lassen. Wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht, sind Tabus und Denkverbote fehl am Platz. Niemand muß sich für seine Überzeugung oder Meinung entschuldigen – weder in der Mehrheits- noch in der Minderheitsposition. Wer Mitglied der CDU wird, muß unkompliziert und effektiv in die Arbeit und Meinungsbildung unserer Partei eingebunden werden. Zentrales Ziel ist es, die besten Lösungen durch eine breite Debatte aller Sachfragen zu finden und nach einer Entscheidung diese geschlossen zu vertreten. Wir wollen auch den Bundesausschuß stärker nutzen, die politische Meinung der CDU öffentlich darzustellen.

Die CDU war immer stark, wenn die Volkspartei in ihrer ganzen Breite sichtbar war. Das große Spektrum der CDU wird insbesondere in ihren Vereinigungen sichtbar: Arbeitnehmer und Wirtschaft, Jugend und Senioren, Vertriebene und Aussiedler, Alleinerziehende sowie erwerbstätige und nichterwerbstätige Frauen haben ihren festen Platz in der Union. Diese Breite ist auf allen Ebenen bei der Personalauswahl zu berücksichtigen. Wenn wir mehr Mitglieder in die Verantwortung einbeziehen wollen, bedeutet dies auch, daß sich Funktions- und Mandatsträger stärker auf einzelne Aufgaben konzentrieren. Dies fördert die Qualität der Aufgabenerfüllung und die innerparteiliche Kreativität. Ein Parteimitglied soll nicht mehr als drei Vorstandsämter gleichzeitig ausüben. Dieser Grundsatz trägt zur personellen Erneuerung bei und stärkt den Charakter als Volkspartei, wenn es gelingt, möglichst viele Mitglieder in die Verantwortung einzubeziehen. Um mehr aktive Mitwirkung zu ermöglichen, ist zu prüfen, ob verstärkt Mitgliederversammlungen durchgeführt werden sollten.

8. Wir wollen junge Menschen besonders fördern. Permanente Erneuerung ist auf Dauer nur möglich, wenn der Nachwuchs eine Chance erhält. Es sollte uns mit Sorge erfüllen, wenn das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft über längere Zeit steigt. Wir wollen diesen Trend umkehren und mehr junge Menschen für die Mitarbeit in der CDU begeistern. Wir trauen jungen Menschen etwas zu. Die Erhaltung der Lebensperspektiven der jungen Generation sind für die CDU von besonderer Bedeutung.

Eine der Hauptaufgaben ist die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen mit gleichen Chancen in Gesellschaft und Partei. Trotz vielfacher Anstrengungen sind Frauen in der CDU in den Entscheidungspositionen und in Mandaten noch unterrepräsentiert. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen ist notwendige Vorbedingung dafür, daß die Sichtweisen und Belange von Frauen in ihren unterschiedlichen Lebensperspektiven adäquate Berücksichtigung finden und um uns das Vertrauen der Wählerinnen zurückzubringen.

Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben ihren festen Platz in der Union und leisten un-

verzichtbare Beiträge für unsere Arbeit. Wir wollen den Erfahrungsschatz und die Einsatzbereitschaft älterer Menschen verstärkt in unsere Arbeit einbinden. Die CDU bekennt sich zur Solidarität und gegenseitiger Unterstützung der Generationen. Lebens- und Entfaltungschancen, aber auch damit verbundene Pflichten und Belastungen müssen zwischen den Generationen gleichmäßig und gerecht verteilt sein.

9. Mit flexiblen und offenen Formen der Parteilarbeit wollen wir den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung tragen. Die traditionellen Parteibindungen in der Wählerschaft verlieren an Bedeutung. Um so wichtiger sind Möglichkeiten für eine gezielte Mitwirkung in Arbeitskreisen, Projektgruppen und Fachausschüssen. Die CDU muß sich auf allen Ebenen dem Sachverstand von engagierten und interessierten Mitbürgern öffnen. Neben der besseren Einbindung des Kreativpotentials in den eigenen Reihen wird auf diese Weise auch für Interessierte der Zugang zur parteipolitischen Arbeit gefördert und die Gewinnung von qualifizierten Seiteneinsteigern, die in Zukunft eine stärkere Rolle spielen werden, erleichtert.

Als moderne Bürgerpartei muß die CDU in Zukunft noch stärker als bisher dort präsent sein, wo die Bürger leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen.

Neue Mitglieder sind für uns Chance und Herausforderung zugleich. Wir wollen, daß sie sich in der CDU wohl fühlen und mit ihren Fähigkeiten und Interessen einbringen können. Das bedeutet, daß die Einbeziehung neuer Mitglieder in die Meinungsbildung auf allen Ebenen und generationenübergreifend intensiviert werden muß.

10. Gerade der Auswahl von Bewerberinnen und Bewerbern für Mandate bei Direktwahlen kommt hohe strategische Bedeutung zu. Die Qualifikation für diese herausgehobenen Aufgaben muß nicht zwingend innerparteilich erworben sein.

Die Verantwortung für die Zukunft der CDU tragen Frauen und Männer, Junge und Alte. Wir brauchen Erfahrung, aber die Erneuerung ist ebenso notwendig. Die CDU braucht jetzt vor allem Offenheit, Selbständigkeit und eine innere Kultur der Courage und Toleranz.

Als Bürgerpartei stehen wir mitten im Leben

11. Die CDU hat sich in ihrer Geschichte erfolgreich zur Mitgliederpartei entwickelt. Jetzt gilt es, die Entwicklung von der Mitgliederpartei zur Bürgerpartei konsequent weiterzuverfolgen. Die CDU muß als modernes Dienstleistungsunternehmen für unser Land und für unsere Demokratie handeln und wahrgenommen werden.

Die CDU steht mitten im Leben. In unserer Verwurzelung durch die Orts- und Kreisverbände liegt eine unserer Stärken. Diese Stärke wollen wir nutzen, um Brücken zu bauen in alle Bereiche der Gesellschaft. Notwendig ist der breite Dialog mit dem sog. „vorpolitischen Raum“. Hier kommt den Vereinigungen eine besondere Bedeutung zu. Eine Volkspartei kann ihrem Namen nur gerecht werden, wenn sie in allen gesellschaftlichen Gruppen verankert ist. Offene Arbeitskreise, Diskussionsforen und Sprechstunden fördern den Dialog mit dem sogenannten „vorpolitischen Raum“. Als moderne Bürgerpartei muß die CDU dort präsent sein, wo die Bürger leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen. Wo

die Gesprächsfäden abgerissen sind, wollen wir sie neu aufnehmen. Unsere Geschäftsstellen und die Büros der Mandatsträger sollten eher den Charakter von Bürgerbüros als von Verwaltungseinheiten haben.

- Wir bekräftigen unsere Absicht, die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker in die Parteiarbeit einzubeziehen. Es gilt, die Kontakte mit Ausländerbeiräten und Vereinen von Ausländern zu vertiefen. Anliegen und Probleme von Ausländern müssen mehr als bisher Eingang in unsere politische Arbeit finden. In Regionen mit hohem Ausländeranteil sollte in den Kreisverbänden der CDU grundsätzlich ein Mitglied des Kreisvorstandes die Funktion eines Ausländerbeauftragten übernehmen. Darüber hinaus erfordert gelebte Integration auch die Teilhabe ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger an den Entscheidungsprozessen in der Partei. Dort, wo es Gruppen in Ausländerbeiräten gibt, die der CDU nahestehen, müssen diese die Unterstützung der örtlichen CDU erhalten.

Ferner wollen wir dem Wahlrecht von EU-Bürgern bei Kommunalwahlen dadurch Rechnung tragen, daß ausländische Mitbürger als Kandidaten aufgestellt und aussichtsreich platziert werden.

Wir werden neue Kommunikationswege gehen

- In den vergangenen Jahrzehnten hat das Argument des „Informationsvorsprungs“ als Motiv für eine Parteimitgliedschaft dramatisch an Bedeutung verloren. Die traditionellen Informationswege können nur noch selten mit der Geschwindigkeit der elektronischen Medien mithalten. Durch die Vielzahl an Hintergrundberichten und Talkshows verliert auch die Information „aus erster Hand“ von den Mandatsträgern an Bedeutung. Um so wichtiger ist es, daß die Mitglieder diskutieren und entscheiden können. Die Informationsfunktion, welche die CDU als Partei zweifellos zu erfüllen hat, muß daher durch eine erweiterte Beteiligungsfunktion ergänzt werden.

Beim Dialog und bei der politischen Informationsvermittlung sollten verstärkt moderne Formen genutzt werden. Das bedeutet auch, daß die CDU ihr Kommunikationsverhalten und die Kommunikationsformen an das Medienverhalten der Bevölkerung und die technologische Entwicklung konsequent anpaßt.

Im Zeitalter des Internet besteht die große Chance, eine neuartige Kommunikation zwischen Bürgern, Mitgliedern und allen Ebenen der Partei herbeizuführen. Schnelle Kurzinformationen und Umfragen unter Mitgliedern werden im Informationszeitalter einfach und preiswert durchzuführen sein. Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand daher auf, der elektronischen Vernetzung der Mitglieder mit den Geschäftsstellen in den nächsten Jahren hohe Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Nicht zuletzt wird die Kommunikationsfähigkeit der Parteien über ihre Zukunftschancen entscheiden.

Alle diese Aufgaben können nur im Zusammenwirken zwischen Mitgliedern, hauptamtlich Beschäftigten und den Parteiführungen auf allen Ebenen erfüllt werden. Die gesamte Partei ist aufgerufen, die Fortentwicklung und Modernisierung unserer gemeinsamen Partei als fortdauernde Aufgabe zu begreifen.

Im Mittelpunkt der Kommunikation steht für uns der Mensch. Deshalb bleibt das Ge-

sprach von Mensch zu Mensch, die unmittelbare persönliche Ansprache der Bürgerinnen und Bürger nicht nur unverzichtbar; es gewinnt zunehmend an Bedeutung. Auch hier muß die CDU neue Wege gehen. Aufgrund geänderter Lebensgewohnheiten und einer individualisierten Freizeitgestaltung beteiligen sich immer weniger Menschen aktiv am sozialen und gesellschaftlichen Leben ihrer Gemeinde. Die CDU wird sich deshalb auf den Weg zu den Bürgerinnen und Bürgern machen. Denn die Menschen heute wollen mit ihren Sorgen und Nöten zu Hause abgeholt werden. Die Menschen wollen sehen, daß die Politikerinnen und Politiker sich um sie bemühen.

II.

Wo Werte Zukunft haben:

Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen

14. Wir Christliche Demokraten stellen uns den Herausforderungen, die mit dem tiefgreifenden Wandel unserer Zeit verbunden sind. „Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen.“ Mit diesem Satz beschreibt unser Zukunftsprogramm das zentrale Ziel unserer Politik. Unser Anspruch ist es, den Weg zu diesem Ziel auf der Grundlage unserer Leitbilder, Werte und Überzeugungen konkret auszugestalten. Dieses Ziel können wir erreichen, wenn wir die Freiheit des einzelnen und seine Verantwortung stärken. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir internationale Maßstäbe an die Leistungsfähigkeit unseres Landes anlegen. Dieses Ziel werden wir erreichen, wenn wir einen gerechten sozialen Ausgleich organisieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch unter veränderten Bedingungen sicherstellen.

Wettbewerbsfähigkeit stärken – Für Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit

15. Die Globalisierung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitswelt und den Arbeitsmarkt. Daraus ergibt sich ein weitreichender Reformbedarf nicht zuletzt auch im Hinblick auf den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Internationalisierung der Wirtschaft wollen wir mit einer Politik begegnen, die die Chancen nutzt und neue Arbeitsplätze schafft.

Dabei wollen wir neue Akzente setzen mit einer konsequenten Politik für mehr Beschäftigung, einer modernen Steuer- und Finanzpolitik, der zukunftsfähigen Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme und der optimalen Förderung des innovativen Potentials in Deutschland.

Beschäftigungschancen konsequent nutzen

16. Wir wollen, daß jeder, der am Erwerbsleben teilnehmen möchte, dazu eine Chance erhält. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. „Arbeit für alle“ ist erreichbar, wenn alle Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze konsequent ausgeschöpft werden. Wer die vorhandene Arbeit lediglich umverteilen will, kapituliert vor dem Problem.

Ein „Bündnis für Arbeit“ und jeder andere Dialog zwischen gesellschaftlichen Gruppen

wird unter Wahrung der individuellen Verantwortung aller Beteiligten nur Erfolg haben, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft insgesamt garantiert und der Zugang zum Arbeitsmarkt nachhaltig verbessert wird.

17. Daran arbeiten wir:

Wir treten ein für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Stetiges und ausreichendes Wachstum wird dazu beitragen, die Probleme auf dem Beschäftigungsmarkt zu lösen.

- Der Mittelstand ist Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wirtschaftspolitik wollen wir vorrangig mittelstandsgerecht gestalten. Neue Arbeitsplätze werden vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen.
- Wir wollen dafür sorgen, daß gesellschaftliche Tabus, die ganze Beschäftigungsfelder verschlossen halten, aufgebrochen werden. In diesem Sinne werden wir uns dafür einsetzen, daß auch die Übernahme einfacher Tätigkeiten wieder selbstverständlich wird. Dabei muß der Grundsatz gelten: Wer arbeitet, muß mehr Einkommen haben, als wenn er nicht arbeitet. Die Regelungen der Sozialhilfe und der staatlichen Transferleistungen müssen diesem Grundsatz stärker Rechnung tragen.
- In der globalisierten Wirtschaft hängt die Beschäftigung vom Grad der Flexibilität ab. Wir wollen das Verständnis dafür schärfen, daß neue Arbeitszeitmodelle und moderne Arbeitsorganisationsformen neue Arbeitsplätze schaffen und sichern. Wer Flexibilität primär als Bedrohung versteht, vergeudet zusätzliche Beschäftigungschancen. Wir wollen Barrieren beim Zugang zum Arbeitsmarkt abbauen und die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt unterstützen.
- Wir treten dafür ein, daß allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen eine Beschäftigungs- oder Ausbildungschance angeboten wird.
- Wir wollen, daß der Übergang zu differenzierten und individuellen Arbeitszeiten forciert wird. Arbeitszeitkonten, Monats- und Jahreszeitmodelle und ähnliches müssen noch stärker als bisher realisiert werden. Die Möglichkeit einer Altersteilzeit in Form eines fließenden Übergangs in den Ruhestand ist sinnvoll und entspricht den Wünschen vieler älterer Arbeitnehmer.
- Wir wollen auch die staatliche Förderung der Kapitalbeteiligung in Arbeitnehmerhand weiter ausbauen, damit dieses Instrument für Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch attraktiver wird.
- Wir fordern die Tarifpartner auf, verstärkt ergebnisabhängige Komponenten sowie attraktive Formen der Mitarbeiterbeteiligung in die Tarifabschlüsse einzubeziehen. Die Tarifpolitik muß dem Ziel der Beschäftigungssicherung und -schaffung verpflichtet sein.
- Wir wollen eine neue Kultur der Selbständigkeit fördern. Selbständige schaffen Arbeit – für sich selbst und andere. Wir wollen die Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischen Risikos fördern. Dazu gehört auch, daß jeder für den Fall des Scheiterns eine neue Chance erhält. Die bürokratische Neuregelung der sogenannten „Scheinselb-

ständigkeit“ lehnen wir ab, weil sie den Schritt in die Selbständigkeit verhindert.

- Wir wollen junge innovative Unternehmen besonders unterstützen durch spezielle Förderprogramme, mit einer erleichterten Zuführung von Risikokapital und umfassenden Beratungsangeboten. Der Parteitag bittet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Landtagsfraktionen, die Existenzgründer-Initiative aus den Jahren 1997/98 weiterzuentwickeln und fortzuführen.

Niedrige Steuern für alle!

18. Voraussetzung für die Teilhabe aller am wirtschaftlichen Erfolg ist eine Finanz- und Steuerpolitik, die auf Entlastung von Arbeitnehmern und Betrieben sowie auf die Beschränkung staatlicher Aktivität zugunsten wirtschaftlicher Freiheit des einzelnen setzt.

Wir haben ein umfassendes Konzept zur Modernisierung des deutschen Steuersystems vorgelegt, das in seinen Grundzügen nach wie vor richtig ist, denn es entlastet spürbar Arbeitnehmer und ihre Familien, kleine, mittlere und große Unternehmen. Wachstum und Kaufkraft werden gestärkt. Leistung wird belohnt.

19. Daran arbeiten wir:

- Eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Steuerpolitik muß die richtige Antwort auf die Herausforderung durch die Globalisierung geben. Wir fordern deshalb eine Neugestaltung des Steuersystems, das Steuerwahrheit, Steuerklarheit und Steuergerechtigkeit wieder herstellt. Eine Steuerkultur muß geschaffen werden, die den Bürger und dessen Leistungsfähigkeit nicht über Gebühr strapaziert und die Einhaltung der Steuermoral wieder attraktiv werden läßt. Steuergesetze „mit Verfalldatum“ darf es nicht mehr geben, da Planungssicherheit von zentraler Wichtigkeit für Investitionen und Beschäftigung ist.

Es ist ein Gesamtsystem zu schaffen, das Doppelbelastung entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vermeidet.

Die Zahl der Steuern und die Art der Steuern ist zu überprüfen und zu reduzieren. Es sollen lediglich die Steuern beibehalten werden mit einem Aufkommen über 10 Mrd. DM. Die anderen sind ersatzlos mit Übergangsfristen zu streichen. Diese „großen“ Steuern sollen mit Blick auf europäische Vergleichbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit umgestaltet werden.

Es ist ein gemeinsamer Code fiscal anzustreben, der die steuerlichen und rechtlichen Grundregeln europaweit festlegt. Eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen wäre wünschenswert, für die Gestaltung der Steuersätze ist jedoch eine Wettbewerbslösung anzustreben. Der Wettbewerb der Steuersätze sorgt für ein für die Steuerbürger und Unternehmen bezahlbares Steueraufkommen.

- Wir treten ein für eine Politik der konsequenten Ausgabenbegrenzung mit dem Ziel, die Staatsquote schrittweise auf etwa 40 Prozent zu senken. Unser mittelfristiges Ziel ist es, zu einem Haushalt ohne Netto-Kreditaufnahmen zurückzukehren. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich diesem Ziel zu verpflichten und eine entsprechende mittelfristige

Finanzplanung vorzulegen.

- Wir wollen prüfen, welche Subventionen schrittweise abgebaut werden können und ob zu einem System der „sunset legislation“, also der kontinuierlichen Reduktion der Subventionen durch automatische zeitliche Begrenzung, übergegangen werden kann.
- Wir befürworten den Grundsatz, daß die öffentliche Hand verpflichtet sein muß, den Abbau öffentlicher Verschuldung unmittelbar mit einer Senkung der steuerlichen Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu verknüpfen.
- Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Petersberger Beschlüsse zur Steuerpolitik unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Behandlung von Familien weiterzuentwickeln.

Wir wollen den Sozialstaat zukunftsfest machen

20. Demographischer Wandel sowie erhöhte Individualität und Flexibilität stellen neue Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme. Häufigere Berufswechsel, Wechsel zwischen abhängiger und selbständiger Tätigkeit, selbstgewählte „Auszeiten“ sowie die Zunahme von Mehrfacheinkünften verdeutlichen einen radikalen Wechsel in der Arbeitswelt, der einen großen Anpassungsbedarf der sozialen Sicherungssysteme mit sich bringt. Dabei kommt es darauf an, die notwendigen Leistungen sicherzustellen, die Flexibilität der sozialen Sicherungssysteme zu erhöhen und zugleich die Eigenverantwortung zu stärken.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen durch materielle und immaterielle Anreize so gestaltet werden, daß sie solidarisches, verantwortungsbewußtes Handeln des Einzelnen ermöglichen, fordern und stärken.

21. Daran arbeiten wir:

- Der Parteitag beauftragt den Bundesvorstand, das Rentenreformkonzept 1999 weiterzuentwickeln im Hinblick auf die Hinterbliebenenversorgung, die Neuordnung der familienpolitischen Leistungen in der Rentenversicherung sowie die eigenständige Alterssicherung von Frauen.
- Im Rahmen der hierzu notwendigen Diskussion werden wir der Frage nachgehen, ob das bestehende System der sozialen Sicherung auf längere Sicht Bestand haben kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob es praktikable Alternativen zu der zur Zeit engen Kopplung der sozialen Sicherungssysteme an die Beschäftigungsverhältnisse gibt.
- Wir werden ein Konzept für eine durchgreifende Reform der Sozialhilfe vorlegen. Vorrangig sind dabei folgende Reformziele:
 - * Pauschalisierung der Hilfe zum Lebensunterhalt
 - * Wahrung des Lohnabstandsgebotes
 - * Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Hilfeempfängers
 - * Vereinfachung der Verwaltungsabläufe

- * Verpflichtung der Hilfeempfänger zu gemeinnütziger Tätigkeit
- * Aktive Anreize für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger zur Rückkehr bzw. zum Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt.
- Wir werden das Kombilohn-Modell weiterentwickeln, das insbesondere Langzeitarbeitslosen neue und gute Chancen für die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt bietet.
- Ferner werden wir ein Konzept zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge entwickeln. In Zukunft müssen die Arbeitnehmer mobil bleiben können, ohne erworbene Ansprüche an die betriebliche Altersvorsorge zu verlieren. Dabei dürfen Personen, die aus Gründen der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen vorübergehend ausscheiden, nicht negativ betroffen werden.
- Der Bundesvorstand wird gebeten, ein Konzept „Sozialstaat 21“ zu erarbeiten, das spätestens auf dem Bundesparteitag 2001 beraten werden soll.

Innovationen für unsere Chancen auf den Zukunftsmärkten

22. Innovationen schaffen Arbeit. In der modernen Welt werden wir unseren Spitzenplatz nur dann erfolgreich sichern können, wenn wir bei neuen Technologien und Dienstleistungen eine führende Rolle spielen. Dazu bedarf es eines unternehmens- und technologiefreundlichen Klimas sowie einer strategisch ausgerichteten Innovationsförderungs politik. Es gilt, den Ideenreichtum und die Kreativität der Menschen zu fördern. In diesem Sinne wollen wir Deutschland zum modernsten Wissenschafts- und Innovationsstandort in Europa entwickeln.
23. Daran arbeiten wir:
- Wir wollen die Chancen, die in Kommunikationstechnologie, Gentechnik und Biotechnologie, Umwelttechnologie, modernen Energieträgern und neuen Verkehrstechnologien stecken, nutzen. Allein der Bau der Transrapid-Strecke zwischen Hamburg und Berlin bietet 18.000 Menschen eine Beschäftigungschance. Wir werden diese Technologie weiterverfolgen und so schnell wie möglich umsetzen. Wir wollen sie als eine Alternative zum innerstaatlichen Flugverkehr prüfen.
 - Um das geistige Potential unserer Wissenschaftler voll auszuschöpfen, wollen wir die innovationshemmenden Fächer- und Disziplingrenzen durchlässiger machen und die starre Unterscheidung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung überwinden. Wir wollen uns deshalb noch stärker als bisher dafür einsetzen, daß Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung von Anfang an mit in Leitprojekte eingebunden werden. Den Aufbau von Kompetenzzentren wollen wir vorantreiben.
 - Wir wollen darauf hinarbeiten, daß mehr Wettbewerbselemente in der Forschungsförderung Einzug halten, die Innovationsförderung entbürokratisiert wird und Gesetze und Verwaltungsvorschriften regelmäßig auf innovationshemmende Wirkungen hin überprüft werden, um die Effizienz der Forschungsförderung zu erhöhen.
 - Wir wollen mehr Chancen für Nachwuchswissenschaftler, insbesondere für Frauen.

Gegebenenfalls müssen dafür die Strukturen der staatlichen Forschungseinrichtungen geändert werden.

- Wir treten dafür ein, daß technischer Fortschritt immer auch einem ethischen Maßstab unterliegen muß. Die CDU will einen Beitrag dazu leisten, daß in Wissenschaft und Gesellschaft rechtzeitig über Richtung und Grenzen der Forschung und der Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse diskutiert und ein möglichst breit fundierter gesellschaftlicher Konsens gefunden wird. Die CDU setzt eine Kommission ein, die sich intensiv mit Fragen der ethischen Dimension von Wissenschaft und Forschung befassen soll und die einem nachfolgenden Parteitag einen Bericht vorlegen wird.

Bildungsreform – Für eine zukunftsfähige Gesellschaft

24. Bildung und Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung bestimmen ganz wesentlich die Modernität unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Für uns ist Bildung der Schlüssel zu individuellen Lebenschancen, internationaler Konkurrenzfähigkeit und Wohlstand. Sie ist Teil des geistigen Generationenvertrags. Das deutsche Bildungssystem soll eine international führende Position einnehmen. Wir brauchen daher eine grundlegende Bildungsreform, die vorrangig auf eine Stärkung der Eigenverantwortung und der Leistungsorientierung setzt. Dabei gehören Wissens- und Wertevermittlung zusammen; Lehren und Erziehen sind gleichermaßen wichtig. Der Sport leistet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung.

Im Zeitalter von Globalisierung und Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist Bildung der Schlüssel für Chancengerechtigkeit. Bildung wird zum Schlüssel für die Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Bildung ist damit auch ein Kernelement von vorausschauender Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Angesichts des raschen technologischen Wandels und des stetigen Wissenszuwachses muß Weiterbildung zum festen Bestandteil der Berufs- und Lebensplanung werden, da künftig in keinem qualifizierten Tätigkeitsfeld eine einmal abgeschlossene Berufsausbildung für ein ganzes Berufsleben reichen wird.

25. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungswesens und die Anwendbarkeit des von den Schülern erworbenen Wissens auf den Prüfstand nationaler und internationaler Leistungsvergleiche stellen. Leistungsvergleiche zwischen den Ländern, eine höhere Transparenz dessen, was in unseren Schulen gelernt wird und zentrale Prüfungen in allen Schulformen sollen die Qualität der Bildung in allen Bundesländern sichern. Dies ist auch unabdingbare Voraussetzung für die Vergleichbarkeit und wechselseitige Anerkennung aller Bildungsgänge. Deshalb fordern wir zentrale Prüfungsformen, die eine landesweite und länderübergreifende Vergleichbarkeit sicherstellen. Die Aufgaben der KMK sind entsprechend neu zu definieren.
- Bildungsabschlüsse sollten generell schneller als gegenwärtig erreichbar sein. Wir wollen, daß die allgemeine Hochschulreife nach 12 Schuljahren zur Regel wird.

- Der zunehmenden Globalisierung von Gesellschaft und Arbeitswelt muß eine verstärkte internationale Orientierung der Bildung entsprechen. Wir fordern die Einführung der ersten Fremdsprache ab der 1. Grundschulklasse. Wir wollen erreichen, daß zumindest an Gymnasien zwei Fremdsprachen bis zum Abschluß unterrichtet werden.
- Wir brauchen eine konsequente Überprüfung der Lehrinhalte im Blick auf neue Berufs- und Technologiefelder. Wir wollen, daß moderne technologische Entwicklungen so früh wie möglich in den Lehrplänen und in der Lehrerfortbildung berücksichtigt werden.
- Auch die technische Ausstattung der Bildungsstätten muß Schritt halten. Wir treten deshalb dafür ein, daß alle weiterführenden Schulen, Berufsschulen und Hochschulen mit Internet-Anschlüssen und Computern in ausreichender Zahl ausgestattet werden.
- Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen steht und fällt mehr denn je mit der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Lehrkörper. Die Dynamik des internationalen Bildungswettbewerbs muß sich daher stärker in der Arbeitsstruktur der Hochschullehrer wiederfinden. Wir wollen deshalb, daß Professuren zukünftig auch auf Zeit vergeben und Hochschullehrer nicht ausschließlich als Beamte eingestellt werden.
- Wir treten ein für die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung. Die Hauptschule ist auch in Zukunft unverzichtbar als Bildungsgang für Kinder, die handlungs-, anschauungs- und praxisorientiert lernen. Die Hauptschule ist im besonderen Maße auf Durchlässigkeit angewiesen, wenn sie auch in Zukunft von den Eltern angenommen werden soll.
- Wir wollen, daß Bildung auch ein Weg zur verbesserten Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher wird. Dies gilt vorrangig für den sicheren Erwerb der deutschen Sprache; notwendig sind aber auch fundierte Kenntnisse unserer Geschichte, Rechtsordnung und Kultur.
- Im Sinne der Chancengerechtigkeit unterstützen und fördern wir Kinder und Jugendliche mit Lern- und Verhaltensproblemen. Wir wollen aber auch den Gedanken einer verantwortungsorientierten Leistungselite in Deutschland wieder neu etablieren. Deshalb wollen wir Stipendien für Hochbegabte ausweiten und durch gezielte Programme die Förderung für herausragend Begabte in den Schulen und Hochschulen verstärken. Das gegliederte Schulwesen ist am ehesten in der Lage, Chancengerechtigkeit zu verwirklichen.
- Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, brauchen wir mehr Betreuungsangebote in allen Schulformen: die betreuende Halbtagschule mit verlässlichen Öffnungszeiten oder Ganztagschulen mit Betreuung über Mittag und am Nachmittag.
- Angesichts einer älter werdenden Erwerbsbevölkerung wollen wir Strategien entwickeln, um die Arbeitnehmer auf die Anforderungen des technologischen Wandels vorzubereiten. Berufsakademien, Fachhochschulen und Universitäten müssen verstärkt auch Angebote der Weiterbildung für Berufstätige entwickeln und anbieten.

- Die CDU wird die Frage zeitgemäßer Bildungsinhalte neu aufgreifen und in einem breit angelegten öffentlichen Dialog klären, was Schule, Hochschule und Weiterbildung leisten müssen, um auf die Welt des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Als Ergebnis dieser Diskussion ist einem Parteitag im Jahr 2000 der Entwurf eines neuen bildungspolitischen Programms vorzulegen.

Politik für Familien – Politik für die Zukunft

26. Auch in Zeiten des Wandels ist Familie die beständigste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. Die Entscheidung für Kinder ist die wichtigste Zukunftsvorsorge eines Volkes. Eine Gesellschaft, in der immer weniger Menschen Erfahrungen mit Kindern machen können, wird menschlich arm. Kinder verdienen eine Lebenswelt, die ihnen die bestmöglichen Entwicklungschancen bietet. Ihr Wohl ist in erster Linie Aufgabe der Eltern, aber auch Verpflichtung für die gesamte Gesellschaft. Wir brauchen eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

Es bleibt auch im 21. Jahrhundert eine familienpolitische Kernaufgabe, Familienarbeit und Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern noch besser vereinbar zu machen. Wir brauchen familiengerechte Jobs statt jobgerechter Familien.

Es liegt in der freien Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger, in welcher Weise sie ihre partnerschaftlichen Beziehungen leben wollen. Wir respektieren den Willen, in Partnerschaften ohne die rechtlichen Bindungen einer Ehe zu leben. Eine rechtliche Gleichstellung solcher Lebensformen mit der Ehe würde unserem Leitbild von Familie widersprechen. Dem Verfassungsgebot des Grundgesetzes „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ fühlen wir uns vorrangig verpflichtet.

27. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen, daß sich junge Menschen in Zukunft leichter als bisher für die Gründung einer Familie und für Kinder entscheiden können. Wir stellen die Familie in den Mittelpunkt unserer gesellschaftspolitischen Anstrengungen. Deshalb wollen wir uns zunächst vorrangig mit einer Neukonzeption des Familienleistungsausgleichs nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes beschäftigen.
- Wir wollen die finanziellen Voraussetzungen weiter verbessern, damit Erziehende eine wirkliche Wahl haben, sich für Familie und Kindererziehung oder für eine Verknüpfung von Kindererziehung und Erwerbsarbeit zu entscheiden.
- Die CDU plädiert für die Beibehaltung des Ehegattensplittings - auf mittlere Sicht streben wir ein Familiensplitting an, das Familien mit Kindern stärker als bisher entlastet.
- Die Erziehungsleistung in der Familie muß aufgewertet werden. Arbeit ist nicht nur außerhäusige Erwerbstätigkeit. Wir wollen die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung im Rentenrecht ausbauen. Ferner wollen wir eine deutliche Verbesserung des Betreuungsangebotes für Kinder außerhalb der Schulzeiten verwirklichen. Das Engagement von Kirchen, Vereinen und Verbänden sowie der Zusammenschluß von Eltern in ehrenamtlichen Initiativen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist zu fördern.

- Wir werden den von der CDU geschaffenen dreijährigen Erziehungsurlaub mit Weiterbeschäftigungsgarantie im Lichte gewandelter Bedürfnisse von Eltern weiterentwickeln, ohne dabei die Realitäten am Arbeitsmarkt aus den Augen zu verlieren. Eine flexiblere Nutzung des Erziehungsurlaubs – zum Beispiel das Aufteilen auf verschiedene Erziehungsphasen – kann Eltern wie Betrieben entgegenkommen.
- Kinder, die bei alleinerziehenden Elternteilen aufwachsen, dürfen dadurch keine Nachteile haben. Die besondere Förderung alleinerziehender Mütter und Väter ist ein Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit.
- Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, bis zu einem Kleinen Parteitag im Herbst 1999 ein Konzept „Familie 2000“ vorzulegen.

Globale Verantwortung wahrnehmen

28. Durch die Globalisierung rückt die Welt enger zusammen. Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten nehmen für alle zu. Gleichzeitig haben regionale wirtschaftliche, ökologische und politische Krisen zunehmend weltweite Auswirkungen. Dies erfordert heute eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und globale Lösungsstrategien. Das gilt für die Bereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenso wie für die Ökologie, die Einhaltung von Menschenrechten und die Frage einer verbesserten weltweiten Chancengerechtigkeit.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei eine auf Armutsbekämpfung, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Bildung abzielende internationale Entwicklungszusammenarbeit. Eine solche zukunftsorientierte Entwicklungspolitik sollte sich in stärkerem Maße mit der Globalisierung und der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern befassen. Damit ist auch eine Förderung neuer Absatzmärkte in der Region verbunden.

Nachhaltige Entwicklung – Für neue Wege in der Umweltpolitik

29. Wir treten dafür ein, nationale Anstrengungen im Bereich des Umweltschutzes zu verstärken und globale Strategien zu entwickeln, um die Erde lebenswert zu erhalten. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung stellen für uns eine Einheit dar. Die Bewahrung der Schöpfung sowie der Erhalt und die Pflege einer intakten Umwelt – auch im Interesse zukünftiger Generationen ist das Leitbild, an dem wir uns orientieren.

Wir wollen eine sichere Versorgung der Bevölkerung und der Industrie mit ausreichender und bezahlbarer Energie unter bestmöglicher Schonung der Umwelt erreichen. Die Liberalisierung des europäischen Strommarktes wird die geeignete Grundlage dafür sein. Im Sinne einer nachhaltigen Energiepolitik darf die Aufnahmefähigkeit der Umwelt bei der Freisetzung von Stoffen nicht überfordert werden. Ein Ausstieg aus der Kernenergie ohne klimaverträgliche Alternative ist unverantwortbar.

Deshalb treten wir auch weiterhin für einen Energieträgermix von Öl, Gas, Kernenergie, Kohle und regenerativen Energien ein.

Ein Ausstieg aus der Kerntechnik in Deutschland ist immer auch ein Ausstieg aus dem deutschen Einfluß auf internationale Sicherheitsstandards; unser Engagement für weltweit mehr Sicherheit bei der Kernenergienutzung würde dadurch definitiv beendet. Gerade ein industriell und technisch führendes Land wie die Bundesrepublik Deutschland muß auch international Verantwortung für die Nutzung schwieriger Techniken tragen. Deshalb muß auch weiterhin Forschung im Bereich der Kerntechnologie betrieben werden.

30. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen das Verursacherprinzip durch ordnungspolitische und marktwirtschaftliche Instrumente sowie freiwillige Selbstverpflichtungen stärken. Wer Umweltschäden verursacht, muß belastet werden. In den Preis einer Ware müssen alle Kosten eingehen, von der Produktion über Transport und Konsum bis hin zur Entsorgung. So werden die Preise ehrlicher, und es entsteht ein Anreiz, umweltverträgliche Güter zu produzieren. Ergänzend dazu wollen wir ökologische Elemente im Steuersystem fortentwickeln. Unser Ziel ist die Harmonisierung der Besteuerung von Energie auf europäischer Ebene.
- Wir wollen langfristig die Rolle der regenerativen Energien im Energiemix stärken. Der Bundesfachausschuß „Energie- und Umweltpolitik“ wird gebeten, in Zusammenarbeit mit Forschern und Unternehmen ein nachhaltiges Energiekonzept „Energie mit Zukunft“ zu entwickeln.
- Wir wollen die Erforschung der Einsatz- und Effizienzsteigerungsmöglichkeiten regenerativer Energien und neuer Energieformen wie der Brennstoffzellentechnik stärker fördern. Außerdem wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, daß über das nationale CO₂-Minderungsziel hinaus die Gefahr der globalen Klimaerwärmung minimiert und Ressourcen geschont werden können.
- Wir wollen in einen neuen Dialog zwischen armen und reichen Ländern eintreten. Nach dem Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe und unter Berücksichtigung der natürlichen Ressourcen vor Ort sollen Entwicklungshilfeprojekte entworfen werden, die Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz verknüpfen. Über den Bundesfachausschuß „Entwicklungspolitik“ wollen wir dazu insbesondere die Kontakte zu Nicht-Regierungsorganisationen intensivieren und Leitprojekte entwickeln.

Innere Sicherheit stärken – Null Toleranz für Rechtsbrecher

31. Die Bürger unseres Landes sollen sich sicher fühlen und sicher sein. Bürger, Staat und Polizei müssen Verbrechensbekämpfung als gemeinsame Herausforderung annehmen. Der Leitsatz unserer Politik gegen Kriminalität lautet: Null Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter.

Daran arbeiten wir:

- Wir wollen eine bürgernahe, präzise Polizei, die sich als Sicherheitspartner der Bürgerinnen und Bürger versteht. Wir unterstützen die Bemühungen der Länder, die technische Ausrüstung der Polizei auf ein aufgabengerechtes hohes Niveau zu bringen.

- Wir wollen den Bundesgrenzschutz verstärkt heranziehen, um gemeinsam mit Polizei und Ordnungsbehörden die Sicherheit auf Bahnhöfen, in Personenzügen und an anderen Sicherheitsbrennpunkten zu verbessern.
- Für uns bedeutet Vertiefung der Europäischen Union vor allem auch verbesserte Möglichkeiten für die Kriminalitätsbekämpfung. Wir befürworten die Ausweitung von EUROPOL.
- Das Abhören von Verbrecherwohnungen muß erleichtert werden; die Ausnahmen für einzelne Berufsgruppen sollen abgeschafft werden. Wir streben zudem die Möglichkeit der optischen Überwachung von Verbrecherwohnungen an.
- Wir wollen schnelle Strafverfahren, die der Tat auf dem Fuße folgen.
- Die Strafandrohung des Gesetzes und die tatsächlich verhängte und verbüßte Strafe müssen sich wieder stärker entsprechen. Mindeststrafe und kürzeste Haftverbüßung dürfen nicht die Regel werden. Der Schutz der Allgemeinheit hat im Zweifel Vorrang. In den offenen Vollzug dürfen nur Gefangene, die keine Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung darstellen. Resozialisierung ist nur dort möglich, wo der Täter resozialisierungsfähig und -willig ist.
- Opfer von Straftaten haben Anspruch auf den besonderen Schutz des Staates. Neben der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruches hat das Strafverfahren den Interessen des Opfers an aktiver Teilhabe am und Information über den Verlauf des Verfahrens zu dienen. Der Anspruch des Opfers auf Schadensausgleich soll im Strafverfahren verstärkt Berücksichtigung finden.
- Wer als Ausländer in Deutschland Verbrechen begeht, verwirkt sein Gastrecht und muß abgeschoben werden. Abschiebungen müssen unter Beachtung internationaler Bestimmungen und Verträge schon dann möglich sein, wenn ein ausländischer Straftäter insgesamt zu einem Jahr Haft verurteilt worden ist.
- In schweren Fällen von Jugendkriminalität kann auf die Unterbringung in geschlossenen Heimen nicht verzichtet werden. Für kriminelle Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) muß die Verurteilung nach Erwachsenenstrafrecht wieder der Regelfall werden.“

Aktive Bürgergesellschaft – Das ist unser Land

32. Gerade im Zeitalter von Globalisierung, Digitalisierung und Internet muß Politik einen Beitrag dazu leisten, daß die Menschen in ihrem persönlichen Umfeld eigenverantwortlich ihr Leben gestalten können. Eine menschliche Gesellschaft muß dem einzelnen ermöglichen, Verantwortung zu übernehmen und sich in vertrauter Umgebung heimisch zu fühlen. Die CDU tritt deshalb nachdrücklich für eine Stärkung der kleinen, überschaubaren Einheiten ein.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der einzelne Mensch in seinen sozialen Bezügen. Unsere Politik hat das Ziel, die Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß sich möglichst viele Menschen in die Gestaltung unseres Landes einbringen können und sich mit ihren Fähigkeiten, Interessen und Leidenschaften zur Aufgabe der Gestaltung Deutschlands bekennen, indem sie sagen: „Das ist unser Land.“

Für eine Gesellschaft freier und verantwortlicher Bürger – Spielraum für kleine Einheiten schaffen

33. Eine freie, solidarische Gesellschaft gelingt dann am besten, wenn sie nach dem Prinzip der Subsidiarität gestaltet wird. Was die Menschen alleine oder im freiwilligen Zusammenwirken leisten können, darf nicht vom Staat übernommen werden. Was die Kommune regeln kann, soll nicht von der Landesregierung erledigt werden. Die Bürgergesellschaft steht für eine andere Dimension der Demokratie, für Dezentralisierung, Teilhabe, Selbstverwaltung und Selbstorganisation der Gesellschaft.

In den Städten gilt es, durch eine solche Stärkung kleiner Einheiten und durch eine Stärkung der sozialen Beziehungsnetze Menschen aus einem Gefühl der Anonymität herauszuholen und ihnen durch Überschaubarkeit Halt und Orientierung in der Gemeinschaft zu vermitteln. Diese Strukturen haben den Menschen in früheren Zeiten häufig ein Leben lang begleitet. Heute müssen sie vielerorts neu gewonnen und mit Leben erfüllt werden.

34. Daran arbeiten wir:

- Wir wollen dem Prinzip der Subsidiarität auf allen staatlichen Ebenen und darüber hinaus auch in der Europäischen Union Geltung verschaffen. Subsidiarität funktioniert nur dort, wo es genug Freiräume für eigenverantwortliches Handeln gibt. Deshalb treten wir ein für Deregulierung und Entbürokratisierung, Wettbewerb und Regionalisierung.
- Wir wollen möglichst viele Menschen zum Engagement für unser Land und seine Bürger ermutigen. Das Ehrenamt ist ein Wesensmerkmal unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für Regelungen ein, die sicherstellen, daß ehrenamtliche Tätigkeit nicht durch Bürokratie behindert wird und daß sie auch als Beitrag zur schulischen und beruflichen Qualifikation anerkannt wird. Ehrenamtlich Tätige dürfen finanziell nicht unzumutbar belastet werden. Mit unserer Initiative für mehr Anerkennung von Selbsthilfe, Ehrenamt und ehrenamtlichen Diensten wollen wir einen Beitrag leisten, daß Deutschland als modernste Gesellschaft Europas immer auch menschliche Gesellschaft mit menschlichen Zügen bleibt.
- Wir wollen überlegen, wie die Bürgerinnen und Bürger auf den verschiedenen politischen Ebenen noch besser in die demokratische Verantwortung einbezogen werden können.
- Die Aufgaben des Staates müssen unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neu bestimmt werden. Die CDU wird ein Konzept vorlegen, das die unverzichtbaren Kernaufgaben des Staates benennt und Wege aufzeigt, die Bürgergesellschaft im Sinne der Verantwortungsgesellschaft weiterzuentwickeln.

Föderalismus reformieren – Klare Verantwortung für jede Ebene

35. Unsere Bundesrepublik ist vor 50 Jahren von den Ländern gegründet worden. Das föderale Prinzip hat sich als ein Freiheit bewahrendes und Vielfalt sicherndes Strukturelement unseres Staates bewährt. Die Länder als dezentrale und autonome Entscheidungsträger sichern regionale Identität, Effizienz und Bürgernähe. Der Föderalismus ver-

teilt staatliche Macht und Verantwortung und schafft zusätzliche Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung. Die föderale Struktur Deutschlands kann Vorbild für ein Europa der Regionen sein.

Eine wesentliche Säule im föderalen Aufbau der Bundesrepublik sind die Kommunen. In ihnen wird Demokratie unmittelbar erfahrbar und nur durch bürgerschaftliche Beteiligung möglich. Wir treten ein für eine Stärkung der kommunalen Ebene. Dazu gehört die Beachtung des Konnexitätsprinzips: Die Ebene, die über die Erfüllung einer Aufgabe entscheidet, muß grundsätzlich auch die damit verbundenen Finanzierungslasten tragen.

Einer Stärkung der Eigenverantwortung der Länder muß nach dem Prinzip der Subsidiarität auch eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung entsprechen. Was durch die Kommunen geregelt werden kann, ist zumeist auch die effizientere und bürgerfreundlichere Regelung.

36. Daran arbeiten wir:

- Die CDU will ein umfassendes Konzept zur Modernisierung des Föderalismus in Deutschland vorlegen. Wir werden prüfen, inwieweit die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern neu geregelt werden muß. Dazu gehört auch ein Konzept für eine neue Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland. Diese muß die finanzpolitische Eigenverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten der Länder und Gemeinden stärken und dazu beitragen, den Zusammenhang zwischen öffentlichen Ausgaben und der daraus folgenden Steuer- und Abgabenbelastung unmittelbar sichtbar werden zu lassen. Das Konzept soll darüber hinaus aufzeigen, wie dem Gedanken der Regionen in Europa unter den Bedingungen eines modernen Föderalismus in Deutschland verstärkt Rechnung getragen werden kann.
- Wir werden ein kommunalpolitisches Aktionskonzept vorlegen, das Wege zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch die Rückgewinnung finanzieller Spielräume in den Kommunen aufweist. Gleichzeitig wollen wir mehr Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen in den Städten und Kreisen schaffen.

Nationale Solidarität – Das Band der Einheit

37. Das ist unser Land. Alle Deutschen tragen für jedes seiner Teile gleichermaßen Verantwortung. Auch in Zukunft wird die Überwindung der Lasten der Teilung eine zentrale Aufgabe sein.

Die CDU hat in den Jahren nach der Wiedervereinigung dem Aufbau Ost klare Priorität eingeräumt. In einer beispiellosen Kraftanstrengung haben die Menschen im Osten das Land aufgebaut, und die Menschen im Westen haben durch ihre Transferleistungen nationale Solidarität bewiesen. Auf das in den zurückliegenden Jahren Erreichte können wir Deutschen gemeinsam stolz sein.

Wir appellieren an die Bundesregierung, das bisher hohe Niveau der staatlichen Förderung des Aufbaus Ost auf absehbare Zeit beizubehalten. Auch in Zukunft muß der Aufbau Ost Priorität behalten.

38. Daran arbeiten wir:

Die CDU als Partei der inneren Einheit muß Antwort auf die Frage geben, was unsere Gesellschaft im Kern zusammenhält und auf welche tragenden Werte und Ziele wir uns in Deutschland verständigen können. Notwendig ist eine intensiv geführte, öffentlich wahrgenommene Wertedebatte vor dem Hintergrund sowohl ost- als auch westdeutscher Lebenserfahrungen. Diese Debatte wird die CDU an der Schwelle des 21. Jahrhunderts auf einem Wertekongreß am 15. Mai in Cottbus beginnen. Die Wertedebatte wird in den nächsten Jahren eine permanente Aufgabe bleiben. Nur wenn es uns gelingt, die Verankerung des einzelnen in „seiner“ Gesellschaft zu stärken, werden die Anforderungen der zusammenwachsenden Welt in erfolgreicher Weise zu meistern sein.

Europa muß man richtig machen

1. Die Christlich Demokratische Union ist die deutsche Europapartei. Sie ist es, die mit ihren Kanzlern von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl die wesentlichen Züge der deutschen Europapolitik bestimmt hat.

Deutschlands Teilnahme an der neuen europäischen Staatenordnung nach dem Zweiten Weltkrieg war die Grundbedingung für die Wiedergewinnung seines moralischen Ansehens und seiner politischen Handlungsfreiheit, für seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg, seine soziale Wohlfahrt und die Wiederherstellung seiner nationalen Einheit. Dieses wiedervereinigte Deutschland hat angesichts der zunehmenden Globalisierung ein vitales Interesse an der weiteren Vertiefung der europäischen Einigung. Für die endgültige Überwindung der Teilung unseres Kontinents ist die Erweiterung der Europäischen Union unabdingbar.

Die CDU wird streng darauf achten, daß die neue Bundesregierung das große europäische Erbe der Regierung Helmut Kohl mehrt, statt es zu verspielen.

2. Der europäische Einigungsprozeß hat dazu geführt, daß im wesentlichen Teil unseres Kontinents ein Maß an Frieden und Freiheit, an Sicherheit und Wohlstand erreicht wurde, das 1945 unvorstellbar erschien. Die Erfolgsgeschichte der Integration strahlte auf die Völker Mittel- und Osteuropas aus, die die Befreiung von den kommunistischen Regimen im Herbst 1989 als eine „Rückkehr nach Europa“ empfanden. Nur mit der Perspektive des Beitritts zur Europäischen Union werden die politischen und wirtschaftlichen Reformen in Mittel- und Osteuropa erfolgreich fortgeführt werden können.

Mit der Vollendung des Binnenmarktes durch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist die europäische Einigung in eine neue Phase eingetreten: Europa wird zu einer im täglichen Leben seiner Bewohner immer konkreter erfahrbaren Wirklichkeit. Damit nehmen aber auch die Sorgen der Menschen und ihre Fragen an die Europapolitik zu. Parteipolitische Prägungen gewinnen an Einfluß für die Europapolitik. Da Europa die nach den Kommunen, Regionen und Nationalstaaten entfernteste und abstrakteste Ebene ist, auf der sich politisches Handeln vollzieht, ist dieser Politikbereich besonders gefährdet für Einflüsterungen und Ängste, welche demagogisch instrumentalisiert werden könnten.

Hieraus ergibt sich für die Politik der CDU die zwingende Aufgabe, den Bürgern zu vermitteln, daß deutsche Interessen nur durch die engagierte Teilnahme am europäischen Einigungswerk zu verwirklichen sind.

Die CDU engagiert sich für Europa, weil

- wir Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft mit einem gemeinsamen geschichtlichen Erbe, einer gemeinsam erlebten Gegenwart und einer vereint zu gestaltenden Zukunft verstehen;
- Europa gegenseitige Unterstützung organisiert;

- Europa ein Motor für Reformen ist;
- Europa friedliches, multinationales Zusammenleben ermöglicht;
- Europa ein Modell für fairen Interessenausgleich und gewaltfreie Konfliktlösungen ist;
- Europa unserem Kontinent eine Stimme von Gewicht in der Welt gibt;
- Europa unsere Nachbarn in Mittel- und Osteuropa stabilisiert.

Europa muß dazu wirkungsvoller und transparenter gestaltet werden. Nur so wird der Gefahr begegnet, daß aus berechtigter Kritik ein genereller Europa-Skeptizismus wird.

Dies erfordert von der Europapolitik der CDU einen „klaren Kompaß“: einerseits, mit dem Blick auf die Geschichte, Behutsamkeit; andererseits, mit Blick auf die erreichbaren Ziele, Nüchternheit und Augenmaß; und für all dies eine angemessene Sprache.

3. Die Europavision der Christlich Demokratischen Union ist ein Europa, das im guten Sinne mächtig ist, weil es eine starke Wirtschaft mit einer solidarischen Gesellschaft und demokratischen Ordnung verbindet; das die Interessen seiner Völker gegenüber der übrigen Welt kraftvoll vertritt; das seinen Beitrag zu einer friedlicheren und besseren Welt leistet und dessen Institutionen dem Bürger dienen.

Die CDU verfügt nicht nur über eine Vision, sondern auch über Kompetenz, denn sie ist es, welche die besseren Konzepte hat, wie auch die überzeugenderen Antworten auf die Fragen nach dem Weg Europas in seine Zukunft; und sie hat in ihren Reihen die engagierteren Europäer.

Für ein werteorientiertes, bürgernahes Europa

4. Europa ist nicht nur eine Wirtschafts-, sondern vor allem auch eine Wertegemeinschaft. Wir Europäer haben seit vielen Jahrhunderten gemeinsame Wurzeln. In Geschichte, Kultur, Religion, Tradition und Werteverständnis sind wir in vielfältiger Hinsicht miteinander verbunden. Bei allen Konflikten und Krisen, die unser Kontinent erleiden mußte, sind diese Grundlagen unser einigendes Band.

Die CDU strebt ein Europa an, das über sein gemeinsames europäisches Erbe und die gemeinsame kulturelle Tradition vereint ist. Fundament dieser Gemeinsamkeit sind das Christentum, die Antike und die Aufklärung. Freiheit, Demokratie und Achtung der Menschenrechte, der Parlamentarismus, die Tradition des dem Prinzip der Subsidiarität verpflichteten Sozialstaates sowie die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft haben sich erfolgreich daraus entwickelt.

Wir wollen ein Europa, das zu seiner Vielfalt steht und sie als Stärke begreift. Wir wollen ein Europa, in dem wir in Freundschaft und Partnerschaft mit den anderen EU-Staaten unsere nationale Identität bewahren können und in dem wir zugleich deutsche Europäer und europäische Deutsche sind. Deshalb begrüßen wir das Konzept der Unionsbürgerschaft, die allen Unions-Bürgern zusätzlich zur nationalen Staatsbürgerschaft verliehen ist und fordern die Verantwortlichen auf, an ihrer Weiterentwicklung zu arbeiten.

Um den gemeinsamen Kulturraum der Europäer zu einer lebendigen Realität werden zu lassen, ist es notwendig, kreatives Schaffen zu fördern, das kulturelle Erbe mit einer europäischen Dimension zu erschließen, zum gegenseitigen Kennenlernen der Kulturen und Sprachen und der Geschichte der Völker Europas anzuregen sowie den Kulturaustausch zu fördern.

Die Kirchen verkörpern einen wesentlichen Teil dieser gemeinsamen kulturellen Tradition. Sie tragen durch Wertvermittlung und ihre grenzüberschreitende Zusammenarbeit dazu bei, deren geistige Grundlagen immer wieder zu erneuern und fortzuentwickeln.

Die CDU fordert die Bewahrung und den Schutz kultureller und regionaler Besonderheiten unserer Heimat. Die belebende Vielfalt darf notwendigen Harmonisierungen nicht grundsätzlich untergeordnet werden.

Wir wollen ein handlungsfähiges Europa. Die Europäische Union soll nicht für alles zuständig sein. Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa. Wo die Europäische Union aber zuständig ist, muß sie auch die notwendigen Instrumente und Verfahren zur Problemlösung erhalten, damit das Vertrauen der Bürger in die europäische Idee immer neu begründet werden kann. Eine handlungsfähige Europäische Union schafft Vertrauen durch Erfolg.

Europäer in Deutschland

5. Die in Deutschland lebenden EU-Ausländer wollen wir in Zukunft in wichtigen Fragen nicht mehr nach dem Ausländerrecht behandeln, sondern ihre Rechtsstellung der der deutschen Staatsangehörigen angleichen. Dazu sind Unionsbürger grundsätzlich aus dem Anwendungsbereich des Ausländerrechts herauszunehmen.

Deshalb schlagen wir folgendes vor:

- Zuständig für Meldefragen für Unionsbürger in Deutschland soll künftig nicht mehr die Ausländerbehörde, sondern das Einwohnermeldeamt sein.
- Unionsbürger sollen in Zukunft keiner Aufenthaltsgenehmigung mehr bedürfen. Die auch heute ohnehin nur deklaratorische Aufenthaltserlaubnis-EG wird abgeschafft.
- Zum Nachweis des rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland erhalten Unionsbürger eine „Blue-Card-EU“.

Mit diesen Vorschlägen beseitigen wir unnötige bürokratische Hemmnisse für die 1,8 Mio. in Deutschland lebenden Unionsbürger und geben der Idee der Unionsbürgerschaft neue Schubkraft.

6. Wir treten für ein Europa ein, in dem die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden. Kommunen, Regionen, Mitgliedstaaten und die Europäische Union sollen nach den Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität zusammenwirken. Bei konsequenter Anwendung dieser Grundsätze wird das Verständnis für und das Vertrauen in die weitere europäische Einigung wachsen und den Bürgern in Europa das Sicherheitsgefühl vermitteln, das in einer globalisierten Welt dringend gebraucht wird.

7. Ein föderales, subsidiäres Europa kann nur durch eine klare Zuständigkeitsverteilung zwischen der europäischen, der nationalen, der regionalen und der kommunalen Ebene gewährleistet werden. Dies schließt die Überprüfung der gegenwärtigen Kompetenzverteilung und gegebenenfalls auch die Rückverlagerung von Zuständigkeiten auf die nationale und regionale Ebene ein. Eine solche Kompetenzverteilung und ein Grundrechtekatalog müssen Teil eines Verfassungsvertrags sein. Der jetzt erreichte Stand der europäischen Integration macht eine Verständigung über das Selbstverständnis Europas notwendig. Es findet Ausdruck in einem Verfassungsvertrag, der folgende Fragen beantworten muß:

- Welche grundlegenden Werte und Interessen verbinden die Europäer?
- Wie soll ihr Verhältnis zueinander gestaltet sein und welche Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung sollen für alle verbindlich sein?
- Wie muß die Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten organisiert werden? Wer ist für was zuständig?
- Wie kann die demokratische Legitimation und Kontrolle in der Europäischen Union am besten gestaltet werden?
- Was ist Europas Aufgabe und Verantwortung gegenüber der übrigen Welt?

Die Debatte über einen Verfassungsvertrag würde der jetzt noch diffusen Diskussion über Europa Struktur und Richtung weisen. Allein-, Letzt- und Allzuständigkeit wird es auf der europäischen Ebene ebenso wenig geben, wie es sie heute noch auf der nationalstaatlichen gibt. Nachdem das Territorialprinzip von Macht überholt ist, wird ein neues Organisationsprinzip von Macht auch neue Rechtsgestalten hervorbringen.

Die CDU fordert daher die Bundesregierung auf, dem Europäischen Rat den Vorschlag zu unterbreiten, eine unabhängige Gruppe herausragender Persönlichkeiten mit der Erarbeitung von Grundlinien für einen Europäischen Verfassungsvertrag zu beauftragen. Auf dieser Grundlage soll ein Konvent aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Mitgliedstaaten den Entwurf für den Verfassungsvertrag der Europäischen Union endgültig erarbeiten.

Wege aus der Arbeitslosigkeit durch Stärkung der europäischen Wettbewerbskraft

8. Der Euro ist die Weiterentwicklung des Binnenmarktes, von dem Deutschland als exportorientierte Nation besondere Vorteile hat.

Der Euro hat Europas globale Wettbewerbsposition gestärkt; seine erste Bewährungsprobe in den von Asien und Lateinamerika ausgehenden Währungsturbulenzen hat er bereits bestanden. Aber nur eine dauerhafte Stabilitätspolitik, der Verzicht auf eine Politik des leichten Geldes und der Haushaltsdefizite sowie strukturelle Reformen können den Euro dauerhaft als starke Währung im Innern wie nach außen erhalten.

Die Umsetzung des Maastrichter Vertrags und des Europäischen Stabilitäts- und Wachs-

tumspaktes ist ein wirksames Modernisierungs- und Gesundungsprogramm der europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitslosigkeit in Europa und damit ein zentraler Ausgangspunkt jeder Politik für Wachstum und Beschäftigung.

Für die notwendige Koordinierung dieser Politik sind die Beschlüsse des Luxemburger EU-Gipfels vom November 1997 der Orientierungsrahmen. Verantwortlich für die Durchführung müssen die nationalen Regierungen bleiben. Kostspielige Beschäftigungsprogramme auf europäischer Ebene neben den Maßnahmen aus den Strukturfonds sind wirkungslos. Sie verstellen lediglich den Blick auf die strukturellen Mängel der europäischen Arbeitsmärkte und müßten vor allem von Deutschland bezahlt werden. Die CDU fordert ein abgestimmtes Vorgehen der europäischen Staaten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dies kann vor allem durch Senkung der Steuern und Abgaben sowie durch Abbau von Bürokratie und Überreglementierung geschehen. Europa darf jedoch nicht als Alibi für ein Scheitern beim Abbau der Arbeitslosigkeit auf nationaler Ebene mißbraucht werden.

Für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft – gegen sozialistischen Zentralismus

9. Der Euro muß hart bleiben. Deshalb wird die CDU streng darauf achten, daß die Bundesregierung nicht gemeinsam mit anderen sozialistischen Regierungen einen verhängnisvollen, dem Geist des Maastrichter Vertrags widersprechenden Kurs in der Finanz- und Wirtschaftspolitik einschlägt.

Der europäische Binnenmarkt ist eine entscheidende Kraftquelle für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb. Er muß auch in Zukunft nach den Grundsätzen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft organisiert werden. Unverzichtbare Rahmenbedingungen sind dabei gleichermaßen eine funktionierende Wettbewerbs-, Fusions- und Beihilfekontrolle zur Sicherung des Marktes als auch soziale Partnerschaft sowie sinnvolle soziale und umweltpolitische Regeln. Langfristig soll ein Europäisches Kartellamt eingerichtet werden.

Die europäische Einigung wird von den Bürgern nur angenommen, wenn sie auch sozial und arbeitnehmerfreundlich gestaltet wird. Die Schaffung von

EU-weiten sozialen Mindeststandards ist ein wichtiges Ziel unserer Europapolitik. Dazu gehören insbesondere Verbesserungen bei der Sicherheit am Arbeitsplatz, bei den Arbeitnehmerrechten und die Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben. Jeder EU-Mitgliedstaat kann so sein soziales Leistungsniveau beibehalten und entsprechend seiner Wirtschaftskraft fortentwickeln.

Die gesetzgeberische Entwicklung eines gemeinsamen sozialpolitischen Sockels führt zu mehr Gerechtigkeit und durch die damit verbundene Erhöhung der Standards anderer Länder an unser Niveau zu einer Verringerung wettbewerbsverzerrender Nachteile für unsere Wirtschaft. Die CDU lehnt eine Harmonisierung der Sozialpolitik, insbesondere der sozialen Sicherungssysteme, ab.

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion verschärft den Wettbewerb nicht nur

zwischen Unternehmen, sondern auch zwischen Wirtschaftsstandorten. Von zentraler Bedeutung für diesen Wettbewerb ist die Entlastung der Wirtschaft und der Arbeitnehmer von Steuern, Abgaben und Auflagen. Die notwendige Harmonisierung der Steuern auf Umsatz und Verbrauch sowie auf Kapitalerträge darf nicht zum Instrument der Einnahmeverbesserung werden und keinesfalls zu einer höheren Gesamtsteuerbelastung führen. Gerade bei der Mehrwertsteuer werden wir uns solchen Versuchen strikt widersetzen. Das Austrocknen von Steueroasen ist notwendig. Es darf jedoch nicht die Möglichkeit eines fairen Steuerwettbewerbs als Standortfaktor ausgeschlossen werden, weil dies zu Steuersenkungen und mehr Wettbewerbsfähigkeit und damit zu höherer Beschäftigung führt.

Nur gemeinsam sind die Mitgliedstaaten in der Lage, ihre Interessen im internationalen Handel und bei Handelskonferenzen wie der nächsten WTO-Runde durchzusetzen. Ausgaben für Forschung und Entwicklung von heute sind die beste Garantie für wettbewerbsfähige Arbeitsplätze von morgen. Um im weltweiten Wettbewerb mit den USA und Asien zu bestehen, müssen wir in Europa unsere Forschungskapazitäten bündeln.

Für ein gerechtes Beitragssystem – gegen Korruption und Verschwendung

10. Die CDU tritt auch weiterhin für eine Korrektur des EU-Finanzierungssystems ein. Ziel muß eine faire, gerechte und solidarische Lastenteilung aller EU-Mitglieder sein. Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung hat bei den letzten Reformen der Eigenmittel dafür gesorgt, daß der deutsche Nettobetrag bereits seit 1994 um ca. sechs Milliarden DM gesunken ist.

Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 23.-25. März 1999 in Berlin führte aufgrund der ungenügenden Vorbereitungen und schwachen Verhandlungsleistungen der Rot-Grünen Bundesregierung zu für Deutschland nachteiligen Ergebnissen. Eine deutliche Senkung des deutschen Nettobeitrages als Teil einer fairen, gerechten und solidarischen Lastenteilung ist nicht gelungen. Die Agenda 2000 muß nachgebessert werden.

Neben der Neugestaltung der Einnahmeseite müssen die Möglichkeiten durch Reformen auf der Ausgabenseite ausgeschöpft werden. Die CDU fordert, daß jeder Mitgliedstaat in Zukunft die Beiträge nach seinem Anteil am wirtschaftlichen Wohlstand zahlt. Deutschland würde auf diese Weise um 7,5 Milliarden DM (3,8 Milliarden Euro) entlastet werden.

Insgesamt ist allerdings auch zu berücksichtigen, daß Deutschland vom europäischen Binnenmarkt einen großen wirtschaftlichen Vorteil hat. So weist die deutsche Handelsbilanz mit allen EU-Partnern für 1997 einen Überschuß von 69 Milliarden DM (35,2 Milliarden Euro) aus.

Eine Steigerung der jährlichen EU-Ausgaben auf über 170 Milliarden DM (86,9 Milliarden Euro) für die bisherigen Aufgaben der Europäischen Union auf der Basis der heutigen 15 Mitgliedstaaten lehnt die CDU ab. Dies gilt auch für die Bildung einer Reservekasse bei der Europäischen Kommission zur angeblichen Steigerung der Effizienz der regionalen Strukturförderung. Reale Ausgabensteigerungen und Zusatzkassen im Rahmen der be-

stehenden Ausgaben widersprüchen einer vorausschauenden und soliden Finanzplanung.

Die politische Kontrolle der Haushaltsausführung ist aktiver Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft und aktive Bekämpfung von Mißmanagement und Betrug. Das ist die beste Garantie für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Bürger.

Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages will die CDU das neu verankerte Mitentscheidungsrecht des Parlaments nutzen, um die Gewährleistung eines effektiven und gleichwertigen Schutzes gegen Betrügereien und vor Finanzskandalen weiter zu verbessern und auszubauen. Die CDU fordert die konsequente Unterbindung von Vetternwirtschaft, Verschwendung und Unterschlagung sowie wirksame Instrumente zu deren Aufklärung und Ahndung. Durch den maßgeblichen Einsatz christlicher Demokraten sind unter anderem der Europäischen Rechnungshof, der Parlamentsausschuß für die Kontrolle der Haushaltsausführung, die Betrugsbekämpfungseinheit zur Ermittlung von Unregelmäßigkeiten in der Europäischen Kommission erreicht worden.

Die CDU fordert ein unabhängiges Amt in der Europäischen Union, welches Kontroll- und Untersuchungsfunktionen in allen EU-Institutionen wahrnimmt und im Falle von Unregelmäßigkeiten und Korruption selbständig die zuständigen Strafverfolgungsbehörden einschalten kann. Der Europäische Rechnungshof muß ein Durchgriffsrecht im Hinblick auf EU-Mittel bis in die nationalen und regionalen Regierungen, die EU-Gelder verwalten, erhalten. Ferner muß ein Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments ein verbindliches Vorladerecht gegen jeden EU-Bürger – auch Minister – erhalten. Dieser Ausschuß muß auch das Recht haben, eine Eidesleistung mit möglichen strafrechtlichen Konsequenzen bei Falschaussagen zu verlangen. Ferner müssen künftig die Kommissare auch einzeln vom Europäischen Parlament zur Verantwortung gezogen werden können.

Für mehr Eigenverantwortung und Sparsamkeit bei der regionalen Strukturpolitik

11. Die CDU fordert eine regionale Strukturförderung, welche einen sparsamen und effizienten Finanzmitteleinsatz garantiert und den Mitgliedstaaten ein höheres Maß an Eigenverantwortung in der Regionalförderung ermöglicht. Für die Höhe der Mittelzuweisungen müssen regionale und nicht nationale Wohlstandskriterien ausschlaggebend sein.

Falsch ist es deshalb, wenn die EU-Kommission nationale und regionale Förderprogramme weiter einschränken will. Die CDU setzt sich vielmehr dafür ein, die Möglichkeiten der nationalen und regionalen Wirtschaftsförderung beizubehalten und nach kontrollierbaren Regeln auszuweiten. Dies muß unter Anwendung der EU-Beihilfenkontrolle geschehen, um einen neuen Subventionswettbewerb auf dem Binnenmarkt zu vermeiden.

Die CDU kritisiert, daß es der Bundesregierung nicht gelungen ist, den Kohäsionsfonds – ursprünglich geschaffen, um Mitgliedstaaten die Teilnahme an der Währungsunion zu erleichtern – degressiv auslaufen zu lassen und die Förderung des ländlichen Raumes als eigenständiges Förderziel zu erhalten.

Bei der Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen spielt der ländli-

che Raum eine entscheidende Rolle. Wir wollen seine ökologischen Funktionen und seine natürlichen Ressourcen insgesamt sichern und stärken.

Einkommenssicherung für die deutschen Bauern und Erhalt der ländlichen Räume

12. Die CDU fordert, daß die Gemeinsame Agrarpolitik folgende Ziele verfolgt: Sicherung der bäuerlichen Einkommen, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, qualitativ hochwertige Produkte, Erhalt der hohen Umweltstandards bei der Bewirtschaftung, Einhaltung der Verbraucher- und Tierschutzbestimmungen, Ermöglichung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung. Deshalb darf die Existenzgrundlage der deutschen Landwirtschaft im Interesse der Allgemeinheit und der betroffenen Bauern nicht gefährdet werden. Gerade die bäuerlichen Familienbetriebe brauchen eine verlässliche Einkommensperspektive.

Die landwirtschaftlichen Einkommen müssen vor allem über ausreichende Erzeugerpreise erzielt werden. Weil die Situation auf dem Weltmarkt unseren tier- und umweltschonenden Standards nicht gerecht wird, bedarf es eines ausreichenden Außenschutzes. Flankierend müssen ergänzende Maßnahmen der Agrar-, Sozial- und der Einkommenspolitik hinzukommen, die in nationaler und regionaler Zuständigkeit geleistet werden müssen. Im Zuge der Nachbesserung der Agenda 2000 fordern wir eine obligatorische nationale Kofinanzierung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen in Höhe von 50 Prozent ein. Dies entspräche dem Subsidiaritätsprinzip und würde den Agrarhaushalt der Europäischen Union erheblich entlasten. Von einer solchen Kofinanzierung würde insbesondere das bislang finanziell benachteiligte Deutschland profitieren. Die nationale Verantwortung für die Agrarpolitik würde gestärkt, Zuständigkeiten der Agrarpolitik könnten auf die nationale und regionale Ebene zurückverlagert werden.

Für mehr Umwelt- und Verbraucherunion

13. Wir fordern die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer Umweltunion. Eine zukunftsorientierte und effektive Umweltpolitik muß europaweit organisiert sein, da Umweltschäden nicht an den Grenzen halt machen. Wir befürworten daher EU-Mindeststandards für den Umweltschutz z.B. im Hinblick auf die Abfallentsorgung, den Gewässerschutz oder die Luftreinhaltung. Dies dient nicht nur den Bürgern, sondern schützt auch Mitgliedstaaten mit hohen Standards vor unfairen Wettbewerbsbedingungen im Europäischen Binnenmarkt.

Wir treten dafür ein, daß

- ökologische Mindeststandards im Bereich der Handelspolitik eingeführt werden - auch in den Verhandlungen der Europäischen Union mit der Welthandelsorganisation;
- ein ökologischer Sachverständigenrat der Europäischen Union eingerichtet wird mit Berichtspflicht gegenüber der Europäischen Kommission;
- der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Union auf Vertreter aus dem Umweltbereich erweitert wird.

Verbessert werden muß allerdings die Einhaltung der Umweltstandards. Die CDU fordert,

daß die Europäische Umweltagentur von einem Informations- und Dokumentationszentrum zu einer effizienten Umweltkontrolle ausgebaut wird. Sie muß Kompetenzen erhalten, bei Verletzungen des EU-Umweltrechts entsprechende Maßnahmen und Sanktionen zu erlassen.

Die Verbraucher erwarten zu Recht ein hohes Schutzniveau im Binnenmarkt. Dies muß insbesondere auch im Lebensmittelbereich sichergestellt werden, da die Verbraucher Anspruch auf gesunde Nahrungsmittel haben. Der Schutz des Verbrauchers und die Möglichkeit der Information müssen ausgebaut werden. Wo immer möglich sollen detaillierte Informationen über ein Produkt den Vorrang vor Regulierungen haben, denn der informierte Bürger kann selbst entscheiden, was er kauft.

Eine europäische Bildungspolitik für die Jugend

14. Grenzüberschreitende Bildung und Ausbildung, Mobilität der Lernenden und Wissensaustausch haben einen hohen Stellenwert in der europäischen Bildungspolitik und erhöhen die Arbeitsmarktchancen der Jugend. Mit den europäischen Jugend- und Bildungsprogrammen – für deren Weiterentwicklung wir eintreten – lernen junge Deutsche Kultur, Gesellschaft und Geschichte anderer Mitgliedstaaten kennen.

Wir fordern, daß der Unterricht an den Schulen aller Mitgliedstaaten stärker als bisher auch Kenntnisse über die Europäische Union vermittelt.

Die Kooperation der Hochschulen in den Mitgliedstaaten muß weiter verstärkt werden. Wir unterstützen die Bemühungen um die Schaffung gemeinsamer europäischer Studiengänge. Zugleich muß das System der Leistungsanrechnungen in Europa ausgebaut werden.

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, daß die Bildungsprogramme verstärkt auch für die Lehrlingsberufe geöffnet werden und, soweit erforderlich, deren spezifischen Bedürfnissen Rechnung tragen. Wir fordern darüber hinaus, daß europäische Jugendliche während ihrer Schul- und Berufsausbildung mindestens drei Monate in einem anderen EU-Staat verbringen können.

Chancen für Deutschland durch ein erweitertes Europa

15. Durch die Aufnahme der Staaten Mittel- und Osteuropas eröffnet sich die historische Chance, daß Frieden und Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, Menschen- und Minderheitenrechte auf dem gesamten Kontinent garantiert werden. Europa darf nicht dauerhaft durch die ehemaligen Grenzen des kalten Krieges geteilt werden. Deutschland käme aus seiner Randlage heraus und wäre dann von EU-Partnern umgeben. Zugleich werden insbesondere wir Deutschen von der Erweiterung auch wirtschaftlich profitieren, weil sich neue Märkte erschließen – und damit Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Außerdem wird es uns besser gelingen, die illegale Zuwanderung und die organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Die CDU hat sich daher frühzeitig und nachdrücklich für eine Erweiterung der Europäischen Union eingesetzt. Eine Verwässerung der EU-Beitrittsperspektive für unsere östlichen Nachbarn würde den Reformprozeß dort bremsen, wenn nicht gar gefährden. Inso-

fern werden Ausmaß und Tempo der Reformen in den Staaten Mittel- und Osteuropas von der Beitrittsperspektive zur Europäischen Union bestimmt.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß im Zuge der Heranführung unserer östlichen Nachbarstaaten an die Europäische Union die europäischen Grundfreiheiten selbstverständlich und unabdingbar auch für die deutschen Heimatvertriebenen Geltung erlangen. Die für die Bürger der EU geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit sind auch ein Schritt zur Verwirklichung des Heimatrechtes der deutschen Vertriebenen.

Für die Osterweiterung gilt es nun, durch tiefgreifende und umfassende innere Reformen der Europäischen Union eine tragfähige Grundlage zu schaffen. Die CDU fordert eine strikte Begrenzung der Ausgaben in den Strukturfonds und im Kohäsionsfonds für die heutigen Mitgliedstaaten, um die Osterweiterung finanzierbar zu machen. Die Beitrittsstaaten ihrerseits müssen die geforderten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen.

16. Die Europäische Union muß ihre institutionellen Strukturen bis zum Jahre 2002 soweit reformiert haben, daß die ersten Beitrittskandidaten danach aufgenommen werden können. Die CDU fordert von der deutschen Ratspräsidentschaft, hier die notwendigen Weichen zu stellen. Die CDU fordert insbesondere institutionelle Reformen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Von zentraler Bedeutung ist die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat bei gleichzeitiger Mitentscheidung des Europäischen Parlaments. Die Haushalts- und Gesetzgebungsrechte müssen auf alle Politikbereiche ausgedehnt werden.

In europäischen Politikbereichen, in denen die Anpassung an den Wettbewerb bei den Beitrittskandidaten besondere Schwierigkeiten aufweist oder besondere wirtschaftliche oder soziale Risiken beinhaltet, sollten ausreichend lange Übergangsfristen vereinbart werden. Für die Landwirtschaft und bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit sind längere Übergangsfristen als bei der Süderweiterung – je nach Situation des einzelnen Beitrittskandidaten – festzulegen.

Für eine außen- und sicherheitspolitische Verantwortung Europas

17. Die Bedrohungen von Frieden und Sicherheit in Europa, wie die regionalen Konflikte auf dem Balkan grausam und tragisch zeigen, treten insbesondere da auf, wo es ein Vakuum an Macht gibt. Das bedeutet, daß Europa seinem politischen Willen, Frieden, Sicherheit und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, auch glaubhaft Nachdruck verleihen können muß. Deshalb muß die Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit nach außen deutlich verbessern. Auch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion erfordert eine globale politische Rolle Europas. Die Legitimität der europäischen Einigung hängt wesentlich davon ab, ob die Europäische Union Verantwortung in und für unseren Kontinent wahrnehmen, Aggressionen verhindern und Frieden sichern kann.

Die CDU tritt deshalb, auch im Sinne einer ausgewogenen Lasten- und Verantwortungsteilung zwischen Europäern und Amerikanern, für den Ausbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO ein. Dazu soll die Westeuropäische

Union in die Europäische Union übergehen und diese deren Aufgaben übernehmen.

Zur Verbesserung der europäischen Handlungsfähigkeit ist eine rasche Verwirklichung der im Amsterdamer Vertrag beschlossenen Maßnahmen erforderlich: die Bestellung eines Generalsekretärs für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die Einrichtung einer Analyse- und Frühwarn Einheit unter Beteiligung der Europäischen Kommission sowie die Formulierung gemeinsamer außenpolitischer Strategien. Dazu gehört auch eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik, die den Aufbau einer eigenständigen, wettbewerbsfähigen Rüstungsindustrie zum Ziel haben soll.

Der Hohe Beauftragte („Generalsekretär“) soll die Verantwortung für die Zusammensetzung der Analyse- und Frühwarn Einheit haben und dabei die Kommission einbeziehen, um einen gemeinschaftlichen Mehrwert zu erreichen. Die einstimmig zu fassenden Strategiebeschlüsse des Europäischen Rates sollten auf wirkliche Grundsätze begrenzt werden, um den Außenministern verstärkt die Möglichkeit zu Mehrheitsentscheidungen, mit hin zu entsprechender Praxis und damit zu mehr Handlungsfähigkeit zu geben.

Je stärker und handlungsfähiger Europa ist, um so besser sind die Chancen für eine ausgewogene Partnerschaft zwischen Europa und den USA. Europäische Handlungsfähigkeit ist deshalb auf Dauer der verlässlichste Weg, die transatlantische Partnerschaft lebendig zu halten.

Die außenpolitische Verantwortung Europas muß auch in der europäischen Entwicklungspolitik deutlich werden. Die CDU fordert eine europäische Entwicklungspolitik, die enger als bisher zwischen der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten abgestimmt ist. Die entwicklungspolitischen Instrumente müssen effizienter eingesetzt, die europäische Entwicklungspolitik muß in regelmäßigen Abständen evaluiert werden.

Ein sicheres Europa – ohne die alten Binnengrenzen

18. Der Wegfall der Binnengrenzen darf nicht die Sicherheit der Bürger beeinträchtigen und das organisierte Verbrechen begünstigen. Die CDU fordert deshalb die Bundesregierung auf, entsprechend dem Amsterdamer Vertrag die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und Justizbehörden in der Europäischen Union und in ihren Mitgliedstaaten zu verbessern. Europol ist zügig zu einer europäischen Polizeibehörde mit eigenen Eingriffsbefugnissen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Drogenhandels auszubauen. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit der nationalen Polizeikräfte müssen die entsprechenden Gesetze weitgehend harmonisiert sowie ein Austausch des Personals bzw. gemeinsame Ausbildungsgänge eingerichtet werden. Gegen illegale Einreisen sind an den Außengrenzen der EU „Kontrollfilter“ einzurichten, innerhalb derer verdachtsunabhängige Kontrollen („Schleier-Fahndung“) durch die nationale Polizei ermöglicht werden müssen. Bei illegalen Einreisen muß zudem eine sofortige Rückschaffung über die Grenze realisiert werden. Um zu gewährleisten, daß international agierende Verbrecher und Personen, die für Terrorismus, Völkermord und Kriegsverbrechen verantwortlich sind, ihrer gerechten Strafe zugeführt werden, ist ein Internationaler Strafgerichtshof einzurichten. Die Bestimmungen des Schengener Abkommens müssen schnell entsprechend den Regeln des Amsterdamer Vertrages in die EU über-

führt werden. Auch müssen die Beitrittskandidaten so schnell wie möglich die Schengen-Standards erreichen.

Für eine faire europäische Lastenteilung bei Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen

19. Die CDU fordert im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Politik auf der Grundlage des Mehrheitsprinzips im Ministerrat eine gerechte Lastenteilung bei der Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern. Deutschland kann nicht dauerhaft über die Hälfte der Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge in der Europäischen Union aufnehmen. Die CDU fordert hier ein höheres Maß an Solidarität in der Europäischen Union. Ein Modell könnte die in Deutschland praktizierte Verteilung von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern auf die Bundesländer sein.

Die Europawahlen am 13. Juni – Richtungsentscheidung für das künftige Europa

20. Am 13. Juni 1999 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Unser Wahlziel ist es, daß die CDU stärkste europapolitische Kraft in Deutschland bleibt.

Die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments sind durch den Amsterdamer Vertrag erheblich gewachsen. Das Europäische Parlament hat mit wenigen Ausnahmen die Gleichberechtigung in Gesetzgebung und Haushaltsaufstellung mit dem Ministerrat erreicht. Es wählt zudem den Kommissionspräsidenten. Die neue Europäische Kommission kann ohne die Zustimmung des Parlaments nicht ins Amt kommen. Das Europäische Parlament ist der Dialogpartner der Europäischen Zentralbank. Wegen ihrer Gesetzgebungskompetenz braucht die Europäische Union parlamentarische Legitimation und Kontrolle.

Die CDU tritt dafür ein, die Rolle des Europäischen Parlaments weiter zu stärken und die Europäische Kommission noch stärker an die Legitimation durch das Europäische Parlament zu binden. Die CDU will ein gestärktes Parlament, das mit klaren Rechten ausgestattet ist.

Die Europawahlen finden zu einer für die Fortentwicklung der Europäischen Union entscheidenden Phase statt. In der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (1999-2004) wird die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ausgebaut, der europäische Pfeiler der NATO sowie ein „Gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ verwirklicht, der Euro als Bargeld eingeführt, der Prozeß der Osterweiterung vorangetrieben. Mit den Wahlen zum Europäischen Parlament bestimmen die Bürger der Europäischen Union über den künftigen Kurs Europas. Sie entscheiden mit ihrer Stimme darüber, ob wir ein freiheitliches, bürgerfreundliches und handlungsfähiges Europa der regionalen und nationalen Vielfalt oder ein von Sozialisten dominiertes, zentralistisch-bürokratisches Europa haben werden.

Daher lohnt es sich, am 13. Juni die CDU zu wählen.

Sonstige Beschlüsse

Beschluß Nr. 1

Frieden für den Kosovo

1. Die CDU Deutschlands verurteilt aufs schärfste die Politik der Vertreibung und der ethnischen Säuberung des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic im Kosovo. Solche schweren Verletzungen von Menschenrechten und des Völkerrechts sind mit dem europäischen Werteverständnis nicht zu vereinbaren.
2. Der Vertreibung und Vernichtung der Kosovo-Albaner konnte und kann das Atlantische Bündnis nicht tatenlos zusehen. Die Allianz hat sich nie nur als militärische Organisation, sondern immer auch als Gemeinschaft gleicher Werte verstanden. Wo Menschenrechte und Menschenwürde in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft derart verletzt werden, ist das Bündnis gefordert. Die NATO handelt in Übereinstimmung mit der UNO-Charta und zur Durchsetzung der UN-Sicherheitsresolutionen 1160, 1199 und 1203.
3. Die militärischen Maßnahmen der NATO richten sich nicht gegen das serbische Volk. Sie sind „ultima ratio“ zur Durchsetzung fundamentaler Menschenrechte. Sie sollen dem serbischen Diktator deutlich machen, daß die westliche Staatengemeinschaft nicht bereit ist, die entsetzliche Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung im Kosovo hinzunehmen und entschlossen ist, ihm die militärischen Instrumente dazu zu nehmen.
4. Die CDU Deutschlands unterstützt die deutsche Beteiligung an den NATO-Aktionen auf dem Balkan. Sie dankt den Soldaten der Bundeswehr und den Streitkräften unserer Verbündeten, die ihre Pflicht erfüllen und große persönliche Risiken auf sich nehmen. Sie kämpfen auf dem Balkan gegen das unermeßliche Leid der Menschen und für Recht und Gerechtigkeit. Ihnen und ihren Familien gilt unsere Solidarität. Jeder Einsatz der Bundeswehr muß durch ein Mandat des Deutschen Bundestages gedeckt sein. Dies gilt auch für humanitäre Einsätze, wenn die Gefahr der Verwicklung in eine gewalttätige Auseinandersetzung gegeben ist.
5. Der 12. Parteitag appelliert mit großem Nachdruck an die politische Führung Serbiens, den Weg freizumachen für eine politische Lösung und fordert sie in Übereinstimmung mit der EU, der NATO und dem UN-Generalsekretär auf,
 - * die Vertreibung und ethnische Säuberung umgehend zu beenden,
 - * alle Kampfhandlungen sofort und überprüfbar einzustellen,
 - * alle militärischen und paramilitärischen Kräfte sowie die Sonderpolizei nachprüfbar aus dem Kosovo abzuziehen,
 - * der Stationierung internationaler Sicherheitskräfte zuzustimmen,
 - * der bedingungslosen Rückkehr aller Vertriebenen und dem ungehinderten Zugang der humanitären Hilfsorganisationen zuzustimmen.

Die militärischen Maßnahmen der NATO sind dann zu beenden, wenn sichergestellt ist,

daß diese Ziele erreicht werden.

6. Militärische Entschlossenheit und die Bereitschaft zu einer politischen Lösung gehören zusammen. Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie alles unternimmt, um eine militärische Eskalation zu vermeiden und jede Chance für eine politische Lösung nutzt. Die CDU wird keinem Schritt zustimmen, der eine nicht beherrschbare militärische Entwicklung auf dem Balkan auslöst.

Rußland muß in diesem Prozeß eine substantielle Rolle übernehmen und seinen Einfluß auf die serbische Regierung stärker wahrnehmen. Es ist zu hoffen, daß das jüngste russische Bemühen Früchte tragen wird und daß sich die Möglichkeit ergibt, daß die UNO wieder einen aktiven Part bei der Lösung des Konfliktes übernehmen kann.

7. Wir fordern die Bundesregierung auf, zusammen mit den Partnern in der Region, den Partnern im Bündnis und im Rahmen der Vereinten Nationen Perspektiven für eine politische Ordnung auf dem Balkan zu entwickeln, mit der dauerhafter Frieden, wirtschaftlicher Aufbau, Freiheit und Demokratie in der Region ermöglicht werden. Den dortigen Staaten muß eine Perspektive für die Einbeziehung in europäische Institutionen langfristig eröffnet werden.
8. Die Europäische Union muß eine aktive Rolle bei der Wiederherstellung und Absicherung des Friedens auf dem Balkan übernehmen. Auf eine gerechte und faire Verteilung der damit zusammenhängenden unabweisbaren Lasten ist zu achten. Unabdingbar ist die Stationierung internationaler Sicherheitskräfte, ohne die die Vertriebenen nicht zurückkehren werden. Darüber hinaus muß ein umfassendes und wirksames Hilfsprogramm organisiert werden zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Region, der Einrichtung einer Übergangsverwaltung im Kosovo, der Vorbereitung der Durchführung freier Wahlen, des Aufbaus einer Polizei und des wirksamen Schutzes der Zivilbevölkerung. Die Kosovaren müssen darauf vertrauen können, daß sie in ihrer angestammten Heimat in Frieden leben können.
9. Wir danken den privaten Organisationen, die sich in vorbildlicher Weise um humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge bemühen. Die heimatnahe Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen muß Vorrang haben, um ihnen eine rasche Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen.

Wir danken auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland, die mit Spenden und großer Hilfsbereitschaft dazu beitragen, das tragische Schicksal der Flüchtlinge zu lindern. Auch die CDU Deutschlands wird dazu einen Beitrag leisten.

Beschluß Nr. C 0

Deutschland in Europa – Europäer in Deutschland

Ein Viertel der in Deutschland lebenden Ausländer, rund 1,847 Millionen Menschen, stammen aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union.

Die ausländerrechtliche Behandlung der Bürger aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die ihr Freizügigkeitsrecht aus dem Gemeinschaftsrecht wahrnehmen nach dem Aufenthaltsgesetz/EWG vom 22.07.1969, ist unserer Ansicht nach dem gegenwärtigen

fortgeschrittenen Stand der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas nicht mehr angemessen.

Angesichts der im Vertrag von Maastricht geschaffenen Unionsbürgerschaft (Art. 8 EG-Vertrag) halten wir darum folgende Veränderungen der Rechtslage für die bei uns lebenden Bürger aus anderen EU-Staaten für notwendig:

1. Zuständig für den Aufenthalt von Unionsbürgern in Deutschland soll künftig nicht mehr die Ausländerbehörde, sondern die örtliche Meldebehörde bzw. das Einwohnermeldeamt sein.
2. Unionsbürger, die ihr Freizügigkeitsrecht in der EG wahrnehmen, sollen in Deutschland künftig – wie bisher schon bei der Arbeitssuche in den ersten drei Monaten (§8 AufenthG/EWG) – keiner besonderen Aufenthaltsgenehmigung mehr bedürfen. Die auch heute ohnehin nur deklaratorische Aufenthaltserlaubnis-EG wird abgeschafft.
3. Der rechtmäßige Aufenthalt im Bundesgebiet erfordert eine Anmeldung im Einwohnermeldeamt wie bei deutschen Staatsangehörigen. Zum Nachweis des rechtmäßigen Aufenthalts in Deutschland gegenüber anderen Behörden wird von der Meldebehörde auf Antrag eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt („Blue Card EU“).
4. Wie die deutschen Staatsangehörigen unterliegen die Unionsbürger bei der Wahrnehmung ihrer Freizügigkeit im Bundesgebiet nicht der Pflicht, ihre Personalausweispapiere jederzeit mitzuführen. Auf Verlangen der zuständigen Behörden müssen sie – wie deutsche Staatsangehörige – die Feststellung der Identität ermöglichen.
5. Unionsbürger sollen (durch eine Änderung des § 1 Abs. 2 des AuslG) künftig generell aus dem Anwendungsbereich des Ausländergesetzes herausgenommen werden. Als Staatsangehörige eines anderen Mitgliedsstaates der Union, die mit den deutschen Staatsbürgern durch das gemeinsame Band der Unionsbürgerschaft verbunden sind, wären sie damit von den für Ausländer geltenden besonderen ordnungsrechtlichen Bestimmungen des Ausländerrechts nicht mehr betroffen. Für sie gelten dann ausschließlich, wie für alle Deutschen, die für alle geltenden Gesetze. (Für eine Ausweisung bei schweren Straftaten sollten die Bestimmungen des Ausländergesetzes entsprechend angewendet werden).

Beschluß Nr. C 4

Die Auseinandersetzungen um die „Doppelte Staatsangehörigkeit“ haben gezeigt, daß die gesamte Problematik um die Migration und die in Deutschland lebende Ausländer einer erheblich differenzierteren gesellschaftlichen Diskussion bedarf. Deshalb wird die CDU vermehrt Wert auf folgende Punkte legen:

- Die CDU bietet allen Parteien an, vor der Verfolgung weiterer Gesetzesvorhaben eine gemeinsame Initiative für eine Grundsatzdiskussion des Verhältnisses von Gesellschaft und Staat zu den ausländischen Mitbürgern und Migranten zu starten. Für eine Zeit grundsätzlichen Nachdenkens, Analysierens und Erarbeitens von Perspektiven

soll die Suche nach gesellschaftlichem Konsens wichtiger sein als politischer Wettkampf und Streit.

- Die CDU löst das in Verbindung mit der Unterschriftenaktion zum Staatsangehörigkeitsrecht gegebene Versprechen ein, auf allen Ebenen Aktionen zur Förderung von Integration und gegenseitigem Verständnis durchzuführen.
- Bei diesen Aktionen sind in erster Linie kompetente und sachliche Diskussionen über alle anstehenden Fragen zu ermöglichen. Ihr Ziel muß sein, den Wissensstand der Bevölkerung über die komplexen Fragen und Probleme der Migration zu stärken, um der verbreiteten Vereinfachung und Tabuisierung wichtiger Aspekte entgegenzuwirken.
- Die CDU sucht den Austausch mit allen gesellschaftlichen Kräften, vor allem auch den öffentlichen nach vollziehbaren, auf Konsens zielenden Diskurs mit den Kirchen, um ihrem Anspruch als Partei mit christlicher Grundausrichtung gerecht zu werden.

Der gesellschaftliche Friede in einer Grundfrage unseres Zusammenlebens erfordert eine offene, ehrliche und auf Zukunft ausgerichtete Suche nach tragfähigen Lösungen!

Beschluß Nr. C 11

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, alle politischen Maßnahmen zu ergreifen und argumentativen Möglichkeiten zu nutzen, um die Option für die friedliche Nutzung der Kernenergie offen zu halten. Als große Volkspartei darf sie sich im nationalen und übernationalen Interesse der von der rot-grünen Bundesregierung überwiegend ideologisch geschürten Hysterie gegenüber der Atomenergie nicht beugen. Sie muß unseren Bürgern deutlich machen, daß Deutschland in der Frage der Sicherheit der Kernkraftwerke in Forschung und Praxis an der Weltspitze steht und daß die sogenannten alternativen Energien bei weitem nicht ausreichen, um den deutschen Energiebedarf künftig zu decken. Andererseits verbietet sich für eine hochtechnisierte Gesellschaft aus Gründen des Klima- und allgemeinen Umweltschutzes die Ausweitung der Verbrennung von fossilen Energieträgern zur Gewinnung elektrischer Energie.

Beschluß Nr. C 12

Der Bundesparteitag spricht sich dagegen aus, daß in Betrieb befindliche Kernkraftwerke vor Ablauf ihrer Betriebsgenehmigungen stillgelegt werden, solange sie den sicherheitstechnischen Anforderungen entsprechen.

Beschluß Nr. C 14

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alles zu tun, um eine ausreichende Finanzierung der Fernstraßenverkehrsprojekte im Bundesverkehrswegeplan sicherzustellen.

Beschluß Nr. C 29

Wird aus Gründen besonderer Dringlichkeit ein Bundesparteitag verlegt, so ist die Antragsfrist so festzulegen, daß das Antragsrecht der Gliederungen sichergestellt bleibt.

Beschluß Nr. C 31

In die Aufnahmeanträge der CDU wird die Erklärung aufgenommen, daß der Antragsteller bekundet, nicht Mitglied der Scientology-Organisation zu sein.

Beschluß Initiativantrag Nr. 5

Die CDU Deutschlands lehnt die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die Regelung der sogenannten Scheinselbständigkeit ab. Diese Regelungen gehen an den Interessen der Mehrzahl der Betroffenen vorbei, fördern Schwarzarbeit und führen bezüglich der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Vereinsarbeit zu völlig inakzeptablen Ergebnissen. Um den Prozeß der Umwandlung von Vollzeit Arbeitsplätzen in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu stoppen und echte Selbständigkeit zu fördern, bedarf es anderer differenzierter Lösungen.

Namensverzeichnis

Bandmann 149
Barbe 50
Baumbusch 71, 159
Berend 210
Bergner 146
Blüm 99, 100
Böhmer 140, 142
Böhr 131 ff.
von Bötticher 212 ff.
Born 147
Breuer 63
Brok 199

Eppelmann 121

Fischer 211 ff.

Geisler 126
Geißler 54
Geschka 11 ff.
Gölter 144 f.
Götz 152
Grupp 139

Habibi 134
Hintze 211
Hüppe 161

Jarzebowski 198
Jungen 108, 205

Kauder, Siegfried 114, 150
Kauder, Volker 128
Kautzmann 96
Klein 130
Koch 64
Konrad 197
Kummer 97

Lehmann-Brauns 105
Liese 204
Limbach 158, 161

Mann 202
Merkel 81, 93 ff., 104, 118 ff., 143, 212
Minschke 80
Möllring 141, 143, 145
Müller, Hildegard 48, 75, 92 ff.
Müller, Peter 69

Neudeck 37
Neumann 196 ff.
Niedergesäß 111
Nienhaus 137, 151
Nolte 160
Notheis 140, 142

Pack 42
Perschau 67
Pflüger 46, 131, 135, 151
Pietzsch 58
Pöttering 42 ff., 209
Presser 155 f.

Quisthoudt-Rohwohl 64 ff.

Rathjen 129, 168, 210
Rauen 120
Rehberg 107
Rinsche 163
Rönsch 116
Röper 159
Ronsöhr 74
Rühe 51, 187
Rüttgers 72, 80 ff.
Ruge 12
Russo 208

Salchow 146
Schäuble 5, 20, 216
Schavan 126
Schnoor 154 ff.
Schönbohm 78, 162 ff.
Scholz 143
Schüle 141
Schulz 98 f.
Schwartz 96 f.
Schwolen-Flümann 104
Steinbach 61

Stoiber 169 ff.

Süssmuth 123

Theato 196, 209

Thoben 154, 158 f.

Trösch 113

Vogel 10, 15, 20, 36 ff., 168 ff., 215

Voigt 59

Walsmann 73 ff.

Wehrmeyer 118

von Westphalen 160

Worms 122, 130

Wülfig 148 ff.